

## Stenografischer Bericht

– öffentliche Anhörung –

19. Sitzung des Innenausschusses  
13. Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses  
15. Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses

22. Januar 2015, 10:10 bis 17:45 Uhr

### Anwesend:

Vorsitzender INA Abg. Horst Klee (CDU)  
Vorsitzender KPA Abg. Lothar Quanz (SPD)  
Vorsitzende SIA Abg. Claudia Ravensburg CDU)

#### CDU

Abg. Lena Arnoldt  
Abg. Sabine Bächle-Scholz  
Abg. Alexander Bauer  
Abg. Holger Bellino  
Abg. Christian Heinz  
Abg. Hans-Jürgen Irmer  
Abg. Heiko Kasseckert  
Abg. Irmgard Klaff-Isselmann  
Abg. Hugo Klein (Freigericht)  
Abg. Markus Meysner  
Abg. Petra Müller-Klepper  
Abg. Ismail Tipi  
Abg. Tobias Utter  
Abg. Joachim Veyhelmann  
Abg. Astrid Wallmann  
Abg. Bettina Wiesmann

#### SPD

Abg. Christoph Degen  
Abg. Corrado Di Benedetto  
Abg. Tobias Eckert  
Abg. Nancy Faeser  
Abg. Dieter Franz  
Abg. Kerstin Geis  
Abg. Lisa Gnadl  
Abg. Karin Hartmann  
Abg. Rüdiger Holschuh  
Abg. Gerhard Merz  
Abg. Ernst-Ewald Roth  
Abg. Turgut Yüksel

#### BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Abg. Jürgen Frömmrich  
Abg. Eva Goldbach  
Abg. Mürvet Öztürk

#### DIE LINKE

Abg. Hermann Schaus  
Abg. Marjana Schott

#### FDP

Abg. Wolfgang Greilich

**Fraktionsassistentinnen und Fraktionsassistenten:**

Johannes Keßner	(Fraktion der CDU)
Hiltrud Wall	(Fraktion der SPD)
Lena Kreuzmann	(Fraktion der SPD)
Lena Witte	(Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Adrian Gabriel	(Fraktion DIE LINKE)
Jascha Hausmann	(Fraktion der FDP)
Vera Toth	(Fraktion der FDP)

**Landesregierung, Rechnungshof, Datenschutz, Landtagskanzlei:**

Name (bitte in Druckbuchstaben)	Amts-/ Dienstbezeichnung	Ministerium, Behörde
Peter Beuth	M	HMdluS
Brigitte Reetz	MRin	HMdluS
Anna Elzer	RORin	HMdluS
Wieland Stöbel	STA	STA
Dr. Katja Bram	<del>ROR</del>	SK
Liedel		hm d j
Carsten Oschman	'	HMdluS
Durgül Kalkan	ROR'in	H G A
Wlans Bott	ROR	HMdluS
Krause, Marco	MZ	"
Schleifskh, Simone	MG	- - -

**Anzuhörende:**

<b>Institution</b>	<b>Name</b>
ZDF	Elmar Theveßen
Haarhuis & Haarhuis Rechtsanwälte Dozentin, Studiengang Politik und Recht Westfälische Wilhelms-Universität Münster	Dr. Daniela Haarhuis
European Foundation for Democracy	Ahmad Mansour
Ahmadiyya Muslim Jamaat Deutschland KdöR	Abdullah Uwe Wagishauer Ass. Jur. Wahaj Bin Sajid
Alevitische Gemeinde Deutschland e. V.	Herr Yilmaz-Can Landesvertretung Hessen
Beauftragter der Evangelischen Kirchen in Hessen am Sitz der Landesregierung	Dr. Gudrun Neebe
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Beratungsstelle Radikalisierung	Florian Endres
Bundesamt für Verfassungsschutz	Dr. Sibylle Vocke
Bundeskriminalamt	Präsident a. D. Jörg Ziercke
Bund Deutscher Kriminalbeamter (bdk) Landesverband Hessen	Landesvorsitzender Günter Brandt
Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) im Deutschen Beamtenbund Landesverband Hessen	Landesvorsitzender Heini Schmitt
DITIB Landesverband Hessen e. V.	Fatih Lüfti Dogan
Gewerkschaft der Polizei Landesbezirk Hessen	Landesvorsitzender Andreas Grün
Hessische Landeszentrale für politische Bildung	Frau Adamou
Islamische Religionsgemeinschaft Hessen e. V.	Vorsitzender Ramazan Kuruyüz
	Dieter Kellermann
JVA Wiesbaden	Husamuddin Meyer
Kommissariat der Katholischen Bischöfe im Lande Hessen	Prof. Dr. Magdalene Kläver
Muslimische Jugend in Deutschland e. V.	Vorsitzende Malika Mansouri stellv. Vors. Raniah El-Jezawi
Türkische Gemeinde Hessen	Vorsitzender Erhan Songün Atila Karabörklü
Landesverband der islamischen Kulturzentren Hessen e. V.	Vorsitzender Yusuf Colak
Beratungsnetzwerk „kitab“ Verein zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit e. V.	André Taubert
Zentralrat der Muslime in Deutschland Landesverband Hessen	Vorsitzender A. El-Yazidi

Protokollierung: Frau Mennekes, Herr Filla, Frau Filla-Hombach, Herr Schlaf, Herr Thaumüller

**Öffentliche mündliche Anhörung zu dem Thema Islamismus / Salafismus**

hierzu:

**Antrag**

**der Fraktion der FDP betreffend Gefahren durch radikalen Islamismus begegnen – gemeinsames gesellschaftliches Signal setzen**

– Drucks. [19/634](#) –

INA, SIA, KPA

und

**Dringlicher Entschließungsantrag**

**der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Religionsfreiheit und Rechtsstaat gegen Fundamentalisten verteidigen – Salafismus in Hessen bekämpfen – weltoffene Gesellschaft schützen, Sicherheit und Demokratie bewahren**

– Drucks. [19/696](#) –

INA, SIA, KPA

Stellungnahmen der Anzuhörenden

- Ausschussvorlage/INA/19/12b –
- Ausschussvorlage/KPA/19/12b –
- Ausschussvorlage/SIA/19/22b –

(Teil 1 verteilt am 13.01.15, Teil 2 am 20.01.15, Teil 3 am 21.01.15)

**Vorsitzender Horst Klee:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Sie heute Morgen sehr herzlich im Hessischen Landtag begrüßen.

Zunächst möchte ich ein paar Dinge zum Ablauf sagen: Ich habe die Bitte, dass Sie uns, wenn Sie angehört werden, nicht den Wortlaut Ihrer schriftlichen Stellungnahme vorlesen, sondern sehr konzentriert auf die Kernpunkte hinweisen. Wenn Sie dabei im Zeitbudget leicht unter zehn Minuten bleiben, bin ich sehr dankbar. Wenn Sie zehn Minuten ausschöpfen, werde ich dazu nichts sagen. Bei Weiterungen werden Sie merken, dass ich mir hin und wieder den freundlichen Hinweis gestatte, zum Ende zu kommen. Das alles ist am letzten Freitag sehr verträglich abgelaufen, als hier zu demselben Thema eine Anhörung durchgängig von 10 Uhr bis kurz vor 18 Uhr stattgefunden hat. Ich gehe davon aus, dass das auch heute so ist.

Ich darf die Medien begrüßen, die jetzt noch die Möglichkeit haben, ein letztes Bild zu machen; denn während der Anhörung wird hier im Saal nicht gefilmt. – Das ist verstanden worden, dann können wir mit der Anhörung beginnen.

Frau **Dr. Neebe**: Sehr geehrte Mitglieder der einladenden Ausschüsse, sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst möchte ich mich ganz herzlich für die Möglichkeit bedanken, heute Morgen für die evangelischen Kirchen zu sprechen. Ich wünsche Ihnen allen ein gesegnetes und behütetes Jahr 2015.

Damit Sie mich einordnen können: Ich leite das Religionspädagogische Institut der hessischen Kirchen und bin für die hessischen evangelischen Kirchen beauftragt, in dem Fachbeirat zum Hessischen Präventionsnetzwerk mitzuarbeiten. Das ist mein Hintergrund.

Ich kann Ihnen sagen, dass die Christen in Hessen das weltweite Entsetzen über die Anschläge in Frankreich teilen. Aus meiner Arbeit in den Gottesdiensten, in den Gremien, in der Fortbildung weiß ich, dass viele Menschen in Sorge sind, in Angst, irritiert, aufgeregt und hilflos zugleich. Das, denke ich, müssen wir einbeziehen, wenn wir heute Morgen beraten.

Ich vermute, dass Sie alle die Ergebnisse der Analyse über Radikalisierungshintergründe kennen. Daran hat auch das Hessische Kompetenzzentrum gegen Extremismus mitgearbeitet. Darauf beziehe ich mich in meiner Stellungnahme.

Die Analyse ergibt, dass es kein typisches Täterprofil gebe. Diese Einschätzung ist umstritten. Es gibt andere Experten – Sozialwissenschaftler oder auch Islamwissenschaftler –, die das teilweise anders beurteilen. Sie meinen, dass insbesondere junge Männer ohne Bildungsabschlüsse, ohne berufliche Perspektive und mit speziellen sozialen Problemen gefährdet seien. Das ist meine erste These: Ich denke, dass die Beantwortung der Frage: „Gibt es ein spezielles Profil, oder kann man dazu keine weiteren genauen Angaben machen?“ einer der wichtigen Punkte ist, mit denen wir uns weiterhin befassen müssen.

Außerdem denke ich, dass wir bei präventiver Arbeit ansetzen müssen. Die Analyse ergibt, dass bei allen ausgewerteten Biografien die Kontakte und Beziehungen ins salafistische/islamistische Milieu von erheblicher Bedeutung gewesen seien. Koranverteilungsaktionen, Islamseminare, Benefizveranstaltungen werden in dem Zusammenhang genannt. Ich frage: Was suchen und finden insbesondere junge Männer in diesen Angeboten? Ich vermute, Sie finden Kontakte, Beziehungen, Anerkennung, Vorbilder, vielleicht auch Aufgaben und Ziele, für die sie sich engagieren können. Vielleicht mag auch die Frage: „Wer bin ich eigentlich, wo gehöre ich hin?“, also die Frage nach Identität, eine erhebliche Rolle spielen. Sind sie richtige Muslime, wenn sie unter deutschen Bedingungen leben? Sind sie hier gewollt? Sind sie anerkannt?

Zu lesen ist, dass sich eine ganze Reihe dieser jungen Männer diskriminiert, ausgegrenzt und ungerecht behandelt fühlt. Deswegen muss genau hier bei der Prävention angesetzt werden, und zwar auch in der schulischen Arbeit. Diese besonders gefährdeten jungen Männer brauchen Bildungsabschlüsse, sie brauchen berufliche Perspektiven, sie brauchen das Gefühl, anerkannt zu sein und dazuzugehören. Damit das gelingt, brauchen wir entsprechende Fortbildungsangebote für Lehrkräfte, für Sozialarbeiter, für Mitarbeiter in Jobcentern, die hier ihre Aufgaben erkennen und auch sachgemäß wahrnehmen.

Ich denke aber, dass wir vor allem auch eine solide religiöse Bildung brauchen. Wir brauchen sie erstens für die gefährdeten Jungen und Mädchen selbst, damit sie den Koran selber kennen- und verstehen lernen, damit es ihnen ermöglicht wird, zu verste-

hen, was es heißt, als Muslim oder Muslima hier in Deutschland zu leben; denn religiös gebildete Jugendliche mit aussichtsreichen Perspektiven und soliden Orientierungen sind weniger anfällig für islamistische Propaganda.

Zweitens brauchen wir aber auch religiöse Bildung, um den christlichen oder auch den konfessionslosen Jugendlichen deutlich zu machen, dass man den Islam sehr differenziert betrachten muss. Im Islam gibt es unterschiedliche Traditionen, unterschiedliche Rechtsschulen, so wie wir im Christentum auch unterschiedliche Konfessionen haben. Nur ein geringer Teil, nur eine Minderheit ist salafistisch orientiert oder auch islamistisch, und nur ein kleiner Teil der Salafisten wiederum ist gewaltbereit. Das müssen wir uns klarmachen, damit wir nicht vorschnell urteilen oder auch verurteilen. Dazu ist religiöse Bildung unbedingt notwendig, als schulische Bildung, aber auch als außerschulische Bildung für Jugendliche wie auch für Erwachsene. Deswegen meine ich, dass nicht ein Zuviel an religiöser Orientierung das Problem ist, sondern ein deutlicher Mangel an religiöser Bildung scheint mir das Problem zu sein.

Religiöse Bildung muss in den Kindertagesstätten beginnen, in den Schulen weitergeführt und intensiviert werden; denn religiöse Bildung schließt gegenseitige Anerkennung und Pluralitätsfähigkeit mit ein. Pluralitätsfähigkeit scheint mir heute eines der wichtigsten allgemeinen Bildungsziele zu sein. Ich bin froh, dass die neue Denkschrift zum evangelischen Religionsunterricht genau das betont. Wir müssen uns klarmachen: Schule ist der Ort, an dem sich viele unterschiedliche Menschen begegnen. Darum muss hier geübt und gelernt werden, was dann im gesellschaftlichen Miteinander gekonnt und praktiziert werden muss. Darum noch einmal: In der Schule muss die Prävention beginnen.

Ich bin der Ansicht, dass auch die Moscheegemeinden und die islamischen Verbände noch stärker als bisher ihre Aufgaben und Zuständigkeiten im Bereich der Bildung erkennen sollten. Es ist gut und richtig, dass die Einführung des islamischen Religionsunterrichts begonnen hat. Diesen brauchen wir dringend auch in der Mittelstufe und dann natürlich in der Oberstufe.

Aber schulische Bildung allein reicht nicht aus, da Jugendliche vor allen Dingen auch Vorbilder und Gemeinschaft suchen und brauchen. Muslimische Jugendarbeit, muslimische Arbeit mit Frauen, muslimische Erwachsenenbildung und auch muslimische Seelsorge sind daher ebenfalls wichtig. Erste Anfänge und Initiativen in diese Richtung gibt es. Ich bin froh, dass über das Netzwerk Prävention weitere Projekte in diese Richtung geplant sind; die entsprechenden Anträge dazu sind schon gestellt.

Wenn wir im Bereich der Bildung stärker investieren, dann ist das die nötige Prävention. Das spart uns vielleicht Geld an anderer Stelle. Dass dies ein wichtiger Ansatzpunkt ist, macht die Analyse des HKE deutlich. Sie erhebt, dass eine Enkulturation zu beobachten sei. Das heißt, dass der salafistisch geprägte Extremismus offensichtlich einen gewissen Nährboden in unserer Gesellschaft und Kultur hat. Worin dieser besteht, ist noch genauer zu ergründen. Ich verstehe meine Einlassung so, dass ich versucht habe, einige Hinweise in diese Richtung zu geben.

Aufklärung, Achtsamkeit und das Bemühen um Verständnis brauchen auch die Menschen, die aus Angst oder Hilflosigkeit extrem emotional reagieren und sich an schwierigen Demonstrationen beteiligen. Achtsamkeit, Aufklärung und Bemühen brauchen aber auch die Rückkehrer.

Die Phänomene, mit denen wir uns heute Morgen beschäftigen, sind aus meiner Sicht deutliche Indikatoren dafür, dass jedenfalls nicht alles zum Besten steht. Wenn wir alle – die Kirchen, die Vereine, die Verbände, die Parteien – uns miteinander bemühen, die Phänomene und Probleme sachlich und ehrlich zu analysieren und kooperationsbereit sind über parteiliche und religiöse Grenzen hinweg, dann werden wir auch gemeinsame Lösungen finden und umsetzen können. Insofern biete ich Ihnen heute Morgen meine und die Bereitschaft der Kirchen zur Kooperation an. Wir sehen hier unsere Aufgaben, und wir haben Freude an der Zusammenarbeit.

(Beifall)

Frau Prof. **Dr. Kläver**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst danke ich Ihnen noch einmal herzlich für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Am 5. Januar habe ich unsere schriftliche Stellungnahme abgegeben. Die zwei Tage später beginnenden schrecklichen Terroranschläge in Frankreich verdeutlichen auf dramatische Art und Weise, wie wichtig die Auseinandersetzung mit diesem Thema ist.

Alle präventiven und repressiven Maßnahmen, die den Extremismus und die Radikalisierung bekämpfen, begrüßen wir. Dabei sehen wir insbesondere die Jugendarbeit für Muslime als eine wichtige präventive Maßnahme an. Denkbar ist etwa der Ausbau einer gemeindlichen Jugendarbeit durch die muslimischen Verbände und Organisationen. Im Zusammenwirken auch mit Schulen, Vereinen und Trägern von Jugendeinrichtungen sollte versucht werden, eine soziale Einbindung aller Jugendlichen in unsere Gesellschaft zu erreichen und ein gesellschaftliches Verantwortungsgefühl zu wecken.

Aufklärung und Information sind ebenfalls ganz wichtige Bausteine. Als ein Beispiel möchte ich auf das Manifest gegen den Terror verweisen, welches von muslimischen, jüdischen und christlichen Vertretern unterzeichnet und veröffentlicht wurde. Dort wurde festgestellt, dass im Namen Gottes nicht getötet werden darf.

Darüber hinaus ist aber eine weitere vertiefende Aufklärung hilfreich und erforderlich. In diesem Sinne haben etwa die Repräsentanten des Zentrums für Islamische Studien Frankfurt/Gießen angeführt:

Muslime, nicht nur in Deutschland und nicht nur theologisch arbeitende, müssen sich der Aufgabe stellen, sich stärker mit den ideologisierten Erscheinungsformen des Islam auseinanderzusetzen, die in letzter Konsequenz als Legitimationsbasis für Gewalttaten herangezogen werden.

Neben all diesen Maßnahmen ist es aber ganz wichtig, dass kein Klima des generellen Misstrauens geschürt werden darf. Die muslimischen Bürger unseres Landes dürfen nicht mit Extremisten und Terroristen gleichgesetzt werden. Die Mehrzahl der Muslime lebt friedlich hier, und nur ein ganz geringer Prozentsatz ist radikal extremistisch. Wir stehen keinem monolithischen Islam gegenüber, sondern einer Minderheit von gewaltbereiten Islamisten, die es in Zusammenarbeit mit der Mehrheit der Muslime zu bekämpfen gilt.

Eine aktuelle Bertelsmann-Studie vom Januar belegt, dass die meisten Muslime in Deutschland gut integriert sind, dass die Ablehnung des Islam in der Mehrheitsgesellschaft aber trotzdem zunimmt. Ängsten, auch irrationalen Ängsten in der Bevölkerung sollte und könnte durch konkrete Argumente und verstärkte Aufklärung entgegengewirkt

werden. Hier als Beispiele: verstärkte Öffentlichkeitsarbeit der Politik über die tatsächlichen Verhältnisse oder auch Öffentlichkeitsarbeit der muslimischen Gemeinden und Verbände. Letztlich ist eine wechselseitige Aufklärung zwischen Gesellschaft und Religionen aller Art immer wichtig.

An dem großen Trauermarsch in Paris nach den Terroranschlägen nahmen ca. 1,5 Millionen Menschen teil, darunter viele Staatschefs aus aller Welt. Christen, Muslime und Juden traten hier gemeinsam für die Werte der westlichen Demokratie ein. Dies ist ein wichtiges Zeichen und gleichzeitig eine Vision für unsere Gesellschaft. Die fundamentale Werteordnung der modernen westlichen Verfassungen und des Grundgesetzes, insbesondere auch für die Religionsfreiheit, entspricht unserer christlichen Überzeugung.

Die Menschenwürde mündet in die Religionsfreiheit, es ist ein auf die Würde des Menschen gründendes Menschenrecht. Ein friedliches Miteinander und ein wertschätzendes Nebeneinander aller Religionsgemeinschaften ist notwendige Konsequenz daraus. Hier möchte ich mich meiner Vorrednerin anschließen: Wir christlichen Kirchen sind bei allem gerne zu jeder Zusammenarbeit bereit.

(Beifall)

Herr **Schmitt**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren! Ich danke für die Gelegenheit, für die Deutsche Polizeigewerkschaft Hessen eine Stellungnahme abgeben zu dürfen. Soweit mir bekannt ist, liegt Ihnen unsere schriftliche Stellungnahme nicht vor. Deshalb erlaube ich mir, wenigstens auszugsweise daraus zu zitieren.

Die DPoIG Hessen beobachtet die zunehmende Radikalisierung und Islamisierung von Menschen muslimischen Glaubens seit Jahren mit größter Sorge. Die Zahlen des Bundesamts für Verfassungsschutz und des Hessischen Landesamts für Verfassungsschutz sind Ihnen hinlänglich bekannt. Ganz aktuell stehen wir alle noch sehr stark unter dem Einfluss der schrecklichen Geschehnisse in Paris am 7. Januar. Viele Menschen sind zu Tode gekommen, viele sind schwer verletzt, und unzählige – das darf man nicht vergessen – sind für den Rest ihres Lebens schwer traumatisiert. Seit dem 13. Januar haben wir es auch mit konkreten Aufrufen zu Anschlägen in Deutschland zu tun.

Bei der ganzen Debatte muss zum einen natürlich – das ist auch bei den Vorrednerinnen schon angeklungen – vermieden werden, dass die Mehrheit der tatsächlich gut integrierten Muslime in Deutschland unter Generalverdacht gestellt wird. Zum anderen ist es aber notwendig und aufgrund der aktuellen Geschehnisse umso notwendiger, dass wir uns mit Dingen, die längst angesprochen werden mussten, endlich ernsthaft auseinandersetzen. Selbst wenn dies bei manchen Bürgerinnen und Bürgern dazu führt, dass sie sich in ihren Gefühlen verletzt sehen, muss eines am Ende ganz klar feststehen: Gewalt darf nie als legitimes Mittel der Auseinandersetzung betrachtet werden.

Uns als Polizeibeamten ist noch sehr gut der gezielte Mordanschlag von Salafisten auf Polizeibeamte bei der Demonstration in Bonn in Erinnerung; Sie erinnern sich an die Veranstaltung von PRO NRW und an die Gegenveranstaltung von Salafisten. Kollegen wurden dabei schwerstverletzt.

Nach einer so schrecklichen Gewalttat wie jüngst in Paris oder wenn man davon unabhängig über die Themen „Salafismus“ oder „Islamismus“ diskutiert, kommen reflexartig aus allen Richtungen gewisse pauschale Feststellungen. Eine davon ist, dass das alles mit dem Islam nichts zu tun habe, dass das ja nur eine verschwindend geringe Minderheit von Extremisten sei. Dieser Aussage müssen wir allerdings mit Entschiedenheit entgegenreten. Selbstverständlich gibt es einen Zusammenhang zwischen dem islamischen Glauben und dem, was an schrecklichen Gewalttaten mit Bezug auf diese Religion geschieht.

Sicher soll mit einer solchen Argumentation verhindert werden – das ist gut, und das begrüßen wir ausdrücklich –, dass die weitaus überwiegende Mehrheit der friedliebenden Muslime in Deutschland unter Generalverdacht gestellt wird. Das wollen wir alle nicht. Es muss aber auf der anderen Seite bei einer solchen Äußerung befürchtet werden, dass die Gesellschaft den Eindruck gewinnt, es bestehe kein Handlungsbedarf. Das ist nicht so. Ich denke, mehr und mehr werden auch Sie diese Auffassung gewinnen.

Mit jeder Gewalttat – auch das ist eine Sache, die ich gerne richtigstellen möchte, zumindest aus Sicht der Deutschen Polizeigewerkschaft –, mit jeder Kritik, die im Internet – per Twitter, per moderne Medien – auf die Menschen einfließt, die Kritik am Islam üben, werden im Übrigen auch Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und Kunst immer wieder ein Stück weiter zurückgedrängt. Ich will hier in aller Deutlichkeit noch einmal sagen: Die scheinbar konzertierten Aktionen führen tatsächlich dazu, dass Menschen eingeschüchtert werden, dass Menschen, die bislang noch Mut hatten, ihre Meinung in diesem Zusammenhang zum Ausdruck zu bringen, sich beim nächsten Mal durchaus ernsthafter überlegen, ob sie sich solchen Anfeindungen überhaupt noch aussetzen.

Insofern können wir nicht einfach so tun, wie jetzt in Paris nach den schrecklichen Anschlägen die Mitarbeiter von „Charlie Hebdo“, als wenn man diesen Anschlag irgendwann gedanklich abhaken kann und alle Aufrechten danach mit dem gleichen Mut und mit der gleichen Unbefangenheit ihrer Tätigkeit weiter nachgehen. Das ist ausdrücklich nicht so.

Wir erinnern uns auch an die Fälle in Hessen, den Vorgang im Jugendhaus Gallus im vergangenen Jahr. Die Mitarbeiterin, die da Bedrohungen ausgesetzt war, führt seither ganz sicher nicht mehr das gleiche Leben und geht nicht mit der gleichen Unbeschwertheit täglich zu ihrer Arbeit, wie sie das vorher getan hat. Die Mitarbeiter von „Charlie Hebdo“ werden für den Rest ihres Lebens traumatisiert sein. Viele von ihnen werden vielleicht in naher Zukunft ihre Tätigkeit zumindest nicht mehr in gleicher Weise ausüben können, wie sie das bisher getan haben. Die Vorgänge vor der Tauhid Moschee in Offenbach im vergangenen Jahr, als Journalisten von „REPORT MAINZ“ einer Prügelattacke ausgesetzt waren, ist uns allen noch gut in Erinnerung.

Bei all diesen Nachrichten wird doch eine Botschaft gesendet: Vorsicht im Umgang mit Kritik am Islam, das kann gefährlich werden. – Genau diese Auseinandersetzung, diese Wirkung, die in unsere Gesellschaft hinein zwischenzeitlich schon erzielt worden ist, ist sicher auch ein Anlass für die gewachsene Ablehnung gegen die weitere Zuwanderung von Muslimen in unsere Gesellschaft. Da entsteht ein Zündstoff – darauf möchte ich Sie ausdrücklich aufmerksam machen –, der unbedingt Handlungsbedarf entstehen lässt.

Es gibt bislang keine überzeugende Antwort – auch nicht von führenden islamischen Verbänden und Sprechern – auf die Frage, wie Zwangsmord, Ehrenmord, Ungleichbehandlung von Frauen und Scharia, im weitesten Sinne also Verbindungen zu Gewalt, mit westlichen Werten in Einklang zu bringen sind; ich habe jedenfalls noch nirgends eine lesen können.

Nach einer Studie, die hier schon kurz zitiert worden ist – ich möchte doch einmal deutlichere Zahlen nennen –, die 2012 vom Bundesministerium des Innern veröffentlicht wurde, ist die Mehrzahl der befragten deutschen und nicht deutschen Muslime bestrebt, sich zu integrieren. Danach befürworten 78 % der deutschen Muslime Integration mehr oder weniger, während 22 % eine eher zurückhaltende, die eigene Herkunftskultur betonende Haltung einnehmen. In der Gruppe der nicht deutschen Muslime finden sich ca. 52 %, die Integration mehr oder weniger befürworten, aber auch 48 % mit starken Separationsneigungen.

Die Befragungen von Muslimen im Alter zwischen 14 und 32 Jahren ergaben jedoch, dass längst eine Subgruppe existiert, die als streng Religiöse mit starken Abneigungen gegenüber dem Westen, tendenzieller Gewaltakzeptanz und ohne Integrationstendenz bezeichnet werden kann. Diese Subgruppe umfasst bei den deutschen Muslimen ca. 15 % und in der Gruppe der nicht deutschen Muslime 24 %.

Nach der vor wenigen Tagen veröffentlichten Studie der Bertelsmann Stiftung halten 90 % der hochreligiösen Muslime die Demokratie in Deutschland für eine sehr gute Regierungsform. Die Studie belegt eine starke Verbundenheit der Muslime zu unserem Staat. Nach der gleichen Studie sind hingegen 61 % der Bundesbürger der Meinung, dass der Islam nicht in die westliche Welt passe; im Jahr 2012 hatten das 52 % gesagt. 40 % der Befragten fühlen sich zudem durch Muslime wie Fremde im eigenen Land. Jeder Vierte will Muslimen sogar die Zuwanderung nach Deutschland verbieten. Entscheidend ist dabei auch, dass weder die politische Orientierung noch das Bildungsniveau noch der Sozialstatus das Islambild der Deutschen nennenswert beeinflussen.

Ich will Ihnen damit sagen, dass wir nicht einfach weiter von einer heilen Welt ausgehen können. Es ist eine Diskussion notwendig, die ganz ernsthaft und offen geführt werden muss. Die pauschale Feststellung: „Islamismus und Extremismus haben mit dem Islam nichts zu tun, d. h., wir müssen ja gar nichts weiter unternehmen“ reicht nicht mehr aus.

Dadurch entstehen Ängste in der Bevölkerung, teilweise unbegründet, teilweise diffus, aber sie sind da. Unsere Feststellung als Deutsche Polizeigewerkschaft in Hessen ist, dass wir seit Jahren bei den politisch Verantwortlichen den Eindruck gewinnen müssen, dass diese Ängste nicht ernst genommen werden. Und wenn Ängste in der Bevölkerung, auch in der muslimischen Bevölkerung, ausdrücklich nicht ernst genommen werden, dann führen sie eben dazu, dass Erscheinungsformen am rechten politischen Rand einen Zulauf erfahren, den wir alle nicht wollen.

Es gibt auch einen fließenden Übergang, bzw. es müsste zumindest bei nüchterner Betrachtung einen fließenden Übergang zwischen der großen, weitaus überwiegenden Zahl von friedliebenden Muslimen auf der einen Seite und der vermeintlich verschwindend geringen Zahl von gewaltbereiten oder sogar gewalttätigen Extremisten auf der anderen Seite geben. Es muss eine Entwicklung stattfinden. Mir kann niemand erklären – ein Mensch wird nicht als Attentäter geboren, er kommt nicht als Extremist auf die

Welt, sondern er muss ja eine bestimmte Entwicklung durchlaufen –, dass das persönliche Umfeld dieses Menschen das nicht wahrnimmt.

Genauso wenig ist es überzeugend, zu glauben, dass ein Mensch, allein weil Pierre Vogel einmal in Frankfurt auftritt und ein paar schlappe Sätze vom Stapel lässt, zum muslimischen Glauben konvertiert und dann wenige Wochen später nach Syrien in den Krieg ausreist. Auch das ist eine weltfremde Vorstellung. Da müssen Entwicklungen stattfinden. Die werden insbesondere vom persönlichen Umfeld wahrgenommen, von der Familie, von der Kirche, von den Moscheen. Wir fordern, dass eine Art Alarmsystem entsteht, dass das persönliche Umfeld, wenn ein einsetzender Radikalisierungsprozess festzustellen ist, die Behörden darauf aufmerksam macht, damit man vielleicht noch rechtzeitig etwas tun kann.

Eine wichtige Feststellung ist, dass die Sicherheitsbehörden in Deutschland und in Hessen diese Sache nicht werden alleine bekämpfen können. Wie immer ist es so, dass die Polizei oder die Sicherheitsbehörden versuchen, im Vorfeld durch die zur Verfügung stehenden Ermittlungsinstrumentarien und gesetzlichen Möglichkeiten Anschläge zu verhindern. Das gelingt in vielen Fällen. In vielen Fällen kann man so etwas im Planungsstadium feststellen und dann noch verhindern. Aber es muss auch festgestellt werden, dass die Sicherheitsbehörden das nicht flächendeckend leisten können und ohne ein gesamtgesellschaftliches Umdenken am Ende als Verlierer dastehen werden. Das ist eine ganz wichtige und für uns bedeutsame Feststellung.

Der Staat und seine Institutionen müssen intensiv den Dialog mit muslimischen Verbänden pflegen, offen über Erwartungshaltungen und Erfüllbarkeit sprechen, und gegenseitige Missverständnisse und Fehlentwicklungen müssen vermieden werden. Das muss in dem Bewusstsein geschehen, dass kulturelle Unterschiede nicht einfach wegdiskutiert werden können.

Als konkrete Forderungen der Deutschen Polizeigewerkschaft in Hessen möchte ich kurz kursorisch auflisten:

Das persönliche Umfeld muss verpflichtet werden, Behörden zu informieren, wenn Radikalisierungsprozesse festgestellt werden.

Die Koranverteilung durch Salafisten darf nicht länger einfach hingenommen werden. Sie ist für unser Verständnis nicht unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit zu verstecken und muss deshalb verboten und unter Strafe gestellt werden.

Kundgebungen von Salafisten, bei denen verfassungsfeindliche Parolen ausgegeben werden, müssen verboten werden.

Anwerbeversuche auf Schulhöfen müssen unter Strafe gestellt werden.

Islamisten, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, müssen ausgewiesen und abgeschoben werden; bei EU-Bürgern muss das Recht auf Freizügigkeit entzogen werden.

Die Gewährung von staatlichen Unterstützungsleistungen für Islamisten und Salafisten muss gekürzt oder gestrichen werden.

Die Ausreise in Kriegsgebiete durch Islamisten und Salafisten muss unter Strafe gestellt werden, ohne dass der Beweis bestimmter Absichten, nämlich dort an einem Kriegsgeschehen teilzunehmen, geführt werden muss.

Die üblichen Reisedokumente müssen eingezogen werden.

Die Geldbeschaffung für extreme Institutionen muss unter Strafe gestellt werden.

Die Vorratsdatenspeicherung muss wieder eingeführt werden, ein ganz wichtiges Instrument bei der Bekämpfung von Extremismus.

Am Ende möchte ich es nicht versäumen, Sie für die Deutsche Polizeigewerkschaft darauf hinzuweisen, dass wir die derzeitigen Pläne der Hessischen Landesregierung, im Laufe dieser Legislaturperiode rund 150 Polizeibeschäftigtenstellen abzubauen, vor dem Hintergrund der aktuellen Geschehnisse als absolut kontraproduktiv und unverantwortlich betrachten. Wir haben errechnet, dass allein aufgrund der zuwachsenden Aufgaben, und zwar jenseits des aktuellen Geschehens in Paris – Internetkriminalität, zusätzliche Kriminalität durch die EU-Osterweiterung und Extremismus –, rund 1.600 Stellen zusätzlich für die hessische Polizei zur Verfügung gestellt werden müssen.

(Beifall)

**Vorsitzender Horst Klee:** Die letzten Passagen werden sicher Gegenstand einer normalen Sitzung des Innenausschusses sein.

Herr **Theveßen:** Ich bitte um Entschuldigung für die Verspätung. – Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren! Ich freue mich, dass ich hier sein darf. Ich bitte gleich noch einmal um Entschuldigung, weil ich nicht lange bleiben kann. Ich würde hier auch gern zuhören, aber ich muss gleich zu einer Beerdigung.

Ich will ein bisschen grundsätzlicher werden, weil Sie heute, glaube ich, sehr viele Details und sicherlich auch die polizeilichen Details – ganz besonders vom ehemaligen Chef des Bundeskriminalamtes, Jörg Ziercke – hören werden. Deswegen aus der Sicht eines Beobachters über die letzten 25 Jahre, was die Situation des Extremismus und speziell des islamistischen Terrorismus angeht:

Die letzten 20 Jahre sind ein gutes Stück von Selbsttäuschung, auch verpassten Chancen und politischem Opportunismus geprägt. Ich sage das deshalb so offen, weil immer und immer wieder nur und fast ausschließlich von repressiven Maßnahmen geredet wird und viel zu wenig von präventiven Maßnahmen. Da fühlen sich die Sicherheitsbehörden meiner Meinung nach – auch Polizei und Nachrichtendienste – von der Gesellschaft und von der Politik im Stich gelassen, weil zu wenig über Prävention geredet und dann auch zu wenig gemacht worden ist.

1995 – vielleicht erinnern Sie sich – gab es Gewalt in deutschen Straßen. In ganz Europa gab es Gewalt. Die PKK hat damals Straßensperren errichtet, Selbstverbrennungen gemacht, das Konsulat in München überfallen. Damals gab es die Metro-Bombenanschläge in Paris und hier in Deutschland Logistikstützpunkte der GIA, übrigens auch mithilfe von deutschen Staatsbürgern, also Menschen, die die deutsche Staatsbürger-

schaft hatten. Damals hätte man die große Chance gehabt, über vieles zu reden und auch manches zu tun. Damals wollte man aber auch – was verständlich ist – das neue Feindbild des Islam verhindern; so hat es Außenminister Klaus Kinkel gesagt. Der Fundamentalismus spiegele doch nur „die wirtschaftliche, politische und kulturelle Enttäuschung“ der Menschen in ihren Heimatländern wider.

Die laufenden Verfahren wurden damals sehr schnell eingestellt und auch so ziemlich jede Bemühung, die Ursachen zu erkunden oder sich mehr um Prävention zu kümmern. Kinkels Analyse damals war eigentlich richtig, aber sie war unvollständig. Zuwanderer erlebten nicht nur die Enttäuschung in ihren Heimatländern mit, sondern auch hier in Deutschland wirtschaftliche, politische und soziale Enttäuschung, in einer Gesellschaft, in der viele nicht integriert waren, in der sie sich auch nicht integrieren mussten, in der sie keine Beteiligung an der politischen Willensbildung hatten – Sie erinnern sich, dass manche Initiativen damals gescheitert sind, was beispielsweise das Kommunalwahlrecht angeht – und damals auch zu wenig Perspektiven für eine gute Ausbildung und einen Arbeitsplatz in Deutschland.

Damals haben wir über Algerier, über Kurden oder über Türken in unserer Gesellschaft geredet. Dann kam der 11. September, und George W. Bush hat die Welt in Gut und Böse geteilt. Auf einmal waren es alles nur noch Muslime. Die Nichtmuslime waren die Guten, und die Muslime waren die Bösen. So jedenfalls ist es vielen damals ergangen. Das hatte natürlich Auswirkungen.

Im April 2004 hat der britische Geheimdienst MI5 eine vertrauliche Studie für das Innenministerium erstellt und darin die Täterprofile eines hausgemachten Terrorismus beschrieben. Der MI5 stellte vor allem zwei Gründe für eine zunehmende Radikalisierung heraus:

Zum einen – so heißt es in der Studie, Zitat – „erfahren Muslime erhebliche Nachteile im wirtschaftlichen Leben, im Bildungsbereich und bei den Härten des Alltags.“ Also: Ich bin britischer Staatsbürger, sehe aber pakistanisch aus, deswegen habe ich schlechtere Chancen auf eine gute Ausbildung, einen Arbeitsplatz, Perspektiven in der Gesellschaft.

Dazu kommt – das war die zweite Hauptmotivation, die der MI5 identifiziert hat – eine massive Desillusionierung aufgrund der „Wahrnehmung einer Doppelmoral in der Außenpolitik Großbritanniens, in der Demokratie gepredigt, aber Unterdrückung der Muslime praktiziert oder toleriert wird, z. B. Palästina, Irak, Afghanistan, Kaschmir.“ Das ist ein Zitat des britischen Innenministeriums, das ist kein Zitat von Muslimen, die befragt worden sind. Die sind zu dem Schluss gekommen, dass die Wahrnehmung dieser Doppelmoral in der Außenpolitik eine große Rolle spielt.

Szenenwechsel: Soldiner Kiez am nördlichen Rand des Berliner Bezirks Wedding. Nicht einmal in Kreuzberg leben so viele Türken wie hier. 41 % der Bewohner haben keinen deutschen Pass, 80 % der Schüler sprechen nicht Deutsch als Muttersprache. Jeder dritte Jugendliche ausländischer Herkunft verlässt die Schule ohne Abschluss; bei den Deutschen sind es nur 12 %. Zwei Drittel der nicht deutschen Jugendlichen machen keine Berufsausbildung, die Arbeitslosenrate liegt bei 30 %. Ein Viertel der Ausländer lebt von Sozialhilfe, dagegen nur 16 % der Deutschen. Sie könnten den Soldiner Kiez ersetzen durch Duisburg-Marxloh, Frankfurt-Dietzenbach oder andere Regionen. Sie finden an vielen Orten Ähnliches. Das ist fruchtbarer Boden. Wenn es diesen fruchtbaren Boden nicht gäbe, dann sähen die Extremisten ganz schön alt aus.

Die Täter der letzten Jahre sind fast ausnahmslos perspektivlose gescheiterte Existenzen, meist mit einem Bruch in ihrer Vita. Das geht von Denis Cuspert bis zu Daniel Schneider, Mitglied der Sauerland-Zelle, von Arid Uka, dem Attentäter am Frankfurter Flughafen, bis zu Saïd und Chérif Kouachi in Paris. Das ist – verstehen Sie mich nicht falsch – keine Entschuldigung für das, was die getan haben. Aber das erklärt, wie es sein kann, dass in der westlichen Gesellschaft junge Menschen bereit sind, so einen Schwachsinn zu machen. Solche Leute kann jeder Extremismus leicht für sich anwerben, indem er sich einfach um sie kümmert, und dann ist es wurscht, ob es die Rechtsextremisten sind oder ob es ausländerextremistische Organisationen sind.

Salafisten sind derzeit die besten Sozialarbeiter in Deutschland, hat uns jemand gesagt, der vorgestern in „frontal21“ aufgetreten ist. Warum? – Weil Salafisten diesen jungen Leuten, die nach Halt und Orientierung suchen, Respekt vermitteln, Familiengefühl, Struktur und Selbstachtung. Bis zu diesem Punkt hat das nichts, aber auch gar nichts mit dem Islam zu tun. Aber dann!

Dann findet man in der zweiten Sure in den Versen 191 bis 192 die Formulierung: Tötet sie, wo immer ihr auf sie stoßt, von wo sie euch vertrieben haben. Wenn sie gegen euch kämpfen, tötet sie. Wenn sie aber aufhören, so ist Allah allverzeihend, barmherzig. – Durch diese und zahlreiche weitere Stellen wird der Dschihad im Koran verankert. Der Prophet gibt seinen Anhängern die Rechtfertigung, gegen Feinde des Glaubens vorzugehen, auch mit Mitteln der Gewalt. Aber diese Koranverse sind in einem bestimmten historischen Zusammenhang entstanden. Und so sind sie, wie jeder Text, auch in der Bibel, zu lesen. Das Konzept des sogenannten defensiven Dschihad, also des Rechts auf Selbstverteidigung, stützt sich historisch gesehen auf die Zeit, als Mohammed im Jahr 622 nach Medina geflohen war und seine Mitstreiter ausdrücklich zu Überfällen – Ghazawât – auf die Abtrünnigen in Mekka ermutigte. Das war vor vielen Hundert Jahren.

Jetzt kommt es! Die Fußnote unter dieser Formulierung im Koran sagt: Wenn der Dschihad aufgegeben wird, dann wird der Islam zerstört, werden Muslime unterworfen. Sie verlieren ihre Ehre, ihr Land und ihre Macht. – Diese Fußnote ist nicht Teil des Originaltextes, sie stammt von einem islamischen Prediger aus dem 12./13. Jahrhundert, Ibn Taimīya. Das ist derjenige, der in fast allen Botschaften der Terroristen zur Rechtfertigung herangezogen wird, weil durch diese Fußnote gesagt wird: Der Dschihad darf niemals aufgegeben werden. Überall, wo Muslime ihre Ehre, ihr Land oder ihre Macht verlieren, darf man diesen Krieg kämpfen.

In der achten Sure steht: Die Ungläubigen sind miteinander verbündet. Wenn ihr euch nicht auch verbündet, wird Fitna herrschen, Krieg, Schlachten und Unterdrückung. Und in der Fußnote untendrunter, ebenfalls von Ibn Taimīya, steht: Es gibt einen rechtlichen Zwang, dass alle Muslime sich unter einem Kalifen vereinigen müssen, um die Religion Allahs, den Islam, siegreich zu machen, sonst wird Fitna herrschen. – Das gleiche Prinzip: Es wird aufgefordert, sich überall da, wo Fitna herrscht, dringendst unter einem Kalifen – im Moment haben wir einen selbst ernannten – zu versammeln und dann eben diesen Kampf zu kämpfen. Das bedeutet, dass der Islam alleine und der Koran in der Originalfassung eigentlich nicht Angriffe rechtfertigen, dass es aber durch die Fußnoten ermöglicht wird, diese Gewalt zu rechtfertigen, und dass sie nur deshalb herangezogen werden können, weil sie auf einen fruchtbaren Boden stoßen, der mit dem Islam zunächst einmal nichts, aber auch gar nichts zu tun hat, sondern mit sozialen Umständen innerhalb einer Gesellschaft.

Die Verschärfung von Gesetzen, Kameras in Moscheen, Ausweiskontrollen vor Moscheen, Scanner an Bahnhöfen, das Tütchenpacken an Flughäfen, der Entzug von Reisepässen sind in Teilen vielleicht wirkungsvoll, aber viele dieser Maßnahmen erwecken nur das Gefühl von Sicherheit, wie z. B. das Tütchenpacken am Flughafen; da mögen Ihnen andere hier anderes erzählen. Viele dieser Maßnahmen sind überflüssig, und manche drängen noch mehr Muslime in die Opferrolle oder in eine Gegenreaktion.

Achtung: Repression ist wichtig, aber sie erweckt den Eindruck, als könnten Polizei und Nachrichtendienste das Problem lösen, und wenn die nicht, dann am Ende das Militär, im Zweifel mit Luftschlägen und gezielten Tötungen. Das verstellt den Blick darauf, dass man sich endlich mal ans Werk machen und die Ursachen bekämpfen muss.

20 Jahre hat sich die Politik – ich sage das hier so offen – einen schlanken Fuß gemacht, weil all das Genannte, nämlich die Sicherheitsmaßnahmen, einfacher umzusetzen sind und schneller Wählerstimmen bringen als millionenschwere Sozialprogramme für perspektivlose Jugendliche, die zudem auch noch Zuwanderer oder gar Muslime sind.

Ganz kurz – darüber könnte man ewig reden –: Was kann man tun? Noch einmal, verstehen Sie mich nicht falsch: Ich plädiere nicht dafür, repressive Maßnahmen wegfällen zu lassen. Sie müssen besprochen, diskutiert und mit Augenmaß auch entsprechend umgesetzt werden. Aber es ist dringend notwendig, mehr für integrationsfördernde Projekte aller Art zu tun, insbesondere für perspektivlose Jugendliche, egal welchen Glaubens und welcher Ethnie:

Eine Offensive für Freizeiteinrichtungen und Angebote, die von Deutschen und Ausländern gemeinsam genutzt werden.

Prävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe: In der Tat sind da, wie mein Vorredner sagte, Eltern, Schulen, Gemeinden, Verbände, Ämter und Unternehmen in der Pflicht. Man kann sich das Beispiel Dänemark ansehen, wo dies schon praktiziert wird.

Eine einheitliche Vertretung – aus meiner Sicht – für alle Muslime in Deutschland, z. B. als Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Rechten und Pflichten, so wie es in Österreich der Fall ist.

Ein flächendeckender staatlicher Islamunterricht in deutscher Sprache.

Die Ausbildung von Imamen für die muslimischen Gemeinden in Deutschland; ein Teil davon findet ja schon statt.

Die Ächtung von extremen Auslegungen wie z. B. die von Ibn Taimīya.

Die Durchsetzung der deutschen Rechtsordnung ohne Kompromisse, keine Scharia, nirgendwo in Deutschland.

Die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen. Wenn Sie sie in zentrale Unterkünfte stecken, findet kein Kontakt mit dem Rest der Bevölkerung statt. Das Beispiel Mülheim an der Ruhr, am Montag im „heute journal“ nachzuschauen, zeigt, dass es sehr erfolgreich sein kann, wenn Sie Flüchtlinge von Beginn an dezentral unterbringen, weil dann Kontakte zwischen den Flüchtlingen und der Bevölkerung entstehen und eng werden.

Das Entlarven der Propagandalüge von der Islamisierung: Die gibt es nicht. Auch im Jahr 2030 wird es in Deutschland nach den Studien, die vorliegen, nicht mehr als 7,1 % Muslime geben; vielleicht ein bisschen mehr, weil wir berücksichtigen müssen, dass sich seit den Studien 2011 etwas verändert hat. Es gibt keine Islamisierung in Deutschland, das ist eine Propagandalüge.

Eine Chance in der Zuwanderung sehen: Deutschland braucht – das hat der Migrationsbericht gestern noch einmal gezeigt – 225.000 Zuwanderer im Jahr, damit unsere sozialen Sicherungssysteme überhaupt weiter funktionieren, auch über das Jahr 2050 hinaus.

Als Letztes: Rückkehrer und Aussteigerangebote. In der Tat sind unter den Rückkehrern und Aussteigern sicherlich viele so radikalisiert, dass Sie sie nicht zurückgewinnen können. Aber wenn Sie es schaffen, dass sich ein paar, die erlebt haben, dass der sogenannte Heilige Krieg nichts, aber auch gar nichts mit irgendeinem hehren Kampf zu tun hat, sondern mit dem brutalen Abschachten von Frauen, Männern und Kindern, vor allen Dingen Muslimen, dafür einsetzen, um anderen davon zu erzählen, dass das so ist, dann kann das mehr gegen den Terrorismus beitragen als so manche repressive Maßnahme.

Zum Schluss – ich bitte um Entschuldigung, dass es vielleicht ein bisschen zu lang geworden ist – will ich noch das Beispiel von Mohammed Bouyeri und Theo van Gogh nennen. Sie erinnern sich, 2004 wurde Theo van Gogh von Mohammed Bouyeri ermordet, einem jungen Marokkaner, der aber niederländischer Staatsbürger war und gar kein Arabisch mehr sprach, sondern nur Niederländisch. Der Täter hatte damals für ein Stadtteilmagazin geschrieben, freiwillig in einem Jugendheim gearbeitet und an der Integration von Jugendlichen mitgewirkt, bevor er – auch aus Frustration und Wut über die Perspektivlosigkeit für ihn selbst und die vergebliche Suche nach Arbeit – dem Islamismus anheimfiel. Das ist keine Entschuldigung für das, was er tat.

Sein Opfer, Theo van Gogh, hatte ebenfalls in einem Jugendzentrum für Ausländerkinder ausgeholfen, einen Film über die Perspektivlosigkeit marokkanischer Jugendbanden in den Niederlanden gemacht und Konzepte für bessere Integrationsmaßnahmen an die Behörden geschickt, bevor er die Diskussion mit seinem geschmacklosen Film „Submission“ endlich in Gang bringen wollte. Das wissen viele nicht.

Täter und Opfer wollten ursprünglich das Gleiche. In der Erklärung, die mit dem Messer an Theo van Goghs Brust geheftet war, stand:

Es soll keine Vergebung geben für die Ungerechten, nur das Schwert soll erhoben werden gegen sie. Keine Diskussion, keine Demonstrationen, keine Paraden, keine Petitionen. Nur der Tod soll die Wahrheit von der Lüge trennen.

Es geht nicht um Allah, sondern die da sehen sich als Kämpfer für eine gerechtere Welt. Wir müssen beweisen, dass ihre Welt nicht gerechter, sondern nur blutig, grausam und menschenverachtend ist.

(Beifall)

**Vorsitzender Horst Klee:** Schönen Dank, Herr Theveßen. Ich musste Ihnen bei dem Vortrag einfach einen Bonus zugestehen. – Ich darf noch den hessischen Innenminister begrüßen, der von einem wichtigen Termin sofort hierher geeilt ist.

Herr **Brandt:** Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Minister, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren! Der BDK Landesverband Hessen hat seine Meinung zu den Ursachen der extremistischen Auswüchse kurz in der schriftlichen Stellungnahme skizziert. Sie haben bereits ausführliche Erklärungsansätze. Ich kann mich auch meinem Vorredner vollumfänglich anschließen; das war meiner Meinung nach sehr gut.

Auch wir sehen eher ein Problem der gefühlten Benachteiligung und Chancenlosigkeit im Zusammenhang mit einer Orientierungslosigkeit in der Adoleszenz und familiären Brüchen. Dabei ist die Familiensituation oft von sozialer Schwäche geprägt. Aber dazu will ich nicht weiter ausführen; denn das haben die Fachleute sehr bildlich und begreifbar dargestellt.

Die Polizei hat das besondere Problem, dass sie mit dem Extremismus in der Gesamtheit umgehen muss, also in der Amts- und Vollzugshilfe, in den Netzwerken, in der Präventionsarbeit und konkret in der Gefahrenabwehr und in der Repression. Das heißt aber auch, dass wir nicht warten können, bis die Präventionsprogramme gegriffen und wir die Ursachen für eine radikale Entwicklung und Anfälligkeit von Extremismus beseitigt haben.

Wir erleben auf der Straße die radikale Jugendkultur, die kaum Respekt vor dem staatlichen Gewaltmonopol hat und uns als Polizei auch deutlich sagt, dass ihnen sowieso nichts passiert. Wir wollen keine Schelte an irgendeiner staatlichen Institution üben, sondern Vorschläge zur Verbesserung der Zusammenarbeit machen. Unserer Meinung nach sollten z. B. die Häuser des Jugendrechts zur Standardorganisation werden und in allen Großstädten und Ballungsräumen in Hessen eingerichtet werden. Da, wo sie bereits vorhanden sind, müssen weitere Häuser des Jugendrechts geschaffen werden, bis die Kriminalität junger Straftäter, aber vor allem auch junger Intensivtäter generell nur durch diese Organisationseinheiten abgearbeitet werden kann.

In den anderen Fällen sollten regelmäßige Kommunikationsrunden zwischen Justiz, Polizei und auch den Sozialbehörden die Zusammenarbeit optimieren, also zur Regel werden.

Unsere Vorschläge als Lösungsansätze:

Wir fordern mehr Polizei; da kann ich mich Heini Schmitt nur anschließen. Wir sind an die Grenzen gekommen, das haben wir auch in der schriftlichen Stellungnahme deutlich dargestellt. Wir können nicht mehr Arbeit leisten, und wir müssen andere Aufgaben zurückstellen, wenn wir andere Schwerpunkte setzen.

Wir fordern mehr Polizisten vor allem für die Kriminalpolizei. Der BDK hat festgestellt: Deutschlandweit fehlen 10.000 Kriminalbeamte zur Bearbeitung der politisch motivierten Kriminalität, für neue operative Einheiten, z. B. im Staatsschutz; denn heute haben wir kaum Kräfte für die Aufklärung. Wir brauchen aber auch neue Kräfte, Stellen für die Tatortarbeit, für den Erkennungsdienst, also für die professionelle Abarbeitung, für die

Dauerdienste, für qualifizierte Ermittler im Schichtdienst rund um die Uhr, zur Bearbeitung von Cybercrime, z. B. in einem Cybercrime-Kompetenzzentrum im Landeskriminalamt, das auch eine Auswertung im Bereich politisch motivierter Kriminalität durchführt. Wir haben heute einen Flickenteppich und keine konzertierten Aktionen, also eine zentrale Auswertestelle zur Erkennung extremistischer und terroristischer Aktivitäten, die auch Hinweise aus der Öffentlichkeit überprüfen kann. Heute macht jeder sein Ding für sich, und vieles wird doppelt gemacht, anderes dafür gar nicht. Zurzeit werden andere Bereiche der Kriminalitätsbekämpfung geschwächt, auch Einbruch, OK, Internetbetrug, Fahndung usw.

Die Zusammenarbeit der Behörden untereinander sollte verbessert werden. Erkenntnisse müssen gemeinsam zugänglich gemacht werden, wir müssen Verständnis für eine Zusammenarbeit erzeugen. Dazu könnte man z. B. das Legalitätsprinzip nach § 163 StPO für die Polizei mit einer Ausnahme belegen, wenn Mitteilungen von anderen Behörden aus reinen Gefahrenabwehrzwecken erfolgen. Dann muss die Polizei nicht automatisch strafrechtlich vorgehen. Das würde die vertrauensvolle Zusammenarbeit erhöhen, gerade mit den Jugendbehörden und den Sozialämtern.

Vertrauliche Erkenntnisse sollten für Waffen- und Einreiseverbote nutzbar gemacht werden.

Wir sollten den Datenschutz verändern. Die Polizei z. B. vernichtet personenbezogene Daten von Tatverdächtigen in einigen Fällen bereits nach drei Jahren. Da lohnt sich fast die Speicherung nicht.

Die Zusammenarbeit unter den Behörden, kommunal und landesweit, sollte erleichtert werden.

Der Justizvollzug sollte die Resozialisierung gerade bei jungen Strafgefangenen verbessern und eine Haftrekutierung für den Islamismus auf jeden Fall verhindern können.

Ausbildungschancen in der Haft sollten verbessert werden.

Damit in Verbindung sollte das Violence Prevention Network finanziell besser ausgestattet werden, und dadurch sollten die Einsatzmöglichkeiten erhöht werden. Die Maßnahmen sollten aber auf jeden Fall in einer Hand bleiben – das Gute stärken und ausbauen.

Wir haben auch einige Vorschläge zu Rechtsänderungen gemacht. Wir sagen z. B.: Das Aufenthaltsgesetz sollte geändert und der besondere Ausweisungsschutz nach § 56 aufgrund hier wohnender Familienmitglieder in Lebensgemeinschaft abgeschafft werden. Denn heute können wir selbst verurteilte islamistische Gefährder nicht abschieben, die nach § 54 Nr. 5a und 5b Aufenthaltsgesetz wegen der Gefährdung der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland ausgewiesen werden könnten, weil sie einen Abschiebeschutz haben.

Zu dem Passgesetz ist schon sehr viel gesagt worden. Das befürworten wir, diese Möglichkeiten sollten auf jeden Fall geschaffen werden. Wir wollen die Einschränkung der Maßnahmen nach dem Passgesetz aber auch in unsere Fahndungssysteme bekommen und dann in unseren Fahndungssystemen abfragen können.

Auch der Regelung zur sogenannten Vorratsdatenspeicherung stimmen wir absolut zu. Ohne die Vorratsdatenspeicherung hätten die Franzosen z. B. viele Mittäter und Hintermänner nach den Anschlägen von Paris überhaupt nicht ermittelt. Wir denken, dazu ist genügend gesagt, und wir sollten die Bundesregierung handeln lassen. Ich hoffe, dass sie auch handelt.

Wir sollten Kennzeichenlesegeräte einsetzen, auch wenn die höchstrichterliche Gesetzgebung dies nur eingeschränkt zulässt. Allerdings hat das Bundesverwaltungsgericht den Einsatz letztinstanzlich unter strengen Auflagen erlaubt. Der Einsatz dieser Technik würde Personalressourcen freisetzen.

Wir fordern auch die Beweislastumkehr bei der Vermögensabschöpfung, also zur Sicherstellung von illegalen Gewinnen. Wir wollen die Austrocknung der kriminellen Kapitalorganisationen; denn auch die Terrorfinanzierung findet in großen Teilen mit diesen illegalen Geldern statt.

Die Weisungen nach § 56c Strafgesetzbuch müssen in das polizeiliche Fahndungssystem übernommen werden und durch jeden Polizeibeamten abfragbar sein. Sonst ist z. B. ein Aufenthaltsverbot für einen Kriminalitätsbrennpunkt überhaupt nicht kontrollierbar. Wir verbieten irgendetwas, kontrollieren es aber nicht. Das ist sehr inkonsequent.

Die europäische Allianz in der Zusammenarbeit der Justiz und der Polizei sollte durch Harmonisierung des Rechts verbessert werden, indem wir z. B. ein europäisches Eingriffsrecht für die Internetkriminalität schaffen, gemeinsame Ermittlungen erleichtern – gerade das Internet hat keinen Tatort, da würde sich ein europäischer Ermittlungsansatz anbieten –, aber auch mehr Möglichkeiten für polizeiliche Joint Investigation Teams schaffen. Das ist die europäische interstaatliche Ermittlungskooperation der Polizeidienststellen, die über Europol gesteuert wird.

Sehr positiv stehen wir auch zu der Wiedereinführung der Vermieterbeteiligung im Melderecht, die allerdings erst im November 2015 wirksam wird.

Wir haben hier unsere Vorstellungen von der Bedrohungslage und von probaten Lösungen dargestellt. Deutlich sollte geworden sein, dass die Bedrohungslage sehr ernst ist und Handlungen, z. B. die Personalverstärkung bei der Polizei, dringend notwendig sind.

Aber wir wollen auch der Landesregierung für die Anstrengungen im Kampf gegen Extremismus und Terrorismus loben, die mit den Beratungsnetzwerken und dem Aussteigerprogramm den richtigen Weg eingeschlagen hat. Wir denken auch, dass die Stärkung der auf Dauer angelegten Präventionsarbeit die richtige Maßnahme ist und alle Teile der Gesellschaft gefragt sind. Gemeinsam können wir die Herausforderungen bewältigen und den Gefahren begegnen.

(Beifall)

Herr **Grün**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Minister, sehr geehrte Damen und Herren! In der von der Gewerkschaft der Polizei eingereichten schriftlichen Stellungnahme haben wir, wie es gewünscht war, auf die in den Drucksachen 19/634 und 19/696 abgestellten Fragen Bezug genommen. Dabei war insbesondere der prä-

ventive Bereich zu bewerten. Wir haben uns weitgehend an diesen Vorgaben orientiert und unsere Sichtweise, soweit es möglich war, dargestellt.

Wir sind der Überzeugung, dass gerade der Prävention eine herausragende Bedeutung bei der Bekämpfung und Eindämmung einer sich radikalisierten salafistischen Szene zukommt. Aber auch die Ermittlungen in Bezug auf die Strafverfolgung und die Überwachung der Gefährder sind unumgänglich und erfordern eine personal- und zeitintensive Befassung durch die Polizei. Eine breite aufklärende gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema „Salafismus“ ist deshalb anzustreben, um einer weiteren Stigmatisierung entgegenzuwirken.

Wenn Muslime in Deutschland durch eine fehlgeleitete öffentliche Diskussion per se im Dunstkreis von Salafismus stehen, dann wird dabei der Nährboden für Ausgrenzung und schwierige Integrationsmöglichkeiten geschaffen. Junge Menschen ohne eine perspektivische Orientierung – persönlich wie beruflich – sind offensichtlich anfällig für salafistische Propaganda. Die Integration von jungen Muslimen gerade auch in Vereinen und damit im gesellschaftlichen Leben ist zu verbessern. In der Gesellschaft angekommen, mit religiöser und kultureller Kompetenz ausgestattete junge Muslime werden weniger anfällig für salafistische Propaganda sein. Dabei spielt für uns die Einbindung der Moscheevereine, der Kommunen, der Schulen eine besondere Rolle, um für Toleranz und Aufklärung zu sorgen.

Dem im Präventionsnetzwerk gegen Salafismus integrierten Violence Prevention Network und auch anderen Organisationen wie beispielsweise dem Amt für multikulturelle Angelegenheiten in Frankfurt kommt hier eine besondere Rolle zu. Aber auch im präventiven Bereich setzt die Arbeit von VPN an. Es ist allerdings festzustellen, dass die finanzielle wie personelle Ausstattung dieser Beratungsstelle nach unseren Informationen unzureichend ist.

Die Mitarbeiter in der Präventionsarbeit sollten grundsätzlich Muslime sein. Es ist nur schwer vorstellbar, dass in dem Konfliktfeld „salafistische Szene“ andere Religionen überhaupt einen Zugang finden. Die von Salafisten propagierte Aufteilung der Welt in Muslime und Ungläubige würde schon den Einstieg in eine aufklärende Deradikalisierungsstrategie scheitern lassen. Die Präventionsarbeit muss im Kern darauf ausgerichtet sein, potenzielle Anhänger von den einfachen Wahrheiten der Salafisten fernzuhalten und gleichzeitig über die salafistische Bewegung, ihre Ideologie und ihre vereinfachten Weltanschauungen aufzuklären.

Die hessische Polizei ist gerade im Bereich der sogenannten Rückkehrer aus Syrien und derer, die in die Kriegsgebiete ausreisen wollen, personell sehr gefordert. Es braucht ein hohes Maß an Zeit und fachkundigem Personal, um mit diesem Problem verantwortungsvoll umgehen zu können. Ende vergangenen Jahres wurden hessenweit 65 Stellen für die sachbearbeitenden Dienststellen, die mit Salafismus beschäftigt sind, zur Verfügung gestellt. Das ist zu begrüßen, weil es eine nachvollziehbare und gebotene Priorisierung darstellt. Trotzdem bleibt festzuhalten, dass diese Stellen nicht zusätzlich geschaffen wurden, sondern aus anderen Organisationseinheiten entnommen wurden. Dadurch werden andere wichtige Bereiche der hessischen Polizei geschwächt.

Es fehlt ein klares Bekenntnis der Politik zu notwendigen Entscheidungen hinsichtlich der personellen Ausstattung der Polizei. Ein ständiges Verschieben von Personal wird den sich ständig ändernden Kriminalitätsphänomenen nicht gerecht.

Aber auch die PEGIDA-Bewegung, die die Bemühungen um einen integrativen Umgang mit Muslimen unmittelbar untergräbt, bindet neuerdings zusätzlich Polizisten in Deutschland. Auch andere Bereiche wie beispielsweise die Ermittlungsdienststellen, die mit Computerkriminalität und dabei insbesondere mit der Auswertung von Daten und Internetrecherchen befasst sind, benötigen genauso dringend zusätzliches Personal.

Mit großer Sorge beobachten wir die Entwicklung der sogenannten PEGIDA-Bewegung. Bei den Demonstrationen sind eindeutig fremdenfeindliche und gegen Muslime gerichtete Äußerungen erkennbar. Dabei steht zu befürchten, dass es zu weiterer Ausgrenzung und Isolation von Muslimen innerhalb der Gesellschaft kommt. Dies könnte sich als neuer zusätzlicher Nährboden für weiteren Zulauf zur salafistischen Szene entwickeln und die Problematik verschärfen. Es bedarf daher nach unserer Ansicht einer breiten Allianz von Politik, Religionsgemeinschaften und der Gesellschaft, die sich klar gegen fremdenfeindliche Tendenzen der PEGIDA-Bewegung stellt.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Bekämpfung der Problematik rund um die salafistische Szene in Deutschland nur gesamtgesellschaftlich unter Einbindung einer personell zu verstärkenden Polizei und der genannten Netzwerke und Institutionen zu bewältigen ist. Dabei bedarf es klarer politischer Bekenntnisse, was die Finanzierung und die personelle Ausstattung angeht.

Lassen Sie mich kurz noch zu einem von meinen Vorrednern aus den Polizeigewerkschaften bereits angesprochenen Thema Stellung nehmen, der Vorratsdatenspeicherung. Mit der Wiedereinführung einer grundrechtskonformen Vorratsdatenspeicherung lassen sich im Nachhinein eines terroristischen Anschlags wichtige Erkenntnisse über Netzwerke, Hintermänner, Mittäter, Kommunikationswege, Finanzströme erlangen. Hierauf zu verzichten vereitelt die Möglichkeit, nach einem erfolgten Anschlag durch das Auswerten dieser Daten hilfreiche Erkenntnisse zu erlangen. Dabei besteht die Gefahr, dass schlimmstenfalls weitere verabredete Anschläge den Sicherheitsbehörden nicht zur Kenntnis gelangen und wichtige Erkenntnisse über Waffenlieferungen, finanzielle Unterstützung und vorhandene Netzwerke und Gruppierungen nicht ausgewertet werden können. Wenn wir auf diese Informationen nicht, wie es die französischen Kollegen jetzt konnten, zurückgreifen können, schaffen wir geradezu rechtsfreie Räume, nicht nur für politisch oder religiös motivierte Straftäter.

Bei allem Respekt gegenüber den Kritikern der Vorratsdatenspeicherung darf sich angesichts einer sich immer weiter radikalisierenden Szene, den Anschlägen in Frankreich und den Geschehnissen in Belgien niemand einer ernsthaften sachlichen Diskussion um die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung entziehen. Der Europäische Gerichtshof hat nicht die Vorratsdatenspeicherung als solche für unzulässig erklärt, sondern die bestehende Regelung verworfen, weil sie ihm viel zu weit ging. Wenn der EU-Gesetzgeber aber die im Urteil vorhandenen Vorgaben für eine strengere Fassung umsetzt, könnte er eine neue Richtlinie auf den Weg bringen und beschließen. Dabei geht es insbesondere darum, Datenmissbrauchsrisiken zu minimieren, die Dauer der Speicherung der Telekommunikationsdaten neu zu bewerten und den Straftatenkatalog enger zu fassen. Es muss daher aus unserer Sicht von politischer Seite parteiübergreifend alles unternommen werden, um eine grund- und europarechtlich konforme Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung zu ermöglichen.

(Beifall)

**Vorsitzender Horst Klee:** Das letztgenannte Thema wird sicher in Berlin gehört. Wir warten dann, was daraus entsteht. – Jetzt können die Abgeordneten Fragen stellen.

Abg. **Wolfgang Greilich:** Ich verzichte im Moment auf Fragen an die Polizeigewerkschaften. Die Themen, die von dort angesprochen worden sind, sind auf der Tagesordnung, und wir werden sie weiter beraten müssen.

Meine Frage richtet sich an Frau Dr. Neebe, wobei ich ein bisschen um Entschuldigung bitten muss. Ich wollte eigentlich Herrn Theveßen fragen, aber der ist nun nicht da. Ich habe aber festgestellt, dass Sie ihm die ganze Zeit besonders enthusiastisch zugenickt haben.

(Frau Dr. Neebe: Stimmt!)

Deswegen frage ich Sie. Herr Theveßen hat verschiedene Koranstellen zitiert, die uns mit anderen Stellen immer wieder begegnen, wenn es um die Argumentationsmuster von Radikalisierern geht. In der Tat ist die Aussage, dass Islam und Islamismus nichts miteinander zu tun haben, nicht nur nicht richtig, sondern diese Zitate machten auch im Gegenteil einen umgekehrten Eindruck. Nun wissen wir, dass es sonstige Koranstellen gibt, wenn man den Koran in seinem historischen und theologischen Zusammenhang sieht, die das sehr relativieren.

Erste Frage: Ist es so, dass die offenkundig nicht vorhandene vertiefte theologische, religiöse Kenntnis derjenigen, die dort radikalisiert sind, etwas mit der Frage zu tun hat, dass wir islamischen Religionsunterricht brauchen?

Zweite Frage: Gerade nach den Anschlägen in Paris hat es ja Aufrufe gegeben, unter anderem aus dem Zentrum für Islamische Studien Frankfurt/Gießen, verstärkt in eine innerislamische Diskussion zu gehen. Sehen Sie dort Möglichkeiten? Sehen Sie dort den richtigen Ansatz?

Abg. **Turgut Yüksel:** Frau Dr. Neebe, Sie haben einen sehr gut funktionierenden Sektenbeauftragten in der Kirche. Wie definieren Sie Sekten und die Rolle der muslimischen Sekten innerhalb der Bundesrepublik Deutschland? Es gibt allein in Frankfurt über 30 kleine und große Gemeinden. Es kann ja nicht sein, dass alle muslimischen Gemeinden eine wichtige Bedeutung haben.

Herr Schmitt, ich teile Ihre Auffassung, wenn Sie von fließenden Übergängen sprechen. Können Sie bitte ausführen, was Sie mit fließenden Übergängen meinen? Es geht ja hier darum, dass es einen gemäßigten Islamismus und einen Übergang zum salafistisch-dschihadistischen Islamismus gibt. Meinen Sie das? Wenn ja, wie definieren Sie das?

Probleme habe ich, wenn es darum geht, die Koranverteilung zu verbieten. Woran machen Sie fest, die Verteilung eines Buches zu verbieten? An den Personen, die das verteilen, oder an dem Buch? Es gibt in der Bundesrepublik Deutschland nur ein Buch, dessen Verteilung verboten ist, und zwar „Mein Kampf“. Es gibt auch andere, die Bibeln oder den Koran verteilen. Wie wollen Sie das verbieten?

Abg. **Holger Bellino**: Zunächst einmal herzlichen Dank an die Vortragenden für die Informationen, die wir gewonnen haben. – Mein erster Fragenkomplex richtet sich an die kirchlichen Vertreter. Wie sind Ihre Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit den Moscheegemeinden, mit den Verbänden bezüglich eines Dialogs der Kulturen, des gemeinsamen Werbens für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung, des Werbens für den Respekt vor Andersgläubigen und Andersabstammenden und auch bei dem gemeinsamen Vorgehen gegen Extreme, wo immer sie auftreten sollten?

Der zweite Themenbereich geht in den Bereich der Polizei. Sie haben zumindest in Teilen ausführlich auf das hingewiesen, was Sie sich gerne wünschen, wenn man sich nicht mehr mit der Prophylaxe auseinandersetzen muss – was sehr wichtig ist, die meisten Redebeiträge gehen ja auch in diese Richtung –, aber auch dann, wenn es darum geht, diejenigen zu erreichen, die man mit Prophylaxe eben nicht mehr zurückgewinnen kann, wenn es um das Thema „Sanktionen“ geht, wenn es auch darum geht, andere vor Extremisten zu schützen. Vielleicht können Sie das in Teilen noch ergänzen, sofern Sie noch nicht alle Maßnahmen, die Sie sich da wünschen, erschöpfend dargelegt haben. Ist es Ihnen dabei möglich – das wäre mir fast noch wichtiger, es gab ja schon einiges –, eine gewisse Gewichtung vorzunehmen, welche Maßnahmen Ihnen vor dem Hintergrund der Prophylaxe, aber auch des Schützens der friedliebenden Gesellschaft am wichtigsten sind, wo aus Ihrer Sicht der größte Handlungsbedarf besteht und wo dann auch die schnellsten Erfolge zu erzielen sind?

Abg. **Ismail Tipi**: Die erste Frage geht an Frau Dr. Neebe und Frau Prof. Dr. Kläver. Sie unterstreichen ja, dass die Gruppe der Salafisten und Extremisten klein ist und dass ein kleiner Teil davon gewalttätig ist. Aber für wie gefährlich halten Sie gerade diese kleine Gruppe für unsere Demokratie, für unsere Gesellschaft, für den inneren Frieden und für unsere gesamte innere Sicherheit?

Die zweite Frage geht an Herrn Schmitt. Sie sprachen den Dialog mit den Verbänden an. In der letzten Anhörung hat Herr Dr. Ralph Ghabban die Muslime vor ihren großen Dachverbänden gewarnt und gesagt: Man muss die Muslime vor ihren Dachverbänden schützen. – Welchen Dachverbands oder welcher Dachverbände sollten wir uns als Partner annehmen?

Die dritte Frage geht an Herrn Brandt. Welche weiteren Maßnahmen sind notwendig, damit die Observierung gut funktioniert? Was muss man noch machen, damit sich die observierten Personen nicht ins Ausland hinausschleichen können?

Die vierte Frage geht an Herrn Grün. Sie sprachen die Rückkehrer an. Welche Maßnahmen, welche technischen Möglichkeiten sollte man noch haben, damit man die Rückkehrer genau beobachten und observieren kann? Wie sehen die Chancen reell überhaupt aus, und wie viel Prozent davon kann man richtig observieren?

Abg. **Nancy Faeser**: Meine erste Frage richtet sich an alle drei Vertreter der Polizeigewerkschaften. Sie haben zum Teil zu Recht darauf hingewiesen, dass es sich hier um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe handelt. Sie haben zum Teil auch die Vernetzung Ihrer Arbeit mit anderen Institutionen angesprochen. Herr Brandt hat insbesondere die Häuser des Jugendrechts als gute Einrichtung der vernetzten Arbeit zwischen den Sozialverbänden und Polizei und Staatsanwaltschaft benannt. In welchen Bereichen könn-

ten Sie sich noch eine vernetzte Arbeit vorstellen? Wo kann man möglicherweise noch ansetzen? Herr Grün hat VPN erwähnt. Da gibt meines Wissens auch schon eine Zusammenarbeit.

Meine zweite Frage geht ebenfalls an die Polizeigewerkschaften und knüpft an das an, was Herr Bellino gefragt hat. Sie alle drei haben sehr stark darauf verwiesen, dass es aufgrund des Anwachsens Ihrer Aufgaben – insbesondere bei der Bekämpfung der Formen – einer Verstärkung bedarf. Es gab jetzt, wie Sie angesprochen haben, lediglich eine Verschiebung hin zu einer Verstärkung beim LKA und beim Staatsschutz. In welchen Bereichen würden Sie sich ganz besonders eine Verstärkung wünschen und diese für unerlässlich halten?

Abg. **Hermann Schaus:** Frau Dr. Neebe, Sie haben in Ihrem Vortrag sehr auf die Schule abgestellt, auf die Fortbildung der Lehrer, aber auch auf eine solide Religionsbildung, um die Pluralitätsfähigkeit – ich glaube, den Begriff haben Sie verwandt – zu stärken oder zu entwickeln. Sind Sie der Meinung, dass diese Pluralitätsfähigkeit in einem gemeinsamen Religionsunterricht, in dem man sozusagen alle Religionen kennenlernt, besser gewährleistet wäre oder in einem getrennten Religionsunterricht?

Herr Grün, ich fand es sehr positiv, dass Sie am Anfang Ihres Beitrags die herausragende Bedeutung der Prävention dargestellt haben und stellvertretend für die Organisationen – VPN haben Sie genannt, Präventionsrat – auch mehr Mittel gefordert haben. Das ist für eine Polizeigewerkschaft schon von besonderer Bedeutung. Sie haben auch den Bogen im Hinblick auf die – Frau Faeser hat es gerade angesprochen – Stellenentwicklung und die 65 Stellen geschafft. Wir LINKE – das wissen Sie aber – stimmen zwar nicht mit Ihrer Forderung nach Vorratsdatenspeicherung überein, trotzdem bin ich der Meinung, dass Sie den Bogen zwischen Personalstellen und Prävention richtig hinbekommen haben. An der Stelle wüsste ich gerne mehr über die neuen 65 Stellen. Wo kommen die her? Vor allen Dingen: Wird das Personal in besonderer Weise qualifiziert? Wissen Sie etwas darüber? Hat es einen muslimischen Hintergrund, um auch einen Zugang zu der entsprechenden Klientel zu haben?

Abg. **Hans-Jürgen Irmer:** Ich habe eine Frage an die Vertreterin der evangelischen Kirche, die von der notwendigen religiösen Bildung gesprochen hat. Wir wissen ja, dass im Koran insgesamt – Herr Theveßen hat an einem Beispiel darauf aufmerksam gemacht – etwa 200 Stellen enthalten sind, die zum Kampf gegen die Ungläubigen aufrufen, in unterschiedlicher Form, ohne das jetzt vertiefen zu wollen. Die Frage ist: In welcher Form sollen diese Stellen gerade im Bereich der religiösen Vermittlung aufgearbeitet werden? Teilen Sie meine Auffassung, dass das eigentlich nur möglich ist, wenn der Islam insgesamt, wie es auch der ägyptische Präsident aktuell gefordert hat, eine Art Aufklärung durchläuft, so wie wir es im Christentum ja auch hinter uns haben?

Abg. **Alexander Bauer:** Ich habe eine Frage an die beiden Vertreterinnen der christlichen Konfessionen. Sowohl im katholischen als auch im evangelischen Religionsunterricht kommt in den Lehrplänen der Islam ja durchaus vor und wird auch vermittelt. Ist es im islamischen Religionsunterricht ähnlich, dass auch grundlegende Dinge von anderen Konfessionen vermittelt werden, damit der interreligiöse Austausch, das Wissen über

andere Religionen gefördert wird? Das geht ein bisschen in die Richtung von Religionskunde, die man sozusagen für alle verpflichtend machen könnte.

Ich frage Sie, weil Sie wahrscheinlich eine theologische Ausbildung haben: Meinen Sie, dass das, was die christlichen Konfessionen im Bereich der historisch-kritischen Exegese bereits haben, also eine kontextuelle Auslegung der jeweiligen heiligen Texte, dem Islam eigentlich fehlt und dass es eine historisch-kritische Koran-Exegese geben müsste, damit man solche Missdeutungen von historisch kontextuell gebundenen Texten in der heutigen Realität vermeiden könnte?

Abg. **Jürgen Frömmrich:** Ich will nahtlos an das anschließen, was der Kollege Bauer gerade vorgetragen hat. Meine Frage an die Kirchen – das haben wir im ersten Teil der Anhörung auch schon von Anzuhörenden vorgetragen bekommen – betrifft den interreligiösen Dialog, dass man in dem Bereich mehr unternimmt, gerade was die Diskussion unter Jugendlichen angeht. In einem der Vorträge ist ja gesagt worden, dass sowohl im Islam als auch in den christlichen Kirchen das Wissen über das, was die Religion eigentlich verkörpert, sehr marginal ist, um es freundlich auszudrücken. Man müsste verstärkt in den interreligiösen Dialog eintreten, auch in der Schule. Wie weit sind Sie da? Ist da etwas in Planung? Wie sehen Sie die Chancen und Möglichkeiten dafür?

Den zweiten Punkt hat Herr Grün vorgetragen. Dankenswerterweise hat er auch auf die Frage der Vorratsdatenspeicherung und des Aufhellens von Umfeldern nach Attentaten hingewiesen; in der Diskussion hier wird ja oft so getan, als verhindere das Attentate. Es geht auch darum, nachher Dunkelfelder und Kontaktmöglichkeiten aufzuhellen. Dass das dann unter Umständen dazu führt, dass man geplante neue Dinge verhindert, ist klar, aber es ist schön, dass Sie das noch einmal erwähnt haben. Wir haben es nun damit zu tun, dass das Bundesverfassungsgericht und der Europäische Gerichtshof dazu geurteilt haben. Ist Ihnen aus irgendeiner Richtung eine Formulierung bekannt, die verfassungs- oder europarechtskonform ist? Ich zumindest kenne in der jetzigen Debatte, obwohl alle immer über Vorratsdatenspeicherung reden, keine Formulierung, die zumindest den Ansprüchen des Bundesverfassungsgerichts und des Europäischen Gerichtshofs gerecht wird. Kennen Sie eine?

Abg. **Gerhard Merz:** Ich würde gerne die Frage, die jetzt schon mehrmals an Frau Dr. Neebe gestellt worden ist – vielleicht mögen auch Sie antworten, Frau Prof. Kläver –, folgendermaßen zuspitzen: Unterstellen wir, es gäbe einen voll ausgebauten islamischen Religionsunterricht, konfessionellen Religionsunterricht für alle Schulformen und für alle Schulstufen, wie könnte dann auf der Grundlage eines bekenntnisorientierten Religionsunterrichts – wie er ja der Hessischen Verfassung und dem Grundgesetz entspricht, um daran noch einmal zu erinnern – ein interkultureller, ein interreligiöser Dialog in den Schulen aussehen?

**Vorsitzender Horst Klee:** Dann kommen wir jetzt zu den Antworten. Wir beginnen wieder so wie gerade.

Frau **Dr. Neebe:** Ich bedanke mich herzlich für die Fragen. – Ein Fragenkomplex zielte auf den islamischen Religionsunterricht und was dieser leisten kann. Meine Erwartung an

den islamischen Religionsunterricht ist, dass er muslimische Mädchen und Jungen hermeneutisch schult und religiös urteilsfähig macht. Das heißt mit anderen Worten, dass der islamische Religionsunterricht genau die gleiche Zielsetzung verfolgt, wie wir sie auch im evangelischen oder im katholischen Religionsunterricht verfolgen. Das ist das Ziel. Dahin gehend werden potenzielle junge Lehrkräfte auch ausgebildet. Wir stehen im Kontakt mit der Universität Gießen und der Universität Frankfurt und haben auch einen guten Kontakt zu der Verantwortlichen im hessischen Kultusministerium, die sich um die Einführung des islamischen RU kümmert. Das ist auf einen guten Weg gebracht.

Zurzeit ist es aber schwierig – ich sage das hier in aller Offenheit –, junge Menschen zu finden, die bereit sind, einen Weiterbildungskurs Islamische Theologie/Islamischer Religionsunterricht zu machen, um dann auch islamischen Religionsunterricht zu erteilen, weil sie Sorge haben, dass sie sich damit in diese Debatte begeben und dass sie unter Generalverdacht gestellt werden. Das müssen wir einfach bedenken. Junge Männer und Frauen, die dieses Fach unterrichten, haben Sorge – jetzt mal ganz abgekürzt und plakativ gesprochen –, in die Schusslinie zu geraten. Das müssen wir mit berücksichtigen. Das macht es nicht leichter. Letztlich ist das zurzeit unser Hauptproblem. Wir brauchen gut qualifizierte Lehrkräfte, sonst könnten wir in der Einführung von islamischem Religionsunterricht auch deutlich schneller voranschreiten.

Wir haben ganz klein in der Grundschule angefangen. Da gibt es mittlerweile – nach meinem jetzigen Kenntnisstand – etwa 30 Grundschulen, die islamischen Religionsunterricht anbieten, orientiert an DITIB oder Ahmadiyya. Beides gibt es.

Die Frage war: Wie stelle ich mir das vor? Können konfessioneller Religionsunterricht und – der Einfachheit halber begreife ich den islamischen Religionsunterricht jetzt auch als konfessionellen Religionsunterricht, wiewohl das mit der Terminologie eigentlich schwierig ist – gleichzeitig interreligiöse Kooperation oder interreligiöser Dialog zusammengehen? – Ich denke, dass uns eine allgemeine Religionskunde in diesen Fragen nicht weiterführt. Das deutete sich in den Anhörungen schon an, die in die Richtung gingen: Wer ist eigentlich der richtige Gesprächspartner für junge Menschen, die bereits auf bestimmte Abwege gegangen sind? Das müssen – da stimme ich Ihnen völlig zu – geschulte Islamwissenschaftler, geschulte islamische Theologen sein, sonst lassen sich die jungen Menschen überhaupt nicht auf einen Diskurs ein. Sie müssen das Gefühl haben, dass der, der ihnen gegenübersteht, tatsächlich gut gebildet, gut informiert ist. Das erreichen wir nicht mit einem allgemeinen Fach Religionskunde. Die Frage ist: Wer soll das am Ende unterrichten? Das kann ja nur jemand sein, der von allem ein bisschen weiß, ein oberflächliches Wissen hat, der aber für keine Konfession, für keine Religion tatsächlich selber einsteht. Und genau das brauchen wir für eine fundierte religiöse Bildung.

Sie haben mich gefragt: Wie sieht es mit den Lehrplänen aus? – Wir gehen immer mehr davon ab, Islam oder Judentum im evangelischen oder katholischen Religionsunterricht als Block zu unterrichten. Die spannende Frage ist: Was sagen der Islam, das Christentum, das Judentum z. B. zum Thema „Frieden“, zum Thema „Nächstenliebe“, zum Thema „Hoffnung auf Auferstehung“ oder zum Thema „Paradies“? Das heißt, wir unterrichten nicht eine Religion im Block, sondern wir unterrichten Fragestellungen zu theologischen und ethischen Themen und versuchen dann, die Auskünfte der unterschiedlichen Konfessionen und Religionen ins Verhältnis zu setzen, so gut das eben für jemanden, der als evangelische Religionslehrerin ausgebildet ist, geht.

Deswegen brauchen wir die Fächergruppe, d. h. die Zusammenarbeit aller Lehrkräfte, die im Bereich religiös-ethischer Bildung unterrichten. Wir brauchen den Austausch der Lehrkräfte untereinander. Ich war vor Kurzem in Hamburg, um mich kundig zu machen, wie dort Religion unterrichtet wird. Meine Vorstellung ist: Wir brauchen beides, sowohl konfessionellen Religionsunterricht als auch Phasen, wo man über die konfessionellen Schwerpunkte hinweggeht in einen interkonfessionellen und in einen interreligiösen Austausch. Das sind die Ziele. In diese Richtung denken wir jetzt. Wenn Sie Zeit haben, blättern Sie einmal in der neuen Denkschrift zum evangelischen Religionsunterricht. Da lesen Sie, dass genau in die Richtung gedacht und das vorgeschlagen wird.

Das heißt, wir müssen in enge Kooperation miteinander treten. Ich kann jedenfalls im Hinblick auf die Muslime, die ich über das Präventionsnetzwerk kennenlerne, sagen: Da ist das gegeben. Nach der ersten Sitzung haben wir uns hinterher noch intensiv miteinander ausgetauscht, die Ausbilder aus Gießen und Frankfurt, und gemeinsam überlegt: Wie könnte das in Zukunft aussehen? Wir denken z. B. auch daran, gemeinsame Fortbildungsangebote zu machen, in denen es zu einem Austausch über didaktische und methodische Fragen kommt. Ich hatte den Eindruck, dass die Ausbilder auf muslimischer Seite durchaus aufgeschlossen sind, auch von uns und unseren Erfahrungen zu profitieren. – So viel zu diesem Komplex.

Wie ist es mit einer historisch-kritischen Koran-Exegese? – Das ist natürlich das – da werden Sie sich nicht wundern –, was ich mir als evangelische Theologin wünsche. Aber ich kann das nicht verordnen. Wir haben auch im christlichen Bereich durchaus unterschiedliche Gruppierungen, was die hermeneutischen Fragen betrifft. Diese unterschiedlichen Gruppierungen gibt es auch auf muslimischer Seite. Mir als evangelischer Theologin steht es nicht zu, meinen muslimischen Geschwistern Vorschriften zu machen. Ich wünsche mir das. Deswegen begeben sich auch in den Dialog, in die Kooperation mit ganz unterschiedlichen Gruppen.

Gerade gestern Abend war ich beim Tag der offenen Tür einer Ahmadiyya-Moschee und habe dort ganz gezielt mit jungen Männern gesprochen, mich erkundigt, welche Nationalität sie haben, welchen Ausbildungsstand sie haben. Ich habe sie gefragt, worin sich Ahmadiyya- vom DITIB-Islam unterscheidet, und war teilweise sehr erstaunt über die Kundigkeit, auf die ich da gestoßen bin. Ich muss allerdings auch sagen: Die jungen Männer, die da vertreten waren, hatten einen Realschulabschluss, waren im Begriff, Abitur zu machen oder hatten bereits Fachabitur. Als ich sie gefragt habe, haben sie mir auch ihre Bereitschaft signalisiert, z. B. in einer interreligiös zusammengesetzten Gruppe einen Studientag, eine Freizeit oder irgendeine andere gemeinsame Veranstaltung zu machen.

Sie haben mich gefragt: Was ist in Sachen Kooperation auf dem Weg? – In der Stadt Kassel haben wir einen Studenten, der von der DITIB beauftragt ist, den interreligiösen Dialog zu pflegen. Er organisiert z. B. Studienfahrten – er selber ist Türke – in die Türkei, offen für junge Christen und Muslime, um einen Austausch zu ermöglichen. Letzten Herbst hatte er mich gefragt, ob ich nicht selber als Betreuerin mitfahren wollte bzw. ob ich ihm noch jemanden nennen könnte, weil die Nachfrage groß war und es noch an einem Sozialpädagogen fehlte, der das unterstützt. Das läuft also.

Sie haben mich nach islamischen Sekten gefragt. Aus meiner Perspektive ist es teilweise sehr unübersichtlich, die unterschiedlichen Traditionen, Rechtsschulen zu sortieren und vor allen Dingen auch die theologischen Unterschiede, die von diesen verschiedenen

Gruppen, Moscheegemeinden, Verbänden vertreten werden, tatsächlich zu begreifen. Mir würde es sehr helfen, wenn sich die unterschiedlichen muslimischen Gruppierungen verständigen könnten, sodass es übersichtlicher würde. Ich weiß, dass sie da auf dem Weg sind.

Jemand sprach Österreich an. Ich war auch einmal im Gespräch mit Muslimen in Österreich. Ich weiß, dass man das da versucht hat. Ich weiß auch, dass man es in Hamburg versucht hat und dass es da ein Stück weit gelungen ist. Aber mir sagen die jeweiligen Vertreter ebenso, dass das sehr fragil und sehr schwierig ist.

Was mir aber überhaupt nicht zusteht, ist, Ihre Frage zu beantworten: Was ist eine islamische Sekte? Ich würde mich auch als Christin dagegen verwahren, wenn mir ein Muslim oder eine Muslima sagen würde: Aber du bist doch Anhängerin einer Sekte. – Das steht mir nicht zu. Ich muss mein Gegenüber zunächst einmal ernst nehmen. Ich versuche, das, was man mir sagt, am Koran zu messen. Ich kann aber kein Arabisch. Das heißt, ich mache mich bei Muslimen kundig: Was ist eine autorisierte deutsche Übersetzung des Korans? Auf der Basis kann ich mich verständigen – ich vor dem Hintergrund als Anhängerin einer historisch-kritischen Exegese. Und dann nehme ich bei meinen Gesprächspartnern Unterschiede wahr. Manche denken in diese Richtung, andere verweigern sich in der Hinsicht ganz strikt. Das ist eine Entwicklung, die begonnen hat, die wir vielleicht durch Dialogbereitschaft unterstützen können. Aber es steht uns nicht zu, zu sagen: „Das sind die richtigen Muslime, und das sind die falschen“ oder: Mit denen spreche ich, und bei anderen verweigere ich mich.

Ich kann nur das unterstützen, was aus Ihren Reihen gesagt wurde. Das Präventionsnetzwerk ist eine grandiose Sache. Auch den Fachbeirat empfinde ich als ein sehr gelungenes Projekt. Das gibt mir die Möglichkeit, Menschen kennenzulernen, mit Menschen ins Gespräch zu kommen. Ich glaube, dass das außerordentlich wichtig ist.

Wie gefährlich sind die Extremisten? – Mir ist völlig klar, auch wenn es sich um eine kleine Zahl handelt, dass im Grunde einer reicht, um eine Bombe in der U-Bahn oder in einem Kaufhaus zu zünden. Genau das ist unser Problem. Deswegen habe ich in meiner Stellungnahme gesagt: Es ist sehr, sehr wichtig, dass wir das Problem differenziert betrachten. Das wurde ja auch von manchen verstärkt.

Wir müssen auch versuchen, die Menschen, die zu PEGIDA- oder KAGIDA-Demonstrationen gehen, zu verstehen. Ihre Ängstlichkeit, ihre Emotionalität resultiert aus Unkenntnis und Unübersichtlichkeit. Deswegen bin ich so stark für religiöse Bildung eingetreten, sowohl in der Schule als auch in außerschulischen Zusammenhängen wie der Erwachsenenbildung usw. Das können wir nur unterstützen und verstärken. Eine andere Möglichkeit sehe ich da nicht.

Was die Pluralitätsfähigkeit angeht, haben Sie mich richtig verstanden. Das ist das Ziel. Pluralitätsfähigkeit schließt Urteilsfähigkeit ein, religiöse Sachkenntnis und auch, den anderen mit seiner Andersartigkeit zu akzeptieren. Ich muss ihn nicht mögen, nicht lieben, aber ich muss ihn in seiner Andersartigkeit akzeptieren. Das kann nicht nur ein Ziel der religiösen Bildung in der Schule sein, sondern das ist meines Erachtens eine schulpädagogische Gesamtaufgabe. Das muss auch im Politikunterricht, im Geschichtsunterricht, im Sportunterricht, in anderen Fächern eingeübt werden.

Frau Prof. **Dr. Kläver**: Als Juristin ist es mir zunächst wichtig – bei allem, was auch ich glaube, wie die Schule bilden muss –, darauf hinzuweisen, dass in der Verfassung der bekenntnisorientierte Religionsunterricht festgeschrieben ist. Deshalb muss es unser vorrangiges Ziel sein, den islamischen Religionsunterricht weiter auszubauen. „Allgemeine Religionskunde“ ist so eine Begrifflichkeit, die mich rechtlich erschauern lässt, weil das so nicht vorgegeben ist. Da ist Hessen auf dem Weg, als einziges Bundesland meiner Kenntnis nach. Hier sind zwei Körperschaften anerkannt, die das anbieten. Das muss weiter ausgebaut werden, was ich für ganz wichtig halte, um die jungen Leute entsprechend zu bilden und zu informieren. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Schritt; das haben ja auch die verschiedenen Sprecher hier schon deutlich gemacht.

Zur historisch-kritischen Exegese hat Frau Dr. Neebe ausgeführt. Dafür bin ich als Juristin auch nicht die richtige Ansprechpartnerin.

Sie haben nach der Gefährlichkeit gefragt, für wie gefährlich wir die kleine Gruppe der Salafisten einschätzen. Ich habe in meiner schriftlichen Stellungnahme Zahlen angeführt. Das soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass das natürlich ein ganz großes Gefahrenpotenzial ist. Ganz deutlich macht das die Androhung für die Demonstration in Dresden. Man mag zu den Demonstrationen stehen, wie man will, aber das hat unsere Demonstrationsfreiheit eingeschränkt. Das heißt, durch diese kleine Gruppe ist ein Grundrecht eingeschränkt worden. Allein das verdeutlicht – neben aller Bomben- und Terrorgefahr –: Das ist ein Angriff auf unsere demokratischen Werte. Deshalb ist das Thema extrem ernst zu nehmen. Ich glaube, dass da dringend präventive Maßnahmen ergriffen werden müssen.

Dann war Ihre Frage, wie das Verhältnis zwischen christlichen und muslimischen Religionsgemeinschaften ist. In dem Bereich gibt es, glaube ich, schon sehr viele Anstrengungen. Ich nenne nur einige Beispiele:

Die Bistümer haben jeweils einen Islambeauftragten. Für das Bistum Limburg ist es Prof. Valentin aus dem Haus am Dom. Von da ist aktuell gerade ein Aufruf gekommen, nächsten Montag an einer Gegendemonstration teilzunehmen, der auch von jüdischen und muslimischen Vertretern unterschrieben worden ist.

Es gibt die Geschäftsstelle der Deutschen Bischofskonferenz in Frankfurt, CIBEDO; ich weiß nicht, ob Sie sie kennen. CIBEDO bringt, ich glaube, alle zwei Monate eine Zeitschrift heraus. Da geht es wirklich darum, aufzuklären und zu informieren. Es gibt auch Gespräche, Veranstaltungen zusammen mit muslimischen Gruppierungen, weil es der Deutschen Bischofskonferenz ein Anliegen ist, hier Klarheit zu schaffen. Das ist einfach wichtig für die Religionsfreiheit.

Es gibt auch kleinere Projekte, z. B. verschiedene „Seelsorgeprojekte“. In Krankenhäusern etwa wird zunehmend wahrgenommen, dass auch muslimische Patienten das haben möchten, weil die Familie nicht mehr so groß ist, wie es sonst üblich ist, und sich die Familienangehörigen nicht darum kümmern können. Deshalb gibt es Projekte, an denen auch christliche Seelsorger beteiligt sind. Ich glaube, dass in dem Bereich auf den unterschiedlichsten Ebenen schon sehr viel getan wird. Wir sehen aber auch, dass da noch verstärktes Engagement erforderlich ist. Wir sind jederzeit bereit – ich hatte es gesagt –, bei allem immer wieder unterstützend mitzuhelfen.

Herr **Schmitt**: Ich möchte vorab darauf hinweisen, dass ich gleich nach der Beantwortung der Fragen die Veranstaltung verlassen muss, um an einer weiteren Veranstaltung teilzunehmen.

Herr Yüksel, Sie haben gefragt, wie es zu verstehen sei, wenn ich von fließenden Übergängen spreche. Es geht vor allen Dingen um zwei Aspekte – das eine ist hier schon in vielen Vorträgen angeklungen –: Auch ich weiß natürlich, dass ein Mensch, egal welcher Konfession, nicht als Attentäter geboren wird, sondern erst wird eine bestimmte Entwicklung durchlaufen, und am Ende passiert dann das, was wir alle so schrecklich finden. Unser Ansatz ist, dass das jemand mitbekommen muss. Das persönliche Umfeld – die Familie, eine Moschee, die regelmäßig besucht wird, die Schule, der Verein usw. – eines sich in einem Radikalisierungsprozess befindlichen jungen Menschen nimmt doch diese Entwicklung wahr. Das ist der eine Aspekt eines fließenden Übergangs. Nach unserer Überzeugung hat das persönliche Umfeld vielleicht die Möglichkeit, Einfluss auszuüben, aufmerksam zu sein und das Schlimmste zu verhindern. – Das ist das eine, fließende Übergänge, das Durchlaufen einer bestimmten Entwicklung.

Zum anderen gibt es zwischen der weitaus überwiegenden Mehrzahl der friedliebenden Muslime und der Extremisten am Ende einer bestimmten Entwicklung auch Schattierungen. Es gibt Gruppierungen, die durchaus niemals selbst Gewalt ausüben würden, die sich aber nicht in einer gebotenen Form von bereits ausgeübter Gewalt distanzieren. Wir erleben das schon jetzt, wenige Tage nach den Vorfällen in Paris. Eine Zeitungsnotiz von gestern macht das deutlich: Nachdem am ersten Tag alle noch mit dem Plakat „Je suis Charlie“ unterwegs waren, hat es vorgestern in 200 Schulen in Frankreich Gegenreaktionen gegeben. Da hat man die Schweigeminute verweigert, bestimmte Schüler haben die Attentäter wie Helden gefeiert, man hat die französische Flagge verbrannt und durch eine andere ersetzt. Wir erleben auch in vielen Medienberichten, dass Menschen – sinngemäß – zum Ausdruck bringen: „Natürlich finden wir abscheulich, was da passiert ist“, aber es wird gleich die Frage angefügt: Warum zeichnen die denn überhaupt solche Karikaturen und provozieren damit? – Das ist für mich schon ansatzweise der Versuch einer Erklärung, die auf gar keinen Fall hingenommen werden kann. Ich will Ihnen sagen: Es gibt eine Schattierung von links bis ans Ende der Entwicklung. Das habe ich mit fließenden Übergängen gemeint.

Zu der Frage, woran ich festmache, Koranverteilungsaktionen verbieten zu wollen: Natürlich ist die Koranverteilung grundsätzlich so wenig anzugreifen wie die Verteilung jedes anderen Buches auch. Aber wenn im Kontext der Gesamtsituation erkennbar ist, dass das durch Salafisten geschieht, und wenn auch eine abgestimmte Absicht erkennbar ist, dann stellt sich uns die Frage, ob wir das weiterhin unter dem Stichwort der Religionsfreiheit tolerieren wollen. Das ist für uns schon eine extreme Art der Ausübung dieses Grundrechts, die wir nicht mehr hinnehmen wollen. Wir wissen, es ist ein kleiner Aspekt, der dazu dient, Menschen zu radikalieren, und der am Ende möglicherweise – wie gesagt, in Einzelfällen – das zeitigen kann, was wir alle nicht wollen.

Damit komme ich zu den Fragen des Abg. Bellino. Sie haben zum einen nach der Sanktion gefragt: Was macht der Staat, was machen die Sicherheitskräfte, wenn Prävention erkennbar gescheitert ist? – Dann gibt es für uns eigentlich nur den zweiten Zweck von Strafe. Der eine ist das Bemühen um Resozialisierung. Der andere ist der Schutz der Bevölkerung, der Bürgerinnen und Bürger, wenn wir einen Radikalisierungsprozess nicht mehr zurückdrehen können. Dann ist die oberste Priorität natürlich der Schutz der Gesellschaft, d. h. Bestrafung, Prüfung von Sicherungsverwahrung usw.

Zum anderen haben Sie die Frage gestellt, wie wir Prävention gegenüber Repression gewichten. Ich denke, im Zuge des bisherigen Anhörungsverfahrens ist deutlich geworden, dass wir zur Vermeidung solcher Prozesse in Zukunft den Schwerpunkt absolut auf Prävention legen wollen. Das geht auch gar nicht anders. Es muss ein Dialog stattfinden. Alle Institutionen, die diese Menschen in irgendeiner Form begleiten, müssen eingebunden werden. Insofern liegt der Schwerpunkt absolut auf Prävention.

Herr Abg. Tipi, Ihre Frage betraf die Forderung nach einem Dialog mit muslimischen Verbänden, und wenn ja, mit welchen. Diese Antwort muss ich schuldig bleiben. Ich kann an die Antwort der Vorrednerin anknüpfen und sagen: Ich denke nicht, dass wir entscheiden können, mit welchem Verband der Dialog konkret geführt werden muss. Ich würde mir sehr wünschen, dass die Gemeinschaft der Muslime in Deutschland diese Frage für sich beantwortet – das ist ja hier auch schon gesagt worden –, um einen legitimierte Ansprechpartner zu haben, der möglichst für die Vielzahl, für die allermeisten Muslime spricht. Das hätte zum einen die Wirkung, dass es sich effizienter gestalten ließe, und zum anderen würde es auch eine gewisse Verbindlichkeit entfalten.

Frau Faeser, Sie haben gefragt, mit wem vielleicht noch eine Vernetzung über das hinaus, was hier schon genannt worden ist, geschehen sollte. Das möchte ich sehr pauschal beantworten, das geht nach meiner Überzeugung auch nicht anders. Alle Institutionen – staatliche Verbände, Glaubensgemeinschaften –, die mit jungen Muslimen in Kontakt stehen, die möglicherweise aus diesem Nährboden heraus rekrutiert werden können, müssen in den Dialog eingebunden werden, nach meinem Wunsch auch mit einer gewissen Verbindlichkeit und Verantwortlichkeit.

Dann haben Sie gefragt, wo die Polizei, wie es hier gefordert wurde, verstärkt werden sollte. Auch darauf möchte ich relativ allgemein antworten: Natürlich erkennen wir vor dem Hintergrund der aktuellen Geschehnisse im Moment eine Priorität. Ich will aber darauf hinweisen, dass die Deutsche Polizeigewerkschaft – auch meine Kollegen haben das in den Jahren immer wieder getan – seit vielen Jahren auf die gefährliche Entwicklung aufmerksam gemacht hat. Wir haben immer wieder festgestellt, dass in dem Bereich zu wenig geschieht. Auf die Frage, wo die Polizeiverstärkung jetzt ankommen muss, sage ich: überall. Wir brauchen mehr Spezialisten. Da wir in den vergangenen Jahren den Fehler gemacht haben, dass wir, um Spezialisten zu rekrutieren, die Fläche ausgedünnt haben, brauchen wir auch wieder viele Leute, die ganz normal die Fläche bedienen. Das heißt, der normale Bürger muss auch in ländlichen Regionen nachts wieder darauf vertrauen können, dass die Polizei in einer vernünftigen Interventionszeit zur Verfügung steht.

Herr **Brandt**: Herr Bellino hat nach der Gewichtung bei den Rechtsänderungen gefragt. Wir müssen immer die Prävention und die konkrete Gefahrenabwehr als wichtigste Punkte voransetzen. Aber bei den Rechtsänderungen sehe ich den Bundesgesetzgeber in der Pflicht. Das kann er auch in einem Paket machen. Wir haben ja schon viele Dinge geändert.

Ich habe das Melderecht angesprochen. Das ist schon so weit, es wird im November umgesetzt. So lange müssen wir eben warten; daran können wir, glaube ich, nichts ändern.

Bei der Vorratsdatenspeicherung kann ich schon ein bisschen vorgreifen: Wir haben einen ganz klaren Vorschlag vom Bundesverfassungsgericht, wie das umzusetzen ist. Das bräuchten wir nur zu machen. Auch der Europäische Gerichtshof geht mit dem konform. Es ist ganz einfach, indem wir das machen, was uns das Bundesverfassungsgericht vorgegeben hat. Das kann die Große Koalition in Berlin machen.

(Abg. Jürgen Frömmrich: Wer muss das vorlegen?)

– Der Bundesjustizminister. Wir haben hier ein Paket, das leicht zu ändern ist.

Das Passgesetz ist schon diskutiert. Das ließe sich jetzt auch ganz einfach umsetzen, was wohl auch gemacht wird; das hoffe ich jedenfalls. Wichtig ist dabei, dass wir auch immer die Nuancen beachten, dass wir die ganzen Daten in das polizeiliche Fahndungssystem bekommen. Wenn wir jemanden am Flughafen überprüfen, dann muss uns auch bewusst sein, dass derjenige zur Fahndung ausgeschrieben ist.

Wir sollten das auch im Zusammenhang mit den Weisungen sehen, die Bestandteil des Urteils sind. Das ist ganz wichtig. Genauso kann der Bundesgesetzgeber auch das Aufenthaltsrecht verändern. Das sind meiner Meinung nach Paketaufgaben.

Herr Tipi, Sie haben nach weiteren Maßnahmen, nach Observationen gefragt. Es ist unheimlich schwierig, einen Gefährder – einen Extremisten oder einen Terroristen – zu observieren. Da muss man wirklich mit viel Personal ansetzen. Sie haben vielleicht häufig gehört, dass wir für eine Person eine Gruppe von 20 Mitarbeitern von uns rechnen. Das reicht vermutlich gar nicht. Das ist der erste Ansatz. Wenn wir das längerfristig machen müssen, sind es viel mehr. Es ist auch sehr, sehr schwierig, einen Terroristen, der ein bisschen Erfahrung hat, überhaupt über längere Zeit zu halten.

Wir müssen auch unsere technische Ausstattung verbessern. Wir brauchen Geld für Technik. Wir brauchen mehr Observationskräfte und -einheiten. Wir haben heute – ich will das jetzt lieber nicht ausführen – einfach zu wenige Kräfte in dem Bereich. Das ist ein ganz großer Punkt neben der Ermittlungstätigkeit in den polizeilichen Staatsschutzdienststellen. Die müssen wir stärken und gleichzeitig die operative Arbeit der Staatsschutzdienststellen. Das muss im Augenblick vorrangig angegangen werden. Wir brauchen ja drei Jahre, bis wir unsere neuen Leute ausgebildet haben. Wenn wir jetzt glücklicherweise den Umstand haben, dass wir tatsächlich genügend Bewerber finden, dann brauchen wir drei Jahre, um sie auszubilden. Dann sind es Anfänger, die in die Arbeit kommen, die das, was sie tun sollen, erlernen müssen. Wir reden also von einem Zeitansatz von mindestens fünf Jahren, bis sie richtig arbeiten. Da müssen wir, meine ich, sofort ansetzen.

Frau Faeser, wir machen schon in ganz vielen Bereichen Netzwerkarbeit bis hin zu den Kindergärten, die wir zu uns holen. Auch da können wir unsere Arbeit und unsere Aufgaben vorstellen. Wir haben regelmäßige Kontakte mit den Moscheevereinen. Ich denke, wir sollten auf jeden Fall die Zusammenarbeit und die regelmäßige Kommunikation mit den Schulen verbessern. Wir müssen uns in der Schule auch als Ansprechpartner anbieten. Gerade für Probleme, die mit irgendwelchen Gefährdern, mit Radikalen bestehen, muss die Polizei zur Verfügung stehen, ebenso im Strafvollzug und bei den Jugend- und Sozialämtern. In Sachen häusliche Gewalt und Kindesmisshandlung müssen wir genauso denken. Das sind Netzwerke, die ich als vorrangig ansehe.

VPN ist ganz wichtig. Da brauchen wir mehr Geld, damit dort mehr Personal arbeiten kann und die Aufgaben noch intensiver erledigt werden können. Wie gesagt, es ist wichtig, dass alles in einer Hand ist; denn dieses Netzwerk arbeitet gut, und es sollte gestärkt werden.

Sie haben gefragt, wie wir das Personal einsetzen sollten. Wir haben in der Prävention den Bereich E4, der meiner Meinung nach ausreichend ausgestattet ist. Wir brauchen das Personal vor Ort: in den Streifenwagen, in den Wachen, in den Revieren. Das sind die Leute, die mit den Moscheevereinen Kontakt aufnehmen müssen, die vor Ort intervenieren müssen.

Die Kriminalpolizei – ich hatte es gesagt – steht im Augenblick mit dem Rücken an der Wand. Wir lassen heute einige Sachen links liegen, die wir nicht mehr bearbeiten können, weil wir das Phänomen Islamismus/Gefährder so stark bearbeiten. Dadurch liegen andere Dinge auf der Halde.

Anpacken sollten wir ein Cybercrime-Kompetenzzentrum, die Bekämpfung der politisch motivierten Kriminalität, eine Auswertestelle – das ist unheimlich wichtig – mit der entsprechenden Auswertungssoftware, mit Technik, was auch Geld kostet.

Herr **Grün**: Herr Bellino, Sie fragten nach der Gewichtung, wie man Sanktionen einordnen kann, um andere zu schützen. Da muss ich mich meinen Vorrednern anschließen: Die Prävention ist nach wie vor das wichtigste. Wir gehen davon aus, dass in Hessen 1.500 Salafisten leben. Der Berg ist da. Jetzt muss durch eine gute Präventionsarbeit verhindert werden, dass er von hinten her nicht weiter aufwächst. Das, was wir haben, muss, wenn möglich, abgearbeitet werden. Das wird uns nicht in allen Fällen gelingen; das ist mir klar.

Es sind schon viele mögliche Sanktionen genannt worden. Dazu zählt für mich auch noch § 129a StGB. Wir können das Werben für die terroristische Vereinigung wieder unter Strafe stellen, das sollte sanktioniert werden. Es ist herausgenommen worden. Wir sagen: Wenn jemand öffentlich für den islamischen Staat oder al-Qaida wirbt, dann ist das neuer Nährboden für einen Zuwachs in der salafistischen Szene. Das sollte wieder unter Strafe gestellt werden. Vereinsverbote zählen sicherlich auch dazu, wobei es nicht ganz einfach ist, wenn man zurückblickt, eine Verurteilung nach § 129a oder auch nach § 89a zu bekommen.

Zu dem Pass- und Ausweisentzug: Das ist sicherlich auch ein Mittel, um zu einer etwas geschmeidigeren Lage beizutragen, wobei ich glaube, dass in letzter Konsequenz ein entzogener Pass oder Ausweis einen völlig radikalisierten Salafisten, der hochentschlossen ist, nach Syrien auszureisen, nicht daran hindern wird.

Zur Frage von Herrn Tipi, wie die Chancen reell sind, einen radikalisierten Salafisten zu observieren – hierzu hat der Kollege Brandt schon einiges gesagt –: Wir gehen von 20 bis 25 Kollegen aus. Selbst das wird nicht reichen, um einem Terroristen, der weiß, dass er observiert wird, dass man ihm nachstellt, zu 100 % – 24 Stunden, 365 Tage im Jahr – auf den Füßen zu stehen. Ich glaube, das ist eine Illusion. Aber wir müssen sehen, dass wir in dem Bereich anständige und gute technische Hilfsmittel zur Verfügung zu haben, um das so weit wie möglich zu bewerkstelligen.

Zu der Frage von Frau Faeser: Wo kann die vernetzte Arbeit noch verbessert werden? – Die Grundlage ist unser Hessisches Präventionsnetzwerk gegen Salafismus; so sehe ich das jedenfalls. Da sind momentan so ziemlich alle Organisationen und Institutionen in Hessen eingebunden. An der Stelle auch noch einmal der Hinweis auf das VPN und das Amt für multikulturelle Angelegenheiten in Frankfurt. Die ganz klare Rückmeldung der Kolleginnen und Kollegen, die in dem Bereich tätig sind, ist, dass das auszubauen ist, dass das eine sehr fruchtbare Vernetzung mit den Institutionen ist.

Welche Bereiche sind zu verstärken? – Natürlich die Auswertabteilungen, die Internetrecherchen betreiben. Wir sind jetzt schon nicht in der Lage, alles aus eigener Hand zu machen, da müssen schon private Firmen beauftragt werden. Ansonsten sind es der Staatsschutz, die Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Rund um die Internetkriminalität, Cybercrime, droht uns alles ein Stück weit aus dem Ruder zu laufen, wenn wir nicht Schritt halten. Hier muss nach unserer Ansicht dringend Personal nachgelegt werden.

Aber auch beim „guten“ alten Wohnungseinbruchdiebstahl – da haben die Bürgerinnen und Bürger ein ganz besonders Sicherheitsempfinden – ist sicherlich noch einiges zu tun, was auch Personal nach sich ziehen muss.

Darüber hinaus braucht der ganz normale Streifendienst – der Kollege Brandt hat es schon deutlich gemacht –, woraus in den letzten Jahren viele neue Organisationseinheiten erwachsen sind – der Dienst wird immer belastender, immer mehr Kollegen werden krank, die Krankenrate ist sehr hoch –, dringend eine personelle Verstärkung.

Herr Schaus, Sie fragten, woher die 65 zusätzlichen Stellen für die Staatsschutzkommissariate kommen und wie sie bestückt wurden. 45 Kolleginnen und Kollegen kamen aus der Bereitschaftspolizei, und 20 Kolleginnen und Kollegen mussten die Präsidien in der Fläche aus dem eigenen Saft schwitzen, wenn ich es einmal so nennen darf. Das sind natürlich keine speziell Ausgebildeten, die jetzt im Staatsschutz sofort Gewehr bei Fuß stehen und alles können, sondern sie müssen noch ausgebildet werden. Das passiert dann in den Kommissariaten.

Zu der Frage, ob darunter auch Muslime oder Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund sind: Ich vermute einmal, dass bei 65 welche dabei sind. Bei einem Migrationsanteil von annähernd 17 % in der hessischen Polizei dürfte die Wahrscheinlichkeit rein rechnerisch hoch sein. Wir sind da auf einem guten Weg, auch Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund einzustellen und diese zielgerichtet einzusetzen. Da gehen wir sehr konform mit dem Innenminister, dass wir das noch ausbauen, weil es uns am Ende bei unserer Arbeit dienlich sein wird.

Herr Frömmrich, Sie fragten, ob mir eine Formulierung bekannt sei, die dem EuGH gerecht wird. Auch das ist eben schon angeklungen: Das Bundesverfassungsgericht hat dazu deutliche Hinweise gegeben. Ebenso gibt es in der Urteilsbegründung des EuGH Hinweise darauf. Wenn man den Datenmissbrauch so weit wie möglich ausschließt und dort klare enge Grenzen zieht, aber auch den Straftatenkatalog nach § 100a StPO auf schwerste Straftaten eindampft und sich am Ende neu über die Dauer der Datenspeicherung verständigt, wie lange die Daten vorrätig gehalten werden, dann sollte es zumindest einen Versuch wert sein, das noch einmal anzugehen.

**Vorsitzender Horst Klee:** Wir sind am Ende der ersten Fragerunde. – Ich darf jetzt abgeben an den Vorsitzenden des Kulturpolitischen Ausschusses, Herrn Lothar Quanz, der den Vorsitz übernimmt.

**Vorsitzender Lothar Quanz:** Nun kommen wir zum nächsten Block der Anzuhörenden.

Herr **Mansour:** Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank für die Einladung. Es ist in Zeiten von PEGIDA, von Panikmache und Verharmlosung nicht leicht, über das Thema zu reden. Aber es ist sehr wichtig, das differenziert zu tun. Heute bin ich in unterschiedlichen Funktionen hier, aber vor allem als Moslem, als jemand, der eine innerislamische Debatte fordert, der mit Jugendlichen arbeitet, tagtäglich in den Schulen ist und sieht, was die Jugendlichen beschäftigt, welche Denkmuster sie in dieser Zeit vertreten.

Ich warne davor, dass wir uns auf diejenigen konzentrieren, die nach Syrien ausreisen oder aus Syrien und Irak zurückkommen. Das ist eine kleine Gruppe. Es ist teilweise eine gefährliche Gruppe, obwohl auch die Rückkehrer unterschiedliche Biografien haben. Es sind unterschiedliche Menschen, teilweise gefährlich, teilweise hochtraumatisiert, teilweise auch nicht mehr diese Ideologie in sich tragend. Aber ich bin hier, um über diejenigen zu reden, die in Deutschland sind und diese Ideologie vertreten. Nicht 100 oder 400, sondern Tausende tragen Ideologien oder Teilideologien in sich, die demokratiefeindlich und freiheitsfeindlich sind.

Natürlich sind die Gründe, wieso sich Jugendliche radikalisieren, psychologisch und soziologisch zu erklären. Natürlich haben wir es mit der „Ihr-wir-Debatte“ zu tun, bei der Jugendliche das Gefühl bekommen, mit ihrem kulturellen und religiösen Hintergrund nicht Teil dieses Landes zu sein. Natürlich haben wir es mit Jugendlichen zu tun, die auf der Suche nach Halt und Orientierung sind, die durch diese Ideologie Aufgaben und Missionen bekommen. Natürlich stimmt es auch, dass die Jugendlichen in dieser Ideologie Freude und Freunde finden. Es stimmt, dass es sich um instabile Persönlichkeiten handelt. Es stimmt, dass die Jugendlichen durch diese Ideologie Struktur und Halt im Alltag, Sicherheit und das Gefühl bekommen, besser zu sein als viele andere. Sie können aber auch die Mehrheitsgesellschaft oder die Menschen, die sie nicht akzeptieren, abwerten und sich selber aufwerten. Das alles sind Aspekte, die wichtig sind.

Wir vergessen aber oft die Ideologie, die dahintersteckt. Die Ideologie ist wichtig, und sie ist eigentlich der Katalysator für die Radikalisierung. Es stimmt auch, dass es, wenn wir über Rückkehrer oder Ausreißer und Dschihadisten reden, meistens um Versager geht, um Jugendliche, die nicht angekommen sind, die vielleicht bildungsfern sind. Aber wenn wir ein bisschen tiefer gehen und die Jugendlichen in Deutschland beobachten, die teilweise die Demokratie ablehnen oder Teilideologien in sich tragen, dann handelt es sich nicht mehr um bildungsferne Jugendliche, sondern es sind Jugendliche, die an der Uni sind, die ihren Abschluss machen, die hier finanziell oder von der Schicht her sehr gut angekommen sind.

Ich will kurz die Ideologie betrachten. Ich bin kein Theologe und nicht hier, um den Koran ändern oder kritisieren zu wollen, sondern ich werde über Schwerpunkte reden, die bei diesen Jugendlichen, bei dieser Ideologie immer wieder zu finden sind.

Der erste Teil ist der Exklusivitätsanspruch, d. h., sie verstehen den Koran oder den Islam als die einzig wahre, als eine ausschließende Ideologie. Nur die Muslime haben die Wahrheit, alle anderen liegen falsch. Übrigens liegen auch unter den Muslimen die falsch, die das nicht so sehen wie die Salafisten oder die Radikalen.

Buchstabengetreuer Glaube: Kritisches Denken, Fragenstellen Zweifel sind nicht erlaubt.

Dann geht es um Angstpädagogik: Es wird ein Gott präsentiert, der nicht mit sich diskutieren lässt, der die Hölle schafft, der zornig ist, der bestraft, übrigens ein Gott, der sehr gut zu einer patriarchalischen Vaterfigur in solchen Familien passt.

Dann kommt die Tabuisierung der Sexualität, die bei jungen Menschen ein enormes Gewaltpotenzial schafft, kritisches Denken untersagt und Schwarz-Weiß-Bilder schafft.

Die Welt wird in Gut und Böse eingeteilt. Die Beharrung auf der sogenannten Opferrolle ist sehr klar. Jugendliche, die damit aufwachsen, sehen sich in der Welt, in der sie leben, als Opfer und alle anderen als Täter. Das sehen wir auch bei den Verschwörungstheorien, die gerade sehr verbreitet sind, wenn es z. B. um ISIS oder um das Attentat von Paris geht.

Es handelt sich nicht nur um 300 oder 400 Jugendliche, sondern um Tausende, die unter uns sind. Diese Jugendlichen müssen wir erreichen, vor allem in den Schulen. Es geht nicht, dass wir unser Bildungssystem nur als Bildungsinstitution verstehen. Die Schule hat besonders bei diesen Jugendlichen eine andere Aufgabe, und zwar eine Sozialisationsaufgabe. Wir müssen die Jugendlichen für Demokratie und Menschenrechte begeistern. Wir müssen Räume schaffen, wo sie über Themen reden können, die sie beschäftigen. Ich treffe immer wieder Jugendliche, die sich z. B. mit dem Thema „Syrien“ beschäftigen. Sie wollen darüber reden, sie wollen Informationen, sie wollen diskutieren. Wenn die Schule das nicht schafft, dann schafft es das Internet. Und im Internet haben es die Jugendlichen meistens mit einer undifferenzierten, sehr einseitigen Betrachtung des Geschehens in Syrien, des Gazakriegs, des Nahostkonflikts oder anderer Themen zu tun, die sie von zu Hause oder aus ihrer Peergroup mitbringen.

Wir brauchen unbedingt neue pädagogische Konzepte. Es kann nicht sein, dass die Lehrer in Schulen, in denen 90 % Menschen mit familiärer Einwanderungsgeschichte sind, die Welten der Jugendlichen gar nicht kennen. Sie wissen nicht, was das Opferfest ist, was das Zuckerfest ist. Sie wissen nicht, was es z. B. bedeutet, wenn jemand aus Palästina oder aus Israel kommt und hochtraumatisiert ist. Dieses Wissen müssen wir in der Ausbildung von Lehrern, von Sozialarbeitern, von Pädagogen vermitteln. Wir brauchen Lehrer, die in der Lage sind, differenziert über bestimmte Themen zu reden.

Wir müssen Räume schaffen, wo die Jugendlichen die Möglichkeit bekommen, ihre Meinung zu sagen und kritisch über bestimmte Themen zu diskutieren. Wir brauchen Debattierclubs, wo die Jugendlichen, die aus besonders patriarchalischen Kulturen kommen, die nicht zu Hause gelernt haben, kritisch zu denken, zu hinterfragen, die Möglichkeit bekommen, ihre Meinung zu bilden, das infrage zu stellen und andere Meinungen zu akzeptieren.

Die Attentäter von Paris – wenn man es ein bisschen überspitzt – waren nichts anderes als Menschen, die nicht in der Lage waren, andere Meinungen zu akzeptieren. Sie ha-

ben die Menschen umgebracht, die andere Meinungen vertraten. Man muss damit nicht einverstanden sein, aber sie zu ermorden, ist keine Lösung.

Wir brauchen einen anderen Umgang mit den neuen Medien. Die Jugendlichen, die auf Facebook oder YouTube unterwegs sind, begreifen das, was sie da sehen oder selektiv konsumieren, als die absolute Wahrheit. Das stimmt eigentlich nicht. Jugendliche sind sehr anfällig – das ist natürlich nicht zu verallgemeinern – für Verschwörungstheorien, die da sehr, sehr verbreitet sind, die die Welt in Schwarz und Weiß aufteilen. Die Jugendlichen müssen verstehen, dass das, was sie da sehen, nicht die absolute Wahrheit ist.

Als Muslim bin ich hier, um eine innerislamische Debatte anzustoßen und klarzumachen, dass z. B. Sätze wie: „Das hat mit dem Islam nichts zu tun“ keinen einzigen Jugendlichen – Frauen wie Männer – retten können. Ja, das hat mit einem bestimmten Islamverständnis zu tun. Das hat nichts mit dem Islam meiner Mutter zu tun, es hat mit meinem Islam nichts zu tun, aber es hat viel mit dem Islam zu tun, der eine politische Dimension hat, der z. B. die Schwerpunkte, die ich vorher erwähnt habe, praktiziert und teilweise auch verbreitet.

Moscheegemeinden, Imame, die auf Angstpädagogik beharren, die auf Tabuisierung der Sexualität beharren, die nicht mit kritischen Stimmen umgehen können, die den Jugendlichen einen bestrafenden Gott präsentieren, sind Teil des Problems. Sie können Teil der Lösung sein, aber solange sie diese Ideologie verbreiten, sind sie Teil des Problems. Solange wir nicht einen kritischen Diskurs innerhalb des Islam haben, solange wir nicht Imame ausbilden, die die Jugendlichen motivieren können, nachzudenken, zu hinterfragen, kritische Fragen zu stellen, anders mit ihrer Religion umzugehen, sodass sie sie nicht als ausschließende Ideologie verstehen, werden wir in solchen Moscheen immer wieder die Basis für weitere Radikalisierung schaffen.

Deshalb rufe ich als Muslim die Verbände, die Imame und die Politik auf, differenziert mit dem Thema umzugehen und vor allem Räume zu schaffen, wo kritische Stimmen zu Wort kommen und den Jugendlichen Alternativen angeboten werden.

(Beifall)

Frau **Dr. Haarhuis**: Sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst vielen Dank für die Möglichkeit, heute vor Ihnen sprechen zu dürfen. Kurz zu meiner Person: Ich bin Rechtsanwältin und Dozentin. Ich war aber auch sieben Jahre im Bereich der Sicherheitsbehörden tätig, insbesondere im Bundeskanzleramt in der Abteilung 6, in der Koordinierung der Nachrichtendienste. Unter anderem vor dem Hintergrund ist meine Stellungnahme zu sehen.

Zuerst möchte ich ganz kurz auf Begrifflichkeiten eingehen, weil die immer wieder unterschiedlich verwendet werden. Worum geht es uns eigentlich? – Um islamistischen Terrorismus. Da ist zunächst die Frage, die sehr schwierig zu beantworten ist: Was ist Terrorismus? Was macht diesen Tatbestand so besonders im Verhältnis zu anderen Straftaten?

Kurz die Definition aus der Terrorismusforschung: Terroristische Akte sind Handlungen gegen Personen oder Sachen, die begangen werden, um Entsetzen und Angst zu verbreiten und ein bestimmtes Ziel zu erreichen. Hier liegt die Besonderheit, nämlich die Kom-

munikationsstrategie von Terrorismus, die uns mehr Angst einflößt als bei anderen Straftatbeständen. Mittels eines Schockeffekts soll ein breites Publikum erreicht werden und Verunsicherung erzielt werden. Die Opfer werden anhand ihres Symbolwerts ausgewählt. Zudem soll bei einer Zielgruppe – beispielsweise einem Volk oder einer Religionsgemeinschaft – durch die Anschläge um Unterstützung geworben werden. Ziel ist es auch, den betroffenen Staat zu provozieren in der Hoffnung, dass dieser überreagiert. Auf diese Weise soll die Gewalt der Terroristen als „Verteidigungshandlung“ gerechtfertigt werden. Die staatliche Gewalt soll sich als „unterdrückende Gewalt“ offenbaren.

Als ideologischer Hintergrund lassen sich verschiedene Motivationen kategorisieren: Sie haben einmal den rechts- und einen linksextremistischen Hintergrund – NSU, RAF –, den ethnischen/separatistischen Terrorismus – beispielsweise ETA – und eben den religiösen Terrorismus, wie man ihn bei al-Qaida oder auch bei der Aum-Sekte in Japan schon 1995 mit dem Giftgasanschlag in Tokio gesehen hat. Gerade der religiöse Terrorismus strebt in der Regel nach der Errichtung eines Gottesstaates. Durch diese Überhöhung auf die Gottesebene wird die Gewaltökonomie außer Kraft gesetzt, und hohe Opferzahlen können die Folge sein.

Wie kommen jetzt Islamismus und Salafismus in den Kontext hinein? – Sie haben schon zahlreiche Begrifflichkeiten und Erklärungen gehört, insoweit verweise ich auf meine Stellungnahme. An dieser Stelle nur so viel: Nicht jeder Islamist und nicht jeder Salafist befürwortet Gewalt bzw. das Verüben terroristischer Anschläge. Dennoch kann Islamismus bzw. Salafismus die Motivation für terroristische Anschläge sein. Auch bezüglich Islamischer Staat und Syrienrückkehrer verweise ich auf meine Stellungnahme.

Nun komme ich zu meinen Handlungsempfehlungen, um hier ganz konkret zu werden. Zunächst Maßnahmen der Prävention: Zum einen geht es darum, die Jugendarbeit zu fördern – ähnlich wie wir es gerade schon gehört haben –, zum anderen darum – das ist mit das Wichtigste –, den Nährboden zu entziehen.

Was bedeutet es, die Jugendarbeit zu fördern? – Ein wichtiges Problem bei der Auseinandersetzung mit dem Islamismus bzw. Salafismus in Deutschland besteht darin, dass seit dem 11. September 2001 muslimische Jugendliche sehr häufig als Problem innerhalb der Sicherheitspolitik dargestellt werden. Das kann die Integrationsdebatte verengen, und es kann dazu führen, dass sich Jugendliche in eine „negative Identität“ flüchten, wie wir es gesehen haben. Aufgrund des fehlenden Vertrauens in das eigene Lebensumfeld wird dann die soziale Minderwertigkeit zum Selbstbild idealisiert. Eine Gruppe wie die Salafisten bietet hier eine klare Identifizierung, ein klares „wir“ und „ihr“. Die Welt wird stark vereinfacht. Eine Möglichkeit, um hier vorzubeugen – das haben wir schon gehört –, ist eine intensivere Aufklärungsarbeit an deutschen Schulen.

Hier möchte ich jedoch zu bedenken geben: Man erreicht regelmäßig die Schülerinnen und Schüler, die dieser Präventionsarbeit nicht bedürfen. Ein Beispiel ist der Attentäter des Frankfurter Flughafens, Arid U. Er hat mit seiner Klasse sogar einen Preis für Gewaltprävention in der Gesellschaft gewonnen und radikalisierte sich dann später alleine im Internet.

Damit ist Präventionsarbeit an Schulen sehr wichtig, sie dient aber vorrangig der Sensibilisierung der Mitschülerinnen und Mitschüler. Um die gefährdeten Jugendlichen tatsächlich zu erreichen, müssen Jugendzentren signifikant ausgebaut werden, um hier alternative Freizeit und insbesondere Identitätsmöglichkeiten zu schaffen. Damit sind auch

nicht die notwendigen und bereits bestehenden Präventionsnetzwerke wie in Hessen und Nordrhein-Westfalen gemeint, sondern wirklich Freizeitangebote, die die Möglichkeit einer Zugehörigkeit eröffnen. Damit ist auch nicht politische Bildungsarbeit im klassischen Sinne gemeint, wie Demokratie und Islam, sondern andere Freizeitmöglichkeiten, die direkt ansprechen. Hier sind eine Überprüfung und ausreichende staatliche Förderung notwendig.

Mein nächster Punkt heißt „Nährboden entziehen“. Es ist das größte Ziel und die eigentliche Herkulesaufgabe, terroristischem Islamismus den Nährboden zu entziehen und damit die Anschlaggefahr nachhaltig zu minimieren. Dazu muss man Terroristen ein wichtiges Instrument für Propagandavideos und Hasspredigten nehmen: das Leid der Zivilbevölkerung in Syrien und im Irak. Denn damit gebietet es sich, nicht nur die Humanität, sondern auch eine wirksame Terrorismusprävention, die Situation der Zivilbevölkerung in den Krisenregionen signifikant zu verbessern. Hier sind zweifelsohne auch bereits Anstrengungen unternommen worden; die gilt es angesichts der nach wie vor angespannten Lage noch zu verbessern. Tatsächlich müssen in den Flüchtlingscamps der Krisenregionen Verpflegung, ärztliche Versorgung und Schulbildung für die Flüchtlingskinder noch verbessert werden. Denn je schneller und sichtbarer diese Hilfe durch Staaten wie Deutschland erfolgt, desto wirksamer dürfte in diesen Helferländern den Extremisten das Wasser abgegraben werden.

Ein weiterer Aspekt, den ich ansprechen möchte, sind die repressiven Maßnahmen. Ich habe zwei Maßnahmen ausgewählt, nämlich die rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen und die Erkenntnislage zu verbessern.

Zu den repressiven Maßnahmen möchte ich noch kurz Folgendes vorwegnehmen. Mit zu terroristischen Anschlägen bereiten Islamisten, Salafisten, IS-Kämpfern, Rückkehrern ist kein Dialog möglich. Das ist noch anders, wenn man sich als Jugendlicher in der Findungsphase befindet. Hier ist das nicht mehr der Fall.

Zum Punkt „rechtliche Möglichkeiten ausschöpfen“. Welche Möglichkeiten haben wir denn? Kurz exemplarisch aufgezählt – das haben wir teilweise schon gehört – haben wir einmal das Terrorismusbekämpfungsgesetz, das nach dem 11. September 2001 eingeführt wurde und Sicherheitsbehörden unter anderem bei Vorliegen eines Terrorismusverdachts bei Banken, Fluggesellschaften und Telefonunternehmen die Möglichkeit gibt, Auskünfte einzuholen. Wir haben im Verwaltungsrecht das deutsche Passgesetz und nun auch das deutsche Personalausweisgesetz. Es gibt die Möglichkeit der Ausweisung ausländischer Staatsbürger bei Verdacht auf terroristische Handlungen, und es gibt, wenn auch jetzt wieder viel diskutiert, im deutschen Strafrecht fünf Tatbestände, die es sehr wohl ermöglichen, hier gegen Terrorismus vorzugehen. Ich möchte diese jetzt nicht im Einzelnen benennen. Insoweit verweise ich auch auf die Stellungnahme. Darin bin ich hierauf genauer eingegangen.

Diese strafrechtlichen Sanktionsmöglichkeiten werden in Deutschland auch bereits effektiv angewendet. Hierzu möchte ich kurz die Zahlen nennen: Der Generalbundesanwalt hat im Januar 2014 46 Verfahren mit 83 Beschuldigten geführt, die Staatsanwaltschaften der Bundesländer haben über 100 Ermittlungsverfahren geführt. Wir sind hier also nicht schutzlos, wenn es die Beweislage zulässt.

Eine andere Möglichkeit, die bezüglich des sogenannten Islamischen Staates, IS, noch intensiver angedacht werden kann: Was IS in Syrien und im Irak mit Jesiden angestellt

hat, ist nichts anderes als Völkermord und nach § 6 des Völkerstrafgesetzbuches strafbar. Also auch hier kann man eine andere Rhetorik hineinbringen. Schließlich hat Terrorismus manchmal auch etwas Glorioses, Völkermord hingegen hat es nicht.

Diese strafrechtlichen Möglichkeiten muss man auch voll ausschöpfen. Gesetzesänderungen können hier eine Ergänzung darstellen, aber sie dürfen nicht zu einer Scheinsicherheit führen. Denn Dreh- und Angelpunkt einer erfolgreichen Terrorismusbekämpfung und strafrechtlichen Verfolgung ist eine ausreichende Erkenntnislage der Sicherheitsbehörden.

Das ist der letzte Punkt, auf den ich eingehen möchte, nämlich die Verbesserung der Erkenntnislage der Sicherheitsbehörden und hier insbesondere der Verfassungsschutzämter. Woraus setzt sich denn die Erkenntnislage der Sicherheitsbehörden zusammen? – Es sind einmal menschliche Quellen, es sind offene Quellen wie Internet und Medien, und es ist die Überwachung der Telekommunikation.

Hier muss man sich auch noch einmal den Unterschied von Polizeiarbeit und der Arbeit der Verfassungsschutzämter verdeutlichen. Die Polizei geht regelmäßig Verdachtsmomenten von bereits verübten Straftaten nach, während Nachrichtendienste Bewertungen und Vermutungen zu gegenwärtigen und zukünftigen Gefährdungslagen anstellen. Daraus ergeben sich unterschiedliche Aufgaben und Handlungsspielräume. Die Zusammenarbeit sieht dergestalt aus: Der Verfassungsschutz übermittelt nachrichtendienstliche Erkenntnisse an die Polizei, sobald ausreichend Anhaltspunkte für geplante oder verübte Staatsschutzdelikte vorliegen.

Statt hier nun die Schwelle der Verfolgbarkeit von Straftaten abzusenken und der Polizei eine noch frühere Zugriffsmöglichkeit nach dem Strafgesetzbuch zu eröffnen oder die Befugnisse der Nachrichtendienste noch stärker zu erweitern, schlägt in diesem Interessenkonflikt zwischen Freiheit und Sicherheit tatsächlich die Stunde für solide nachrichtendienstliche Arbeit. Denn je besser und ergiebiger die Verfassungsschutzämter im Rahmen der derzeit geltenden Gesetze arbeiten, desto stärker können Staatsanwaltschaften und Polizei hinsichtlich der Verfolgung von terroristischen Straftaten davon profitieren.

Eine wichtige Frage muss deswegen lauten: Wie kann die Erkenntnislage der Verfassungsschutzämter verbessert werden? Die Forderung, die in diesem Zusammenhang immer auftaucht: „Wir brauchen mehr Personal“ ist klar. Bevor man dieser Forderung aber blindlings nachkommt, sollte man sich kurz anschauen, wie viele Personen denn bereits in diesem Bereich arbeiten. Recherchiert man hierzu im Internet, dürften in den drei großen Nachrichtendiensten des Bundes, das Bundesamt für Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst und Militärischer Abschirmdienst, ungefähr 10.600 Mitarbeiter tätig sein. Dazu kommen dann die Verfassungsschutzämter der Länder. Diese haben geschätzt 2.000 Mitarbeiter. Rundet man also ab, arbeiten unabhängig von der Polizei bereits 12.500 Menschen im Bereich der Sicherheitspolitik. Diese beschäftigen sich natürlich nicht alle mit Terrorismus, aber seit dem 11. September 2001 ist es ein virulentes Thema. Darin dürfte also ein Schwerpunkt der Arbeit liegen. Es gibt außerdem genügend Austauschforen, die eingerichtet wurden. Dazu gehören das G7AZ, das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum, sowie das Gemeinsame Internetzentrum, das GIZ.

Es sind also Personal und Strukturen vorhanden. Wenn nun die Informationsausgangslage zur Ausfüllung der Straf- und Verwaltungsgesetze nicht ausreicht, muss über eine

Verbesserung bzw. eine Überprüfung der Arbeit der Nachrichtendienste nachgedacht werden.

Stattdessen pauschal immer mehr Mitarbeiter zu fordern, geht am eigentlichen Problem vorbei. Denn eine ehrliche und selbstkritische Analyse hinsichtlich des Versagens der Nachrichtendienste beispielsweise bei der Aufklärung der Morde des Nationalsozialistischen Untergrundes lässt zu folgendem Schluss kommen: Der Grund des Versagens war nicht in einem Mangel an Personal zu suchen. Eine Lösungsmöglichkeit lautet: Die Probleme liegen vielmehr in der Ressourcenallokation, also in der Zuordnung der Ressourcen auf ihre Verwendungsmöglichkeit. Denn trotz aller technischen Möglichkeiten steht und fällt der Erfolg nachrichtendienstlichen Arbeit mit der Fähigkeit der Mitarbeit. Insofern ist beispielsweise der Schritt des Bundeslandes Hessen, seine Mitarbeiter des gehobenen Dienstes intensiver an der Fachhochschule des Bundes ausbilden zu lassen, sehr zu begrüßen.

Im Bereich des islamistischen Terrorismus ist jedoch zu bedenken, dass hier wichtige Informationen nur gewonnen werden können, wenn mit Imamen und Verbandsvertretern vertrauensvoll zusammengearbeitet wird. Dies kann man dann auch nicht als klassische Quellenführung betrachten, sondern als ein Miteinander auf Augenhöhe. Dafür müssen jedoch Mitarbeiter verwendet werden, die nicht Islamismus an der Fachhochschule nur als Sicherheitsproblem kennengelernt haben, sondern die für den islamischen Kulturraum in seiner Gesamtheit ein umfassendes Verständnis mitbringen, das sich in fundierten Landes- und Sprachkenntnissen niederschlägt, die regelmäßig im Rahmen eines Studiums an der Universität erlernt werden. Genau aus diesem Grund werden auch Islamwissenschaftler und Turkologen für die Nachrichtendienste gesucht, jedoch gegebenenfalls nicht optimal eingesetzt, wenn die Idee der Polizeiarbeit – die Arbeit wird vom gehobenen Dienst erledigt – auf Nachrichtendienste übertragen wird. Das hat an vielen Stellen seine Berechtigung, in diesem Bereich ist es jedoch grundlegend falsch.

Dieses Miteinander auf Augenhöhe heißt auch nicht Konferenzen oder ein Mal im Jahr stattfindende Treffen, sondern eine regelmäßige und persönliche Kontaktpflege, und hier besteht noch Handlungsbedarf. – Danke.

(Beifall)

Herr **Endres**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, vielen Dank für die Einladung. Ich möchte allen, die ihn kennen, herzliche Grüße von unserem Präsidenten Dr. Manfred Schmidt übermitteln.

Zunächst möchte ich zu unserer Beratungsstelle Radikalisierung, die bei uns im Haus seit 2012 aktiv ist, etwas sagen. Ich als leitender Referent bin quasi von Anfang an dabei und habe in gewisser Weise den größten Einblick.

Unser Haus ist von seiner Aufgabenstellung her eigentlich für den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt in der Bundesrepublik verantwortlich, beispielsweise durch die ganzen Integrationsprogramme. Somit war es natürlich nahe liegend, dass wir uns auch mit den Themen „Radikalisierung“ und „Deradikalisierung“ auseinandersetzen und mit Kontexten arbeiten, die sich von unserer Gesellschaft entfernen und zum Beispiel radikalisieren und entsprechend, wie in unserem Fall, zumeist salafistischen Strukturen anschließen.

In unserer Beratungsstelle gibt es vor allem Anrufe und Anfragen von Familien, die einen konkreten Radikalisierungsfall schildern. Sie schildern uns durchaus, dass gerade das familiäre Zusammenleben sehr stark eingeschnitten ist und vor allem natürlich mit einer Radikalisierung auch entsprechende Probleme innerhalb der Familie sowie mit dem Umfeld einhergehen.

Interessant ist, dass diese Leute, die sich an uns wenden, auch sehr stark emotional belastet sind. Es ist durchaus so, dass die Leute, die sich an uns wenden, am Telefon erst einmal in Tränen ausbrechen und meist die gesamte Biografie der Jugendlichen recht deutlich schildern. Diese Telefonate – das können Sie sich sicher vorstellen – dauern teilweise bis zu drei Stunden, was für unsere Mitarbeiter auf der einen Seite sehr viel Know-how, auf der anderen Seite aber auch Belastung bedeutet.

Interessant ist sicherlich auch immer die Fragestellung: Warum hat das Bundesamt für Migration diese Aufgabe bekommen? – Bereits 2009 haben sich die Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder und auch das Bundesamt Gedanken darüber gemacht, wie man Deradikalisierung in Deutschland umsetzen kann und welche Möglichkeiten es gibt. Man hat zudem geschaut, was es dazu bereits im europäischen Ausland gibt. Daraufhin hat man verschiedene Modelle entwickelt, und ein Modell beinhaltete eine Anlaufstelle für das soziale Umfeld von radikalisierten Personen. Der damalige Innenminister Dr. Friedrich hat dann 2011 entschieden, eine solche Beratungsstelle beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge einzurichten, um einerseits die Hemmschwelle für Ratsuchende möglichst niedrig zu halten, andererseits aber auch zu signalisieren, dass der Staat dieses Problem erkannt hat und ein konkretes Hilfsangebot an den Start bringen möchte.

Seit 2012 sind wir also aktiv und arbeiten mittlerweile mit vier zivilgesellschaftlichen Einrichtungen zusammen. Das heißt, dass wir in Nürnberg quasi von den Ratsuchenden kontaktiert werden, hauptsächlich telefonisch, und dann an die entsprechende Stelle weiterverweisen. Das ist ein Netzwerk dieser vier Einrichtungen, die durch das Bundesinnenministerium gefördert werden. Sie werden drei dieser Netzwerke wahrscheinlich auch ein bisschen näher kennenlernen. Claudia Dantschke war bereits letzte Woche hier, Ahmad Mansour ist ein Kollege von uns, André Taubert wird nachher auch noch zu Wort kommen, und natürlich ist das Violence Prevention Network, das hier in Hessen mittlerweile eine sehr große Struktur aufgebaut hat, auch ein Teil unseres Netzwerkes, das besonders für den süddeutschen Raum zuständig ist.

Damals, 2012, haben wir uns überlegt, wie wir so etwas umsetzen können und welche Akteure es dafür braucht. Wir waren uns relativ schnell klar darüber, dass eigentlich vor allem in der Zivilgesellschaft Know-how vorhanden ist, um Angehörige zu beraten und natürlich über diese Angehörigen auch deradikalisierende Maßnahmen einzuleiten. Das heißt, dieser Ansatz dreht sich darum, das soziale Umfeld, also die Familie von radikalisierten Personen, so aufzustellen und zu stärken, dass sie in der Lage sind, mit der Situation umzugehen und dem Jugendlichen in diesem alten Umfeld auch eine neue Perspektive zu geben.

Nun möchte ich noch ein paar Zahlen nennen. Seit 2012 haben wir in Nürnberg mehr als 1.200 Anrufe entgegengenommen, und wir haben mit unserem Netzwerk insgesamt – Stand gestern – mehr als 460 Beratungsfälle betreut. Die meisten davon betreuen wir auch nach wie vor. Aktuell vermitteln wir in der Woche sechs bis acht konkrete Beratungsfälle an dieses Netzwerk weiter, die jeweils völlig unterschiedlich gelagert sind.

Wenn man sich umschaute, wo diese Anfragen herkommen, kann man nach Bundesländern aufgeteilt sagen, dass Nordrhein-Westfalen nach wie vor ein Hotspot an Anfragen abbildet. Aufgrund der Bekanntheit des Netzwerkes rufen mittlerweile aber auch sehr viele Leute aus Hessen an.

Die meisten, die sich an uns wenden, sind Mütter. Nach wie vor kommen die meisten Anfragen aus dem engen familiären Umfeld. Die stellen am ehesten fest, dass sich die Jugendlichen radikalisiert. In den letzten Monaten erkennen wir zudem, dass vor allem auch Schulen und Jugendsozialarbeiter immer mehr mit diesen Problemen in Kontakt kommen und dann professionelle Hilfe suchen.

Wenn wir uns anschauen, was für Personen sich radikalisiert – dazu wurde auch schon einiges gesagt –, lässt sich anhand unserer Fälle festmachen, dass es sich hauptsächlich um Männer handelt. Der Anteil der Frauen im Alter zwischen 18 und 24, die sich radikalisiert, liegt bei 25 %. Das kann auch parallel zur Radikalisierungsforschung in den allermeisten Fällen berichtet werden. Allerdings stellen wir auch fest, dass das Einstiegsalter derzeit scheinbar sinkt. Wir haben auch Fälle von Elfjährigen zu verzeichnen, die sich scheinbar in diese salafistische Richtung orientieren. Die meisten Ratsuchenden kommen auch eher aus dem städtischen Umfeld. Zudem können wir verzeichnen, dass sich immer mehr Personen mit Migrationshintergrund an uns wenden, und zwar auch aus der muslimischen Community. Der Prozentsatz der Personen mit Migrationshintergrund, die uns um Rat bitten, liegt bei um die 40 %.

Mittlerweile werden wir sehr stark von Eltern nachgefragt, die Probleme mit Jugendlichen haben, die in Richtung Syrien ausreisen oder die schon ausgereist sind. Derzeit haben wir in unserem Netzwerk rund 70 Fälle mit Syrienbezug. Das heißt, es handelt sich sowohl um Angehörige, die sich melden und sagen: „Mein Sohn hat das geäußert“ oder „Ich habe das bei Facebook bei ihm festgestellt“, als auch um solche, deren Kinder bereits ausgereist sind oder ein konkreter Ausreiseversuch verhindert wurde. Es gibt aber auch Leute in unserem Netzwerk, die leider den Tod des Sprösslings, also des Sohns oder der Tochter, zu verarbeiten haben.

Mit der Presseberichterstattung geht einher, dass wir gerade 2014 eine Verdoppelung des Fallaufkommens feststellen konnten. Letztes Jahr hatten wir knapp 200 Beratungsfälle – das ist sehr viel –, die wir an unser Netzwerk weitergereicht haben.

Insgesamt ist diese Beratungsstelle als staatliches Anlaufmodell, das entsprechend über ein Netzwerk verfügt, das bundesweit agiert, europaweit einzigartig. Beispielsweise wurden wir aus Österreich sehr stark angefragt und in die Beratungsstelle eingebunden, die dort vor Ort eröffnet wurde. Vor allem muss ich hier ganz deutlich hervorheben, dass dieses hessische Kompetenzzentrum, das Violence Prevention Network, als Kooperationspartner und das BAMF als Erstanlaufstelle auch für Hessen Erfolgsmodelle sind. Wir als Bundesbehörde werden sehr stark von den Bundesländern angefragt: Wie macht ihr das? Wie funktioniert dieses System? Wir wollen das auch irgendwie adaptieren. – Man kann wirklich sagen, dass Hessen aus unserer Sicht hier eine Vorreiterrolle einnimmt. – Vielen Dank.

(Beifall)

Herr **Ziercke**: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich möchte die wesentlichen Kerninhalte zu meiner schriftlichen Stellungnahme liefern. Denn das sind die Inhalte, die unsere Islamwissenschaftler, die Tag für Tag zusammensitzen und mit den Kollegen des BND, des BfV, die für die Gefährdungslagebewertung und für das, was sich letztlich daraus an Maßnahmen ableitet, verantwortlich sind, die also sozusagen der Hintergrund all dessen ist, wie wir mit dem Islamismus und Salafismus in Deutschland glauben umgehen zu müssen. Insoweit seien Sie nicht enttäuscht, dass ich nichts zum aktuellen Lagebild und auch nicht zum Instrumentenkasten der Polizei sagen werde. Ich gehe in der Diskussion aber gerne darauf ein.

Folgende Aussagen möchte ich besonders hervorheben, die für unsere Bewertungen von Bedeutung sind: Die islamistische Bewegung ist am Ende des 19. Jahrhunderts als eine politische Ideologisierung des Islam entstanden. Anhänger des Islamismus strebten eine Gesellschaftsform an, in der die islamische Gesellschaft nicht nur aus Muslimen besteht, sondern in ihren Strukturen und Fundamenten islamisch ist. Der Islamismus wird prinzipiell als demokratieunfähig angesehen. Der Neofundamentalismus bzw. Salafismus zielt auf die Schaffung islamischer Idealgesellschaften nach Muster der Frühzeit des Propheten ab.

Zwei Aktivitätslinien sind erkennbar, und die sind bei unserer Einschätzung von großer Bedeutung: eine gewaltbereite, dschihadistische, terroristische und eine konservative, apolitische, aber in kultureller Hinsicht separatistische, aggressiv-missionarische Richtung mit entsprechendem Radikalisierungspotenzial. Der Salafismus orientiert sich in strenger doktrinärer Form, wie gesagt, am Leitbild der früheren Muslime, also der Altvorderen. Allerdings lehnt die Mehrheit der Salafisten Gewalt ab, begünstigt aber durch eine intolerante Haltung gegenüber Andersgläubigen eine Radikalisierung.

Seit den 1990er-Jahren zeigt die salafistische Mission große Erfolge unter den muslimischen Diaspora-Gemeinden in Europa und in Amerika.

Meine Damen und Herren, das Internet spielt eine Schlüsselrolle in der Verbreitung der salafistischen Ideologie in Deutschland. Zunehmend werden öffentliche Auftritte charismatischer Prediger wichtiger. Die salafistische Bruderschaft bietet ihren Mitgliedern Solidarität und Anerkennung ohne Ansehen von Herkunft und sozialem Status sowie klare, religiöse Richtlinien und Regeln. Junge Kriminelle und Schulversager mit Migrationshintergrund fühlen sich vom Salafismus angezogen und ändern durch das religiöse Erweckungserlebnis oft radikal ihre bisherige Lebensweise. Salafistische Prediger und Propagandisten fördern gezielt Ressentiments und stellen die Muslime in Deutschland insgesamt, aber besonders diejenigen, die ihren Glauben ernst nehmen und praktizieren, als Opfer von Diskriminierung und Verfolgung durch die ungläubige Gesellschaft dar. Gleichzeitig propagieren sie offen die angestrebte Herrschaft des Islam und die Einführung der Scharia in Deutschland.

Salafistische Prediger und Propagandisten lehnen offen zentrale Elemente der politischen und rechtlichen Ordnung in Deutschland als menschengemachte Gesetze ab. Die Demokratie wird als falsche Religion und Irrlehre verdammt. Deutschsprachige salafistische Prediger achten bei ihren zahlreichen öffentlichen bzw. im Internet als Video- oder Audioaufzeichnungen abrufbaren Predigten und Vorträgen in der Regel darauf, die Grenzen der hier tolerierten bzw. legalen Meinungsäußerung nicht zu überschreiten. Das von Salafisten gepflegte Feindbild der Ungläubigen und ihre Selbstwahrnehmung als Avantgarde von wahren Muslimen bildet oft die Grundlage zur weiteren

Radikalisierung. Besonders der Konflikt in Syrien seit 2011 hat in ganz Europa, darunter auch in Deutschland, zu einer neuen Welle der Radikalisierung muslimischer junger Männer geführt.

Ich möchte einen kurzen Ausblick geben, was die Situation der Rückkehrer angeht. Vermutlich ist die Mehrheit dieser Rückkehrer desillusioniert von deren Methoden, oder sie haben ihre eigene Belastbarkeit überschätzt. Wenn solche Personen bereit sind, ihren Sinneswandel auch öffentlich zu erläutern, könnten sie auch für die Aufklärung mit dem Ziel der Prävention und Deradikalisierung eingesetzt werden. Ich spreche hier von Rückkehrern, etwa 200 an der Zahl von rund 600, von denen wir ausgehen, dass sie nach Syrien gereist sind. Von diesen 200 sind uns definitiv im Moment nur um die 35 bekannt, die auch dort gekämpft haben sollen. Die Quote der Gefährdeten ist, wie Sie wissen, mit 265 in Bund und Ländern und die der relevanten Personen mit 289 ungleich größer. Ich kann gerne noch einmal auf die Definition dieser Begriffe eingehen.

Meine Damen und Herren, um die Frage der die Radikalisierung begünstigenden Faktoren näher zu erläutern, möchte ich kurz zentrale Befunde der Forschung des Bundeskriminalamtes mit einfließen lassen. Bei der Biografiestudie, veröffentlicht unter dem Titel „Die Sicht der anderen“ wurden ausführliche Analysen der Biografien von Akteuren und/oder terroristischen Umfeldern aus dem Bereich des Links-, Rechts- und islamistischen Extremismus durchgeführt.

Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass Radikalisierungsprozesse in engen Wechsel- und Wirkungsbezügen zu Entwicklungen in anderen Lebensbereichen wie Schule, Familie und Freizeit stehen. Ganz allgemein ist ein über längere Phasen im Jugend- bzw. jungen Erwachsenenalter erlebter Entwicklungsstress als eine zentrale Auslösebedingung von Radikalisierungsprozessen anzusehen. Besondere Schwierigkeiten bereitet in diesem Kontext der Erwerb eines Schul- oder aber eines Berufschulabschlusses. Nur etwa ein Drittel der im Durchschnitt 25- bis 30-jährigen untersuchten Personen verfügt über eine abgeschlossene Berufsausbildung. Auf die Elternhäuser als zentrales Stützsystem bei der Auseinandersetzung mit sich stellenden Entwicklungsaufgaben könnte häufig gar nicht oder nur eingeschränkt zurückgegriffen werden.

Ein Abgleich mit Studien zu anderen Kriminalitätsphänomenen zeigt, dass sich die Extremisten in ihren sozialen Hintergründen offensichtlich nicht grundlegend von Delinquenten anderer Deliktsfelder unterscheiden. Der Einstieg in extremistische Milieus erfolgt offenbar weniger wegen des dort vorherrschenden ideologischen Deutungsgebots. Vielmehr bot die Szene zumindest vorübergehend Lösungsansätze und Unterstützung beim Umgang mit erlebtem Ermittlungsstress. Wenngleich es im Verlauf fortwährender Gruppenzugehörigkeit durchaus zu fortschreitender Identifikation mit den jeweiligen ideologischen Grundsätzen des extremistischen Milieus kam, spielten die Ideologie sowie die Politik und auch die Religion insgesamt eher nur eine marginale Rolle.

Zusammenfassend ist dazu festzustellen: Die Deradikalisierungsverläufe von Akteuren unterschiedlicher extremistischer Milieus weisen hinsichtlich ihrer psychosozialen Entwicklungsdynamiken weitgehende Übereinstimmungen auf. Extremistische Gruppierungen fungieren als Stützsystem bei der Bewältigung altersphasentypischer Entwicklungsaufgaben. Extremistische Gewaltakteure zeigen häufig kein ausgeprägtes grundsätzliches politisches oder auch religiöses Interesse.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch kurz auf die Ergebnisse der Propagandawirkungsforschung zu sprechen kommen. Extremistische Propaganda, die aufgrund ihrer Einbettung in einen spezifischen soziokulturellen Kontext eher eine Wirkung in die jeweiligen kulturellen Bezugs- bzw. Referenzgruppe entfaltet, spricht eher Menschen mit einem relativ niedrigen Bildungsstand an. Ferner werden Ereignisse in Bezug auf das eigene Schicksal und der eigene Misserfolg öfter als durch äußere Einflüsse fremdbestimmt und weniger als Ergebnis des eigenen Handelns wahrgenommen. Mit anderen Worten: Die Überzeugung, dass die eigenen Zukunftsperspektiven vom eigenen Handeln abhängen, scheint bei Personen mit höherem Bildungsstand ausgeprägter zu sein als bei Personen mit niedrigem Bildungsstand.

Ein weiteres Merkmal der Gruppe der Propagandaanfälligen war die politische Grundeinstellung, eine rechtsorientierte politische Orientierung, die der jeweiligen extremistischen Ideologien näher steht, führt offenbar zu einer positiveren Bewertung extremistischer Propaganda.

Grundlegende Prinzipien einer effektiven Extremismusprävention – damit will ich schließen. Bei der Betrachtung der mikrosozialen und individuellen Handlungsebene für Extremismusprävention kann man allgemein sagen, dass bewährte primärpräventive Ansätze im Bereich der Allgemeinkriminalität auch ihre Wirkung im Bereich der Extremismusprävention entfalten dürften. Präventive Zugänge im Bereich der Extremismusprävention sollten mit Augenmaß und unter Berücksichtigung eines zentralen taktischen Kalküls radikaler extremistischer Gruppierungen gestaltet werden. Die Gegenseite will zumeist den staatlichen Machtapparat zu Überreaktionen bewegen, um staatliches Handeln bzw. die Staatsarbeit insgesamt in der Wahrnehmung der Zielgruppe zu diskreditieren und wiederum dort Sympathien zu gewinnen. Es geht darum, zu vermeiden, dass sich in bestimmten Milieus bestimmter Gesellschaftsgruppen das Empfinden breitmacht, einem Generalverdacht ausgesetzt zu sein bzw. als Extremist etikettiert zu werden.

Die Schaffung günstiger Kontextbedingungen für die Prävention. Es bedarf in einer Gesellschaft authentischer, greifbarer Anknüpfungspunkte, um eigene Zukunfts- bzw. Entwicklungsperspektiven zu realisieren. Offensichtlich sollten vor allem für die heranwachsende Generation ausreichende Ausbildungs- und Berufsoptionen vorhanden sein, um zunächst eine Grundlage zu schaffen, damit der Einstieg in das Berufsleben, eine für das Jugend- und jüngere Erwachsenenalter zentrale Entwicklungsaufgabe, konstruktiv und engagiert von den betroffenen Personen angegangen werden kann.

Berufliche Perspektiven können als funktionaler Ausgleich gegenüber dem Angebot krimineller extremistischer Milieus begriffen werden, damit ein Abgleiten in eben solche Milieus verhindert wird bzw. eine Herauslösung aus diesen Milieus überhaupt erstrebenswert erscheint.

Extremismusprävention sollte weniger auf spezifische Extremismusformen fokussiert werden, sondern vielmehr eine Konzeption einer allgemeinen Extremismusprävention erwägen. Es sind weniger die Ideologien, die die Individuen radikalieren. Vielmehr sind es die konkreten, insbesondere im unmittelbaren Lebensumfeld existierenden Bedingungen, die Personen für bestimmte ideologische extremistische Deutungsangebote empfänglich machen. Eine phänomenspezifische, auf die jeweiligen ideologischen Grundsätze abstellende Präventionsgefahr läuft nämlich Gefahr, an den relevanten Radikalisierungs- und gewaltfördernden Faktoren vorbeizulaufen.

Weiterhin hat eine phänomenübergreifend angelegte Extremismusprävention einen nicht unerheblich positiven Nebeneffekt: eine Minderung des Risikos möglicher Etikettierungseffekte, wie sie mit Blick auf den islamistischen Extremismus unter dem Schlagwort des Generalverdachts gegenüber der muslimischen Bevölkerung intensiv und begründet auch diskutiert wird.

Lassen Sie mich dazu auch noch sagen: Es reicht meiner Ansicht nach nicht aus, Prävention mit Hochglanzpapier zu betreiben, um an die Gedankenwelt, an die Frage der Intellektualität der Betroffenen zu appellieren. Diese Botschaften müssen in der Regel emotional begleitet werden. Das heißt, man braucht konkrete Hilfen. Allein über Belehrung oder Unterricht dieses Ziel zu erreichen, wird nicht möglich sein. – Vielen Dank.

(Beifall)

Frau **Dr. Vocke**: Meine Damen und Herren, ich werde aus der Ihnen bereits vorliegenden schriftlichen Stellungnahme nur einige Punkte herausgreifen und freue mich dann auf Ihre Fragen.

Der Salafismus ist für uns die derzeit dynamischste islamistische Bewegung. Die Anhängerzahlen steigen stetig von noch etwa 3.800 im Jahr 2011 auf derzeit – Stand Ende letzten Jahres – etwa 7.000 Anhänger, und wir gehen auch davon aus, dass diese Dynamik weiter anhält.

Schwerpunkte der salafistischen Szene befinden sich nach unserer Beobachtung in Köln, Bonn, Frankfurt und Berlin. Das heißt, es ist überwiegend ein städtisches Phänomen, aber nicht nur. Auch in ländlichen Gegenden bilden sich salafistische Szenen, wenn ein entsprechendes Angebot durch eine Führungsfigur, beispielweise einen Prediger, oder eine entsprechende Moschee vorhanden ist.

Was macht die salafistische Szene so attraktiv insbesondere für Jugendliche? – Es ist nach unserer Einschätzung eine aktionsorientierte Jugendbewegung, die sich sowohl in ihrem teilweise sehr rudimentären Gerüst, als auch in der offensichtlichen Lebensführung bis hin zu äußerlichen Merkmalen ganz klar von der Mehrheitsgesellschaft absetzen will.

Sie vereinigt Jugendliche und junge Muslime, auch Konvertiten – wenn auch vielleicht nicht in der großen Zahl, wie es manchmal medial wahrgenommen wird –, die in der ganz überwiegenden Mehrheit einen Hintergrund und eine Sozialisierung in Deutschland erfahren haben. Insofern ist es zum einen eine multiethnische Bewegung, wenn wir die Hintergründe betrachten, zum anderen eine sehr deutsche Erscheinung, ähnlich, wie es in anderen europäischen Ländern der Fall ist.

Natürlich – Herr Ziercke hat es bereits angesprochen – sind Radikalisierungsfaktoren zum Teil Brüche in der Biografie, Lebensentwürfe, die sich nicht so realisiert haben, wie sie geplant waren, trotz guter Ausbildung und teilweise begonnenem Studium. Aber diese Lebensentwürfe führen nicht zwangsläufig zu salafistischer Radikalisierung, sie müssen auch auf ein Angebot treffen, das ihnen salafistische Prediger als Multiplikatoren in diversen Veranstaltungen, Islamseminaren, Benefizveranstaltungen, „Lies!“-Ständen – dazu komme ich noch – etc. bieten. Es ist aber auch eine moderne Bewegung, in der es flache und keine starren Hierarchien gibt, wie das vielleicht insbesondere Muslime aus

ihren Hintergründen kennen, sondern Netzwerkstrukturen, in denen jeder mitspielen kann.

Ein zentrales Thema in der salafistischen Szene ist ungebrochen und weiterhin auf absehbare Zeit der Konflikt in Syrien. Damit einher geht einmal eine starke Emotionalisierung sowie der Wunsch, Unterstützung in Form von Spenden, Hilfsgütern etc. zu leisten. Der Übergang zum Dschihadismus, sprich bis hin zu Ausreisen nach Syrien in die Kampfgebiete, ist jedoch fließend. Was die Zahlen betrifft, so werde ich diese überspringen. Schließlich hat Herr Ziercke dazu bereits ausgeführt. Das können Sie anschließend nachlesen.

Die Sicherheitsbehörden von Bund und Länder setzen alles daran, Ausreisen von Dschihadwilligen aus Deutschland zu verhindern, sei es durch Ausreiseuntersagung, Passentziehung oder direkte Maßnahmen beim Grenzübertritt.

Ich möchte noch einmal auf die Radikalisierung eingehen. Inzwischen ist es fast eine Binsenweisheit: Es gibt kein einheitliches Profil der Radikalisierten. Es sind immer verschiedene Faktoren ausschlaggebend. Wie kann aber auch die Umwelt wahrnehmen, dass eine Person dabei ist, sich zu radikalieren? – Es gibt äußere Veränderungen, im Lebensstil, in der äußeren Erscheinung. Das alte soziale Umfeld wird verlassen und ein neues soziales Umfeld gesucht, alte Freundschaften gehen zu Bruch, es kommt zur Abwendung von den Eltern – ich hoffe, ich wiederhole nicht zu sehr, was Vorredner bereits ausgesprochen haben; ich glaube, mein Vorredner war aus Hessen –, sie verteilen Infomaterial, machen Propagandavideos etc. Aber man kann es auch daran feststellen, dass Kritik an der eigenen, neu gefundenen religiösen Überzeugung aggressiv abgelehnt wird und auch das engere soziale Umfeld aufgefordert wird, sich dieser neu gefundenen, vermeintlichen religiösen Orientierung anzuschließen.

Eine wichtige Rolle spielt das Internet. Hier folgen die jungen Muslime genau den Erscheinungen, denen auch die üblichen, nicht radikalisierten bzw. nicht extremistischen Jugendlichen folgen: Facebook und YouTube gibt es noch, sie sind aber nicht mehr so ganz in. Die neuen mobilen Internet-Apps werden verstärkt genutzt, zum Beispiel Instant-Messenger- und WhatsApp-Dienste. Damit werden auch ganz neue Möglichkeiten sozusagen des Miterlebens des Dschihads in Echtzeit möglich.

Oft wird suggeriert, die Welt des Internet sei quasi die eine und das, was auf der Straße in der realen Welt passiert, die andere. Nach unserer Einschätzung geht das mit dem mobilen Internet und der Verbreitung von Smartphones immer mehr ineinander über. Eine hohe Aktivität im Internet bedeutet in der Regel auch eine hohe Aktivität auf der Straße im wirklichen Leben.

Eine besondere Rolle in der Propaganda von Salafisten spielt die „Lies!“-Kampagne. Das Verteilen von Koranen ist zunächst einmal keine verfassungsschutzrelevante Aktivität. Aber dort treffen sich Salafisten sowohl des politischen als auch des dschihadistischen Spektrums. Es ist eine Kontaktbörse zur Anbahnung von weiteren Aktivitäten, Selbstvergewisserung etc. Inzwischen sind 1,7 Millionen Exemplare des in acht Sprachen aufgelegten Koran verteilt worden. Die Sprachen, in denen es verfügbar ist, sind Deutsch, Englisch, Russisch, Französisch, Spanisch, Bosnisch, Albanisch und Schwedisch. Auch im Ausland hat diese Kampagne eine Vorbildfunktion und wird seit Dezember letzten Jahres auch in Schweden gestartet, und für übermorgen, den 24. Januar, ist auch ein Infostand in Paris geplant. Wir sehen daher in dem Umfeld dieser „Lies!“-

Kampagne ein erhebliches Gefährdungspotenzial, das auch in der Zukunft weiter bestehen wird.

Des Weiteren ist die salafistische Szene bestrebt, auch provokante Propagandamethoden anzuwenden. Sie erinnern sich vielleicht an das medial sehr hoch begleitete Auftreten der Scharia-Police in Mönchengladbach im letzten Jahr. Weitere Aktivitäten sind die Deutschlandtour des Pierre Vogel und die sogenannte Home-Dawah, in denen in Privaträumen Jugendliche indoktriniert werden.

Die Gründe für die extensive Ausbreitung des Salafismus habe ich schon kurz angerissen: die Attraktivität durch ein Orientierung und Sicherheit gebendes Sinn- und Regelwerk, die Integration in eine Gruppe und die öffentlich zelebrierte Abgrenzung von der Mehrheitsgesellschaft. Die Integration funktioniert allerdings nur solange, wie die Muslime die salafistischen Regeln streng und konsequent beachten.

Weiteren Zulauf erhält die salafistische Szene auch von anderen, klassischen extremistischen Organisationen. Denn die Angebote dieser Gruppierungen werden als eher statisch und an der noch auf das Herkunftsland orientierten Agenda wahrgenommen, die für die Generation der Salafisten in Deutschland heute kaum noch Relevanz hat.

Wir gehen also davon aus, dass die Attraktivität der Salafisten weiterhin ungebrochen ist und dass die Radikalisierung, die möglich ist, auch unter Mitwirkung von Dschihad-Rückkehrern schließlich auch zu Anschlagplänen und Anschlagsvorhaben in Deutschland führen kann.

Zum Schluss möchte ich noch auf einen Aspekt hinweisen. Die sogenannten Pegida- und Legida-Demonstrationen und wie sie alle heißen finden derzeit noch keine Resonanz in der salafistischen Szene. Im Gegenteil: Anhänger werden aufgefordert, diesen Demonstrationen fern zu bleiben, sich nicht provozieren zu lassen. Aber auch das ist keine Garantie. Denn die Gewaltaffinität und niedrige Toleranzschwelle weiter Teile der salafistischen Szene können jederzeit in situative Gewalt münden. – Damit möchte ich es im Moment bewenden lassen. Vielen Dank.

(Beifall)

Herr **Taubert**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, vielen Dank für die Einladung. Zunächst möchte ich kurz etwas zu meiner Person sagen. Der Verein zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit ist einer der Träger, von denen Herr Endres vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge vorhin schon berichtet hat. Er ist einer der Träger, die seit 2012 vor Ort in Bremen für Norddeutschland die Angehörigenberatung machen.

Ungefähr 600 Jugendliche, junge Erwachsene – das ist zunächst die offizielle Zahl – sind in den vergangenen 24 Monaten aus Deutschland in Richtung Syrien ausgereist. Diese Jugendlichen haben – das ist zumindest unsere Erfahrung aus den Gesprächen mit den Eltern – meist ein sehr diffuses Bild davon, was sie dort vor Ort erwartet. Sie haben mitnichten das Bild, dass sie dort sogleich als Kämpfer ihre Rolle spielen werden, sondern sie wollen vor allem beim Aufbau eines Kalifates und damit einer aus ihrer Perspektive besseren Welt behilflich sein.

Wir wissen, dass die jungen Männer in Syrien doch oft als Kanonenfutter genutzt und in den Kampfeinsatz geschickt werden, und wir wissen auch, dass viele der jungen Frauen in verschiedene Arten von Verheiratungs- oder Vergewaltigungsgefängnissen geraten. Darüber hinaus wissen wir aus unserer Arbeit, dass eine leider uns nicht gewisse Anzahl von Jugendlichen zurzeit vergeblich versucht, wieder zurückzukommen. Ich bin mit diesem Thema eingestiegen, weil es mir wichtig ist, zu sagen, dass diese 600 jungen Erwachsenen und Jugendlichen, die bereits ausgereist sind, auch eine Tragödie bedeuten, die bereits in Deutschland passiert ist. In meinen Augen wird diese Tragödie von Zeit zu Zeit an die Seite gedrängt, weil viel mehr darauf geguckt wird, was alles passieren könnte.

Ich arbeite seit 2012, also seit gut zweieinhalb Jahren, als Berater für Angehörige von jungen Salafisten. Ich nenne sie an dieser Stelle so, obwohl ich weiß, dass der Begriff umstritten ist. Allerdings weiß ich einfach keinen besseren Begriff dafür. Ich arbeite zudem als Berater für Lehrer, die in diesem Zusammenhang bei ihren Schülern Auffälligkeiten sehen, und von Zeit zu Zeit als Berater für Sozialarbeiter, wie hier auch für Politik.

Was ich in den letzten zweieinhalb Jahren über diese Bewegung gesehen und gelernt habe, hätte ich mir im Leben nicht erträumen lassen; das kann ich Ihnen sagen. Die Angehörigenberatung ist trotz der wichtigen Aufgabe, die Menschen aufzufangen, die ihre Kinder – in Anführungsstrichen – „verloren“ haben oder die Angst haben müssen, ihre Kinder zu verlieren, nicht nur einfach ein Service an diese Familien mit einer anscheinend unangemessenen Erziehungskompetenz – das scheint manchmal zumindest so –, sondern die Angehörigenberatung ist zurzeit in meinen Augen und in den Augen vieler anderer vor allem auch der mit Abstand wirksamste Weg, dem gefährlichsten Element des Salafismus zu begegnen, nämlich der sozialen Isolation, die stattfindet. Meine Vorrednerin hat das bereits angeschnitten, und zwar, wie ich fand, stärker als zuvor. Aber die soziale Isolation sozusagen als begleitender Prozess der Radikalisierung ist im Salafismus etwas sehr Spezielles und in meinen Augen sehr Auffälliges.

Ich kann aus meiner Perspektive berichten, dass alle Eltern, mit denen ich spreche, deren Kinder bereits in Syrien sind, mir berichten können, dass ihre Kinder zu dem Zeitpunkt, zu dem sie ausgereist sind, komplett sozial isoliert waren. Das heißt, es gab, abgesehen natürlich von der salafistischen Szene, keinerlei weltliche Sozialkontakte mehr, die funktioniert haben. Die Angehörigenberatung setzt den Schwerpunkt vor allem darauf, dies zu unterbrechen. Der Salafismus hat bestimmte Instrumente, die die Isolation immer weiter treibt.

Ich habe vor Weihnachten ein sehr spannendes Gespräch mit einem jungen 18-jährigen Mann führen dürfen, der mir sehr viele Dinge von dem, was ich vorher nur angenommen habe, weil es mir die Eltern erklärt haben oder es ihre Sicht der Dinge war, auch aus seiner Perspektive erklärt hat. Er hat mir gesagt, immer dann, wenn er in ein Streitgespräch mit einem Nichtmuslim in seinen Augen ist, dann ist es für ihn eine Prüfung, und diese Prüfung hat er dann bestanden, wenn er seinem inneren Zweifel bezüglich des Salafismus widerstehen konnte. Das heißt, die Prüfung ist dann bestanden, wenn er sich weiter isoliert.

Das erleben wir sehr häufig. Diese Prüfung zu bestehen, dem Zweifel zu widerstehen, auf die Argumente seines Gegenübers nicht einzugehen, ist eigentlich relativ einfach, aber es fühlt sich gut an, eine Prüfung zu bestehen. Deswegen glauben diese Jugendlichen an dieses Prinzip.

Was tun wir in der Angehörigenberatung? Ich möchte das nur kurz skizzieren. Wir müssen sehr viel Bewusstsein schaffen, und dafür brauchen wir Zeit. Wir müssen bei den Eltern oder Lehrern ein Bewusstsein dafür schaffen, wo dieser Jugendliche steht und was die eigentlichen Hintergründe für seine Radikalisierung gewesen sind. Diese Hintergründe sind sehr vielschichtig. Das wurde hier bereits angeschnitten. Es handelt sich aber nicht unbedingt nur um Jugendliche, die gescheitert sind. Zumindest scheint es oftmals gar nicht, als wären sie gescheitert, aber aus ihrer Perspektive sind sie gescheitert.

Es ist wichtig, dieses Bewusstsein bei den Eltern zu schaffen, wo der Jugendliche eigentlich gestanden hat und dass der Salafismus nicht einfach dahergeflogen kam auf ihr Kind, das gesund war und bei dem alles in Ordnung war, sondern dass das Kind bestimmte Bedürfnisse und Sorgen hat, die nicht bedient wurden. Dieses Bewusstsein zu schaffen, darin besteht unsere Hauptarbeit. Denn wenn wir das geschafft haben, handeln und agieren diese Eltern anders, die eine starke Waffe in der Deradikalisierung darstellen – das möchte ich an dieser Stelle ganz deutlich sagen –, weil sie nicht mehr den Fokus auf den Salafismus, die Religionisierung oder die Radikalisierung legen, sondern auf die eigentlichen Sorgen ihres Kindes und wieder mit ihm sprechen. Das kostet viel Zeit.

Darüber hinaus machen wir Netzwerkberatung. Natürlich gucken wir, wen es noch im sozialen Umfeld gibt und an wen man noch andocken könnte, der mit noch dem Jugendlichen sprechen kann. Wir müssen viel Mediation leisten, das heißt Streitsituationen schlichten und gucken, welche Ursachen diese haben, damit diese Familien wieder zusammenfinden. Wir müssen Kommunikationscoaching machen. Das bedeutet, wir müssen Eltern oft erklären: Wir haben zwar das Gefühl, sie sagen ihrem Kind A, aber in den Ohren ihres Kindes ist es eigentlich B. Wer sich einmal mit Kommunikation auseinandergesetzt hat, der weiß, wie viel Potenzial und Macht da drinsteckt, wenn man es falsch, aber auch richtig macht.

Mittlerweile kommen wir auch sehr oft mit den Jugendlichen selbst ins Gespräch, weil die Jugendlichen uns als schlichtendes Element wahrnehmen, und das empfinden sie oft als positiv, weil sie es auch als Stress empfinden, dass sie überall immer nur anecken. Deshalb sind sie durchaus gesprächsbereit, was wir vorher nie gedacht hätten. Wir haben gedacht, mit radikalisierten Jugendlichen kann man nicht arbeiten. Aber in bestimmten Situationen und in einer bestimmten Rolle kann man das. Allerdings möchte ich an dieser Stelle deutlich sagen, dass man es deutlich schwieriger hat, wenn man die Rolle eines theologischen Experten annimmt, als wenn man wie ich die Rolle desjenigen einnimmt, der schlichtend in eine Familiensituation eingreift.

Abschließend möchte ich noch einen Dank an Herrn Ziercke, meinen Vorvordner, aussprechen, der gesagt hat, dass man eigentlich eine emotionale Begleitung benötigt, um diesen Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen zu begegnen. Sie haben herausgehört: Das ist es, was meine Arbeit ausmacht. Ich stehe hier heute als Sozialarbeiter, der das tut und auch tun möchte. Aber eines muss ich ganz ehrlich sagen: Ich habe heute schon einige Zahlen gehört, und ich möchte den Kollegen von der Polizei überhaupt nicht absprechen, dass sie mit ihren – in Führungsstrichen – „Forderungen“ recht haben. Aber ich versuche zurzeit, 60 Familien gleichzeitig zu betreuen, und das sind nur die, von denen ich den Eindruck habe, dass dort noch etwas machbar ist. Das sind Verhältnisse, die vielleicht zu überdenken sind. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Vorsitzender Lothar Quanz:** Vereinbarungsgemäß kommen wir nun zur zweiten Fragerunde. Ich habe bisher zwei Wortmeldungen vorliegen, von Herrn Kollegen Tipi und Herrn Kollegen Greilich. – Herr Tipi.

Abg. **Ismail Tipi:** Meine erste Frage richtet sich an Herrn Mansour. Sie sprachen an, dass der Zulauf zu den Salafisten eigentlich inzwischen kein Phänomen bildungsferner Schichten ist, sondern dass es auch andere Jugendliche sind, die eigentlich nicht aus bildungsfernen Familien kommen. Wie hoch schätzen Sie den Anteil derjenigen Jugendlichen ein, die zu Salafisten gehen, die aus gutbürgerlichen Familien kommen?

Meine nächste Frage richtet sich an Frau Dr. Haarhuis. Sie sprachen über die juristischen Möglichkeiten. Mich würde in diesem Zusammenhang interessieren, welche juristischen Chancen wir in unserer Gesellschaft, aber auch in der Politik haben, ein allgemeines Betätigungsverbot für Salafisten und für Hassprediger in Deutschland auszusprechen? Welche juristischen Möglichkeiten haben wir, überhaupt diese „Lies!“-Aktion zu verbieten, die ich eigentlich als eines der größten Einfallstore für Jugendliche empfinde, die dort radikalisiert und konvertiert werden und vielleicht auch als Kanonenfutter nach Syrien geschickt werden?

Eine weitere Frage geht an Herrn Ziercke. Herr Präsident, Sie sagten, dass die Mehrheit der Salafisten Gewalt ablehne. Aber wie können wir eigentlich die Salafisten einstufen und zwischen denjenigen unterscheiden, die Gewalt ablehnen, also den gemäßigten Salafisten, und den bösen oder gewaltbereiteren Salafisten? Ist es im Salafismus nicht so, dass alle unsere demokratischen Werte, unseren Rechtsstaat, unsere Verfassungs- und gesellschaftliche Werte, die uns zu Demokraten machen, ablehnen? Das heißt, sind nicht auch die Salafisten eine Gefahr für unsere Gesellschaft, die Gewalt vielleicht nicht unbedingt aussprechen?

Des Weiteren würde mich von Ihrer Seite Folgendes interessieren: Die Zahlen, die wir immer in Bezug auf die Salafistenszene bekommen und die auch die Ausreise nach Syrien betreffen, sind nach meiner Einschätzung nicht unbedingt reell und entsprechen nicht den herausgegebenen Warnzahlen. Ich kann mich an ein Interview von Ihnen erinnern, das Sie bei Ihrer Verabschiedung gegeben haben und in dem Sie gesagt haben, diese Zahlen sollte man vielleicht mindestens mal vier nehmen. Vielleicht habe ich das falsch verstanden, aber es wäre jedenfalls schön, wenn Sie diese Angaben vielleicht noch einmal erklären würden.

Wenn diese Zahlen, die wir in der Öffentlichkeit bekommen, wirklich reell wären, kann ich mir wiederum nicht die Click-Zahlen der „Gefällt mir“-Angaben des Facebook-Profiles von Pierre Vogel erklären, die inzwischen bei über 110.000 liegen. Bei Ibrahim Abou-Nagies „Die wahre Religion“ liegen diese Zahlen auch bei über 100.000. Und auch die anderen liegen durchschnittlich bei zwischen 80.000 bis 90.000 „Gefällt mir“-Clicks.

Eine weitere Frage richtet sich an Frau Vocke. Inzwischen ist es eigentlich so, dass die Salafisten nicht nur in Deutschland, sondern in mehr als zehn europäischen Ländern aktiv sind. Das hatten Sie bereits angesprochen. Mich würde die Zusammenarbeit der Verfassungsschutzbehörden oder der Geheimdienste mit ausländischen Kollegen interessieren. In welcher Verbindung stehen Sie überhaupt, um diese Blöcke zu brechen? Denn diese „Lies!“-Aktionen finden in Deutschland zum Beispiel an Samstagen in mehr als 150 Städten und Gemeinden statt. Ich hoffe, ich habe Sie nicht falsch verstanden.

Sie sagten, dass diese „Lies!“-Aktivitäten in unseren Straßen, in unserer gesellschaftlichen Mitte keine verfassungsrelevanten Aktivitäten darstellen. Aber ich habe vorhin gesagt, dass insbesondere diese „Lies!“-Aktionen die ersten Kontaktmöglichkeiten mit Jugendlichen überhaupt darstellen. Nach solchen Kontakten findet dann bereits eine Radikalisierung und Konvertierung statt. Das heißt, diese Jugendlichen werden dort abgefangen und rekrutiert. Deswegen würde mich interessieren, warum man das so sieht, wenn ich das richtig verstanden habe.

Man spricht in der Öffentlichkeit immer von Koranen, die in diesen „Lies!“-Aktionen verteilt werden. Ist es überhaupt ein Koran, der dort verteilt wird? Ich kenne den Koran in einer anderen Zusammenfassung. Es ist glaube ich nur eine Zusammenfassung von einigen Suren, die die salafistische Gesinnung zurückgeben. Hat der Verfassungsschutz überprüft, ob die verteilten Bücher auch richtige Korane sind, die wir als Religionsbuch kennen? – Danke schön.

Abg. **Wolfgang Greilich:** Ich möchte zunächst eine Frage, die Herr Tipi schon an Frau Haarhuis gestellt hat, auch an Herrn Ziercke stellen, weil ich unterstelle, dass das BKA sich auch schon einmal Gedanken darüber gemacht hat, welche Bedeutung die „Lies!“-Aktion hat und welche juristisch denkbaren Wege es gegen diese Verteilaktion gibt. Das würde mich interessieren.

Die zweite Frage richtet sich an Herrn Ziercke und an Frau Dr. Vocke und bezieht sich auf die Gefährdung durch Rückkehrer. Frau Dr. Vocke, in Ihrer Stellungnahme habe ich den Satz gelesen, dass Sie aktuell von 30 Rückkehrern ausgehen, die sich – das ist der wesentliche Teil – aktiv am bewaffneten Widerstand in Syrien beteiligt haben und im bewaffneten Kampf und Bau von Sprengsätzen geschult sind. Sie führen dann noch einige weitere Argumente an, warum von diesen Personen eine Gefahr ausgeht.

Meine Frage an Sie beide ist: Haben Sie irgendwelche Erkenntnisse, dass es dort ein planvolles Vorgehen gibt, dass also die Personen mit einem konkreten Auftrag zurückkommen, oder gehen Sie davon aus, dass das dann, wenn sich die Gefahr realisieren sollte, eher Einzelaktionen sind, die insofern hier auch besser aufzufangen sind, als wenn sie von außen gesteuert werden?

Meine letzte Frage richtet sich an Herrn Mansour. Sie haben die Notwendigkeit der innerislamischen Diskussion über diese problematischen Fragen, die ich vorhin auch schon einmal angesprochen hatte, beschrieben. Meine Frage an Sie ist: Was kann man tun, um den Prozess, der, glaube ich, jetzt langsam in Gang kommt – die letzten Wochen machen mich ein bisschen hoffnungsvoller –, und die innerislamische Diskussion betrifft, weiter zu befördern, sowohl im Wesentlichen in den Religionsgemeinschaften als auch von außen? Das Thema „muslimische Glaubensgemeinschaft“ thematisieren wir im nächsten Komplex schließlich sehr intensiv.

Abg. **Holger Bellino:** Ich habe zwei Fragenkomplexe. Die eine Frage richtet sich an Herrn Endres bezüglich der Erfahrungen seiner Beratungsstelle mit den Rückkehrern. Wir haben gerade auch in den letzten Wortbeiträgen gehört, welches Gefahrenpotenzial darin steckt, aber auch, welche positiven Potenziale dort hoffentlich zu schöpfen sind. Gibt es da Erfahrungen? Und wenn ja, wie sehen die aus? Und was kann man gegeb-

nenfalls von unserer Seite – damit meine ich jetzt nicht nur die Landesebene, sondern die politische Ebene allgemein – optimieren?

Den zweiten Fragenkomplex würde ich gerne an Frau Dr. Haarhuis, Herrn Ziercke und Frau Dr. Vocke richten. Mir geht es noch einmal darum, zu hinterfragen, ob Sie Ansatzpunkte sehen, wo wir die Rahmenbedingungen, in denen sich die Sicherheitsbehörden, die Sicherheitsarchitektur zu bewegen hat, an der einen oder anderen Stelle noch optimieren können. Ich meine damit nicht nur das Personelle, ich meine auch nicht nur das Materielle – das natürlich auch gerne –, sondern ich spiele auch auf die gesetzlichen Rahmenbedingungen an.

Des Weiteren würde mich Ihre Einschätzung bezüglich der zusätzlichen Radikalisierungsgefahr in den Gefängnissen interessieren. Was können Sie dort an Empfehlungen aussprechen, um dort, wenn dies ein zusätzliches Potenzial bzw. eine zusätzliche Gefahr darstellen sollte, präventiv tätig werden zu können, um die Radikalisierung in den Justizvollzugsanstalten auf einem relativ niedrigen Niveau zu halten.

Abg. **Gerhard Merz:** Herr Taubert, wenn ich es richtig sehe, ist Ihr Träger vor allem aus dem Kontext der akzeptierten Jugendarbeit mit rechtsradikalen Cliques entstanden. Wir wissen, dass es eine ganze Menge Entsprechungen gibt, was die Lebenslage angeht, aus der Jugendliche Rechtsextremisten bzw. Rechtsradikale bzw. aus der sie sozusagen salafistischem oder islamistischem Extremismus anheimfallen; dies hat am Freitag schon eine Rolle gespielt. Teilen Sie diese Einschätzung aus Ihren konkreten Erfahrungen heraus? Und wenn es so wäre, wäre es dann nicht klug, aus den Erfahrungen der Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus noch stärker zu lernen, was diesen Komplex angeht, und gegebenenfalls auch die Arbeitsansätze miteinander zu verknüpfen bzw. Beratungs- und Unterstützungsangebote an genau solche Träger in diesem Bereich anzudocken?

Abg. **Gerhard Schaus:** Herr Mansour, Sie haben dargestellt, dass in dieser Szene Demokratie von Jugendlichen abgelehnt wird. Herr Ziercke hat davon gesprochen, Demokratie sei eine falsche Religion; das war seine Formulierung. Sie würde so angesehen werden. Wir führen in der Politik eine Diskussion, auch Nicht-EU-Bürgern das Wahlrecht zuzuerkennen und das Wahlalter auf 16 zu reduzieren. Wäre das aus Ihrer Sicht ein kleiner Ansatzpunkt, Demokratie ein Stückchen näherzubringen, wenn die Betroffenen beteiligt würden oder sie die Möglichkeit der Beteiligung hätten?

Herr Endres, Sie sichern den Ratsuchenden Vertraulichkeit zu. Allerdings stößt das bei sicherheitsrelevanten Aspekten sozusagen auf eine Grenze. Wo beginnt aus Ihrer Sicht die Sicherheitsrelevanz? Spielt jede Straftat eine Rolle? Sehen Sie hierin eine Einschränkung Ihrer Arbeit?

Sie erreichen mit dem Angebot selbstverständlich nicht alle potenziellen Familien. Interessant ist aber, dass weniger als die Hälfte der Personen – Sie sprachen von 40 % –, die sich an Sie wenden, Migrationshintergrund hat. Welchen Grund sehen Sie darin? Hat das etwas damit zu tun, dass möglicherweise der Anteil der Konvertiten höher ist, als er derzeit in der Öffentlichkeit bekannt ist?

Herr Taubert, wir diskutieren – und das haben wir heute auch schon gehört – im politischen Raum natürlich auch über die Frage, wie die finanziellen Mittel oder die personelle Ausstattung einer solchen Einrichtung sein müssen. Gibt es aus Ihrer Erfahrung heraus irgendein Parameter – ich weiß, es ist ganz schwierig, aber vielleicht können Sie in die Richtung etwas sagen –, welches wir in Hessen als Orientierung nehmen können? Ich hoffe, Sie können uns ein bisschen weiterhelfen, zumindest als Anhaltspunkt für die Diskussion. Der politische Streit geht dann trotzdem sicherlich weiter. – Danke schön.

Abg. **Jürgen Frömmrich:** Herr Ziercke, Sie sind am Ende Ihres Beitrags auf Prävention eingegangen und haben betont, wie wichtig Prävention ist. Sie haben gesagt, dass Sie damit nicht die Hochglanzbroschüren-Prävention meinen. Ich gehe davon aus, dass Sie genau das meinen, was auch Herr Taubert hier vorgetragen hat, nämlich Intervention, Sozialarbeit und das Zugehen auf die Jugendlichen. Aufgrund Ihrer Schlussfolgerung möchte ich Herrn Taubert eine Frage stellen. Überall wird zurzeit über die Ausweitung von Präventionsmaßnahmen geredet. Wir brauchen ein ganz bestimmtes Personal und auch Leute, die den Zugang zu diesen Gruppen haben. Wie sehen Sie den Bedarf, den Sie haben? Sie haben schließlich davon geredet, dass Sie alleine 60 Personen betreuen.

Herr Mansour, Sie haben in Ihrem schriftlichen Beitrag auf Seite 2 Ihre Forderung an die islamische Community formuliert, sich mit der Frage intensiv zu befassen. Insbesondere sagen Sie, dass man die Frage stellen muss, ob das Mainstream-Islamverständnis radikalisierte Ideologien auch unterstützt. Wo sehen Sie eine Plattform, auf der sozusagen ein solcher Austausch stattfindet? Wie kann man es von politischer Seite unterstützen, dass solche Diskussionsprozesse in Gang kommen? Ich glaube, dass die These, die Sie vertreten, sehr richtig ist, aber ich weiß nicht, wo man das schafft, wie man das institutionalisiert und wo Sie die Plattform dafür sehen.

**Vorsitzender Lothar Quanz:** Meine Damen und Herren, wenn ich es richtig verfolgt habe, sind noch einmal an alle Anzuhörenden Nachfragen gestellt worden. Herr Mansour, ich erteile Ihnen als Erstem das Wort.

Herr **Mansour:** Bei der ersten Frage ging es darum, wie viele Salafisten einen gutbürgerlichen Hintergrund haben. Ich werde die Frage anders beantworten und auch anders formulieren. Es geht nicht darum, wie viele Salafisten es sind, sondern ich habe auch ganz klar gesagt, dass wir es mit einer großen Gruppe zu tun haben, die Teilideologien in sich trägt. Ich würde sie nicht alle als Islamisten und Salafisten bezeichnen, sondern ich will raus aus der Debatte über die Rückkehrer und die Ausreiser, im Rahmen derer immer wieder gesagt wird, dass es sich um bildungsferne Menschen oder Versager handelt, die in der Gesellschaft nicht angekommen sind.

Wenn ich an der TU Berlin unterwegs bin und mit Studenten rede, dann merke ich ganz oft, dass viele dieser Jugendlichen einen Teil dieser Ideologie tragen. Zum Beispiel: Wie gehen sie mit Kritik um? Wie gehen sie mit kritischen Stimmen innerhalb der islamischen Community um? – Da ist die Ablehnung sehr hoch. Wenn es zum Beispiel um antisemitische Einstellungen unter diesen Studenten geht, dann muss ich leider zugeben, dass ein hoher Teil antisemitisch eingestellt ist. Wenn es zum Beispiel um Verschwörungstheorien geht, wenn es um die Opferrolle geht, wenn es um einen bestrafenden Gott geht – das heißt, dass Gott die Hölle geschaffen hat und dass wir keinen Platz für kritische Fragen

und Zweifel haben; wir müssen folgen, was sie unter Islam verstehen –, dann kann ich Ihnen keine Statistik liefern. Das sind persönliche Erfahrungen von mir, und ich möchte auch nicht verallgemeinern. Aber wir sind ganz am Anfang, wenn es um kritische Stimmen geht, wenn es um einen innerislamischen Diskurs geht. Diese Alternativen sind leider nicht weit verbreitet. Wir haben das zum Beispiel in der Debatte um Mouhanad Khorchide, den Professor in Münster, miterlebt, wie ablehnend die etablierten Verbände auf die Forderung reagiert haben, einen barmherzigen Gott in den Vordergrund zu stellen.

Zum innerislamischen Diskurs. Ich glaube nicht, dass es eine politische Angelegenheit ist. Ich glaube, wir werden ganz viel falsch machen, wenn wir jetzt die Politik in die Verantwortung nehmen und sagen: Ja, fordert bitte die kritischen Stimmen. – Es sollte innerislamisch passieren. Wir sollten Alternativen für die Verbände suchen, die leider immer wieder zeigen, dass sie reformunfähig sind, dass sie eine politische Dimension haben, ohne verallgemeinern zu wollen, dass sie die kritischen Stimmen ablehnen, dass sie nicht in der Lage sind, die innerislamische Debatte zu führen und einen alternativen Diskurs anzubieten. Ich gebe ein kleines Beispiel: Herr Prof. Uçar aus Osnabrück hat von einem theologischen Unterbau der Salafisten oder Dschihadisten gesprochen.

Das sage ich auch, und das habe ich auch vorher gesagt: Die Salafisten bzw. Islamisten habe nichts Neues erfunden. Sie haben nur Inhalte, die im Mainstream-Islam vorhanden sind, überspitzt, radikalisiert und einseitig dargestellt. Das heißt, Präventionsarbeit in Form einer innerislamischen Debatte sollte darauf abzielen, neue Inhalte zu etablieren und die Jugendlichen ein neues Islamverständnis anzubieten. Er bekam auch von den Verbänden ganz viel Kritik für diese Aussage. Natürlich gab es auch Zustimmung, aber wir sind, wie gesagt, am Anfang. Wir brauchen unbedingt eine innerislamische Debatte.

Ich fand es falsch, was unser Innenminister Anfang des letzten Jahres getan hat, als er kritische Einzelpersonen aus der Islam Konferenz ausgeladen hat und den Verbänden so die Möglichkeit gegeben hat, alleine den Islam in Deutschland zu präsentieren. Sie präsentieren den Islam nicht. Sie präsentieren die Muslime nicht. Diese Vielfalt müsste auch von der Politik dargestellt werden. Das ist die einzige Forderung an die Politik.

Sie fragten, ob eine Demokratiebeteiligung hilfreich sein kann. Ja, es könnte hilfreich sein. Diese Muslime sind Produkt unserer Gesellschaft. Sie sind Teil unserer Gesellschaft. Sie gehören dazu. Und ja, je mehr wir sie sich beteiligen lassen, desto mehr haben sie das Gefühl, dass sie Teil dieser Demokratie sind. Dann können sie auch mitbekommen, was diese Demokratie eigentlich bedeutet.

Wir brauchen unbedingt – das ist mein letzter Satz – Projekte, die Vorbilder zeigen. Ich meine muslimische Vorbilder, die in der Lage sind, den Jugendlichen Alternativangebote zu machen. Viele dieser Jugendlichen sind Analphabeten, was ihre Religion angeht, was ihr Islamverständnis angeht. Sie übernehmen Einstellungen von ihren Eltern, von der Peergroup, ohne darüber nachzudenken, ohne das infrage zu stellen. Wenn ein Muslim vor ihnen steht und sagt: „Ich bin Muslim, aber ich denke, dass die Hölle nicht zu meinem Islamverständnis geht“, wenn ihnen Jugendliche gezeigt werden, die sagen, dass sie für Gleichberechtigung sind und dass das nicht gegen ihr Islamverständnis verstößt, dann beginnen diese Jugendlichen sehr schnell, nachzudenken und es zu hinterfragen. Das brauchen wir sehr oft.

(Beifall)

Frau **Dr. Haarhuis**: Zu den juristischen Möglichkeiten bezüglich der „Lies!“-Aktionen. Die Religionsfreiheit – das wurde auch von den Kollegen der Polizeigewerkschaft so dargestellt – ist tatsächlich ein hohes Gut, und wenn hier nicht irgendwie der Nachweis für das Vorliegen einer Straftat besteht, kann das auch nicht verboten werden. Wenn man also nicht nachweisen kann, dass eine bestimmte Auswahl von Koranstellen mit einer Kommentierung erfolgt, die in eine gewisse Richtung zielt, wird es hier keine Möglichkeit des Verbotes geben. Das kann man insofern schnell beantworten.

Des Weiteren haben Sie gefragt, ob man die Rahmenbedingungen innerhalb der Sicherheitsbehörden optimieren könnte. Dazu gibt es zwei Möglichkeiten bzw. zwei Diskussionen. Ein Unterscheid, den man sich noch einmal kurz bewusst machen muss, ist der Unterschied zwischen einem Nachrichtendienst und einem Geheimdienst. Ich weiß, man spricht bei uns in Deutschland immer gerne von Geheimdiensten. Tatsächlich haben wir aber keinen Geheimdienst, sondern einen Nachrichtendienst. Der Unterschied besteht darin, dass Nachrichtendienste Informationen sammeln und auswerten und anders als der Mossad oder das CIA, wie wir es im Kopf haben, tatsächlich politische Operationen starten. Wenn man also tatsächlich wollen würde, dass die Dienste anders arbeiten, bräuchte man hier eine Gesetzesänderung; denn das ist im Augenblick nicht möglich.

Zur Frage der Verbesserung gesetzlicher Rahmenbedingungen. Es gab im Jahr 2011 ein Urteil des OLG Düsseldorf zur Frage der Strafbarkeit von V-Männern. Das war viel diskutiert, auch innerhalb der Sicherheitsbehörden, inwieweit es hier Strafausschlussgründe für V-Männer geben muss. Hier ist tatsächlich noch keine Regelung gefunden. Wenn man hier also etwas verbessern wollen würde, wäre hier ein Ansatzpunkt.

Zur Frage der Radikalisierung im Gefängnis. Dieses Problem haben Sie generell bei Straftätern jeder Art. Meine Mandanten – ich bin auch Strafverteidigerin – erzählen mir meistens, wenn sie aus dem Gefängnis kommen, jetzt wüssten sie viel mehr als vorher, weil es sozusagen Teil des sozialen Gefüges im Gefängnis ist. Insbesondere wenn man nicht darauf achtet, Kleinkriminelle mit Schwerstkriminellen auf eine Zelle zu setzen, wissen sie danach sehr viel mehr als vorher und sind auch desillusionierter. Daher gilt auch im Bereich terroristischer Straftaten, nicht eine gemeinsame Zellenbelegung vorzunehmen. Es sind tatsächlich solch kleine Banalitäten, die man aus dem Bereich der normalen Strafverfolgung kennt und hier bedenken muss. Oder – die Zahlen kenne ich nicht; in Frankreich hat man es gerade beschlossen – man stellt noch mehr islamische Seelsorger ein, um adäquate Ansprechpartner vorzuhalten. – Das wären meine Vorschläge an der Stelle.

Herr **Endres**: Zu den Rückkehrern. Es ist so, dass wir, was Rückkehrer angeht, bislang sehr wenige Erfahrungen haben. Die Anzahl der Konstellationen, die wir haben, bewegt sich im unteren einstelligen Bereich. Es ist so, dass wir diese Fälle schon vorher in der Beratung haben. Das heißt, die Eltern waren schon bei uns in Betreuung. Das hat das Ganze dann erleichtert, auch den Zugang innerhalb der Familie zu bekommen und auch die Eltern in gewisser Weise darauf vorzubereiten, falls der Junge oder das Mädchen irgendwann zurückkommt.

In diesen Fällen, die wir haben, ist es so, dass hinsichtlich der Personen noch nicht ganz geklärt ist, was sie vor Ort gemacht haben, ob und wo sie aktiv waren usw. Da sind wir noch am Anfang, und es ist auch so, dass wir hier eng mit den zuständigen Sicherheits-

behörden zusammenarbeiten. In einem Fall haben wir eine kleine Hoffnung, dass derjenige wirklich desillusioniert ist und vielleicht, wie hier schon einmal angeklungen ist, zur Verfügung steht, um für Präventionsmaßnahmen zu dienen. Aber das ist wirklich völlig ins Blaue gesprochen, weil die Deradikalisierung letztendlich noch in vollem Gang ist.

Herr Schaus, Sie fragten, wie wir Sicherheitsrelevanz definieren. Das geht zum Beispiel ganz klar in die Richtung, wenn Eltern bei uns anrufen und sagen: Ich habe hier ein Flugticket Richtung Istanbul gefunden, und mein Sohn hat seine Tasche gepackt. Was muss ich jetzt tun? – Das sind im Moment die – in Anführungszeichen – „Klassiker“. Wenn wir ganz klare Hinweise kriegen, dass es in Richtung Syrien, Irak oder ins dschihadistische Milieu geht, dann sagen wir den Eltern am Telefon oder auch im Rahmen der Beratung durch den Träger, dass wir auch gesetzlich dazu verpflichtet sind, die Sicherheitsbehörden mit einzuschalten, wenn uns Erkenntnisse vorliegen. Es ist in der Praxis auch wirklich so, dass die Eltern sehr dankbar dafür sind, dass sie erfahrene Leute an die Hand bekommen, die dann auch vermitteln können. Eltern haben oft Angst, wenn sie hören, dass der Verfassungsschutz oder die Polizei kommt. Hier geht es wirklich darum, die Eltern darauf vorzubereiten und mit ihnen zusammen so etwas anzuleiern.

Zu den Anrufern bzw. Ratsuchenden mit Migrationshintergrund. Als wir 2012 begonnen haben, bekamen wir deutlich weniger Anrufe von Menschen mit Migrationshintergrund. Das mag vielleicht daran liegen, dass sich die deutschen Familien leichter an eine behördliche bzw. staatliche Stelle wenden, um sich dort Hilfe zu holen. Mittlerweile haben wir aber sehr viel im Bereich der Multiplikatoren, der niedrigschwelligen Werbung an Schulen und Jugendämtern gemacht, die nun über dieses Beratungsangebot Bescheid wissen und sich dann gezielt zur Verfügung stellen, um Ratsuchende an uns zu verweisen. Das ist sicherlich auch ein Grund, warum sich jetzt mehr Leute mit Migrationshintergrund bei uns melden.

Zu den Konvertiten. Frau Dr. Vocke hatte auch gesagt, dass die Konvertiten in der Szene keine große Rolle spielen. Das würde natürlich in diese Richtung passen, dass sich deutsche Familien nach wie vor scheinbar eher an solche Hilfsangebote wenden.

Herr **Ziercke**: Der erste Fragesteller hat mich gefragt, ob die Mehrheit der Salafisten Gewalt ablehne, so wie ich es dargestellt habe. Ich hatte ausgeführt, dass wir zwar Aktivitätslinien erkennen bei Salafisten, also eine gewaltbereite, dschihadistische, terroristische und daneben eine konservative, apolitische, aber in kultureller Hinsicht separatistische aggressiv-missionarische Richtung mit einem entsprechenden Radikalisierungspotenzial. Ich hatte auch darauf hingewiesen, dass diese auch die intolerante Haltung gegenüber Andersgläubigen begünstigen und damit mit dazu beitragen, dass es auch Gewalt gibt.

Aber wichtig ist, auch darauf hinzuweisen, dass es auch ein dynamischer Prozess ist. Wann ist man eigentlich Salafist? Wie entwickelt man sich auf diesem Wege? – Es ist wichtig, dass man weiß, dass es unterschiedliche Stufen, unterschiedliche Entwicklungen gibt und dass sich im Prinzip – so sind jedenfalls unsere Auswertungserkenntnisse – die Mehrheit derer, die sich in diesem Feld bewegen, terroristische Gewalt in dem Sinne nicht auf die Fahnen geschrieben haben. Das sollte meine Aussage sein.

Sie haben zweitens nach Zahlen gefragt. Ja, ich wüsste es gerne besser. Kein Land in Europa weiß so ganz genau – das liegt an den offenen Grenzen, die wir zum Glück ha-

ben –, wie viele Leute tatsächlich ausgereist sind und mit welchem Ziel sie ausgereist sind. Wir haben da unterschiedliche Zielangaben. Es sind auch durchaus humanitäre Ziele darunter, um den Menschen dort in der Region zu helfen. Es gibt andere Ziele, um diejenigen zu unterstützen, die dort im Kampf sind oder die sich dort bereits aufhalten. Und es sind solche, die dort auch kämpfen wollen. Diese Größenordnung wird auf europäischer Ebene von Europol mit 3.000 bis 5.000 Personen angegeben. Als ich damals diese Aussage gemacht habe, auf die Sie, glaube ich, abgehoben haben, waren wir bei 300 bis 350 Personen. Inzwischen reden wir von 600. Ich kann Ihnen nicht definitiv sagen, wie groß das Dunkelfeld ist. Nur, ich würde vermuten, dass wir längst nicht alles wissen. Insofern ist diese Frage, wie viele unterwegs sind und wie viele zurückgekehrt sind, immer eine Frage, wie intensiv wir diese Szene tatsächlich glauben unter Beobachtung zu haben. Da ist aus meiner Sicht ein deutliches Fragezeichen zu setzen.

Herr Greilich, Sie sprachen die „Lies!“-Aktion an und fragten nach juristischen Wegen. Ich kann mich an keine Polizeiaktion erinnern, bei der wir in Deutschland diese Exemplare sichergestellt hätten, obwohl sich viele Gedanken gemacht haben und glaubten, das Baurecht oder das Gefahrenabwehrrecht bemühen zu müssen, wenn dort eine unangemessene Nutzung des öffentlichen Raumes stattfindet oder wenn derjenige, der den Stand aufbaut, als Anlassstörer gilt. Also, es gibt verschiedene Dinge, um Aktionen zu verhindern. Aber ich sehe vom Ansatz her im Moment eine sehr schwierige rechtliche Situation, zu der ich mich nicht weiter einlassen kann.

Sie haben eine Gefährdung durch Rückkehrer angesprochen. Wir haben die Phase Al-Qaida gehabt, in der wir zehn Anschläge in Deutschland verhindern können, wie Sie wissen. Der durch Arid Uka verübte hat leider stattgefunden. Das waren in der Regel organisationsgesteuerte Anschlagversuche in Deutschland, die vorher einen hohen kommunikativen und planerischen Aufwand sowie Beschaffungsaufwand erforderten, was Waffen angeht. Das heißt, dieses Kommunikationsverhalten ist sehr häufig auch von befreundeten ausländischen Nachrichtendiensten mitgehört bzw. abgefangen worden. Wir haben relativ frühzeitig Kenntnisse bekommen über unsere Nachrichtendienste in Deutschland und waren daher in der Lage, uns gut aufzustellen. Der Einzeltäter – und das ist ja das, was wir im Moment erleben – ist natürlich viel schwieriger einzugrenzen. Ich meine den Einzeltäter, der nach dem Modell „1.000 Schritte“ kommt. „Ihr könnt alles machen, was ihr wollt. Nur, es muss irgendwie wirksam sein. Dabei spielt es auch keine Rolle, ob es symbolhafte Objekte sind oder ob es eine hohe Anzahl an Opfern gibt. Entscheidend ist, dass etwas passiert, und dazu seid ihr alle aufgerufen.“

Der Anschlag in Paris ist für mich ehrlich gesagt etwas, was ich in dem Sinne mit zwei großen Fragezeichen versehen würde. Ich sehe da durchaus einen Organisationsbezug, wenn ich an die Waffen denke, die dort verwendet worden sind. Das hatte für mich eine völlig neue Qualität. Um die Polizei in einen Einsatz zu schicken gegen Leute, die bewaffnet sind, hat nichts mehr mit herkömmlicher Kriminalität zu tun. Das ist schon die Stufe zu einem kämpfenden Krieger – ich will jetzt nicht von Krieg reden –, aber dann sind Sie ganz nah dabei, dass jemand mit panzerbrechenden Waffen, mit Kalaschnikows in dieser Form des Geübtseins auftritt. Das ist meiner Meinung nach eine ganz neue Qualität.

Was bedeutet das für uns in Zukunft? Ja, wir wissen, dass es zwischen Al-Qaida und Al-Qaida-Gruppen und dem Islamischen Staat Konkurrenzverhältnisse gibt. Wer hat das Sagen? – Den ganz großen Anschlag wie 9/11 oder einen wie in Spanien oder in London sehe ich im Moment nicht. Es sind eher die Strategien, die wir jetzt erleben. Es war

auch schon klar, dass es, nachdem die Staaten nach den Enthauptungen in Syrien oder im Irak nicht reagierten, eine nächste Eskalationsstufe geben musste, und das war die Globalisierung des Terrors des Islamischen Staats. Insofern erleben wir das jetzt. Daher können Sie sagen, dass dahinter eine Strategie steckt, die weiter geht als das, was wir vorher erlebt haben, um in der Tat im Westen, in Europa einen entsprechenden Eindruck zu erzielen. Davon müssen wir ausgehen. Denn Brüssel ist nicht zufällig passiert. Paris ist nicht zufällig passiert. Und Frankreich ist auch nicht zufällig passiert.

Wir wissen, dass Deutschland in Propagandaverlautbarungen als Ziel genannt wird. Wie ernsthaft wir das nehmen, erleben Sie im Moment. Wir sind hoch aufmerksam. Zu Sorge haben wir Anlass, aber nicht zu Panik oder Angst, wie es der Innenminister sehr zutreffend, wie ich finde, ausgeführt hat.

Die dritte Frage kam zum Thema „Sicherheitsarchitektur“. Wenn wir uns einig sind, dass das Trennungsgebot fester Bestandteil des Rechtsstaates ist, wenn wir uns einig sind, dass das Legalitätsprinzip fester Bestandteil ist, wenn der Datenschutz fester Bestandteil ist, wenn das Opportunitätsprinzip und der Nachrichtendienst nicht angetastet werden sollen, dann sehe ich nicht, wo die Sicherheitsarchitektur im eigentlichen Sinne verändert werden muss, indem größere Einheiten geschaffen werden oder indem man gegen den Datenschutz herkömmlicher Art ist. Das muss man alles gar nicht, wie ich finde. Wir haben eine wichtige Form mit dem Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum gefunden.

Wir haben diese Idee aus dem islamistischen Terrorismus auf viele andere Formen des Rechtsterrorismus, des Rechtsextremismus, des Linksextremismus, des Linksterrorismus, auf die Spionage und auf die Proliferation übertragen. Hier ist nur entscheidend, dass die Bundesländer bereit sind, auch ihre Experten zu schicken, und dass man das, was wir in Köln oder Berlin machen, nicht als eine Einrichtung versteht, in der die Verbindungsbeamten der Bundesländer zusammenkommen und dass derjenige, der dorthin kommt, sowohl im rechten als auch im linken als auch im Ausländerextremismus als auch im Terrorismus islamistischer Strukturen Kenner sein muss. Das funktioniert nicht. Wir brauchen dort die Fachleute der Länder, und das ist für mich auch einer der Gründe, warum wir relativ frühzeitig in Deutschland immer wieder gemeinsam zusammenarbeiten; ich meine den Verfassungsschutz, den Bundesnachrichtendienst, die Polizei, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Es sind 40 Behörden. Es gibt kein Haus in Deutschland, in dem 40 deutsche Sicherheitsbehörden täglich zusammenkommen und unter einem Dach sitzen. Das ist die eigentliche Ressource, die wir generiert haben, und diese weiterzuentwickeln, ist ein wichtiger Punkt.

Ich sage aber auch ganz klar: Wenn ich höre – ich weiß, wie emotional belastet Vorratsdatenspeicherung ist –, dass gesagt wird, Paris konnte nicht verhindert werden, dann frage ich mich allen Ernstes, wer darüber einmal nachgedacht hat. Wir erleben doch in Paris die Panik, die Angst der Bevölkerung. Man würde gerne wissen, welche Kommunikationswege diese Leute vorher gehabt haben. Mit wem haben sie auf welcher Ebene kommuniziert?

Ich übertrage das auch auf den NSU-Fall. Wenn wir von Zschäpe wüssten, mit wem sie in den letzten sechs Monaten 500 Mal telefoniert hat, 300 Mal, 100 Mal oder nur zweimal, dann hätten wir die Kommunikationsstruktur und könnten aufdecken, worum es hier wirklich geht. Ich empfehle Ihnen, das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Folie

zu machen. Das ist quasi ein Drehbuch, wie die Politik jetzt ein neues Gesetz schreiben könnte.

Zur Radikalisierung in Gefängnissen. Ja, wir sehen die Radikalisierung in Gefängnissen. Wir haben uns mit der Justiz zusammengesetzt. Es sind Maßnahmen auf den Weg gebracht, damit wir uns viel intensiver um die Gefangenen kümmern, die aus diesen Gründen auch verurteilt worden sind. Ob die wenigen, die wirklich als Salafisten ins Gefängnis gehen, nachher als geläuterte Menschen herauskommen, daran haben wir alle unsere ganz großen Zweifel. Insofern haben wir es nicht nur mit den Ausreisewilligen, sondern auch mit den Rückkehrern und mit denen, die aus der Haft entlassen werden, zu tun. Wir haben es teilweise auch mit Leuten zu tun, die zum Teil aus dem Bereich der PKK kommen und in die Türkei fahren, um dort zu kämpfen. Und auch diese werden wieder zurückkommen. Also, hier ist eine ganz große Menge an Potenzial vorhanden, mit dem sich die deutschen Sicherheitsbehörden befassen müssen, und da sind Forderungen, wie ich sie gehört habe, nach einer angemessenen Verstärkung der Polizei mehr als berechtigt.

Frau **Dr. Vocke**: Ich möchte direkt aufgreifen, was Herr Ziercke zu den Rahmenbedingungen unserer Sicherheitsarchitektur sagte. Das kann ich dick unterstreichen. Ich glaube, wir haben mit dem Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum in Bund und Ländern eine Form gefunden, die den föderalen Herausforderungen in unserem Land bestmöglich gerecht wird. Die anderen Rechtssetzungsbedarfe – Vorratsdatenspeicherung und Entziehung des Bundespersonalausweises – werden derzeit von den Innenministern diskutiert.

Zur Radikalisierung in Gefängnissen. Aus dem Justizvollzugsbereich haben wir gehört, dass es bisher kein gravierendes Problem ist. Dies wird sich aber mit der Zunahme von Ermittlungsverfahren gegen Rückkehrer etc. natürlich steigern, wenn nicht sogar potenzieren.

Zur Zusammenarbeit der Nachrichtendienste. Vielen Dank, Frau Haarhuis. Wir sind kein Geheimdienst. Das mögen Sie daran erkennen, dass ich Ihnen hier in öffentlicher Anhörung Rede und Antwort stehe. Die Nachrichtendienste arbeiten auf europäischer Ebene sehr eng und auch sehr gut zusammen. Wir tauschen uns aus.

Natürlich gibt es Arten der Propaganda, wie eben diese „Lies!“-Stände, die sich auch in anderen europäischen Ländern verbreiten. Aber es gibt bei allen Ähnlichkeiten der salafistischen Szene in Europa auch Unterschiede. Ich sagte es schon: In Deutschland sind es in Deutschland geborene und aufgewachsene Jugendliche. Genauso ist es in Frankreich: In Frankreich sind es in Frankreich aufgewachsene, sozialisierte Jugendliche. Das heißt, die Szene ist sehr deutsch, sehr französisch, sehr britisch, sodass es sehr länderspezifische Unterschiede und auch Möglichkeiten gibt, um dagegen vorzugehen.

Noch einmal zu den „Lies!“-Ständen. Ich habe gesagt, es ist keine verfassungsschutzrelevante Aktivität. Denn wir bewegen uns hier im Spannungsfeld zwischen staatlichem Handeln und Religionsfreiheit, und die Verteilung eines religiösen Buches, sei es nun der Zeugen Jehovas oder eines Korans, ist in sich keine extremistische Handlung. Aber natürlich sehen wir das Umfeld darum und die Radikalisierung, und es ist für uns ein großes Problem. Wenn Sie fragen, ob das überhaupt die echten Korane sind, kann ich nur sagen, das sind sie vielleicht in dem Sinne, dass man sagt, für Muslime ist nur die arabische

Version die eigentlich gültige heilige Version. Aber in diese innermuslimische Debatte können wir uns als staatliche Institution nicht einmischen. Wir sehen im Moment keine Möglichkeit, Verbotsverfahren nur aufgrund der Tatsache anzustreben, dass Korane verteilt werden. Da müssten andere Dinge dazukommen.

Zu den Gefährdungen durch Rückkehrer. Eine Herausforderung, die wir vielleicht insbesondere für die Nachrichtendienste sehen, ist folgende: Wenn ein Rückkehrer die deutsche Grenze übertritt, wissen wir nicht, was er in Syrien gemacht hat. Das ist für uns im Wesentlichen eine Blackbox. Wie schon gesagt, zu 30 bis 35 Rückkehrern haben wir aus anderen Zusammenhängen Anhaltspunkte dafür, dass sie sich möglicherweise an Kampfgeschehen beteiligt haben, aber in der großen Mehrheit wissen wir darüber nichts. Das heißt, für uns ist es erst einmal wichtig, wie wir zu einer halbwegs validen Beurteilung kommen können, welche Gefahr von diesem Rückkehrer ausgeht. Gehört er zu der Kategorie der Desillusionierten, die Sie erwähnt haben? Gehört er zu der Kategorie der weiter Radikalisierten, Brutalisierten, Traumatisierten, die Anschläge in Europa verüben? Da wir das nicht wissen, müssen wir grundsätzlich davon ausgehen, dass ein Rückkehrer eine potenzielle Gefährdung darstellt.

Zum Punkt der Ablehnung der Demokratie. Ich glaube, Sie haben hier einen ganz wesentlichen Punkt angesprochen. Es ist von elementarer Bedeutung, dass junge Muslime einen Raum in der Öffentlichkeit erhalten, in dem sie Themen, die sie bewegen, diskutieren können. Möglicherweise könnten in den öffentlich-rechtlichen Medien Diskussionsforen oder Talkshows etc., wie es sie zu Tausenden gibt, für junge Muslime eingerichtet werden. Ich möchte hier ganz deutlich unterstreichen, was Herr Mansour sagte, dass wir Vorbilder präsentieren können. Sie fragten, ob ein Mittel das Wahlrecht mit 16 sein könnte. Ja, aber nur, wenn junge Muslime mit 16 auch das Gefühl haben, dass sie damit gemeint sind, dass sie und nicht die weiße Mehrheitsgesellschaft aufgerufen sind. – Vielen Dank.

Herr **Taubert**: Ich rolle die Fragen von hinten auf. – Sie haben gefragt, welches Fachpersonal meiner Meinung nach benötigt wird bzw. wie die Zugänge sein könnten und ob es solches Fachpersonal gibt. Ich habe auch Religionswissenschaften studiert und stelle in meiner Arbeit immer wieder fest, dass ich das überhaupt nicht brauche. Das kann man sich auch sehr leicht erklären. Als Angehörigenberater komme ich in eine Situation, in der die Eltern alles Mögliche gebrauchen können, aber bestimmt keine theologische Expertise. Denn meistens haben sich die Eltern diese schon selbst angeeignet, weil sie in Konkurrenz treten zu ihren Kindern. Sie stellen aber fest, dass sie damit nichts gewinnen. Die meisten Anwesenden werden es wissen: Wenn man versucht, einem aufgeheiztem Jugendlichen aus dieser salafistischen Szene mit guten theologischen Argumenten zu begegnen, gewinnt man überhaupt nichts.

Ich selbst – und diese Erfahrungen machen wir auch in diesem Netzwerk – profitiere viel von meinen Erfahrungen in der systemischen Familienhilfe. Manche von Ihnen werden wissen, was das ist. Das bedeutet, wenn ich in diese Familien reinkomme, drösele ich auf – dafür nehme ich mir zwei oder drei Stunden –, wie dieses System Familie funktioniert, wer welche Rolle dabei spielt und wer wem wie begegnet. Dafür habe ich bestimmte Kommunikationsinstrumente, damit ich das rauskitzeln kann, sodass am Ende eines solchen Gespräches immer die Eltern vor mir sitzen und sagen: Das war mir alles überhaupt nicht klar, aber jetzt habe ich es verstanden, warum mein Junge bzw. mein Mädchen da ist, wo er bzw. sie ist. – Das ist übrigens toll. Denn ich habe in dieser Arbeit

fast immer Familien vor mir, die total gut mitarbeiten; denn sie haben Leidensdruck und Angst, dass ihre Kids nach Syrien abhauen, oder sie sind es schon, und die Eltern wollen ihre Kinder wiederhaben. Die Eltern sind dann zusammenarbeitwillig, und wenn man dann diese Instrumente anwendet, dann ist es richtig gut.

Dieses Fachpersonal gibt es eigentlich überall. Oftmals wissen die Leute aber gar nicht, dass sie Fachpersonal sind. Dafür braucht man natürlich Strukturen und Träger, die dieses Fachpersonal einstellen und ihm vor allem diesen Arbeitsauftrag geben.

Die Zugänge sind zum einen das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und diese Hotline. Das ist ein guter Zugang. Zum anderen sind es die Eltern, über die wir oft an die Jugendlichen herankommen. Andere Zugänge sind Schulen oder Sozialarbeiter. Immer dann, wenn es noch eine gute Verbindung zwischen einem Erwachsenen oder einem anderen Player und dem Jugendlichen gibt, haben wir einen Zugang. Das ist aber von Fall zu Fall unterschiedlich. Das heißt, man muss eigentlich alle, die in diesem Bereich tätig sind, irgendwie stärken und ausstatten, und das betrifft natürlich auch gemäßigte, liberale Moscheegemeinden. Auch diese sollten in der Hinsicht gestärkt werden.

Sie haben die Personalausstattung angesprochen. Sie haben es selbst gesagt: Diese Frage ist schwierig zu beantworten. Ich will kurz darstellen, wie unterschiedlich eine Fallbearbeitung aussehen kann. Zunächst einmal muss man sagen, dass alle Deradikalisierungsprozesse eine ganze Weile dauern. Bei dem Punkt sage ich immer: Überlegen Sie sich einmal: Wenn Sie eine kontroverse politische Meinung haben, wann war der Zeitpunkt, an dem Sie zu Ihren Eltern gesagt haben, dass sie doch recht hatten, dass Sie selbst ein bisschen verboht in Ihrer politischen Meinung waren? – Frühestens 20 Jahre später.

(Heiterkeit)

Und – und damit komme ich auf die Frage, die zuerst gestellt wurde – das unterscheidet diese Bewegung auch vom Rechtsextremismus sehr deutlich, dass es immer einen Gegenentwurf zum Elternhaus ist.

Das heißt, die Dauer der Beratung, die Dauer der Begleitung einer Familie kann mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Aber wir stellen in der Arbeit fest, dass wir in vielen Fällen nach drei bis sechs Monaten gute Ergebnisse erzielen, dass die Eltern das Gefühl haben, sie bewegen sich im sicheren Fahrwasser, sie können ihr Kind wieder einschätzen. Sie sehen, wo sich ihr Kind bewegt, sie sind wieder im Gespräch miteinander. Sie machen sich keine Sorgen, dass es nach Syrien geht.

Es gibt Familien, mit denen ich ein- bis dreistündiges Gespräch führe. Das sind vielleicht auch Akademiker, oder sie haben Erfahrungen aus einem bestimmten sozialen Bereich. Da mache ich mein Programm, und dann macht es Zack. Dann haben sie es begriffen. Dann höre ich vier Wochen später von ihnen per E-Mail: Es ist super gelaufen, wir sind dran, es läuft. – Das ist der seltenere Fall, aber das gibt es.

Es gibt Fälle, in denen es sehr lange dauert, bis den Eltern bewusst ist, was eigentlich los ist, weil die Familie es vielleicht gar nicht gewohnt ist, sich einmal selber mit sich auseinanderzusetzen. Das dauert also nicht nur ein Gespräch, sondern viele Gespräche. Hinzu kommt unter Umständen eine Sprachbarriere – dann brauche ich eventuell einen

Dolmetscher –, und hinzu kommt auch noch eine kulturelle Barriere. Dann brauchen wir eigentlich einen Mitarbeiter mit einer halben Stelle über mehrere Wochen.

Vielleicht kann man sagen, dass ein Mitarbeiter im Schnitt maximal zehn Familien betreuen darf.

Zur letzten Frage, der Entsprechung und den Differenzen gegenüber dem Rechtsextremismus. Ich hatte es eben schon angedeutet: Es gibt für mich eine ganz entscheidende Unterscheidung, und das ist die, dass wir im Rechtsextremismus eine Fortführung der politischen Haltung des Elternhauses haben, und im Salafismus haben wir in der überwiegenden Mehrheit der Fälle einen Gegenentwurf. Das heißt, wir können mit den Eltern arbeiten, und das können wir im Rechtsextremismus eigentlich nicht. Also, bezüglich der Elternarbeit können wir aus dem Rechtsextremismus nur bedingt Dinge übernehmen. Was aber die Reintegration – das wäre der nächste Schritt – in verständigungsorientierte soziale Zusammenhänge angeht, können wir natürlich ganz viel aus der Arbeit im Rechtsextremismus profitieren.

Ich fand es gerade ganz großartig, dass Sie offensichtlich wissen, was der akzeptierende Ansatz beinhaltet. Es ist nämlich ein pädagogischer Ansatz, der etwas mit Rechtsextremismus zu tun hat. Dieser Ansatz bedeutet nicht, dass man die Haltung akzeptiert, sondern dass man den Jugendlichen als Menschen akzeptiert, auf ihn zugeht, mit ihm arbeitet, ihm auf Augenhöhe begegnet und ihn nicht aufgrund seiner politischen Meinung abwertet. Dann kann man irgendwann mit ihm ins Gespräch darüber kommen. – Das ist etwas, was wir sehr gut auf den Salafismus übertragen können – vielleicht noch besser als im Rechtsextremismus –, weil diese Akzeptanz, also das Begegnen auf Augenhöhe, genau das ist, was den Jugendlichen fehlt – meistens schon seit Wochen und Monaten. Es geht darum, ihn als Menschen und nicht als komischen Muslim zu sehen.

Was das Andocken an Träger aus dem Rechtsextremismus angeht, so ist es in der Form schon passiert. Wir sind ein solcher Träger, und es gibt noch zwei andere Träger in Berlin, die diese Expertise mitgebracht haben. Insofern macht das Sinn. – Vielen Dank.

**Vorsitzende Claudia Ravensburg:** Dann darf ich diese Anzuhörendenrunde beenden, und ich bedanke mich auch im Namen meiner Kollegen ausdrücklich für die sehr sachlichen und informativen Wortbeiträge. – Wir kommen zur nächsten Runde. Jetzt haben die islamischen Religionsgemeinschaften das Wort, und als erster Anzuhörender spricht der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland, Landesverband Hessen, Herr El-Yazidi.

Herr **El-Yazidi:** Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Wir sind in unserer Stellungnahme ein wenig auf die Terminologien eingegangen, die benutzt werden, auch auf den Begriff „Salafismus“. Wir sind auch eingegangen auf die notwendigen präventiven Maßnahmen. Ich habe mir im Laufe der ersten beiden Gesprächsrunden ein paar Notizen gemacht und werde versuchen, darauf einzugehen und die Diskussion zu bereichern.

Wir haben gehört, dass der Salafismus eine der dynamistischen islamischen Strömungen ist und sehr viel Zulauf erfährt. Wir sollten uns die Frage stellen, warum das so ist. Hat das was mit der Ideologie zu tun, oder hat das eventuell auch etwas mit damit zu tun, dass

der sogenannte Mainstream-Islam nicht sehr gut verkauft wird? Das ist eine Selbstkritik an die muslimischen Verbände, denen ich auch angehörte, und unsere Moscheegemeinden. Denn sehr oft finden wir vor, dass die koranischen Verse gut erklärt werden, dass sie so erklärt werden, wie ich sie kenne und empfinde. Sie stehen nicht im Widerspruch zu unserer freiheitlichen Grundordnung. Das findet statt bei unseren Imamen, das findet statt in unserer Community, aber leider nicht auf eine Art und Weise, dass es bei diesen jungen Menschen ankommt. Das ist meistens nicht die Sprache, die sie verstehen. Das ist meistens nicht die Art und Weise, wie sie es verstehen sollen. Das ist eine Eigenkritik, mit der ich anfangen möchte.

Trotzdem bin ich der Meinung, dass wir gerade den Begriff „Salafismus“ ein bisschen überdenken müssen, und insbesondere wir, die wir alle Experten sind in diesem Gebiet, sollten einen Begriff, der aus der islamischen Historie, aus der islamischen Tradition positiv belegt ist, nicht negativ darstellen. Das hilft uns als Gesamtgesellschaft nicht, das hilft der Mehrheit der Muslime, die in diesem Land sehr glücklich sind – das belegen die neuesten Studien, beispielsweise die der Bertelsmann Stiftung –, nicht. Das ist sehr kontraproduktiv. Es ist nicht in unserem Interesse und auch nicht im Interesse der Muslime.

Ich teile diese Ideologie nicht. Ich finde sie nicht unbedingt zeitgemäß. Sie vertritt mich nicht. Ich persönlich halte mich für einen gläubigen Muslim. Ich bin hier in Hessen geboren, und das, was ich hier an Werten mitgenommen habe – das sind menschliche Werte, das sind demokratische Werte –, zwingen mich dazu, auch gegenüber einer solchen Ideologie ein Mindestmaß an Toleranz an den Tag zu legen. Denn nur so kommen wir voran. Wir wollen nämlich Extremismus und Radikalisierung verhindern, und wir wollen nicht irgendwie eine bestimmte islamische Strömung stigmatisieren oder diskriminieren.

Ich möchte dazu auch sagen, dass ich mich oft mit Freunden und Kollegen treffe, die selbst auch Muslime sind. Wir sitzen zusammen und gehören zu einer Generation, die dieses Problem der Radikalisierung nicht erlebt hat. Dann fragen wir uns: Was hat sich in den letzten 30 Jahren so entwickelt, dass unsere Kinder im Moment so anfällig sind, obwohl wir damit anscheinend keine Probleme hatten?

Sehr oft hören wir, dass die muslimischen Gemeinden und Imame selbst ein Teil des Problems zu sein scheinen, und Herr Mansour hat angedeutet, dass das Problem auch in den Verbänden liegt. Wir sind in diesen Gemeinden aufgewachsen. Wir haben mit diesen Verbänden zu tun. Wir haben dort den Koran kennengelernt. Wir haben dort unsere Religion kennengelernt. Wir fühlen uns als Teil dieser gesamten Gesellschaft, und wir sind sehr froh, in diesem Land zu leben. Was hat sich in diesen Jahren verändert? Was ist schiefgelaufen? Ich meine, das hat etwas damit zu tun, wie in den letzten 15 oder 20 Jahren mit der Thematik „Islam“ allgemein medial und politisch umgegangen worden ist. Da müssen wir uns auch selbstkritisch die Frage stellen, ob wir nicht Bewegungen, die wir im Moment zu bekämpfen versuchen, wie HoGeSa und Pegida, selbst Argumente geliefert haben und ob wir nicht selbst irgendwie dafür gesorgt haben, dass wir junge Menschen, die eigentlich einen sehr soliden Lebensweg vor sich hatten, in eine Richtung gedrängt haben.

Darüber hinaus möchte ich auf die Thematik der Prävention eingehen. Es gibt viele sehr schöne Präventionsmaßnahmen, die man ergriffen hat. Da haben sich sehr viele Leute Gedanken gemacht, um tatsächlich nicht nur mit Bestrafung zu agieren, sondern präventiv bei diesen jungen Menschen Fuß zu fassen. Ich stelle allerdings fest – und das empfinde ich als eine negative Entwicklung –, dass bei diesen Präventionsmaßnahmen

nur sehr selten die muslimische Community und die Imame mit ins Boot geholt werden. Wir haben gehört, dass theologische Expertise nach Meinung der Vorredner nicht sehr wichtig ist im Umgang mit der Problematik, aber der Theologe bzw. der Imam als Respektsperson ist sehr wichtig. Wenn ein Imam mit diesen Menschen, bei denen wir der Meinung sind, dass wir sie schon fast verloren haben, redet und ihnen erklärt, was die Verse des Korans bedeuten und in welchem Zusammenhang sie herabgesandt wurden, sind sie – das ist meine persönliche Meinung – eher gewillt, sich auf eine Diskussion einzulassen, als wenn ein Ungläubiger – das sind ihre Worte – versucht, ihnen ihre Religion zu erklären. Das ist etwas, was wir in diesem Kontext betrachten müssen.

Ein weiterer Punkt, auf den ich eingehen möchte, ist die islamische Literatur in deutscher Sprache. Wo kommt sie her? Wer fördert sie? Wer bezahlt sie? – Das sind Partner der Bundesrepublik Deutschland. Das ist in erster Linie Saudi-Arabien, und das ist eine ganze bestimmte Ideologie, die da vermittelt wird. Wir müssen einen Gegenpol schaffen.

Die muslimische Community, die hier in Deutschland sozialisiert ist, hat weder die mediale noch die strukturellen oder finanziellen Möglichkeiten, um etwas zu schaffen. Sie ist sehr oft mit der Verwaltung ihrer eigenen Gemeinden so sehr beschäftigt, dass sie diese wichtigen Ziele nicht erfüllen kann. Insofern brauchen wir so etwas wie Strukturhilfe. Ein Generalverdacht bezogen auf alle Verbände und die gesamte Community hilft uns nicht weiter.

Ein anderer Aspekt, der meines Erachtens sehr wichtig ist und den ich in Gesprächen mit Muslimen in Amerika sehr positiv empfunden habe, ist, dass sich diese Muslime – aus welchen Gründen auch immer – als Amerikaner fühlen, sich als Bürger Amerikas fühlen und sagen: I'm proud to be American and I'm also Muslim. – Ich bin stolz, ein Muslim zu sein, aber ich bin genauso stolz, Amerikaner zu sein. Ich sehe in den Gesprächen mit Jugendlichen, die ich hier führe, dass es ein Widerspruch sein muss, deutsch und Muslim zu sein. Das könnte eventuell auch ein bisschen den Medien geschuldet sein.

Zu den Maßnahmen gegen die „Lies!“-Aktionen. Wir müssen uns darauf konzentrieren, diesen Gruppierungen den Nährboden zu nehmen. Man hat versucht, Maßnahmen wie Verbote aus dem Baurecht zu ergreifen, aber das hat diese Gruppen umso mehr gestärkt. Wir haben festgestellt, dass sie, statt Stände aufzubauen, mit Rucksäcken durch die Gegend gelaufen sind. Sie sehen dann darin einen Sport und einen Ansporn, um weiterzumachen. Eventuell sollten wir uns darauf besinnen, dass, obwohl es nicht populär ist, Ignoranz in der jetzigen Phase ein gutes Mittel wäre.

Die Kritik gegenüber den Islamverbänden nehme ich gerne an. Nobody is perfect. Wir alle müssen kritikfähig und dialogfähig sein. Allerdings möchte ich doch darauf bestehen, dass es innerislamische Diskurse gibt, die auch innerislamisch gelöst werden müssen. Es ist nicht fair, dass, wenn es um den Islam geht, die Politik den Muslimen erklären möchte, wie sie ihre Religion zu leben haben. – Vielen Dank.

(Beifall)

Herr **Wagishauser**: Bismillahir rahmanir rahim. Im Namen Allahs des Gnädigen, des Barmherzigen. – Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Damen und Herren! Als Erstes möchte ich mich im Namen der Ahmadiyya Muslim

Jamaat recht herzlich für Ihre Einladung zu dieser Anhörung bedanken, die für uns eine große Wertschätzung bedeutet.

Wissen Sie, ich frage mich, was unser Prophet Mohammed – Friede und Segnungen Allahs seien auf ihm – darüber gesagt hätte, uns hier heute zu sehen, wie wir über Menschen reden müssen, die meinen, seiner Gemeinschaft anzugehören, die behaupten, seinem Vorbild zu folgen. Ich frage mich, wie er wohl seine Ablehnung zum Ausdruck gebracht hätte – sicher noch viel, viel schärfer, als ich es je tun könnte.

Es mag den einen oder anderen unter Ihnen erstaunen, aber er selbst hatte diesen Zustand vorausgesagt, als er im 7. Jahrhundert prophezeite:

Eine Zeit wird kommen, wenn vom Islam nichts mehr übrig sein wird außer seinem bloßen Namen. Nichts wird vom Koran übrig sein als seine Worte. Die Moscheen werden voll sein von Betenden, aber sie werden der göttlichen Leitung beraubt sein. Die religiösen Gelehrten dieser Zeit werden die schlimmsten Kreaturen auf der Erde unter dem Himmel sein. Verderbnis wird von ihnen ausgehen; und zu ihnen zurückkehren.

Zur gleichen Zeit sagte er voraus, dass zu jener Zeit eine Reform der Muslime kommen wird. Es sollte der Reformers erscheinen, der das verlorengegangene Wissen über den Islam und seine Schönheit wiederherstellt und den Islam von den Fängen des Fanatismus und des Aberglaubens befreit. Und so glauben wir, dass der Gründer unserer Gemeinde, Hazrat Mirza Ghulam Ahmad von Qadian – Friede sei auf ihm –, dieser Reformers war. Seine Gemeinschaft, die vor 125 Jahren in einem kleinen Dorf in Nordindien gegründet wurde, ist heute in über 200 Staaten der Welt mit mehreren zehn Millionen Anhängern vertreten und bildet damit die größte organisierte muslimische Gemeinschaft weltweit. Die Ahmadiyya Muslim Jamaat steht ein für die koranischen Werte der Barmherzigkeit gegenüber allen Menschen, absolute Gerechtigkeit und Religionsfreiheit, die Gleichwertigkeit von Mann und Frau, die Trennung von Religion und Staat und die Ablehnung von jeglichem Extremismus.

All diese Werte werden in der Regel dem islamischen Glauben nicht zugeschrieben. Unsere Aufgabe als Muslime ist es daher, unsere Glaubwürdigkeit mit Wort und Tat nachzuweisen.

Eine auch heute wieder geforderte Koranexegese findet zurzeit in Ansätzen insbesondere im Rahmen der Aufstellung der Kurrikula für den islamischen Religionsunterricht in Hessen statt. Die Aufforderung unserer wertvollen Bundeskanzlerin, Frau Merkel, die an die islamische Geistlichkeit gerichtet war, aufzuzeigen, warum islamische Extremisten die Quellen des Islam für ihre extremen Taten heranziehen, ist im Moment etwas, was die Muslime bewegt. Es ist eine Diskussion gerade in den letzten Tagen in Gang geraten, Antipoden sind Herr Bülent Ucar und Herr Khorchide, und wir freuen uns auf diese Diskussion, die jetzt in Gang kommt.

Jeder Mensch hat die Möglichkeit, einen Blick in den Koran zu werfen. Dort heißt es, dass das richtige Verständnis des Korans sich erst aus dem Wissen, dem Gebrauch der Vernunft, dem Zugang zur Weisheit und Spiritualität ergibt. Sich aus 6.000 Versen lediglich eine Handvoll herauszuziehen, ist nicht angebracht. Der Koran ist kein Nachschlagewerk. Es ist ein Buch, das als Gesamtwerk verstanden werden muss. Jeder Vers hat eine Geschichte und einen Kontext. Natürlich gibt es Verse, die von Gewalt sprechen.

Warum auch nicht? Immerhin sprechen wir vom 7. Jahrhundert. Wir sprechen von kriegerischen Zeiten. Wir sprechen von einem Propheten, der 13 Jahre lang extremer Verfolgung ausgesetzt war, dessen Anhänger getötet wurden. Als er nach der Auswanderung in Medina angegriffen wurde, bekam er die Erlaubnis von Gott, sich zu verteidigen. Die junge Gemeinde musste vor einer Ausrottung bewahrt werden. Nein, der Islam verurteilt Gewalt nicht, sondern gibt dem Krieg einen Rahmen und klare Grenzen. Dabei ist klar, dass das Gewaltmonopol beim Staat liegt, außergesetzliche Hetzjagden sind strengstens verboten. Vielmehr werden klare Regeln für den Verteidigungskrieg aufgesetzt, wie der Schutz von Kindern und Frauen oder das Verbot, die Natur zu zerstören. Die Gräueltaten des IS stehen dazu im klaren Widerspruch.

Wenn man nun angesichts des wieder aufkeimenden Terrorismus unterstellt, dass dies etwas mit dem Islam zu tun hat, dann lautet meine deutliche Antwort: Nein, das hat nichts mit meiner Religion zu tun. Der islamistische Terror mag sich zwar auf den Islam berufen, aber er hat nichts mit dem Islam zu tun. Das ist reiner Etikettenschwindel. Wir friedlichen Muslime müssen uns unsere Deutungshoheit zurückerobern. Wir müssen klarstellen, für welche Lesart des Islam wir eintreten.

Die Notwendigkeit einer Unterscheidung zwischen Islam und Islamismus geht nicht weit genug. Die Trennlinie muss zwischen dem spirituellen Weg, der Morallehre des Islam zur Erlangung der Gottesnähe auf der einen Seite, und der politisierten Form, die das Verständnis einer Staatlichkeit der Religion vertritt, auf der anderen Seite, verlaufen. Es muss also unterschieden werden zwischen Theorie und Praxis, Wort und Tat, Anspruch und Wirklichkeit.

Wir, die Ahmadiyya Muslim Jamaat, möchten hiermit unsere vollständige und stetige Mitarbeit in diesem Bereich signalisieren und anbieten. Warum können wir uns so klar und deutlich gegen den Extremismus positionieren? Warum können wir unsere Zusammenarbeit erhobenen Hauptes signalisieren? Weil wir eine rein religiöse Gemeinde sind, in der radikales Gedankengut keinen Platz hat.

Erich Kästner sagte es einst sehr treffend: „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.“ Von der Friedfertigkeit der Ahmadiyya Muslim Jamaat zeugen nicht nur unsere Worte, sondern auch die Taten. Trotz extremer Verfolgung in einigen Ländern der Welt, welche in vielen Fällen in Mord und Totschlag mündet, hat kein einziger Ahmadi-Muslim jemals im Namen der Religion Gewalt ausgeübt, Intoleranz an den Tag gelegt oder in sonstiger Weise irgendeinem Menschen Schaden zugefügt. So sagte der Heilige Prophet Muhammad: „Ein wahrer Muslim ist jener, vor dessen Hände und Zunge alle friedlichen Menschen sicher sind.“ Unsere Reaktion auf extreme Verfolgung besteht in erster Linie aus Geduld und Gebet, basierend auf den Koranversen: „Und sucht Hilfe in Geduld und Gebet; und das ist freilich schwer, es sei denn für die Demütigen im Geiste.“ Die koranische Lehre, dass man jedwede Unruhestiftung zu vermeiden hat, ist für uns maßgeblich.

Zurzeit besucht uns Herr Dr. Noori; er ist Kardiologe in unserem Zentrum in Rabwah. Er hat uns gestern folgenden Vorfall geschildert: In der Nachbarschaft befindet sich eine Moschee von Nicht-Ahmadi-Muslimen, in der immer gegen den Gründer unserer Gemeinde gehetzt wird. Bei einer der letzten Versammlungen hatte der Vorsteher dieser Moschee Schmerzen im Brustbereich und ist in die Klinik eingeliefert worden. Er hatte kein Geld. Er wurde von Herrn Dr. Noori gesund gepflegt. Dann ist er zurück in die Moschee gegangen und hat weiter gehetzt.

Die fundierte Theologie immunisiert die Gemeindemitglieder vor jeder Art des Extremismus. Der Gemeindegründer hat die Gewaltlosigkeit zu einem wesentlichen Bestandteil des Islam erklärt. Er schrieb in diesem Zusammenhang:

Gewaltausüben zeugt von Schwäche und geringer Argumentationsstärke. Das würde bedeuten, dass ihr zu eurem Beweis der Wahrhaftigkeit nichts vorzubringen oder entgegenzusetzen habt. Jeder Tyrann, jeder Schwächling und Feigling, dem die Argumente ausgehen, streckt seine Hand nach einer Waffe oder dem Schwert aus. Eine solche Gewalt verherrlichende Religion kann niemals von Gott kommen, denn sie bedarf der Krücke eines Schwertes, um verbreitet zu werden.

Durch die Institution des Kalifats – das steht für den Nachfolger eines Propheten – wird ein Abrücken oder auch nur ein geringes Abweichen von dieser Lehre unmöglich gemacht. Jeder Ahmadi-Muslim legt auf der Hand des Kalifen ein Treuegelübde ab. Damit wird der Kalif von den Ahmadi-Muslimen als spirituelles Oberhaupt und als die höchste, gottgeleitete Autorität in ihrem religiösen Leben betrachtet. Die Religionsausübung ist eng mit den Worten und Anweisungen des Kalifen verbunden. Dieser wiederum wendet sich jede Woche in seiner Freitagspredigt, welche weltweit über den gemeindeeigenen Fernsehsender in zig Sprachen simultan übersetzt ausgestrahlt wird, an die weltweite Gemeinde. Durch seine Person ist somit ein sogenannter religiöser Konsens innerhalb der weltweiten Ahmadiyya Muslim Jamaat gewährleistet.

Die Ahmadiyya Muslim Jamaat hat eine klare und transparente Mitgliederstruktur. Die Mitgliedschaft bzw. der Eintritt in die Gemeinde ist ein bewusster und willentlicher Akt, den das Mitglied als Erfüllung seiner religiösen Pflicht, nämlich die Anerkennung des Gemeindegründers als den verheißenen Messias, vollzieht.

Diese Umstände, also die friedfertige ursprüngliche islamische Lehre, eine einheitliche Theologie, ein spirituelles Oberhaupt und die klare Mitgliederstruktur, immunisieren die Ahmadi-Muslime vor radikalem Gedankengut. Gleichzeitig waren dies drei wesentliche Voraussetzungen, die zu der Verleihung des Status der Körperschaft des öffentlichen Rechts geführt haben, wodurch wir zu einem Teil der guten öffentlichen Ordnung emporgehoben wurden.

Folgend möchte ich Ihnen einige Denkanstöße und konkrete Lösungsansätze für den Kampf gegen den Extremismus mit auf den Weg geben.

**Vorsitzende Claudia Ravensburg:** Herr Wagishouser, ich darf Sie an die Uhr erinnern.

Herr **Wagishouser:** Ich werde schneller reden. – Erstens. Die Rolle der Moscheegemeinden und Imame: Moscheegemeinden und Imame müssen imstande sein, die wackelige theologische Lehre der gewaltbereiten Extremisten argumentativ zu widerlegen. Sie müssen imstande sein, den Jugendlichen die Vereinbarkeit von islamischer Lehre und unserer verfassungsmäßigen Werteordnung zu vermitteln. Sie müssen ihre Jugendlichen zur gesellschaftlichen Teilhabe anspornen und entsprechende Aktionspläne hierfür aufstellen. Dafür müssen die Imame überhaupt erst einmal Zugang zu den Jugendlichen bekommen, was schwierig ist, wenn die Imame aus dem Ausland kommen, die Sprache nicht sprechen und die Lebenswelt der Jugendlichen nicht kennen.

In der Ahmadiyya Muslim Jamaat sind derzeit 34 Imame tätig. 14 davon sind in Deutschland geboren und hier aufgewachsen. In dem gemeindeeigenen „Institut für Sprachen und Theologie“, der Jamia Ahmadiyya, werden derzeit etwa 90 weitere junge deutsche Muslime in einem siebenjährigen Studium zu Imamen ausgebildet. In allen 47 Moscheen der Gemeinde wird schon seit vielen Jahren auf Deutsch gepredigt. Des Weiteren sind die männlichen und weiblichen Jugendorganisationen sehr aktiv.

Durch ein breites Angebot werden die Jugendlichen umfassend betreut. Religiöse und schulische Bildung, Sport- und Freizeitangebote, Möglichkeiten zum sozialen Engagement, zum interreligiösen und interkulturellen Austausch gehören zum Standardprogramm in jeder der 225 lokalen Gemeinden. In diesem Sinne können wir als Ahmadiyya Muslim Jamaat auf einen großen Erfahrungsschatz und fundiertes Know-how über gelungene Jugendarbeit zurückgreifen. Ergebnis dieser Jugendarbeit ist eine außerordentlich starke Identifikation der Jugendlichen mit der Gemeinde und den islamischen Werten sowie ein überdurchschnittlicher Bildungsdurchschnitt.

Zweitens. Es braucht Foren für einen innerislamischen Dialog, die Differenzen ans Tageslicht bringen und eine offene Debattenkultur fördern. Erst dann wird sich jene Theologie durchsetzen, die einen intellektuellen Zugriff ermöglicht und die Vernunft des Menschen anspricht. Institutionen wie der Rat der Religionen in Frankfurt müssen in allen Kommunen und auch auf Länderebene eingeführt werden. Diese sollen neben ihrem Dialogcharakter, auch eine zwischen den Religionen vermittelnde und präventive Funktion ausüben. Die Fachbereiche der islamischen Theologie an den Universitäten müssen sich auch mehr öffnen und mit Ihren Erkenntnissen nach außen treten.

Drittens. Die muslimischen Verbände müssen in der Öffentlichkeit eine Stimme erhalten. Dafür muss im Rundfunkrat mindestens ein Sitz für einen muslimischen Vertreter eingeführt werden. Religionsgemeinschaften, die die Voraussetzungen erfüllen, müssen Sendezeiten in den öffentlich-rechtlichen Medien erhalten.

Viertens: Stärkung der Jugendarbeit und Schulen: Eine entscheidende Rolle spielen Lehrer und Jugendarbeiter. Sie können einen großen Einfluss auf die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen haben, den Hang zum Radikalismus früh erkennen und einer entsprechenden Entwicklung entgegenwirken. Dies funktioniert aber nur dann, wenn sie tatsächlich einen Zugang zu den muslimischen Jugendlichen haben. Die Studieninhalte in der universitären Ausbildung der Lehramtsstudierenden müssen um religions- und interkulturbezogene Inhalte ergänzt werden. Für berufstätige Lehrer müssen in diesen Bereichen Fortbildungen angeboten werden.

Fünftens. Etliche Studien belegen immer wieder, dass in unserem Bildungssystem eine systematische Diskriminierung von Schülern mit Migrationshintergrund vorherrscht. Es müssen alle notwendigen Schritte eingeleitet werden, um vollkommene Chancengleichheit für alle herzustellen. Stigmatisierung und Diskriminierungserfahrung tragen erweisenermaßen zur Radikalisierung von Jugendlichen bei. Ebenso muss Jugendarbeitslosigkeit konsequent und mit allen Mitteln bekämpft werden.

Das Kopftuchverbotsgesetz stellt ein starkes Integrationshindernis für junge muslimische Frauen dar und diskriminiert diese in extremer Weise. Diese sind nicht nur im öffentlichen Dienst, sondern auch in der freien Wirtschaft quasi vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen.

Sechstens: Arbeit der Sicherheitsbehörden. Diese müssen mit allen rechtsstaatlichen Mitteln die Gefahren des Extremismus abwenden. Dazu gehört auch, gegen Hassprediger, die unsere Jugendlichen zum Extremismus und zu Gewaltakten anstiften, hart vorzugehen. Gleichzeitig fordern wir aber, die Arbeit der Sicherheitsbehörden nicht durch mediale und politisierte Panikmache zu stören. Die wiederholt ausgerufenen Gefahr vor terroristischen Anschlägen und der Ruf nach schärferen Gesetzen erzeugen ein Klima der Angst, welches für das gesellschaftliche Miteinander schädlich ist.

**Vorsitzende Claudia Ravensburg:** Herr Wagishauser, Sie müssen jetzt langsam zum Schluss kommen.

Herr **Wagishauser:** Ich komme zu meinem Schlusswort; hoffentlich wird es nicht zu lang.

(Heiterkeit)

Der überwiegenden Mehrheit der Muslime, die nicht nur friedfertig ist, sondern sich auch mit unserer Werteordnung verbunden fühlt, darf gerade in diesen Zeiten nicht das Gefühl gegeben werden, dass sie sich, egal, was sie tun, in den Augen der Deutschen niemals gut genug integrieren werden. Dagegen müssen wir aktiv werden. Perspektivlosigkeit, Arbeitslosigkeit, Diskriminierung und fehlende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sind entscheidende Ursachen für die Radikalisierung. Durch die Behandlung von Muslimen als Fremdkörper verstärken sich ihre Identitätskrisen. Als Konsequenz flüchten sie in eine negative Identität. Das führt zu einer strikten Ablehnung gesellschaftlicher Vorgaben.

Es ist notwendig, dass Muslime nicht mehr nur toleriert werden sollten, sondern endlich als Teil Deutschlands anerkannt werden müssen. Wir, die Ahmadiyya Muslim Jamaat, eine islamische Reformgemeinde, sehen die Liebe zum Heimatland als Teil unseres Glaubens an und setzen uns daher aktiv für die Integration unserer Mitglieder ein. Wenn wir nun von der Bekämpfung von Radikalismus als gesamtgesellschaftliche Herausforderung sprechen, dann müssen diesem Slogan auch Taten folgen. Die muslimischen Gemeinden spielen bei der Bekämpfung des gewaltbereiten Islamismus eine zentrale Rolle. Ohne deren Beteiligung und aktive Mitwirkung ist dieser Kampf nicht zu gewinnen. Somit möchten wir die hessische Politik bitten, in dieser Sache die Muslime in jeder Hinsicht einzubinden. Die Muslime müssen als Partner angesehen werden und zu einer konstruktiven Mitwirkung gefordert und gefördert werden. Es ist notwendig, dass alle staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure Verantwortung übernehmen und zusammenarbeiten. Die Jugendlichen, die nach Syrien in den vermeintlichen Dschihad ziehen, sind unsere Kinder. Sie sind das Ergebnis einer Sozialisation in Deutschland, und die Ursachen ihrer Radikalisierung sind in erster Linie in unserer Gesellschaft zu suchen. Friedrich Dürrenmatt hat einmal gesagt: Jeder Versuch eines Einzelnen, für sich zu lösen, was alle angeht, muss scheitern. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Herr **Can:** Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Abgeordnete und Minister, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Gäste! Religiös begründeter Extremismus, wie wir ihn in Form islamistischer und salafistischer Gruppierungen heute verstärkt erleben,

stellt eine Gefahr für die individuelle Freiheit und Sicherheit von uns allen hier in Deutschland, ebenso für unser friedliches Zusammenleben in einer pluralen und toleranten Gesellschaft dar.

In der jüngsten Vergangenheit verzeichneten diese Gruppierungen wachsenden Zulauf nicht nur unter jungen Menschen mit Migrationshintergrund und muslimischer Religionszugehörigkeit, sondern zunehmend auch unter jungen Menschen deutscher Herkunft, die zum Islam konvertieren und sich dann immer weiter radikalieren. Nicht allein die in diesen Gruppen vermittelten demokratiefeindlichen und menschenverachtenden Ideologien sind für unser Gesellschaftssystem eine Bedrohung, sondern ebenso die Ausreisen gewaltbereiter Islamisten und immer wieder auch Islamistinnen, die ihren Ehemännern in den Heiligen Krieg folgen. Kehren diese Dschihadistinnen und Dschihadisten aus Konflikt- und Kriegsgebieten, wie aktuell Syrien oder dem Irak, zurück, ist die Gefahr groß, dass sie auch in Deutschland zu Gewalt greifen, um hier ihre ideologischen Ziele öffentlich zu machen und zu verfolgen. Nicht zu vergessen ist das friedliche Zusammenleben, das durch die Terroranschläge in Paris und in Nigeria, wie aber auch durch Pegida und HoGeSa hier in Deutschland auf eine schwierige Probe gestellt wird.

Um diesen Einstellungen schon unter Kindern und Jugendlichen den Nährboden und die Attraktivität zu entziehen, haben wir als Alevitische Gemeinde Deutschland schon 2010 begonnen, ein pädagogisches Konzept zu entwickeln, das gemeinsame demokratische Werte und Toleranz in einer pluralen Gesellschaft vermittelt. Dieses pädagogische Konzept ist interkulturell ausgerichtet und trägt der zunehmenden Pluralität in unserer Gesellschaft Rechnung, indem es stärker auf individuelle Selbstverständnisse und Sichtweisen eingeht, während es die zentralen Werte und Konzepte unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung in praktischen Übungen erfahrbar macht.

Unser Konzept wurde im Rahmen unseres dreijährigen Modellprojekts „Zeichen setzen! – Für gemeinsame demokratische Werte und Toleranz bei Zuwanderinnen und Zuwanderern“ entwickelt und erprobt. Da Schulen, Vereine und Freizeiteinrichtungen auch unserer Ansicht nach bei der Vermittlung von Demokratiekompetenz und Toleranz unter Jugendlichen eine zentrale Rolle zukommt und hier direkt und unmittelbar auf demokratiefeindliche oder rassistische Äußerungen reagiert werden kann, organisierten wir in unserem Projekt verschiedene Schulungen für insgesamt 575 Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus Vereinen, Jugendzentren, Schulen und der kommunalen Kinder- und Jugendarbeit. Dort vermitteln wir ihnen Wissen über die bei ihren Jugendlichen vorhandenen Geschichtsbilder, Feindbilder, Stereotypen und nationalen Mythologien und machen sie mit den Symbolen und Organisationsformen sowie Angeboten und Deutungsmustern extremistischer Gruppen vertraut.

Weitere relevante Zielgruppen sind nach unserer Überzeugung Polizei- und Sicherheitsbehörden, religiöses Personal, psychologisch geschulte Fachkräfte sowie Mitarbeiter in der Sozialberatung oder in Arbeitsagenturen, wenn es darum geht, einen Deradikalisierungsprozess anzustoßen oder den Ausstieg aus einer radikalen Gruppierung im Zusammenspiel mit einer Resozialisierung zu ermöglichen. Auch diese Fachkräfte sollten interkulturell und interreligiös sensibilisiert und in Bezug auf das Selbstverständnis und die Argumentationslinien radikaler islamistischer Gruppierungen aufgeklärt werden.

Jetzt möchte ich auf die Ursachen der Radikalisierung zu sprechen kommen. Wir haben zwei Bereiche identifiziert. Zum einen werden oft die Erfahrungen, Lebenswelten und

tradierten Vorstellungen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Unterricht ausgeklammert. Dies führt beispielsweise dazu, dass diese sich etwa von der deutschen Geschichte und den Erfahrungen des Holocaust nicht betroffen und damit dafür nicht verantwortlich fühlen. Ebenso erhalten sie nicht die Möglichkeit, sich differenziert um den Austausch mit anderen Gleichaltrigen mit unterschiedlichen Geschichtsverständnissen oder der Berichterstattung herkunftssprachlicher Medien auseinanderzusetzen, mit denen sie sich in ihren Elternhäusern konfrontiert sehen.

Zum anderen wird in deutschen Medien noch allzu häufig pauschal über die Muslime oder den Islam berichtet, ohne zwischen unterschiedlichen Glaubensrichtungen und Selbstbildern innerhalb dieser Weltreligion zu differenzieren. Dabei wird diese Weltreligion auch oftmals ungeachtet ihrer mannigfaltigen Schattierungen insgesamt als Quelle für Radikalität und Terrorismus präsentiert. Diese pauschale Verurteilung einer Glaubensrichtung entfremdet Angehörige dieser Strömungen von unserer Gesellschaft und mag sie im Einzelnen auch dazu verleiten, sich gänzlich von dieser abzuwenden und sich radikalen Gruppierungen zuzuwenden, die sie mit offenen Armen als Brüder und Schwestern willkommen heißen.

Im Hinblick auf die Medien würden wir es daher sehr begrüßen, wenn weitere Bundesländer etwa dem Beispiel Nordrhein-Westfalens folgen und die Medienkommissionen ihrer Landesmedienanstalten für eine größere Repräsentanz gesellschaftlich relevanter Gruppen unterschiedlichster Herkunft und Religionszugehörigkeit öffnen. Auf diese Weise können sie nach und nach das Bild wandeln, das Medien von unserer Gesellschaft und von unterschiedlichen Religionen und Kulturen, die hier mittlerweile fest verwurzelt sind, zeichnen.

Ich möchte einen weiteren Grund dafür nennen, wieso sich Jugendliche hier nicht heimisch fühlen. Jugendliche mit Migrationshintergrund haben nicht die gleichen Chancen wie Jugendliche ohne Migrationshintergrund. Die Jugendlichen, die hier in Deutschland leben, haben sehr oft Ablehnungserfahrungen aufgrund des kulturellen Hintergrundes. Das müsste aufhören, ebenso wie die Benachteiligung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Bereich von Schule, Ausbildung und bei der Stellensuche. Das macht es den Jugendlichen sehr schwer, sich mit Deutschland zu identifizieren bzw. sich als Teil Deutschlands zu sehen.

Unser Jugendverband, der Bund der Alevitischen Jugendlichen in Hessen, hat zwei Projekte ausgeführt. Ein Projekt läuft aktuell noch. Das ältere Projekt haben wir mithilfe des Hessischen Sozialministeriums ausgeführt. Dafür haben wir 15 Berufslots\_innen ausgebildet, die beim Übergang Schule–Beruf, Schule–Praktikum, Schule–Studium hessenweit Jugendlichen zur Verfügung standen. Unser neues Projekt heißt „Hessen startet durch – Stärkung der Partizipation von Alevitischen Jugendlichen in Hessen“. Dieses Projekt wurde mithilfe des BAMF realisiert. Hierfür bilden wir hessenweit 15 Partizipations-Lots\_innen für unsere Jugendlichen aus, die dann auf diese 15 Partizipations-Lots\_innen zukommen können.

Ganz wichtig für die Jugendlichen in Deutschland ist es, dass sie sich mit Hessen, mit Deutschland und mit der Demokratie, die wir hier leben, identifizieren können. Deshalb müssen präventive und pädagogische Konzepte auch finanziell besser gefördert werden. – Vielen Dank.

(Beifall)

Herr **Dogan**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch ich bedanke mich im Namen der 86 DITIB-Gemeinden und mehr als 100.000 Gemeindemitgliedern, dass wir heute hier sprechen dürfen. Ich bin seit zehn Uhr heute Morgen hier und habe mir alles, was gesagt wurde, angehört. Ich möchte in meinem Vortrag nicht auf die Stellungnahme eingehen, die wir eingereicht haben, sondern auf das, was hier bereits gesagt wurde und dies ein bisschen zusammenfassen.

Erstens: die Koranauslegung. In unserem Koran steht geschrieben: „La ikrahe fid Diyn.“ Das heißt, in der Religion gibt es keinen Zwang.

Des Weiteren ist dort zu lesen: „Leküm diynüküm ve liye diyn.“ Euch euer Glaube, und mir mein Glaube.

Der erste Vers wiederum, der Mohammed gesandt wurde, lautet: „Ikra' Bismi Rabbikelleziy halak.“ Das heißt: Bildet euch.

In dem ersten Vers des Korans, der an Mohammed gesandt wurde, steht also „Ikra“, „Bildet euch“. Das bedeutet, auch unsere Religion, unser Glauben, unser Koran, unser Prophet setzt sich sehr für die Bildung ein.

Wieso radikalisiert sich Menschen? Warum finden solche Radikalisierungsprozesse statt? Es wird immer viel gesprochen, aber darauf wurde nicht richtig eingegangen. Als ich heute Morgen hierher gefahren bin, habe ich im Radio gehört, dass die Bertelsmann Stiftung bundesweit eine Studie durchgeführt hat, wie viele Betriebe von 1.000 Betrieben Menschen mit Migrationshintergrund ausgebildet haben. Dabei kam heraus, dass mehr als die Hälfte niemanden mit Migrationshintergrund ausgebildet hat.

Es wurde gefragt, auf welche Koran-Übersetzung man sich beziehen soll. Ich würde die Übersetzung von Max Henning vorschlagen, die wir in unseren DITIB-Gemeinden haben. Dort steht eigentlich schon, was Sie möchten.

Der Herr vom ZDF – ich weiß seinen Namen nicht mehr – hat irgendwelche Verse gelesen. Ich weiß nicht, wo diese Verse im Koran stehen. Ich kann mir nicht denken, wo das sein soll. Er hat zwar die Stellen genannt, aber ich habe es nicht wirklich verstanden.

Dieser Radikalisierungsprozess hat nichts mit dem Koran zu tun. Ich bin 47 Jahre alt, lese seit über 30 Jahren den Koran und bin auch nicht radikalisiert. Ich kämpfe dagegen. Man kann allein mit dem Lesen des Korans niemanden radikalisieren. Man muss die Hintergründe genau hinterfragen. Man muss den Radikalisierten die entsprechenden Werke wegnehmen. „Allahs letzte Botschaft“ zum Beispiel wird in Gefängnissen unter den Insassen verteilt. Das ist das Buch, mit denen sich die Jugendlichen radikalisieren, und nicht der Koran. Wenn Sie das behaupten, beschuldigen Sie eine ganze Gemeinschaft und somit auch alle Muslime. Es gibt 1,5 Milliarden Menschen auf dieser Erde, die diesem Glauben nachgehen. Mit solchen Äußerungen muss man vorsichtig sein.

In diesem Zusammenhang appelliere ich an die Politik. Jemand hat das Jugendhaus Gallus in Frankfurt erwähnt. Herr Yüksel und ich waren bei der Wiedereröffnung dabei. Ich habe mich bei den Salafisten und dem Jugendhaus dafür eingesetzt, habe vermittelt, damit es wiedereröffnet wurde. Man muss diese Jugendlichen, die radikalisiert sind, auch verstehen. Wenn wir sie nicht verstehen, wenn sie die Sprache nicht sprechen können, dann können sie nicht erfolgreich sein. Sie müssen die Sprache sprechen.

Wenn mich jemand fragt: „Hast du gewählt?“, weiß ich, was als Nächstes kommt. Dann sagt er zu mir: Wer nicht nach Allahs Worten handelt, der ist ungläubig. – Sie nennen uns auch ungläubig, nicht nur die anderen, die Nichtmuslime. Auch wir Muslime gelten bei denen als nichtgläubig.

Das heißt, wir müssen alle gemeinsam dafür kämpfen. Ich betone das Kämpfen extra. Wir müssen diese Jugendlichen bekämpfen. Wir müssen die Familien beraten. Wir müssen Einzelberatungen durchführen. Wir brauchen Streetworker. Man muss auf die Jugendlichen zugehen und sie ansprechen, ansonsten kommen Sie nicht an sie ran. Wenn sie in einer Gruppe sind – jeder kennt diese Gruppenverstärkung –, kommen sie nicht weiter. Sie müssen sich alle einzeln vornehmen. Dann kann man das schaffen. Wir haben schon Beispiele, in denen das geklappt hat. Mehr als 20 radikalisierte Jugendliche haben wir wieder auf Trab gebracht. Man muss sie mit ihren eigenen Worten bekämpfen.

Es wurde hier auch gesagt, dass wir nicht wirklich wahrgenommen werden. Das stimmt. Die Politik muss uns wahrnehmen, und zwar in dem Sinne, dass wir als muslimische Gesellschaft auch in dieser Gesellschaft teilhaben müssen und sollen. Das sollte auch diesen Jugendlichen vermittelt werden. Denn sonst radikalisieren Sie diese Jugendlichen, wenn es immer heißt: Du hast keine Ausbildung, du wirst nicht aufgenommen, du wirst von der Polizei mitgenommen. – Es lässt sich vieles aufzählen. Man spricht von Integration, aber diese Aufnahmegesellschaft hat den Integrationsprozess beendet, indem sie nicht aufnahmefähig war. Das muss man auch sagen.

Es werden immer die Muslime beschuldigt, es sind immer die anderen, die schlimmer sind. Nein, das ist unser Produkt. Es sind unsere Kinder, Ihre Kinder, meine Kinder. Die kann man nicht einfach wegschieben. Das geht nicht. Das Problem woanders hinschieben, heißt nicht, das Problem gelöst zu haben. Und wenn wir dieses Problem lösen möchten, dann müssen wir gemeinsam handeln. Wenn wir nicht gemeinsam handeln, dann verlieren wir noch mehr Kinder.

Ich bin zum Beispiel zu den Jugendlichen im Jugendhaus Gallus gegangen und habe sie gefragt: Jungs, was wollt ihr eigentlich? Was wollt ihr? Was geht dich das an, was ein anderer anzieht? Wen geht das etwas an, wie er denkt oder woran er glaubt? – Das geht keinen etwas an. Deine Religion sagt: Ikrahe fid Diyn. – Schluss. In der Religion gibt es keinen Zwang. Entweder man glaubt, oder man glaubt nicht.

Herr Wagishauser hat von Ahmadi-Muslimen gesprochen. Es gibt nur eine Art von Muslimen. Es gibt keine Trennung. Es gibt zwar Richtungen, aber es gibt nur eine Art von Muslimen. Entweder man glaubt – dann ist man Muslim –, oder man glaubt nicht. – Danke schön.

(Beifall)

Herr **Kuruyüz**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Mitglieder des Innenausschusses, des Kulturpolitischen Ausschusses und des Sozial- und Integrationspolitischen Ausschusses! Meine Damen und Herren! Im Namen der islamischen Religionsgemeinschaft Hessen bedanke ich mich bei Ihnen recht herzlich für Ihre Einladung zur heutigen mündlichen Anhörung.

Bei der heutigen mündlichen Anhörung will ich als Ergänzung zu unserer vorgelegten schriftlichen Stellungnahme nur drei grundsätzliche Aspekte für die möglichen Ursachen bzw. den Nährboden des Extremismus und der Radikalisierung in den Reihen der Muslime sowie mögliche Lösungsansätze dafür darstellen. Deshalb werde ich heute hier viele weitere Aspekte, die schon in den Ihnen vorgelegten Stellungnahmen von uns und auch von anderen Institutionen und Religionsgemeinschaften dargestellt wurden, nicht wiederholen.

Ein Staat ist gut und klug beraten, die Erziehung mündiger, selbstbewusster und komplexfreier Bürgerinnen und Bürger zu fördern, die ihre Meinungen frei äußern und auch politische und gesellschaftliche Missstände ohne Angst benennen können. Eingeschüchterte Menschen handeln heuchlerisch und nicht aufrichtig. Ausgegrenzte Menschen werden radikalisiert. Beide Erscheinungen sind für einen Staat und eine Gemeinschaft schädlich und gefährlich.

Als islamische Religionsgemeinschaft Hessen, IRH, verstehen wir uns seit unserer Gründung als Teil der hessischen bzw. deutschen Gesellschaft und setzen uns mit all unseren Möglichkeiten für das Wohl, den Frieden und die Sicherheit in unserer hessischen und deutschen Heimat ein. Gerade deshalb setzen wir uns auch mit Missständen sowohl in unseren eigenen Reihen hier und der islamischen Welt als auch mit Missständen in unserem Land Hessen und Deutschland sowie in den anderen Teilen der Welt kritisch auseinander. Wir sind offen und transparent und haben keine Komplexe. Aber vor allem bemühen wir uns, zur Lösung und Überwindung der Missstände und Probleme konstruktiv beizutragen.

Nun darf ich Sie herzlich bitten, meinen heutigen kritischen und selbstkritischen Kurzvortrag im Sinne eines konstruktiven Beitrags zu verstehen. Dieser befasst sich, wie gesagt, mit dem Nährboden für bzw. den Ursachen des Extremismus unter Muslimen und entsprechenden Lösungsansätzen.

Erstens: die westliche europäische Politik in der islamischen Welt und ihre Auswirkungen auf unser Zusammenleben hierzulande. Seit circa einem Jahr beschäftigt uns und die ganze Welt der ISIS bzw. IS, Islamische Staat, im Irak und in Syrien. Er wird nunmehr von einer internationalen Allianz unter Führung der USA durch militärische Operationen bekämpft. Ob das Terrorregime Islamischer Staat – in Anführungszeichen – „militärisch“ vernichtet werden kann, ist fraglich. Wenn der IS geht, kommt eine andere Terrororganisation mit einem anderen Namen, solange der Nährboden und die tatsächlichen Ursachen des Terrorismus nicht mit den richtigen Mitteln bekämpft werden.

Wir müssen die Tatsachen einsehen und zugeben: Mit ihren militärischen Aggressionen nach dem 11. September 2001 gegen den Irak und Afghanistan, mit ihren Folgen von Millionen von Opfern, mit ihren einseitigen proisraelischen Parteinamen im israelisch-palästinensischen Konflikt, ihren falschen Strategien in Syrien, mit ihrer Unterstützung für Diktaturen und mit ihrem doppel-moralischen Demokratieverständnis in der islamischen Welt, wie zuletzt in Ägypten, haben die USA und die westlichen europäischen Staaten entscheidend dazu beigetragen und sind mitverantwortlich dafür, dass sich Teile der islamischen Welt zu einem Sumpf des Extremismus, des Terrorismus und der Gewalt verwandelt haben.

Wir alle können mehrmals den Terrorismus verurteilen, aber es ist an der Zeit, dass wir uns nun über die Ursachen und Folgen des Extremismus und des Terrorismus sowie über die

richtigen Methoden zu deren Bekämpfung gründlich und ernsthaft Gedanken machen. Ohne die ursprünglichen Ursachen zu beseitigen, kann man den Extremismus und den Terrorismus nicht erfolgreich bekämpfen.

Das heißt nicht, dass der Terrorismus und das Töten von Menschen durch irgendwelche Gründe auch immer zu legitimieren und zu rechtfertigen sind. Die Politik der westlich-europäischen Staaten im Nahen Osten und der islamischen Welt wird von der überwiegenden Mehrheit der Muslime dort, in der islamischen Welt, und hier, in unserem Land, als doppelamoralisch, arrogant und demütigend wahrgenommen, und gerade dies wird von extremistischen Gruppierungen auch hier in unserem Land Hessen und Deutschland zu ihren Zwecken instrumentalisiert, einen Kampf der Kulturen und Religionen, einen Kampf zwischen der westlichen und islamischen Welt zu schüren.

Solange vor allem die westlich-europäischen Staaten ihre bisherige falsche Politik und Strategien im Nahen Osten und der islamischen Welt nicht korrigieren, können der Terrorismus und Extremismus in Teilen der islamischen Welt und ihre negativen Auswirkungen auf unser Zusammenleben hierzulande und in Europa nicht überwunden werden. Eine gerechtere Welt ist auch eine sichere Welt. Gleichberechtigt und gerecht behandelte Menschen neigen kaum zu Unterstützung von Extremismus und Terrorismus. Deshalb muss man einerseits den terroristischen Gewalttätern unabhängig von ihren religiösen und nationalen Zugehörigkeiten und von ihren Beweggründen entschlossen entgegen treten. Andererseits muss man langfristige Anstrengungen verstärken, die zur sozialen Gerechtigkeit in der Welt und zum Frieden der Völker beitragen.

In diesem Sinne rufe ich Sie, die Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen im Hessischen Landtag, und unsere Hessische Landesregierung auf, mit Ihren Möglichkeiten über die Bundesregierung zu einem Umdenken in der internationalen Politik im Zusammenhang mit der Lösung der Konflikte in der islamischen Welt und dem Nahen Osten beizutragen und somit den Dialog und Frieden der Kulturen statt den Kampf der Kulturen zu fördern. Dadurch kann entscheidend dazu beigetragen werden, den Extremisten auch in unserem Land Hessen und Deutschland den wichtigen Nährboden und Missbrauch zu entziehen.

Zweitens: verkehrtes Islamverständnis in den Reihen der Muslime und ihre Bekämpfung durch innerislamische, selbstkritische Erziehungsarbeit. Bei aller berechtigten Kritik an der Mitschuld der Großmächte an dem Konflikt im Nahen Osten und ihren Auswirkungen auf Extremismus und Terrorismus hierzulande, welche ich eben darstellte, müssen wir Muslime in Deutschland erst selbstkritisch unsere eigene Verantwortung hinterfragen und Muslime in der Region ihr verkehrtes Islamverständnis überdenken. Dieses verkehrte Islamverständnis ist nicht das Islamverständnis, das wir aus dem Koran und der Sunna ableiten, das heißt aus dem Leben des Propheten Mohammed. Friede sei mit ihm.

Nicht nur Muslime werden von diesem Terrorregime des sogenannten Islamischen Staates im Irak und Syrien brutal ermordet. Wir alle sind entsetzt über die Brutalität dieser Terroristen, über deren Massaker an Christen und Jesiden wie auch anderen Muslimen. Ihr Endziel ist nach ihren eigenen Angaben die Eliminierung aller Andersgläubigen, das heißt vor allem auch aller Muslime, die sich ihrem verkehrten und barbarischen Islamverständnis nicht unterwerfen. Dies zeigt, dass Opfer des Terrors alle Menschen werden, die nicht in das Weltbild der Extremisten passen. Zahlenmäßig sind die meisten Opfer Muslime. Es sind Sunniten, Schiiten und Aleviten in Syrien und Irak und in anderen Teilen der Welt.

An dieser Stelle möchte ich die Worte des Vorsitzenden der SCHURA Hamburg Mustafa Yoldas bei der Fachtagung „Extremismus als islamische und gesellschaftliche Herausforderung der SCHURA Hamburg“ vor Kurzem gerne zitieren – an dieser Fachtagung haben auch wir als IRH mitgewirkt –:

Dieses Problem betrifft uns Muslime ... also ganz zentral. Dieser Extremismus ist zu einer realen Bedrohung für die Zukunft unserer Glaubensgemeinschaft geworden. Wir werden die Auseinandersetzung mit dem Extremismus innerhalb der muslimischen Gemeinschaft aber nicht gewinnen, wenn wir seine Ursachen verdrängen. Floskeln wie „das hat mit dem Islam nichts zu tun“ oder „das sind keine Muslime“ bringen uns da nicht weiter. Deshalb brauchen wir Muslime eine tiefer gehende innerislamische Auseinandersetzung darüber, was die ideologischen Grundlagen des religiösen Extremismus sind.

Es ist auch nicht hilfreich, die Verbrechen der Extremisten mit den Gewalttaten der vermeintlichen Feinde des Islams und Verschwörungstheorien zu relativieren, zu verharmlosen oder gar zu rechtfertigen, denn die Realität ist leider oft schlimmer als alle Verschwörungstheorien zusammen.

Es muss also im ureigenen Interesse der Muslime sein, sich von denjenigen zu bereinigen, die diese wunderbare Religion ... der Barmherzigkeit, der Gerechtigkeit, der Liebe und des Friedens in Misskredit und Verruf bringen. Schaut man sich die Ergebnisse der abscheulichen Gewalttaten dieser Mörderbanden weltweit an, so erweisen sie einen Bärendienst für den Islam und verstärken weltweit ... die Islamfeindlichkeit.

Gerade wir als islamische Verbände und Religionsgemeinschaften müssen hier klar Position beziehen und diese innerislamische Auseinandersetzung führen. Wir müssen sie in unsere Gemeinden und Vereine tragen und damit unsere Basis erreichen, insbesondere unsere Jugendlichen. Wenn nicht das richtige Bewusstsein entwickelt und gestärkt wird, finden extremistische Verführer immer wieder Einflussmöglichkeiten, gerade wenn das islamische Wissen gering und die sozialen Probleme groß sind.

Als Islamische Religionsgemeinschaft Hessen rufen wir in vielen unserer öffentlichen Veranstaltungen diejenigen muslimischen Jugendlichen auf, die dem Dschihad-Aufruf der extremistischen Gruppen dieses verkehrten Islamverständnisses, auch in Hessen und Deutschland, folgen und in diese Krisenregionen in der islamischen Welt reisen und da im Namen dieses verkehrten Dschihad-Verständnisses kämpfen, dieses verkehrte Islam- und Dschihad-Verständnis kritisch zu hinterfragen.

Das oben dargestellte verkehrte Islamverständnis ist auf gar keinen Fall durch den Koran und die Sunna zu begründen. Dann werden Sie bestimmt die berechtigte Frage stellen: Wie kann man dann das alles erklären? Abgesehen von vielen weiteren Ursachen und Gründen gebe ich hier eine kurze und grundsätzliche Antwort: „Bienen trinken Wasser, geben Honig. Schlangen trinken Wasser, geben Gift.“ In diesem Zusammenhang stellen wir immer wieder fest: Die extremistischen, fanatischen und den Koran formal studierenden Muslime und Islamhasser und Islamfeinde insbesondere in der westlichen Welt haben eines gemeinsam: Sie nehmen bestimmte Verse aus dem Koran, losgelöst von ihrem Gesamtzusammenhang und ihrem historischen Kontext und ohne ihre Offenbarungsgründe, heraus und nutzen diese Verse zu ihrem Zweck aus. Die Ersten versuchen,

dadurch ihr verkehrtes Islamverständnis zu begründen, und die Zweiten wollen dadurch den Islam als eine böse und die Gewalt verherrlichende Religion darstellen. Deshalb müssen wir alle gemeinsam, Muslime und Gesamtgesellschaft, gegen diese beiden, nämlich die extremistischen Muslime und Islamhasser, konsequent vorgehen. Denn sie stiften damit nur Unfrieden, Hass und Feindschaft.

Drittens: Staatsverträge. Islamische Religionsgemeinschaften nicht als Sicherheitspartner, sondern als Kooperationspartner des Staates in allen Muslime betreffenden Bereichen anerkennen. Zum Schluss schlage ich unserer Hessischen Landesregierung vor, Staatsverträge mit islamischen Religionsgemeinschaften in Hessen abzuschließen. Muslime und islamische Religionsgemeinschaften dürfen nicht nur als Sicherheitspartner betrachtet und behandelt werden, sondern sie sollen als Kooperationspartner des Staates in allen Muslime betreffenden Bereichen anerkannt werden. Denn die Gleichberechtigung der islamischen Religionsgemeinschaften durch Staatsverträge wie mit den Kirchen kann und wird unter anderem und zugleich zu einer besseren und wirksamen Prävention gegen Radikalisierung in den Reihen der Muslime beitragen. Diese Staatsverträge werden die Identität bzw. das Zusammengehörigkeitsgefühl der Muslime mit und zu ihrer Heimat Hessen sowie das Vertrauensverhältnis zwischen dem Land Hessen und den Muslimen entscheidend stärken.

In diesem Sinne führen wir seit langem Gespräche mit allen Fraktionen im Hessischen Landtag. Wir setzen unsere diesbezüglichen Gespräche mit Fraktionen fort. Bei diesen Gesprächen stellen wir unser Konzept ausführlich dar.

Aus zeitlichen Gründen möchte ich heute die Einzelheiten dieses Konzeptes nicht aufzählen. Ich stehe Ihnen, meine Damen und Herren, für Ihre Fragen oder auch für Gesprächstermine in der Zukunft gerne zur Verfügung. – Nochmals vielen Dank für Ihre Einladung zur Anhörung und für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Frau **El-Jezawi**: Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren! Wir möchten uns im Namen der Muslimischen Jugend und auch im Namen des Vorstands sehr herzlich für die Einladung zur heutigen Anhörung bedanken. Als Vertreter junger Muslime gehört zu werden, ist für uns insofern sehr wichtig, als junge Muslime in dreifacher Hinsicht von der Thematik betroffen sind.

Erstens sind wir den Anfeindungen und Gefahren der Extremisten ebenfalls ausgesetzt. Denn Drohvideos, Hassmails, verbale Anfeindungen oder auch Druck auf Jugendliche seitens der Extremisten, nicht an unseren Veranstaltungen teilzunehmen, begleiten uns schon seit 20 Jahren, also quasi seit Beginn unserer Arbeit. Zweitens sind wir es, weil gerade junge Muslime paradoxerweise im gleichen Atemzug auch zunehmend als potenzielle Gefahr stigmatisiert werden, und drittens sind wir von dieser Thematik betroffen, weil wir in unserer Arbeit tagtäglich mit muslimischen Jugendlichen aus unterschiedlichsten Hintergründen zu tun haben.

Als Akteur der Jugendverbandarbeit möchten wir deshalb vor allem über unsere Erfahrungen in der Praxis berichten, und deswegen werde ich jetzt zum besseren Verständnis erst einmal ein paar Worte über die Arbeit der MJ und über die MJ selbst verlieren. Die Muslimische Jugend in Deutschland, kurz MJD, wurde 1994 mit dem vorrangigen Ziel

gegründet, muslimische Jugendliche zusammenzubringen und ihnen vor allem dabei zu helfen, eine deutsch-muslimische Identität zu entwickeln.

Das Angebot der Muslimischen Jugend ist dabei mit der Jugendarbeit anderer, zum Beispiel christlicher Verbände, vergleichbar. Das heißt, wir haben zum Beispiel offene Jugendtreffs, Sportveranstaltungen, Freizeiten und auch Reisen im Programm. Die Veranstaltungen sind sowohl für muslimische als auch für nichtmuslimische Jugendliche offen. Mit den Ideen und Prinzipien der muslimischen Jugend haben sich viele Jugendliche sehr schnell identifizieren können, weshalb wir heute, nach 20 Jahren Arbeit, der größte von Erwachsenenverbänden unabhängige muslimische Jugendverband in Deutschland sind.

Nun zum Thema. Die Tatsache, dass sich nur eine absolute Minderheit von Muslimen überhaupt radikalisiert, ist unbestritten. Und das ist ein wichtiger Indikator dafür, dass neben dem Religionsverständnis besonders auch gesellschaftliche und individuelle Ursachen hinzukommen, also zum Beispiel biografische Brüche, schwierige Familienverhältnisse, Perspektivlosigkeit und noch vieles mehr und oft auch in Verbindung miteinander. Dazu haben wir letzte Woche schon sehr viel gehört. Erst auf dieser Grundlage können vermeintlich theologische Argumente überhaupt zum Tragen kommen. In diesem Sammelsurium, nämlich aus Identitätssuche, aus Gemeinschaftssuche und auch aus Vorbildsuche, bietet radikales Gedankengut eine absolute Wahrheit und auch eine einfache Orientierung für die Jugendlichen.

Deshalb möchten wir als wichtigste Ansatzpunkte ergänzend zu unserer Stellungnahme zwei Punkte besonders hervorheben: erstens die Förderung einer deutsch-muslimischen Identität und zweitens bei allen Maßnahmen die Zusammenarbeit mit muslimischen Akteuren. Zum besseren Verständnis gehe kurz auf die beiden Punkte ein.

Zunächst zur Förderung einer deutsch-muslimischen Identität. Wir halten eine authentische und selbstbestimmte deutsch-muslimische Identität in diesem Zusammenhang für eigentlich allesentscheidend. Denn den Jugendlichen darf nicht nur erzählt werden, was sie nicht sein dürfen, sondern man muss ihnen auch mit Leidenschaft und mit greifbaren Vorbildern Orientierung auf die Frage geben: Wer bin ich eigentlich? Wohin gehöre ich? Und zu wem gehöre ich?

Unsere Antwort muss eindeutig sein: Du bist ein Teil dieses Landes. – Insofern hat die Aussage unseres Innenministers, Herrn de Maizière, der gesagt hat: „Dschihadisten sind unsere Söhne und Töchter“, sehr viel Bedeutung.

Die Muslimische Jugend hat sich von Anfang an eigentlich nicht nur als deutschsprachige Organisation, sondern vor allem als deutsche Organisation junger Muslime, die hier beheimatet sind, gesehen und hat hier auch eine Vorreiterrolle inne.

Man muss sagen, inzwischen hat sich in Sachen deutschsprachiger Islam sehr viel getan, besonders in den Moscheen. Dabei müssen wir auch einigen Vorrednern ganz eindeutig widersprechen. In den Moscheen ist mittlerweile sehr viel geschehen, natürlich auch durch die Einführung der islamischen Theologie an den Universitäten. Das ist ein wichtiger Schritt, und das ist auch ein guter Schritt, den wir auch anerkennen müssen. Aber es muss noch einen Schritt weiter gehen. Das sehen wir ganz eindeutig so. Denn wenn wir uns die eine oder andere Hasspredigt anschauen, sehen wir, dass sie auch in deutscher Sprache gehalten ist.

Das heißt also, die Sprache allein macht nur ein absolutes Minimum aus, genügt aber noch nicht, um die jungen Muslime in diesem Land auch zu beheimaten. Wir benötigen darüber hinaus vielmehr eine allgemeine Zugehörigkeit und Identifikation mit der Gesellschaft und diesem Land als deutsche Bürger. Das Schaffen aber einer solchen deutsch-muslimischen Identität ist dabei kein Selbstläufer, sondern bedarf einer zielorientierten Umsetzung und erfordert auch eine aktive Förderung. Dazu müssen Angebote von und auch für junge Muslime geschaffen werden, die inhaltlich vermitteln und vorleben, dass ihr Glaube und ihr Leben in Deutschland in keinem Widerspruch zueinander stehen.

Zu diesem Anlass sind regelmäßige Angebote wie zum Beispiel Workshops, Seminare und Bildungsreisen vonnöten, insbesondere auch zum Thema „Islam und Demokratie“, aber vor allem auch Diskussionen mit Politikern. Einige Angebote, die zum Beispiel die MJD leistet, können Sie auch unserer Stellungnahme entnehmen. Deswegen gehe ich darauf jetzt erst einmal nicht weiter ein.

Man muss aber sagen, dass das alles vor allem, aber auch nicht nur die muslimischen Akteure in die Pflicht nimmt. Wir müssen uns aber auch gesamtgesellschaftlich fragen: Was tun wir eigentlich, um solche Angebote nicht nur zu fordern, sondern auch zu fördern?

Wir appellieren daher an die Vertreter der Politik und damit natürlich auch an Sie, verehrte Abgeordnete, Gesprächsangebote mit muslimischen Jugendlichen noch stärker wahrzunehmen und auch selbst zu initiieren. Uns ist klar, dass wir mit solchen Programmen nur einen Teil der Jugendlichen ansprechen. Dennoch sehen wir eindeutig die Früchte unserer Arbeit. Denn bis dato konnten und können wir durch Projekte wie die eben genannten, aber auch durch die intensive Präsenz von Politikern auf unseren eigenen Veranstaltungen Jugendliche, die zunächst abweisend gegenüber politischer Beteiligung waren, dafür gewinnen, sich zum Beispiel an Wahlen zu beteiligen oder sich auch selbst politisch zu engagieren. Diese Jugendlichen wiederum sind Träger in ihren eigenen lokalen Communities und in ihren Freundeskreisen, und daraus entsteht eine Art Schneeballsystem. Insofern ist die Entwicklung einer solchen deutsch-muslimischen Identität zwar ein langer Prozess, aber unseres Erachtens nach alternativlos, um langfristig proaktiv gegen Radikalisierung zu wirken.

Wir müssen uns hierbei auch ganz eindeutig klar machen, dass die Entwicklung dieser deutsch-muslimischen Identität keine Einbahnstraße ist, sondern die Mehrheitsgesellschaft gleichermaßen in Anspruch nimmt. Deswegen müssen wir uns auch sehr selbstkritisch fragen: Wie offen ist die Mehrheitsgesellschaft eigentlich für junge, selbstbewusste Muslime, die ganz selbstverständlich für sich in Anspruch nehmen, deutsch zu sein?

Wir erleben zum Beispiel, dass Vorbehalte sowohl innermuslimisch als auch in der Mehrheitsgesellschaft gegenüber einem Selbstverständnis als deutsche Muslime bestehen, und diese machen es für junge Muslime extrem schwer, einen selbstverständlichen Umgang mit der eigenen Biografie zu entwickeln, weil sie in alle Richtungen gezerrt werden. Dabei sind Ausgrenzungserfahrungen, antimuslimischer Rassismus und auch die Konflikte in Ländern wie Syrien, über die wir heute schon sehr viel gehört haben, mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung, welche auch von den Radikalen für sich instrumentalisiert werden, die von den Jugendlichen vermischt werden und dann kollektiv dem Westen angelastet werden. Dieses Sammelsurium an Umständen, mit dem die Jugendlichen sehr unterschiedlich umgehen, kann als Wind in den Segeln der Radikalen

genutzt werden, als Begründung einer vermeintlichen Feindschaft zwischen Muslimen und dem Westen dienen und somit schnell in einem Schwarz-Weiß-Denken in „wir“ und „die“ münden.

Deshalb ist es extrem wichtig, Zeichen der Zugehörigkeit und Anerkennung der Muslime zu setzen und antimuslimischem Rassismus aktiv entgegenzuwirken. In diesem Kontext möchten wir ein Plädoyer für die Dialogarbeit aussprechen. Auch wenn sie nicht das Label der präventiven Deradikalisierung trägt, ist sie erst einmal genau das, was sie leistet, nämlich erst durch die Begegnung mit dem Gegenüber wird das Schwarz-Weiß-Denken erschüttert und eine neue Sichtweise auf den anderen ermöglicht. Die Veränderungen, die wir in und durch die Dialogarbeit in unserer Arbeit bei Jugendlichen beobachten, sind enorm.

Ein Beispiel aus der Praxis aus unserer eigenen Erfahrung ist eine interreligiöse Gedenkstättenfahrt nach Berlin und Auschwitz, an der wir regelmäßig mit unseren Jugendlichen teilnehmen. Die Eindrücke, Gedanken und Gespräche, die man hierdurch gewonnen hat, bauen Antisemitismus und Vorurteile aller Art viel besser ab, als es durch theoretische Abhandlungen jemals möglich wäre.

Zu guter Letzt bedarf es auch der Anerkennung und Unterstützung und Zusammenarbeit mit muslimischen Akteuren in all diesen Bereichen. Ich hatte es eben kurz erwähnt. Ein ganz eindeutiges Problem ist, dass nicht nur wir als MJ uns im Kontext der Thematik oft in einer sehr paradoxen Doppelrolle wiederfinden. Einerseits sind wir aufgrund unseres Selbstverständnisses schweren Auseinandersetzungen auch mit Teilen der muslimischen Community und Anfeindungen von Extremisten ausgesetzt. Andererseits müssen wir uns zugleich selbst gegen Islamismus-Vorwürfe behaupten. Obwohl die vielen Kooperationspartner, Politiker aller Parteien, Journalisten und Wissenschaftler, mit denen wir teils schon seit Jahrzehnten zusammenarbeiten, keinerlei Zweifel an der Verfassungstreue der MJD hegen, sondern, ganz im Gegenteil, ihren demokratischen Einsatz loben, werden wir von anderen bisweilen immer noch skeptisch beäugt.

Entscheidend ist jedoch in der Arbeit, dass man kritisch aber differenziert und sachlich ohne Voreingenommenheit den muslimischen Akteuren begegnet und damit religiös lebende Muslime nicht auf diese oder auf ähnliche Art zu Unrecht verdächtigt. Ein wichtiger Schritt hierzu ist es, vor allem sich selbst ein Bild von der Arbeit zu machen, um eine authentische Einschätzung zu treffen und nicht als Kollateralschaden im Zuge eines Generalverdachts diejenigen Akteure ins Visier zu nehmen, die sich für die freiheitlich-demokratische Grundordnung aktiv einsetzen.

Das ist gerade deshalb wichtig, weil die jungen Muslime einen entscheidenden, wenn nicht sogar den entscheidenden Beitrag zu Deradikalisierungsprojekten leisten können, nämlich die Einnahme einer Vorbildrolle. Unserer Erfahrung nach stammen sich radikalisierende junge Leute meistens gerade nicht aus besonders religiösen Familien, sondern haben in der Regel die Religion neu für sich entdeckt. Das heißt, die Religion ist etwas Neues in ihrem Leben, und es fehlt ihnen oft ein Leitbild im Umgang mit der Religion und vor allem auch schon mit Alltagsfragen.

Zum Ende ein praktisches Beispiel dafür: die Beteiligung junger Frauen und die gemischtgeschlechtliche Zusammenarbeit. Bei Letzterer müssen wir als Muslime selbstkritisch einräumen, dass das ein Thema ist, mit dem sich viele schwertun. Daher sorgt die Tatsache, dass unsere Aktivitäten vor allem jetzt in der Regel gemischtgeschlechtlich

stattfinden, häufig für Diskussionen mit Moscheegemeinden, Eltern und Jugendlichen. Was tun wir dagegen? Wir fördern das ganz aktiv. Beispielsweise gibt es bei uns eine Geschlechterquote für den Vorstand – wohlgemerkt eine Geschlechterquote und keine Frauenquote –, und zwar bereits seit 20 Jahren, also lange bevor dieser Begriff in der Öffentlichkeit auftauchte.

Workshops zum Thema „Geschlechtergerechtigkeit und Empowerment“ sind bei uns ein fester Bestandteil jeder Veranstaltung. Das ist das eine. Getreu dem Motto „Worte sind Zwerge und Beispiele sind Riesen“ ist es aber viel wichtiger, nicht nur darüber zu reden, sondern vor allem positive Erfahrungen und Vorbilder bei diesem Thema zu schaffen. Daher ist es uns sehr wichtig, dass in unseren Arbeitsgemeinschaften und Veranstaltungen gemischtgeschlechtlich gearbeitet wird und Führungsaufgaben gleichermaßen übernommen werden. Auf diese Weise erleben die Jugendlichen hautnah, dass Jungen und Mädchen problemlos zusammenarbeiten können und diese Zusammenarbeit für alle eine Bereicherung ist. Dadurch entstehen keinerlei Konflikte.

Solche Vorbilder, wie ich sie eben als Beispiele angeführt habe, werden auf allen Ebenen gebraucht. Die Muslimische Jugend, aber auch andere muslimische Akteure weisen hierbei mittlerweile eine sehr große Anzahl an Jugendlichen mit sehr positiver Integrationsgeschichte auf, die als greifbare Vorbilder fungieren können. In Zusammenarbeit mit Politik und Bildungseinrichtungen können wir so also gemeinsam daran arbeiten, vermeintliche Feindbilder zu dekonstruieren und der kollektiven Stigmatisierung einer gesamten Bevölkerungsgruppe entgegenzutreten. Hierbei gilt auch immer, sich daran zu erinnern, dass junge Muslime in der Regel vor allem positiv auffallen bzw. nicht negativ auffallen und dass der geringe Prozentsatz an radikalisierten Jugendlichen nicht stellvertretend für eine ganze Gruppe gehandelt werden darf.

Deshalb wünschen wir uns für die Zukunft – das möchte ich zum Abschluss auch als Ergebnis für diese Anhörung unterstreichen –: Kommen Sie mit den muslimischen Jugendlichen ins Gespräch. Nehmen Sie sie als vollwertige Gesprächspartner wahr, die es zu hören und auch einzubringen gilt. Machen Sie sich ein eigenes Bild von der Jugendarbeit muslimischer Verbände und Vereine, und holen Sie diese auch für eine Zusammenarbeit ins Boot. Lassen Sie uns dann auch gemeinsam dafür sorgen, dass Deutschland ein Land bleibt, in dem man sich gleichgültig seiner Religion, seiner Herkunft oder seiner kulturellen Besonderheiten heimisch und gut aufgehoben fühlt. – Für weitere Fragen stehen wir Ihnen, wie gesagt, gleich gerne zur Verfügung. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Vorsitzende Claudia Ravensburg:** Vielen Dank, Frau El-Jezawi. Bei diesem engagierten Vortrag konnte ich nicht einmal auf die Uhr verweisen. Vielen Dank. – Ich eröffne die Fragerunde und habe zunächst eine Wortmeldung von Herrn Greilich.

Abg. **Wolfgang Greilich:** Ich habe drei Fragen. Ich möchte mit den Fragen an Frau El-Jezawi beginnen. Vielen Dank für Ihren Vortrag. Mir drängte sich gerade zum Ende des Vortrags die Frage auf – Sie haben mehrfach betont, dass Sie ein unabhängiger Jugendverband sind –: Wie ist denn die Akzeptanz Ihrer sehr klaren Positionen? Wie emp-

finden Sie das in den Moscheegemeinden und in den verschiedenen islamischen Verbänden?

Die zweite Frage richtet sich an Herrn Dogan. Herr Dogan, Sie haben uns nicht alles vortragen, was Sie schriftlich eingereicht haben. Das ist auch etwas Besonderes. In Ihrer Stellungnahme ist ein Thema besonders aktuell, das Sie am Ende abhandeln, nämlich die Frage der Gefängnisseelsorge. Dazu haben Sie sehr klar gesagt, es gibt keine ausreichende Gefängnisseelsorge. Sie fordern eine Gleichstellung zu evangelischer und katholischer Gefängnisseelsorge. Die Justizministerin hat gestern bzw. in den letzten Tagen Entsprechendes gefordert bzw. angekündigt und gesagt, dass es dort einen großen Bedarf gebe. Meine Frage an Sie: Kann man den Bedarf denn decken – Herr Meyer ist inzwischen auch anwesend –, und wenn ja, kann man das, ohne dass es etwas kostet?

Meine dritte Frage richtet sich an Herrn Wagishauser. Herr Wagishauser, Sie haben insbesondere im ersten Teil Ihres Vortrages – so habe ich es verstanden – die Meinung vertreten, der Islam habe nichts mit dem Terrorismus zu tun. Das haben wir in den vergangenen Monaten häufiger gehört. Ich will Ihnen eine Frage stellen, die von denjenigen formuliert worden ist, die für den islamischen Religionsunterricht ausbilden, nämlich dem Zentrum für Islamische Studien Frankfurt/Gießen. Ich zitiere die Frage wörtlich und stelle sie so: „Wie kann etwas, das islamisch legitimiert wird, indem es sich auf die Schriften und Lehren des Islam beruft, kein Problem für die Muslime sein oder nichts mit dem Islam zu tun haben, wie es häufig heißt?“

Abg. **Turgut Yüksel:** Ich habe drei Fragen an drei verschiedene Personen. – Herr Abdassamad El-Yazidi, Sie haben gesagt, das Problem liege darin, dass Sie den Islam nicht gut vermarkten und den Jugendlichen nicht der wahre Islam nahegebracht wird. Ist es nicht ein Problem, zu definieren, was der wahre Islam ist? Schließlich gibt es unterschiedliche Definitionen.

An Herrn Kuruyüz richtet sich die Frage: Ist es denn nicht zu kurz gegriffen, wenn man Islamismus bzw. den politischen Islam nur auf salafistische oder dschihadistische Ideologien reduziert? Ist es darüber hinaus nicht auch zu kurz gegriffen, wenn Sie sagen, die Ursachen lägen hauptsächlich nicht in der islamischen Welt, sondern vielmehr in der falschen westlichen, amerikanischen oder israelischen Politik begründet? Sie haben keine weiteren Ausführungen dazu gemacht. Es gibt 1,5 Milliarden Muslime, und wir wissen, dass 90 % der Muslime in muslimischen Ländern leben. Ist es nicht zu kurz gegriffen, die Ursachen der Ungerechtigkeit, die in diesen Ländern herrscht, immer außerhalb zu suchen? Sollten sich die Länder nicht auch selbst fragen, wo sie Fehler gemacht haben, unabhängig von ISIS oder anderen radikalen Organisationen?

Eine letzte Frage richtet sich an die Muslimische Jugend. Ich fand Ihren Vortrag sehr gut. Da ich ihn ernst nehme, würde ich gerne Ihre kollektive Identitätssuche infrage stellen. Denn wir können keine kollektive islamisch-deutsche Identität in Deutschland schaffen. Das wird schon allein schwer zu definieren sein. Denn es geht um einzelne Personen.

Solange diese Organisationen – Sie haben wahrscheinlich auch engen Kontakt zu bestimmten Mutter- oder Dachorganisationen – ihre Verbindungen zu den jeweiligen Herkunftsländern nicht zu 100 % abbrechen und solange sie nicht eine Organisation der

Bundesrepublik Deutschland sind und ihre Identität nach Deutschland richten, dann wird es schwierig sein, eine deutsch-islamische Identität nach Ihrem Sinne zu gestalten.

Abg. **Ismail Tipi**: Meine erste Frage richtet sich an Herrn El-Yazidi. Sie sprachen davon, dass man als gläubiger Muslim auch gegenüber Andersgläubigen tolerant sein sollte, zum Beispiel gegenüber den Salafisten. Ist das nicht ein Grundgedanke, der die Salafisten bei uns in Hessen, in Deutschland und allgemein in Europa überhaupt hoffähig macht?

Sie sprachen auch von Ignoranz, die man gegenüber diesen Gruppen zeigen sollte, und gaben nach meinem Verständnis der Gesellschaft und auch den Medien eine Mitschuld daran, dass Gruppen wie Pegida durch neuen Zulauf gefördert werden. Finden Sie nicht auch, dass gerade die Ignoranz dieser Leute eine der größten Bedrohungen für unseren demokratischen Rechtsstaat und für unseren inneren Frieden darstellt? Ist Ignoranz an der Stelle überhaupt das Richtige?

Meine nächste Frage richtet sich an Herrn Wagishauser und an Herrn Dogan von der DITIB. Wie beurteilen Sie diese Bücher, die in unseren Straßen und Innenstädten mit dem Namen „Koran“ verteilt werden? Sie haben sich diese Büchlein als Gemeinde und Dachverbände sicher angeschaut. Ist das überhaupt der Koran, was dort verteilt wird? Darf man diese Zusammenfassung, diese salafistische Gesinnung als Koran bezeichnen? Ist der Koran nicht etwas anderes? Würden Sie diese Büchlein der Salafisten in den „Lies!“-Projekten und in den Moscheen der DITIB, aber auch in der Ahmadhiyya-Gemeinde ohne Bedenken an die Gäste verteilen? Vertreten Sie diese Bücher als Koran?

Eine weitere Frage richtet sich ebenfalls an Herrn Dogan. In vielen Moscheen und auch in der Ahmadhiyya-Gemeinde verzeichnet man einen starken Zugang von Menschen, die man auch an den „Lies!“-Ständen sieht, die sich also zu einer salafistischen Gesinnung bekennen. Sollte man diesen Leuten keine Hausverbote in den Moscheen erteilen? Ist es richtig und angebracht, dass sie die Moscheen mit salafistischer und sogar mit extremistischer Gesinnung als Demokratie- und Verfassungsfeinde weiterhin besuchen können und dürfen?

Meine nächste Frage richtet sich an Herrn Kuruyüz. Sie haben gesagt, dass eine gerechte Welt auch eine sichere Welt sei. Wo sehen Sie eigentlich Ungerechtigkeiten in Hessen? Schließlich ist dieser Zulauf zu den Salafisten ziemlich groß. Wir sind vielleicht nicht unbedingt eine Hochburg, aber die Zahlen der Menschen mit einer salafistischen Gesinnung steigen auch in unserem Land. Deshalb würde mich interessieren, wo Sie die Ungerechtigkeiten sehen, die zu solchen Unsicherheiten bei uns in Hessen führen.

Eine weitere Frage an Sie lautet: Glauben Sie nicht, dass gerade die muslimischen Verbände oder die Gemeinden doch etwas zu spät und nicht sensibel genug reagiert haben, obwohl wir diese salafistische Gesinnung nicht erst seit ein paar Wochen und Monaten in unseren Reihen haben? Hätten sich die muslimischen Gemeinden nicht vielleicht doch vor Jahren schon von dieser Gesinnung distanzieren sollen?

Eine letzte Frage richtet sich an Frau El-Jezawi. Vielen herzlichen Dank für Ihre Ausführungen. Es war besonders interessant, zu hören, wie junge Leute auf dieses Thema reagieren. Mich würde trotzdem interessieren, was junge Menschen und insbesondere jun-

ge Damen fasziniert, zu diesen Pierre-Vogel-Veranstaltungen zu gehen, und zwar zum größten Teil mit westlicher Bekleidung, obwohl die Frauen doch wissen müssten, dass gerade die Gesinnung der Salafisten Frauen entrechtet und ihnen ihr Gesicht nehmen wollen, indem sie sie vielleicht auch zur Burka zwingen wollen? Wie sehen Sie diese Faszination? Wo machen wir als Gesellschaft Fehler, dass diese jungen Frauen an solchen Veranstaltungen teilnehmen? – Danke schön.

Abg. **Hermann Schaus:** Frau Vorsitzende, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst mit den Damen von der Muslimischen Jugend beginnen. Ich habe insgesamt drei Fragen an Sie. Ich finde es sehr mutig von Ihnen, wenn Sie sagen: Wir als Verein treten dafür ein, eine deutsch-muslimische Identität zu schaffen und das auch zu verbreiten.

Wie kann Politik Sie unterstützen, oder wie kann Politik das, was Sie als Idee haben, unterstützen, nämlich – ich würde es einmal so formulieren – eine deutsch-muslimische Akzeptanz herzustellen? Denn das ist sozusagen die andere Seite dessen, was Sie fördern. Gibt es aus Ihrer Sicht Forderungen oder Maßnahmen? Ich habe heute Morgen an anderer Stelle schon einmal gefragt: Wie ist es denn sozusagen mit einer Wahlrechtsnovellierung im Hinblick auf Nicht-EU-Mitglieder? Wie ist es denn mit einem kommunalen Wahlrecht ab 16 Jahren? Sind das zum Beispiel politische Forderungen, die Sie unterstützen und für sinnvoll halten würden, oder welche Maßnahmen hielten Sie für sinnvoll?

Dann habe ich eine Frage an Herrn Wagishäuser. Sie haben, wie ich finde, zu Recht ein Plädoyer dafür angestoßen, dass auch muslimische Vertreter im Rundfunkrat vertreten sind. Daraus ergeben sich für mich zwei Fragen. Dass Sie das ansprechen und fordern, halte ich für richtig. Dahinter steckt natürlich auch so etwas wie eine – ich sage es jetzt in Anführungszeichen – „Medienkritik“. Wenn ich das richtig einschätze, wüsste ich ganz gerne, wie das von Ihrer Seite wahrgenommen oder gefördert wird. Denn ich denke, das gehört dazu; nennen wir es positiv ausgedrückt eine Verbesserung der Berichterstattung. Vielleicht können Sie dazu etwas sagen.

Der zweite Teil der Frage betrifft einen praktischen Teil. Wäre es aus Ihrer Sicht bei den unterschiedlichen Strukturen muslimischer Verbände, die wir derzeit haben, eine große Herausforderung, sich auf eine Vertreterin oder einen Vertreter zu verständigen, oder wäre das sozusagen auch ein Prozess, um in den muslimischen Communities in einen Dialog einzutreten und das ganz bewusst auch als solchen zu verstehen?

An Herrn Can habe ich folgende Frage: Ihren Ausführungen konnte ich entnehmen, dass Sie sehr engagiert in der Jugendarbeit sind, in der es auch um die Demokratieerziehung geht, und Sie haben auch ein Angebot gemacht bzw. machen ein Angebot im Hinblick auf die Fortbildung von Lehrkräften oder anderen pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Wird Ihr Angebot denn aufgegriffen bzw. in welcher Form würden Sie sich wünschen, dass es aufgegriffen wird? – Danke schön.

Abg. **Alexander Bauer:** Ich habe eine Frage an die Vertreter der Muslimverbände, was Sie denn konkret vor Ort unternehmen, um bereits Radikalierten oder Personen, die sich möglicherweise radikalieren lassen, präventiv zu begegnen. Gibt es hinsichtlich dieses Problems in Ihren Moscheegemeinden Anstrengungen oder Bemühungen? Wie

gehen Sie damit um, wenn Sie selbst vor Ort erkennen, dass Menschen sich vielleicht auf Abwegen befinden?

**Vorsitzende Claudia Ravensburg:** Vielen Dank. Mir liegen jetzt keine weiteren Fragen vonseiten der Abgeordneten vor. – Dann können wir mit der Antwortrunde beginnen, und zwar in der gleichen Reihenfolge. Deshalb hat als Erster Herr El-Yazidi das Wort.

Herr **El-Yazidi:** Vielen Dank. – Ich fange mit der letzten Frage an. Was machen die Verbände, um der Radikalisierung bei Jugendlichen entgegenzuwirken? – Ich glaube, die Tatsache, dass wir hier von einer verschwindend geringen Minderheit von radikalisierten Jugendlichen sprechen, zeigt, dass da irgendwo präventiv schon sehr viel passiert. Unsere Imame in den Moscheegemeinden erziehen unsere Jugendlichen dazu, sich in der Mehrheitsgesellschaft zu integrieren und dieses Land als ihr Land zu verstehen, und deswegen haben wir hier tatsächlich ein Problem mit einer kleinen Personengruppe, die sich außerhalb der Moscheegemeinden radikalisiert. Dort brauchen wir Unterstützung, um Kanäle zu denjenigen aufzubauen, die wir vermeintlich verloren haben, um sie eventuell zu retten.

Damit komme ich gleich zu der nächsten Frage, nämlich der der Vermarktung. Das war hauptsächlich als eine Form von Eigenkritik von mir als Verbandsfunktionär gedacht, weil eben so viel in den Moscheegemeinden auf Verbandsebene stattfindet. Wir haben nach den Anschlägen in Paris eine Initiative von einer organisierten Imambewegung in Hessen, von dem Fatwa-Rat, von dem Gelehrtenrat des Deutsch-Islamischen Vereinsverbandes und anderen Institutionen, die sich dann an die Öffentlichkeit gewandt und vor dem französischen Konsulat eine Mahnwache organisiert haben. Das hat in den Gruppen derer, die mit diesem demokratischen Gedankengut Probleme haben, eine große Welle an Diskussionen entfacht, der sich diese Imame stellen, und diejenigen, die dazu prädestiniert sind, geben diesen Leuten auch die passenden Antworten.

Aber leider ist in der Vergangenheit auch sehr viel passiert. Die Imame haben beispielsweise Blätter und Predigten innerhalb der Community veröffentlicht, um diesen Thesen, diesen Dschihad-Aufrufen, die vonseiten bestimmter Ideologien kommen, theologisch entgegenzuwirken. Das sind alles Sachen, die stattfinden, die gut sind und die weitergeführt werden müssen, die aber nicht gut an die Mehrheitsgesellschaft promotet werden. Deshalb macht es den Eindruck bei der Mehrheit der deutschen Gesellschaft, dass die Imame und die Verbände sich weder distanzieren noch diesem Thema widmen und wohlwollend zuschauen. Das entspricht aber nicht den Tatsachen.

Zu der Frage von Herrn Tipi. Natürlich haben die Medien auch ihren Teil zu Pegida und sonstigem beigetragen, aber wir sind immer selbstkritisch. Wir haben auch unseren Teil dazu beigetragen. Es bringt aber nichts, dass wir hier etwas beschönigen und sagen: Die mediale Berichterstattung in den letzten 15 Jahren war in Ordnung.

Ich habe persönlich nach Pegida eine sehr differenzierte Berichterstattung erfahren. Was ist passiert? Was ist in den letzten Tagen passiert, dass dieselben Zeitungen, dieselben Fernsehsender inzwischen in der Lage sind und bereit sind, auch die andere Meinung zu hören, differenzierter ins Detail zu gehen, während man vorher einem elenden Generalverdacht ausgesetzt war und sich immer verteidigen musste für etwas, was eine

Minderheit von Menschen gemacht hat, die sich hier anscheinend nicht sozialisieren kann.

Zu der Frage der Toleranz und Ignoranz. Ich halte mich für einen toleranten deutschen Bürger, und diese Werte habe ich nicht aus meiner Religion heraus ziehen müssen, sondern die habe ich hier in meiner Schulbildung und hier in Deutschland erfahren. Das sind Grundwerte, auf die wir alle stolz sein sollten. Was die Ignoranz betrifft, müssen wir pragmatisch beobachten: Was passiert denn? Was haben diese Aufrufe zum Verbot denn gebracht? Die Scharia-Polizei hat einen solchen Medienschub bekommen, dass sie immer versuchen wird, solche blödsinnigen Sachen zu machen. Wir müssen einen Weg finden, etwas gelassener mit den Reaktionen dieser Menschen umzugehen, aber gleichzeitig nachhaltige Konzepte in Zusammenarbeit mit den muslimischen Verbänden und den Gemeinden zu entwickeln, denn ohne geht es nicht. Ich habe das auch bereits in meiner Rede gesagt. Es ist sehr schwer, an diese jungen Leute heranzukommen. Es ist für uns schwer, und es ist für Sie schwer. Aber wenn einer den Hauch einer Chance hat, diese jungen Leute zu erreichen, dann sind das unsere Imame und Theologen, und das müssen wir nutzen. – Danke schön.

Herr **Wagishauser**: Ich möchte erst einmal auf den Punkt eingehen, an dem gesagt wurde, dass ich gesagt habe, dass das nichts mit dem Islam zu tun hat. So habe ich das nicht formuliert. Ich habe gesagt, dass diese terroristischen Aktivitäten nichts mit meiner Religion zu tun haben. Ich habe auch gesagt, dass das Etikettenschwindel ist.

Die Ahmadiyya Muslim Jamaat argumentiert so, dass es zum Beispiel kein Gewaltproblem im Islam gibt, wie das Herr Bülent Ucar im Moment formuliert hat, sondern dass, wenn man sich die Gewaltferse anguckt und sie im Zusammenhang sieht, man erkennt, dass für diese Gewaltferse vom Arabischen die Bedingungen formuliert sind. Wenn man diese Verse im Kontext sieht, dann kann man sie sich als Verse erklären, die in einer Verteidigungshaltung erwähnt sind. Es gibt einen Vers, in dem es heißt: Und schlagt sie in ihren Nacken oder unterhalb des Nackens.

Ich habe mich immer gefragt, wie ich das verstehen kann, bis ich mich an etwas erinnert habe. In einem Bundeswehrhandbuch für den Nahkampf wird der Bundeswehrsoldat aufgefordert, dass er, wenn er sein Land im Nahkampf konsequent verteidigen will, mit dem Spaten unterhalb des Nackens treffen muss. Ich habe diesen Vers nicht im Detail analysiert, aber ich will damit sagen, dass die Auslegungsweise im Moment ein Gesprächsthema werden wird, und das ist etwas, was in Deutschland stattfinden wird. Wir haben solche Diskussionen in keinem islamischen Land, weder in den Moscheen dort noch in den Universitäten, und das ist etwas, was hier in Deutschland passieren kann. Ich finde, darauf können wir gespannt sein, und ich glaube, das wird Ergebnisse bringen, die wir vielleicht gar nicht erwarten.

Herr Tipi hat mich zum Koran gefragt. Zum Glück brauchen wir den Koran der Salafisten nicht. Wir haben unsere eigene Koranübersetzung, mit der wir sehr zufrieden sind und die auch allgemein als die beste deutsche Übersetzung gilt. Als diese „Lies!“-Aktion startete, gab es im Internet interessanterweise eine Diskussion, in der jemand gesagt hat: Dieser Koran ist eigentlich der Ahmadiyya-Koran. Den haben die nur an bestimmten Stellen geändert. – Es handelt sich also um eine ganz normale Koran-Übersetzung, die an einigen Stellen diskussionswürdig ist. Das Problem – ich glaube, das hat hier ein Anzuhörender bereits gesagt – sind die Fußnoten. Damit sollte man sich vielleicht noch

einmal näher beschäftigen. Da ist einiges zu bemängeln. Man wird jedoch keine gesetzliche Möglichkeit haben, gegen die Verteilung des Korans vorzugehen.

Salafisten kommen auf keinen Fall in unsere Moscheen. Sie haben Angst, in unsere Moscheen zu kommen, weil ihnen niemand zuhört, weil sie sich argumentativ nicht durchsetzen können in unseren Moscheen. Sie werden auch sofort als Salafisten erkannt. Sie trauen sich auch nicht, in öffentlichen Debatten im Fernsehen gegen uns anzutreten. Ich erinnere eine Diskussion bei Maischberger, in der es um den Islam in Europa ging. Die Journalistin Khola Hübsch war dort eingeladen, und auch Pierre Vogel war angefragt worden. Es gibt ein Video dazu, in dem Herr Pierre Vogel fragt, wer alles kommt, sich die Rednerliste geben lässt und sagt: Wenn die kommt, komme ich nicht. – Was war das Ergebnis? Sie hatte schon das Ticket in der Hand, sie wurde ausgeladen, und man hat Pierre Vogel eingeladen, weil er nachts um elf mehr Quote macht als eine Journalistin, die sich über den Islam artikulieren kann. Das Problem war: Es war eine andere Islamwissenschaftlerin dort, die nichts gesagt hat, als er Dinge propagiert hat wie: Alle außerhalb des Islam sind Ungläubige. – Deshalb muss man auch etwas über die Verantwortung der Medien sagen. Das wäre Ihre nächste Frage gewesen, nämlich die nach der Medienkritik.

Natürlich gibt es eine Medienkritik, aber die geht nicht nur von uns aus, sondern die geht von vielen in der Öffentlichkeit aus. Deswegen wollte ich auch nicht noch in dieses Horn blasen. Uns geht es einfach darum, dass es eine Eigendarstellung der Muslime in den Medien geben muss. Ich möchte ein Beispiel nennen: Wir veranstalten in Deutschland seit 20 Jahren die Jalsa Salana; das ist eine Jahresversammlung der Ahmadiyya Muslim Jamaat. Dort kommen 35.000 Muslime zusammen, und zwar friedlich. Die Gäste, die dorthin kommen, sind immer wieder fasziniert. Darüber berichtet das Fernsehen überhaupt nicht. Das ist die größte regelmäßig stattfindende Versammlung von Muslimen in Europa, für die überhaupt kein Interesse gezeigt wird. Es gibt ganz andere Dinge, die im Fokus sind. Wir haben den Hessischen Rundfunk angeschrieben. Interessanterweise wird auf den Landtag Hessen verwiesen, dass dort Gesetzesänderungen in Arbeit sind. Dabei wird letztendlich entschieden, inwieweit Muslime daran teilhaben dürfen.

Natürlich ist es eine riesige Herausforderung für uns Muslime, einen Vertreter zu stellen. Aber man könnte doch beim Wort zum Freitag salomonisch mit einem Rotationsprinzip arbeiten. Für die deutsche Bevölkerung wäre es doch sicher interessant, zu hören, was ein Imam in der Moschee predigt. Ich fände, es wäre eine Bereicherung.

Wir haben einen Fernsehsender, MTA, Muslim Television Ahmadiyya. Das ist ein theologisch-islamischer Kultursender, aber ohne Bauchtanz. Es handelt sich um einen rein religiösen Sender, der 24 Stunden am Tag sendet, eine Stunde davon auch deutsches Fernsehen. Aber das guckt keiner, weil das über Satellit empfangen wird. Wir machen dort Presseschauen, wir nehmen zu bestimmten Dingen Stellung, die passieren. Wir sind also durchaus aktiv, und deswegen meinen wir, dass sich auch Muslime in der Medienlandschaft wiederfinden müssten. – Vielen Dank.

Herr **Can**: Wir haben in NRW mit unserem Projekt circa 557 Multiplikatorinnen und Multiplikatoren ausgebildet. Unser Jugendverband in Hessen hat 15 Berufsslots\_innen ausgebildet. Dadurch konnten wir eine Integration von fünf Jugendlichen in den Arbeitsmarkt bzw. in den Ausbildungsmarkt erreichen. Wir haben hessenweit 13 Veranstaltungen

durchgeführt, was Bewerbungsschreiben angeht, was die Integration in den Ausbildungsmarkt, in weiterführende Schulen oder ins Studium angeht. Worauf wir ganz stolz sind: Eine Veranstaltung davon, die auch sehr erfolgreich war, hat an einer öffentlichen Schule in Alsfeld stattgefunden.

Das Konzept, das in NRW entwickelt worden ist, kann sehr gerne auf Hessen übertragen werden. Es können zum Beispiel Kooperationen mit der Landeszentrale für politische Bildung in Hessen, mit Hochschulen, Schulen und verschiedenen Kommunen gestartet werden. Das Konzept kann dann laufend weiterentwickelt werden. Zu diesem Zweck müssten wir uns allerdings zusammensetzen und darüber sprechen, wie das in Zukunft gestaltet werden soll. – Danke.

Herr **Dogan**: Sie haben gefragt, ob man die Gefängnisseelsorge ohne Kostenaufwand realisieren kann und ob man den Bedarf decken kann. Meiner Meinung nach geht es nicht ohne Kostenaufwand, aber den Bedarf kann man sicher decken. Wir haben diesbezüglich mit dem ehemaligen Präsidenten der Goethe-Universität Frankfurt bereits Absprachen getroffen. Wie Sie wissen, gibt es dort einen Lehrstuhl für Islamwissenschaft, an dem die jungen Menschen bereits im vierten Jahr ihr Studium absolvieren. Die meisten davon sind danach leider arbeitslos. Mit einer Umschulung bzw. Weiterbildung könnte man sie in den Gefängnissen einsetzen. Es gibt auch Beispiele in Wiesbaden. Ohne Kosten, denke ich, ist das allerdings nicht machbar, weil alle Moscheegemeinden bundesweit – somit auch in Hessen – mit den Schuldenbergen arbeiten, die sie vor sich haben. Deswegen können wir uns zugegebenermaßen nicht auf die anderen Arbeiten konzentrieren. Denn uns fehlen die Mittel dafür. Es wurden schon oft Anträge gestellt, diese wurden aber immer wieder vor dem Hintergrund der Religion abgewiesen. Deshalb appelliere ich an die Politik, sich dazu noch einmal Gedanken zu machen.

Zu der Koranverteilung und dem Inhalt der verteilten Korane möchte ich Folgendes sagen: Vom Arabischen her ist es eigentlich identisch. Aber wie Herr Wagishauser schon gesagt hat: Die Interpretation ist etwas anders und manchmal auch total falsch. Solche Korane haben in unseren Gemeinden nichts zu suchen. Das gibt es nicht.

Sie fragten, ob man den salafistischen Jugendlichen oder denjenigen, die solche Neigungen haben, ein Hausverbot erteilen kann. Ich vertrete jedoch eine andere Meinung dazu. Sie sollen zu uns kommen, dann können wir sie auch belehren. Vorhin habe ich vergessen, das zu sagen. Da ich jetzt aber noch einmal die Gelegenheit habe, richte ich mich erneut an die Politik: Man muss die Häuser schließen, wo die Jugendlichen hingehen. Es gibt bestimmte Kriterien im Islam, nach denen man eine Moschee so benennen darf. Eine Moschee muss für jeden zugänglich sein. Und diese Häuser oder Moscheen, die diese Jugendlichen besuchen, sind nicht für jeden zugänglich. Ich komme dort nicht rein. Deswegen müssen diese Häuser geschlossen werden. Letztens hatten wir ein Gespräch beim HKE. Dort haben wir darüber gesprochen, dass die Politik die Initiative ergreifen und diese Häuser schließen sollte.

Sie fragten danach, ob Salafisten zu uns kommen. Nein, sie kommen wirklich nicht zu unseren Gemeinden. Vielmehr suchen sie ihresgleichen in ihrem eigenen Netzwerk. Das sind diese Hinterhäuser, die dann als Moscheen bezeichnet werden. Es sind aber keine Moscheen. – Danke.

Herr **Kuruyüz**: Ich möchte zunächst die letzte Frage von Herrn Bauer beantworten. Sie haben danach gefragt, was wir als islamische Religionsgemeinschaften und Moscheegemeinden gegen die Radikalisierung von Jugendlichen tun. Die Antwort wurde bereits von Herrn El-Yazidi gegeben. Deshalb möchte ich das nicht wiederholen. Ich kann nur dazu sagen, dass Moscheegemeinden und Islamverbände eine immunisierende Arbeit in Bezug auf Radikalisierung leisten. Seit Jahrzehnten machen viele islamische Religionsgemeinschaften und Moscheegemeinden eine eigene Jugendarbeit.

Insbesondere im Sinne unserer Arbeit als Islamische Religionsgemeinschaft Hessen möchte ich einen wichtigen Punkt erwähnen. Die Islamische Religionsgemeinschaft Hessen stellt sowohl hinsichtlich der Herkunft der Muslime aus allen muslimischen Herkunftsländern als auch hinsichtlich ihrer Fatwa-Schulen, sprich Rechtsschulen, Sunniten und Schiiten, die Vielfalt der Muslime in Hessen dar. Diese Eigenschaft der sunnitisch-schiitisch Mitgliedstruktur der IRH ist vor allem auch im Zusammenhang der Überwindung des Extremismus bezüglich der leider noch bestehenden Vorbehalte und Feindseligkeiten unter unterschiedlichen konfessionellen Ausprägungen und Strömungen unter den Muslimen weltweit, insbesondere im Rahmen der sunnitisch-schiitischen Konflikte im Irak und in Syrien mit ihren Auswirkungen auf unsere Verhältnisse in Hessen und Deutschland von großer Bedeutung. In diesem Rahmen veranstalten wir seit langer Zeit auch Veranstaltungen für muslimische Jugendliche.

Herr Yüksel hat die Frage gestellt, ob wir den Extremismus nur auf den Salafismus verkürzen. Gerade dies tun wir als IRH nicht, und ich habe dies auch in meiner Rede und in unserer vorgelegten Stellungnahme nicht getan. Wir haben den Extremismus in allen Versionen und in großen Umfang schon behandelt. Das heißt, ich habe in meiner Rede den Salafismus und die Salafisten sehr wenig genannt.

Ihre zweite Frage war, wo die Ursachen zu finden seien. Sie sagten, ich hätte gesagt, die Ursachen seien weniger in der islamischen Welt, sondern eher außerhalb zu finden. Das habe ich nicht so gesagt. Ich habe in der Einführung eines betont: Es gibt viele Aspekte der Ursachen des Extremismus, die ich aber heute hier nicht alle wiederholen will. Denn die meisten sind in unserer Stellungnahme sowie in den Stellungnahmen anderer islamischer Organisationen erwähnt. Deshalb habe ich meinen heutigen Vortrag nur auf drei grundsätzliche Aspekte reduziert.

Ich sage es noch einmal: Ursachen habe ich auch in meiner Rede nicht nur in der westlichen Welt gesucht. Ganz im Gegenteil: Ich habe zwei Aspekte erwähnt. Zum einen habe ich die internationale, das heißt auch westlich-europäische Politik kritisch dargestellt, zum anderen auch die innerislamische, das heißt Selbstkritik geübt. Somit war ich in meiner heutigen Rede für alle kritischen Positionen offen und habe nicht einseitig referiert.

Herr Tipi hatte danach gefragt, wo ich die Ungerechtigkeit in unserem Land Hessen finde. In meiner Rede habe ich die soziale Ungerechtigkeit in der Welt vor allem im Nahen Osten in Zusammenhang des Missbrauchs durch Extremisten hierzulande angesprochen. Aber die Ungerechtigkeiten in unserem Land, in Hessen oder Deutschland, habe ich in vielen Punkten unserer Stellungnahme erwähnt, und viele weitere Punkte wurden heute schon angesprochen. Deshalb entschuldigen Sie mich, dass ich diese nicht alle wiederholen werde.

Ich möchte nur ein Beispiel nennen: Diskriminierungserfahrungen von Jugendlichen, insbesondere von muslimischen Frauen, die ein Kopftuch tragen. Damit meine ich die Diskriminierung und Ungerechtigkeit der muslimischen Frauen mit Kopftuch im Berufsleben. Wir müssen als Land Hessen versuchen, diese jungen, emanzipierten und gebildeten muslimischen Frauen, die hier geboren und aufgewachsen sind, die hier die Schule besucht haben und hier studieren, in die Gesellschaft und in das Berufsleben zu integrieren. Ich bin selbst seit 24 Jahren Lehrer im hessischen Schuldienst. Dort habe ich auch Kinder oder junge Frauen mit Kopftuch, die unsere Schulen besuchen können. Das Kopftuch ist kein Problem. Es gehört zur Realität unseres Landes. Warum können muslimische Frauen wegen ihres Kopftuchs nicht im öffentlichen Dienst arbeiten? Das müssen wir unbedingt diskutieren.

Ihre zweite Frage war, ob die islamischen Religionsgemeinschaften das Problem der Salafisten und des Extremismus zu spät erkannt und darauf reagiert haben. Herr Tipi, Sie kennen uns und wissen, dass wir dieses Problem des Extremismus nicht erst, wie viele andere, auch die Politik, der Staat oder die Gesellschaft im letzten Jahr erkannt haben. Schon seit unserer Gründung im Jahr 1997 setzen wir uns mit allen unseren Möglichkeiten gegen die extremistischen Strömungen und gegen den Extremismus ein. Insbesondere möchte ich betonen, dass wir dieses Thema in den vergangenen Jahren in vielen öffentlichen Veranstaltungen angesprochen haben. Sie kennen zum Beispiel auch meine letzte Rede bei unserem Iftar-Empfang in Darmstadt beim vergangenen Ramadan. Sie waren damals unser Ehrengast. Dort habe ich speziell dieses Thema angesprochen. Das hat damals sogar Schlagzeilen in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ gemacht. Die Schlagzeile lautete „Kuruyüz: Verkehrtes und barbarisches Islamverständnis“. – Vielen Dank.

Abg. **Alexander Bauer:** Ich habe nur eine kurze Frage. Sie haben erwähnt, dass die Moscheegemeinden eine immunisierende Wirkung hätten. So habe ich Sie verstanden. Ich akzeptiere das und erkenne auch an, dass es eine präventive Arbeit in den Moscheegemeinden gibt. Aber wie erklären Sie sich denn die Radikalisierung? Wo findet sie denn statt, wenn sie nicht auch in den Moscheegemeinden stattfindet?

Herr **Kuruyüz:** Der Extremismus und die Radikalisierung finden nicht in unseren Reihen in den Moscheegemeinden, sondern insbesondere außerhalb der Moscheegemeinden statt. Das sind nicht öffentlich organisierte Gruppierungen. Das läuft über das Internet, über bestimmte Netzwerke. Sie organisieren sich auch nicht immer in Form einer bestimmten Vereinsstruktur.

Es gibt natürlich auch einzelne extremistische Muslime, die zum Beispiel die Moscheegemeinden und die Freitagsgebete besuchen. Das macht aber nicht die Moscheegemeinden für die Radikalisierung verantwortlich. Es gibt schließlich auch einzelne fundamentalistische Christen, die die Kirchengemeinden besuchen. Aber die Kirchengemeinden sind dafür nicht verantwortlich.

Frau **Mansouri:** Ich möchte mit der Frage zur deutsch-muslimischen Identität anfangen, weil mir diese am präsentesten ist. Ich habe mich über diese Frage gefreut, gleichzeitig aber gedacht: Oh je, wo soll ich denn da anfangen? – Es gibt in diesem Bereich viel zu

tun, und das müssen wir alle – damit meine ich nicht nur die Muslimische Jugend, die muslimischen Akteure und die Politik – gemeinsam leisten.

Eigentlich müssten wir auch dieses Thema zum Inhalt einer Anhörung und zu einem politischen Thema machen und langfristig behandeln; das wäre mein Appell. Das heißt, wir dürfen nicht immer nur reagieren, wenn irgendetwas Negatives passiert ist. Vielmehr müssen wir positive Ansätze aus der präventiven Arbeit herausnehmen und schauen, wie wir diese voranbringen können.

Prinzipiell lautet das Oberthema, dass wir Akzeptanz dafür brauchen, dass es deutsch-muslimische Jugendliche gibt. Die fallen vielleicht auf und fallen vielleicht nicht ganz in das Bild, was man von der Deutschen oder dem Deutschen erwarten möchte. Wir müssen selbstbewusst sagen: Deutschland ist bunt, und das ist gut so. Irgendwie sind wir alle sowieso anders. Wer oder was ist schon deutsch?

Da würde ich mir wünschen – und das ist meine Message vor allem an die Politik –, dass wir bedacht mit unseren Worten umgehen. Es kann viel an guter Arbeit durch unbedachte Worte kaputt gemacht werden. Ich möchte nicht darauf rumhacken, aber wir kennen die eine oder andere Aussage, die aus Bayern gekommen ist, dass man zu Hause Deutsch sprechen sollte. Was glauben Sie, wie das bei einem Jugendlichen ankommt, der fließend Deutsch spricht, für den Deutschland seine Heimat ist, der auf Deutsch streitet, der deutsch denkt und deutsch träumt? Was meinen Sie, was da für eine Message gesendet wird?

Dem möchte ich die außerordentlich positive Wirkung auf relativ politikferne Jugendliche gegenüberstellen, als Frau Bundeskanzlerin Merkel sagte: Nicht nur die Muslime gehören zu Deutschland, sondern der Islam gehört zu Deutschland. – Dann sprechen diese Jugendlichen ganz stolz von ihrer Kanzlerin. So schnell geht das.

Das fängt schon bei Begriffen wie „Migrationshintergrund“ an. Das impliziert auch etwas. Warum müssen wir diesen jungen Menschen immer vorhalten, wie lange es her ist, dass jemand vielleicht doch nicht richtig deutsch war? – Ja, wir brauchen solche Begriffe, um zu wissen, worüber wir reden. Aber wir müssen trotzdem sensible und kritisch mit diesen Begriffen umgehen.

Wir als Muslimische Jugend sind in erster Linie davon betroffen, dass wir zu spüren bekommen, was es bedeutet, wenn vorschnell mit Begriffen wie „Islamismus“ und „Radikalisierung“ hantiert wird. Uns ist es wichtig – das hat meine Kollegin schon angesprochen –, dass wir sagen: Ja, man muss kritisch miteinander umgehen, und man muss mit Personen, Inhalten, Verbänden und Strukturen kritisch umgehen. Man muss aber trotzdem sachlich und differenziert bleiben. Denn wenn insbesondere die Sicherheitsbehörden sehr schnell und sehr pauschal vorverurteilen, kann es passieren, dass man jungen Akteuren, die sich durchaus noch in der Entwicklung befinden, den Weg zu einer etablierten Verbandslandschaft und zu den Strukturen, die nötig sind, um eine gute Jugendarbeit zu gewährleisten, verschließt. Davon können wir ein Lied singen. Es gibt viele gute Jugendprojekte – eins haben wir auch in unserer Stellungnahme aufgeführt –, mit denen wir bereits vor Jahren angefangen haben, Präventionsarbeit zu machen, und zwar mit nicht-muslimischen Kooperationspartnern, mit dem Jugendring, mit anderen Migrantenselbstorganisationen. Das fanden alle super, und die Gelder sind bewilligt worden. Aber hinterher sind doch Bedenken geäußert worden, weil muslimische Akteure dabei waren. Das ist ein Fall, in dem man es schwarz auf weiß hat. Wir wissen aber

nicht, in wie vielen anderen Fällen es eben auch diese Bedenken gegeben hat, die dann zu einem Rückschlag an der Stelle geführt haben.

Außerdem wünschen wir uns – das habe ich auch kurz anklingen lassen – Zeit und Raum für Entwicklungen. Wir können weder den muslimischen Akteuren als Ganzes noch der Muslimischen Jugend die Aufgabe geben, etwas übers Knie zu brechen, was eigentlich ein langwieriger Prozess ist. Wir haben sehr lange gebraucht, um den deutschsprachigen Islam zu entwickeln. Wir haben sehr lange gebraucht, um eine deutsch-muslimische Identität für uns in Anspruch zu nehmen. Wir arbeiten jetzt an einer anderen Baustelle daran, wo wir merken, dass wir durch unsere Unabhängigkeit und Vorreiterrolle in der Lage sind, die Perspektive der Geschlechtergerechtigkeit nach vorne zu bringen. Es ist sicherlich keine Selbstverständlichkeit, dass ein muslimischer Verband eine Frau als Vorstandsvorsitzende und eine weitere Frau als stellvertretende Vorsitzende hat. All das sind aber Dinge, die Zeit und Raum brauchen.

Stichwort „Ausgrenzungspolitik“. Dazu möchte ich nicht mehr viel sagen. Ich kann mich hier voll und ganz dem Kollegen anschließen, der ein wichtiges Plädoyer gegen das Kopftuchverbot gehalten hat. Das ist etwas, was in der Realität von jungen Muslimen sehr viel Raum in Anspruch nimmt. Da hängt viel dran. Da hängt die Berufsperspektive dran. Da hängt gesellschaftliche Anerkennung dran. Deswegen ist es ganz wichtig, dass man hier nicht neue unnötige Baustellen schafft, obwohl es doch gute Alternativen gibt, die wir in vielen anderen demokratischen und säkularen europäischen Ländern sehen, in denen es auch Alternativen gibt, mit diesem Kopftuch umzugehen. In einigen Ländern wird beispielsweise gesagt: Wir wollen ganz bewusst junge muslimische Frauen mit Kopftuch in der Schule einsetzen, weil sie eine besondere Vorbildfunktion einnehmen können.

Zur Präsenz der Politik. Ich weiß nicht, wie viele junge Muslime im Hessischen Landtag oder in Ihren Arbeitskreisen oder in Ihren Fraktionen vertreten sind. Aber auch das ist eine Wirkung, die für sich spricht. Besuchen Sie unsere Veranstaltungen. Wir laden grundsätzlich zu fast jeder Veranstaltung, die wir durchführen, Landtagsabgeordnete, Bundestagsabgeordnete etc. ein. Die Resonanz ist gut. Dafür bedanken wir uns. Aber sie könnte besser sein. Auch das ist wichtig für die jungen Muslime. Sie freuen sich. Sie sehen: Oh, da kommt der CDU-Generalsekretär zu einem Jahres-Meeting der Muslimischen Jugend. Moment! So habe ich mir die CDU aber gar nicht vorgestellt. – Dann fangen Gespräche und Diskussionen an, die sehr wichtig sind.

Ein letzter Punkt, der mir wichtig ist, weil ich nicht nur ein Plädoyer für die muslimische Jugendarbeit halten möchte. Vielmehr möchte ich betonen: Was wir brauchen, ist eine gute Jugendpolitik. Die Arbeit der muslimischen Akteure in der Jugendarbeit steht nicht in einem luftleeren Raum. Auch wir brauchen genau das, was alle anderen Jugendverbände und alle anderen Akteure in der Jugendarbeit brauchen, nämlich eine gute Jugendpolitik, die Raum gibt, um Projekte umzusetzen. Deswegen: Alles, was der Jugendpolitik in diesem Land dient, dient auch unserer Verbandsarbeit als muslimische Akteure.

Frau **El-Jezawi**: Zur Frage der Herausforderungen in den Gemeinden und Verbänden. Wir sind ein unabhängiger Verein und agieren nicht unter einem Dachverband, sondern wir sind tatsächlich eine Jugendorganisation, die von Jugendlichen ohne Verbindungen zu einem Dachverband aufgebaut wurde. Daraus entwickeln sich für uns na-

türlich sowohl finanziell als auch räumlich gewisse Herausforderungen. Man muss ganz einfach sagen, dass wir vor Herausforderungen mit den muslimischen Gemeinden stehen, die nicht immer begeistert sind, wenn wir anfragen, ob wir ihre Räumlichkeiten nutzen dürfen. Darüber hinaus versuchen sie mitunter, auf unser Programm Einfluss zu nehmen. Dann bewahren wir uns unsere Unabhängigkeit, indem wir sagen, dass wir in andere Räumlichkeiten ausweichen, die zum Beispiel von der AWO gestellt werden; wir arbeiten aber auch eng mit den Landesjugendringen zusammen. Das sind alles Kooperationspartner, die uns helfen.

Es gibt noch viel zu tun in der Verbandslandschaft – darüber sind wir uns im Klaren –, aber man muss auch eindeutig sagen, dass es in den letzten Jahren wesentlich einfacher geworden ist, mit den Verbänden zu reden, mit ihnen Dinge ausdiskutieren und ihnen Ängste und Befürchtungen zu nehmen, wenn ein Jugendverband hinzukommt, der nicht unter einem bekannten Träger steht.

Herr Yüksel, wir haben keine Dachorganisation, und wir haben auch keine Verbindungen. Wie gesagt, 1994 sind diese Jugendlichen zusammengekommen und haben gesagt: Lasst uns was auf die Beine stellen. – Dann haben sie etwas auf die Beine gestellt. Die Dachverbände müssen für sich selbst sprechen, ob sie ihre Verbindungen kappen möchten oder nicht. Damit haben wir nichts zu tun.

Frau **Mansouri**: Herr Tipi, Sie haben die Frage gestellt, wie wir uns das erklären, dass sich junge, freie Frauen von Pierre Vogel & Co. inspirieren lassen, obwohl dies nachher zu Einschränkungen führt. Genau diese Diskussion führen wir immer wieder. Gerade auf der Fahrt hierher haben wir ellenlang darüber diskutiert, und jedes Mal, wenn wir uns damit auseinandersetzen, staunen wir. Auch das ist für uns nur mit der Frage der Akzeptanz erklärbar. Anscheinend finden sie dort, obwohl sie eingeschränkt werden, die Akzeptanz, die ihnen an anderer Stelle fehlt. Das heißt, sie empfinden das, was wir als Außenstehende als Einschränkung sehen, emotional, subjektiv anders. Insofern müssen wir uns fragen, wie es sein kann, dass diese jungen deutschen Muslime – das sind sie für uns; denn sie sind in Deutschland geboren, aufgewachsen, sozialisiert – dort Akzeptanz suchen. Das ist die eine Sache.

Die andere Sache ist – das ist auch schon sehr oft angesprochen worden –, dass es etwas mit Perspektiven zu tun haben scheint. Anscheinend ist es für jemanden, der beruflich, sozial nicht eingebunden ist, kein Problem, insofern beschränkt zu werden. Denn er spürt gar nicht, dass ihm etwas weggenommen worden ist. Deswegen ist es für uns immer wichtig, zu schauen, wer eigentlich diese jungen Mädchen sind. Wenn man genauer hinschaut, merkt man, dass sie gar nicht das Gefühl haben, so viel verloren zu haben; denn sie haben sowieso keine großen beruflichen Ambitionen, sie haben nicht viele Kontakte außerhalb ihrer Community. Deswegen ist es ganz wichtig, dass man Akzeptanz schafft und Perspektiven aufzeigt.

Herr Bauer, Sie haben die Frage gestellt, wie wir mit bereits radikalisierten Jugendlichen umgehen. Darauf sind wir in unserer Stellungnahme relativ ausführlich eingegangen. Deswegen möchte ich mich kurzfassen. Uns ist es wichtig, dass man im Umgang mit radikalisierten Jugendlichen versucht, Druck aus der Situation herauszunehmen. Wenn man mit Druck, Vorurteilen und Vorwürfen kommt, dann – das ist unsere Erfahrung – verhärten sich die Fronten, und es führt verstärkt dazu, dass man die Anerkennung in bestimmten Kreisen sucht. Deswegen ist es wichtig, dass man Druck aus der Situation

nimmt und alternative Themen auf die Tagesordnung setzt. Wenn man es mit einem Jungen zu tun hat, sollte man nicht immer wieder die eine Frage diskutieren, sondern versuchen, ihn in einem sozialen Projekt, in einem Freizeitprojekt zu beteiligen. Dadurch schafft man es, eine Beziehung aufzubauen und ihm Wertschätzung und Anerkennung zukommen zu lassen. Darüber hinaus sollte man die Themen abstrakt ansprechen. Das heißt, wenn es ein Problem mit Islam und Demokratie gibt, sollte man es nicht an der Person festmachen, sondern abstrakt in Workshops und Ähnlichem aufbereiten, in denen die Person nicht mit einer konkreten Auseinandersetzung ihrer Ansichten konfrontiert wird.

Zu guter Letzt geht es darum, Vorbilder zu schaffen.

**Vorsitzender Lothar Quanz:** Herzlichen Dank. – Damit sind wir am Ende dieser Fragerunde angekommen und können den letzten Block einleiten. Als Erstem bitte ich Herrn Husamuddin Meyer um seine Stellungnahme.

Herr **Meyer:** Bismillahir rahmanir rahim. – Guten Tag, meine Damen und Herren! Salam aleikum! Vielen Dank für die Einladung. Ich habe mich über die Veranstaltung sehr gefreut. Ich finde, das ist ein sehr wichtiger Schritt, dass Sie hierher einladen und die verschiedensten Stimmen aus den unterschiedlichsten Bereichen hören. Ich beglückwünsche Sie erst einmal zu Ihrer Standhaftigkeit, Ihrer Geduld und Ihrem Sitzfleisch; denn Sie haben schon zwei lange Tage hinter sich und mit Sicherheit schon viele Dinge mehrfach gehört.

Ich bitte um Entschuldigung, dass ich meinen Text nicht rechtzeitig eingereicht habe. Ich habe ihn erst heute Frau Dr. Lindemann geschickt und weiß nicht, ob ihn der eine oder andere noch lesen konnte. Ich muss zu meiner Entschuldigung sagen, dass ich in den letzten zwei Wochen von Pressenachfragen überrollt worden bin, wie ich das noch nie vorher erlebt hatte.

In diesem Skript, das ich abgegeben habe, kann man ein bisschen aus der Perspektive eines möglicherweise salafistisch gewordenen Jugendlichen erkennen, wie so etwas vonstattengehen kann – allerdings aus einer fiktiven Perspektive. Ich habe mehrere Personen in dieser Sicht zusammengefasst und keine konkrete Person im Auge gehabt.

Ich möchte jetzt noch ein paar Dinge ergänzen; ich denke, die meisten Sachen sind gesagt worden. Wenn man von Salafisten spricht – auch in der Literatur –, dann unterscheidet man meistens drei Kategorien von Salafisten, nämlich zwischen den Puritanern, den politischen Salafisten und den Dschihadisten. Das haben Sie sicherlich schon von den Professoren gehört. Diese drei Richtungen gehen manchmal fließend ineinander über, aber diese drei Richtungen sind auch sehr stark gebacket durch Saudi-Arabien, und das darf man nicht vergessen. Das wurde vielleicht nicht so klar herausgestellt; denn wenn man hier von 5.000 oder 6.000 Salafisten in Deutschland spricht, dann meint man nicht diese Gruppen. Dann meint man nicht diese drei Gruppen, sondern dann meint man eine vierte Gruppe, und diese vierte Gruppe möchte ich „Wut-Salafisten“ nennen. Die Wut-Salafisten sind eine Gruppierung, die anscheinend an Größe zunimmt, aber auch ideologisch von den anderen drei Gruppen gestärkt und unterstützt wird. Das ist das große Problem, und das haben wir in den letzten Jahren auch in den Moscheen gesehen.

Wir haben schon vor zehn Jahren auf diese Problematik hingewiesen, und ich bin sehr froh, dass es jetzt zu dieser Anhörung kommt. Wir hatten eine solche Anhörung eigentlich schon früher erwartet. Sie haben den Antrag letzten Sommer gestellt. Die Thematik wurde jetzt gerade wieder sehr aktuell aufgrund der Vorgänge im Januar zum Beispiel in Paris. Man merkt eine Verstärkung der Problematik. Es haben sich aber zwei interessante Sachen daraus ergeben. Die erste Sache ist, dass Frau Merkel gesagt hat, der Islam gehört zu Deutschland. Das ist eine ganz wichtige Aussage für die Muslime. Denn endlich wird gesagt: Ihr Muslime seid nicht nur als Menschen willkommen, sondern auch der Islam ist willkommen. – Wenn die Muslime hier willkommen sind, der Islam aber nicht, dann sind sie eigentlich nicht willkommen. Als in Dresden dieser Mord im Gerichtssaal passiert ist, wurde der Politik zur Last gelegt, dass kein Wort aus der Politik in dem Sinne kam, dass gesagt wurde: Auch die Muslime gehören zu uns, und auch sie, diesen Teil unserer Gesellschaft, schützen wir.

Die andere Sache ist, dass man in den letzten Jahren einen verstärkten Islamhass feststellen konnte, wenn man muslimisch aussieht. Das wurde ein bisschen aufgeweicht in den letzten Monaten durch die Veranstaltungen, die stattgefunden haben, und das ist eine sehr schöne Entwicklung. Auch die heutige Veranstaltung trägt dazu bei, dass wir zusammenrücken, dass wir gemeinsam über eine Lösung nachdenken, wie das auch die beiden jungen Damen schön angesprochen haben.

Ich komme zu dem Punkt, der Sie wahrscheinlich am meisten interessiert, nämlich zur muslimischen Gefängnisseelsorge. Hier haben wir aktuell das Problem – und deswegen fragt die Presse so viel bei mir nach –, dass die Straftäter in Frankreich aus dem Gefängnis kamen und dort radikalisiert worden sind und dass sie zu dieser vierten Kategorie der Wut-Salafisten gehören, die ziemlich sicher sehr wenig Ahnung von ihrer Religion haben, aber einfach etwas machen wollen. Diese Kategorie möchte ich unter einem Schlagwort zusammenfassen: Ein Kind, das sich nicht geliebt fühlt, wird aggressiv. – Daher lautet mein Plädoyer – und da stimme ich Frau Merkel zu –, dass wir sagen müssen: Die Leute gehören hierher, sie gehören dazu. Wir müssen sie akzeptieren. Wir müssen ihnen Rechte geben. Wir müssen sie aufnehmen. Wir müssen sie adoptieren, wir müssen sie schätzen, wir müssen sie wertschätzen.

Wir haben die muslimische Seelsorge in Gefängnissen auf Anregung von Frau Direktorin Jung-Silberreis vor sieben Jahren eingerichtet. Und alleine die Einrichtung des Freitagsgebetes dort und der Festgebete, dieser Opferfest- und Ramadanfestgebete, hat eine Aufwertung ihrer Identität erzeugt, und dadurch haben sie sich wertgeschätzt gefühlt. Wir hatten damals immer die Absicht – und das haben wir immer angestrebt –, dass wir eine Gleichberechtigung der Konfessionen in der Seelsorge erreichen. Ich weiß nicht, inwieweit Ihnen die Zahlen bekannt sind. In Wiesbaden haben wir durchschnittlich etwa 90 muslimische Gefangene, 80 evangelische und 50 katholische. Das heißt, die muslimischen Gefangenen sind in der relativen Mehrheit; sie machen 40 % aus. Die christliche Seelsorge ist mit einer katholischen und einer evangelischen Vollzeitstelle ausgestattet. Beide werden vom Staat und nicht, wie manche denken, von der Kirche bezahlt. Beide Stellen werden vom Staat refinanziert, und wir haben versucht, die muslimische Seelsorge von vier Stunden auf neun Stunden auszubauen. Dieses Jahr war im Gespräch, auf 15 Stunden zu kommen. Das ist immer noch weit entfernt von einer Vollzeitstelle. Wir haben noch nicht die Probleme wie in Frankreich. In dem Gefängnis, in dem die Täter radikalisiert wurden, werden 2.000 muslimische Gefangene von einer Vollzeitstelle betreut. Das ist ein Wahnsinn. Davor kann ich nur warnen. In Holland werden 90 Personen von einer Vollzeitkraft betreut; das ist ein vernünftiger Schlüssel.

In Rockenberg, wo ich auch als muslimischer Seelsorger und Imam tätig bin, ist die Hälfte der Gefangenen muslimischer Kultur, die logischerweise wesentlich besser auf die muslimische als auf die christliche Seelsorge ansprechen. Sie fühlen sich besser verstanden. Sie bekommen einen Zugang, der ihrer Kultur entspricht. Das kann, glaube ich, jeder nachvollziehen.

Wir haben seit Jahren darauf hingewiesen, dass die Problematik zunimmt, dass die Welle der Dschihadisten, die wirklich schwierige Erfahrungen gemacht haben und möglicherweise sehr stark radikalisiert wurden – nicht alle Rückkehrer sind das; das wissen Sie –, kommen wird. Die Verfahren laufen, und sie werden in die Gefängnisse gesteckt. Insofern müssen wir unbedingt Prophylaxe betreiben. Ich möchte noch einmal dem entgegenwirken, dass man denkt, alle sind dort radikal und Attentäter usw. Das sind sie sicher nicht. Gefährlich sind die, die wenig über den Islam wissen, und gefährlich sind die, die sehr wütend sind, die viel Hass in sich tragen. Wir in der Seelsorge versuchen, den Hass zu bekämpfen. Wir versuchen sozusagen, die Leute von dieser Krankheit zu heilen – das ist der Hauptansatz –, generell von Herzenerkrankheiten zu heilen. Das kann uns aber nur gelingen, wenn wir mehr als eine Stunde pro Woche für ein Haus haben und die Leute konkret betreuen können.

Mein Plädoyer ist: Betreiben Sie Prophylaxe. Stecken Sie viel Geld in die Sache. Bilden Sie Imame, die die deutsche Sprache beherrschen und die mit der Multikulturalität der Leute umgehen können, fürs Gefängnis aus. Scheuen Sie auch sonst keine Kosten, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken und die Aufnahme der Leute in die deutsche Gesellschaft zu fördern.

Ein Punkt noch: Salafismus ist nicht, wie manchmal in der Presse kolportiert, eine Rückkehr zum 7. Jahrhundert, sondern Salafismus ist eine rückwärts gerichtete Rekonstruktion der Religion durch Betrachtung der schriftlichen Quellen. Deswegen ist Salafismus sehr weit entfernt von der ursprünglichen Religion. – Danke schön.

(Beifall)

**Vorsitzender Lothar Quanz:** Herzlichen Dank, Herr Meyer. – Da uns Herr Meyer gegen 17 Uhr verlassen muss, frage ich die Kolleginnen und Kollegen, ob es direkt Fragen an Herrn Meyer gibt. – Bitte, Herr Greilich.

Abg. **Wolfgang Greilich:** Herr Meyer, Sie haben nachdrücklich geschildert, wie groß der Bedarf an islamischer Seelsorge ist. Gibt es Ihrer Erfahrung nach genug Theologen, Imame, Prediger, die in der Lage wären, kurzfristig den Bedarf zu decken, wenn denn das Geld bereitgestellt würde?

Abg. **Gerhard Merz:** Sie haben oft gesagt: Wir haben uns bemüht, das Angebot zu erhöhen. – Wer ist in diesem Kontext „wir“? Wer trägt das? Und wer bezahlt es zum gegenwärtigen Zeitpunkt?

Abg. **Jürgen Frömmrich:** Wie hoch sehen Sie den Bedarf, und haben Sie die Frage der seelsorgerischen Betreuung in Gefängnissen schon früher einmal vorgetragen?

Herr **Meyer**: Gibt es genug Seelsorger? – Das ist mir nicht bekannt. Gerade in diesem Bereich ist es natürlich sehr wichtig, dass man Seelsorger auswählt, die nicht aus dem salafistischen Spektrum kommen, was in der Vergangenheit häufig der Fall war.

(Heiterkeit)

Sie lachen, aber ich habe mich 2009, 2010 sehr gewundert, als ich im Fernsehen sah, dass die berühmtesten Salafisten von Deutschland Gefängnisseelsorge betreiben. Da habe ich mich schon sehr gewundert und mich gefragt: Hat sich das noch nicht herumgesprochen, dass man Salafisten nicht als Seelsorger ins Gefängnis schicken sollte?

Das heißt, man müsste dann sehr genau schauen, ob das geeignete Personen sind. Das kann man natürlich ausprobieren und anhand der Wirkung feststellen. Wenn eine Aufwiegelung der Gefangenen stattfindet, dann weiß man, dass es die falsche Richtung war. Aber das Problem ist: Es sind meistens entweder nur Imamfähigkeiten oder Deutschfähigkeiten vorhanden und selten die Kombination aus beidem. Man braucht aber genau das; man braucht sowohl die deutsche als auch die Imamkompetenz. Wir haben eine Ausbildung konzipiert, oder ich habe besser gesagt meine Ideen aufgeschrieben und das in einer Art Modulausbildung dargestellt. Je nach Person kommen unterschiedliche Module zum Einsatz. Das wäre zum Beispiel eine Möglichkeit, die ich für praktikabel halten würde.

Wer bezahlt meine Seelsorge? – Außer mir gibt es noch einen Kollegen in Frankfurt. Sonst wüsste ich nicht, dass es deutschlandweit überhaupt noch so etwas in der Art gibt. Es wurde bereits mehrmals die Nachfrage im Landtag gestellt, wie es mit der muslimischen Seelsorge in hessischen Gefängnissen aussieht. Als Antwort wurde dann entweder ein Kreuz gemacht oder kein Kreuz gemacht. Es findet also eine muslimische Seelsorge statt, oder es findet keine statt. Wenn das Kreuz bei „Ja“ war, dann bedeutet das in den meisten Fällen, dass alle zwei, drei Wochen für eine Stunde jemand hingehet, mit den Leuten Tee trinkt und dann wieder geht. Dann hat derjenige zwar das Kreuz gemacht, dass eine Seelsorge stattfindet, das ist aber gelinde ausgedrückt eine leichte Verschleierung der Tatsachen. In Wahrheit findet eine Seelsorge in größerem Ausmaß nur in Wiesbaden und in Frankfurt statt. In Rockenberg sind es nur drei bis vier Stunden in der Woche. Das kann man auch nicht als richtige Seelsorge bezeichnen.

Bezahlt wurde das anfänglich als Anschubprojekt von der Stadt Wiesbaden und ist dann langsam übergegangen in die Finanzierung durch das Land Hessen. Damals hat Herr Justizminister Hahn darauf eingewirkt – Sie wissen es besser als ich –, dass dafür ein Budget bereitgestellt wird, und es wurde in Aussicht gestellt, es immer weiter zu erhöhen. – So viel zur Bezahlung.

Vorgetragen haben wir das des Öfteren, auch zusammen mit Frau Rudolph vom Integrationsamt. Wir haben immer wieder den Antrag gestellt, dass diese Arbeit ausgeweitet wird, weil wir alle festgestellt haben – Sie können sich diesbezüglich auch bei Frau Jung-Silberreis erkundigen –, was für eine gute Wirkung das Ganze hat. Wir haben immer wieder Anträge an das Land Hessen gestellt.

Herr **Kellermann**: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Anwesenden! Um diese Uhrzeit und nach so vielen Stunden noch einen sehr inhaltsschwe-

ren Vortrag zu platzieren ist, denke ich, sowohl für die Zuhörer als auch für den Vortragenden eine Zumutung.

(Zuruf: Wir sind belastbar!)

Ich möchte mich ganz kurz vorstellen. Ich war bis Ende der letzten Legislaturperiode im Integrationsbeirat, habe die letzten fünf Jahre sehr intensiv insbesondere in Brüssel und in Straßburg in Gesprächskreisen die europäische Situation der Integrationspolitik und damit einhergehend natürlich auch die Islampolitik erörtert. Ich kenne mich daher auch in Europa sehr gut aus, und manche Entwicklung kommt für mich überhaupt nicht überraschend, insbesondere die belgische nicht.

Aber ich habe mich natürlich in erster Linie auf Deutschland zu konzentrieren. Da kann ich nur sagen: Ich habe eine sehr ausführliche Begutachtung der Situation vorgenommen. Diese liegt auch vor. Als Abgeordnete würde ich sie mir unbedingt einmal ansehen. Dort sind nämlich auch die ganzen Probleme entsprechend abgehandelt.

Was die politische Dimension anbelangt, möchte ich mich auf den Vortrag von Herrn Elmar Theveßen vom ZDF beziehen, was den kritischen Diskurs im Islam anbelangt, auf die Ausführungen von Ahmad Mansour von der European Foundation for Democracy, und was die rechtlichen Ausführungen anbelangt, teilweise jedenfalls auf Frau Dr. Daniela Haarhuis. Die Ausführungen zur Terrorismusbekämpfung – ich war längere Zeit Dozent an der hessischen Polizeischule in Sachen Extremismus – decken sich eigentlich auch mit meinen Erfahrungen.

Was die Präventionsarbeit anbelangt, möchte ich mich auf den Kollegen Taubert stützen, der hier den Verein zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit vertreten hat. Das sehe ich genauso.

Was vor allen Dingen auch den Kick anbelangt, wie man in entsprechende Radikalismusphasen hineingerät, dürfte nach meiner Einschätzung auch Herr Kuruyüz durchaus recht haben. Dasselbe gilt für die ganzen, sagen wir einmal, doch verschleierte Argumentationen, was den Irakkrieg und die Frage des Eingreifens oder Nichteingreifens im Nahen Osten anbelangt.

Bevor ich auf einige kleinere Aspekte zu sprechen komme, möchte ich noch Folgendes vorausschicken: Ich bin seit etwa zehn Jahren sehr intensiv auch auf Reisen im Nahen Osten tätig. Ich kenne also die Situation in Syrien vor dem Bürgerkrieg sehr gut, habe auch den Irak noch zu Saddam Husseins Zeiten besucht und konnte daher auch eine gewisse Einschätzung der Situation der religiösen Minderheiten vornehmen. Das Gleiche gilt auch für Jordanien, das in dieser Hinsicht vorbildlich ist. Ich muss ganz ehrlich sagen: Solange es die beiden Baath-Regime gab – sonst kann man sowohl in Syrien als auch im Irak über sie denken, was man will –, war jetzt zumindest für die Christen und die anderen Minderheiten so etwas wie eine Religionsfreiheit insbesondere in Syrien gesichert. So weit, so gut.

Es ist ganz interessant – das nur beiläufig erwähnt –, dass gerade die salafistischen Kreise sehr stark von syrischen Verkündern dominiert worden sind, vor allen Dingen in den ersten Phasen. Was den Mainstream-Salafismus à la Vogel betrifft, haben wir natürlich eine eher einheimische Entwicklung genommen. Aber das können Sie alles im Einzelnen nachlesen.

Folgendes möchte ich noch gerne mit auf den Weg geben, was noch nicht zur Sprache gekommen ist: Man muss sich natürlich verdeutlichen – und das ist ein ganz anderer Gesichtspunkt, der vorhin dankenswerterweise schon einmal anklang –, wem wir diese Entwicklung letztendlich zu verdanken haben. Diese ganze Entwicklung haben wir im Grunde genommen der Schläfrigkeit unserer Gesellschaft, insbesondere der Politik zu verdanken. Da möchte ich mich mit einbeziehen. Schließlich war ich auch für längere Zeit mit in der Beurteilung drin. Vor allen Dingen haben wir es der Salafiya, so wie sie im Wahhabismus gepredigt worden ist, zu verdanken, die praktisch das Abziehbild des Salafismus darstellt, weil praktisch ein fließender Übergang besteht.

Ich habe vorletztes Jahr eine Türkei-Studie im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt der Türkei erstellt. Vor diesem Hintergrund sehe ich mir jetzt die Situation im Balkan an, in den Saudi-Arabien gerade ungeheure Geldmittel steckt, um diesen ebenfalls dem Wahhabismus zuzuführen. Man muss dazu wissen: Das sind in den letzten beiden Dekaden jeweils 100 Milliarden US-Dollar gewesen, die Saudi-Arabien für Missionstätigkeit ausgegeben hat. Das ist eine Größenordnung. Natürlich wird auf diese Weise teilweise auch der Salafismus – ich will jetzt nicht behaupten, dass es der gewalttätige Salafismus ist, um den es hier in erster Linie geht – entsprechend unterstützt, sei es durch die Finanzierung von Auslandsreisen oder in Form von jeder Menge an Druckwerk, das gewünscht wird. Das muss man auch einmal wissen.

Ich appelliere an die deutsche Politik, vor allen Dingen an die Außenpolitik. Auf der einen Seite gibt es die Arabische Charta der Menschenrechte. Auf der anderen Seite weiß man, dass Saudi-Arabien die salafistischen Brigaden dort unten finanziert und die Türkei mehr oder weniger nicht nur ein Auge zudrückt, sondern sie darüber hinaus auch noch logistisch unterstützt. Deshalb, denke ich, ist die Politik in Berlin gefordert, einmal ganz klar zu sagen, was eigentlich Sache ist.

Ich denke, der Schwerpunkt sollte auf die Prävention gesetzt werden. Wir können nicht nur Repressionspolitik betreiben. Natürlich könnten wir das auch, aber das wäre natürlich eine Entwicklung hin zu einem Polizeistaat. Das muss man so deutlich sagen. Außerdem soll man – und das fand ich ganz interessant – keinen Generalverdacht aussprechen, und zwar einen Generalverdacht im Hinblick auf die Muslime. Dasselbe gilt für die Dresdner Versammlungen. Das ist ein großer Fehler, der in der Tat die Gesellschaft spaltet. Das haben die einen oder anderen anscheinend noch nicht richtig gemerkt. Die Medienkritik ist übrigens sowohl von der einen Seite als auch von der anderen Seite berechtigt. Ich könnte Ihnen so viele Beispiele nennen. Das ist wirklich etwas, was man einfach wissen muss. Wir haben uns daran gewöhnt, eine Political Correctness zu kreieren, die eine vernünftige Sachdiskussion auf sehr vielen Feldern unmöglich macht. Aber gerade diese brauchen wir. Wir müssen die Wahrheit aussprechen, und wir müssen sie diskutieren können. Es geht nicht darum, ob das gut oder schlecht ist. Wenn es in den Augen einer Mädchenmehrheit schlecht ist, dann kommt gleich irgendein Hammer, sei es, das sei rassistisch, fremdenfeindlich oder was weiß ich nicht was. Ich denke, das ist ganz wichtig für die Diskussionskultur.

Zu den Moscheegemeinden. Nur zu gerne – vielleicht hat sich das in den letzten Jahren auch geändert – würde ich glauben, dass man über Moscheegemeinden etwas erreichen kann. Wenn ich mir aber die KRM-Verbände ansehe, bin ich mir da nicht sicher.

Ich habe damals mit Johannes Kandel von der Friedrich-Ebert-Stiftung über die Islam-Charta und darüber diskutiert, dass diese Islam-Charta dermaßen wachsw weich ist, dass

sie überhaupt nicht unter dem Grundgesetz angesiedelt werden kann. Denn sie sagt überhaupt nichts über Pluralismus oder die Stellung der Frau und so weiter und sofort aus. Auch in den klassischen Islamverbänden, die ohnehin nur maximal 20 % der gesamten Muslime vertreten, aber sehr viel mehr Einfluss in der Politik haben, muss einfach eine entsprechende Diskussion geführt werden. Das wurde hier auch richtigerweise angesprochen.

Was ich gut finde – das tue ich vor allen Dingen, weil es nicht zur Spaltung innerhalb der Gesellschaft führt –, ist, dass sich unabhängig von den Moscheevereinen eine islamische Jugendorganisation gegründet hat. Ich denke, das ist ganz wichtig. Es muss klar sein: Jeder sollte sich hier in Deutschland wohlfühlen, und zwar auf eine Art und Weise, die natürlich im Hintergrund auch die Unveränderbarkeit – für manche mag das vom Lebensinhalt ganz klar sein – der hier bestehenden grundsätzlichen Werte berücksichtigt. Denn das im Grunde genommen der Grund dafür, weshalb so viele hierher kommen. Es ist nicht allein die Tatsache der sozialen Sicherung und der Arbeitsplätze. In diesem Land hat man die größten Freiheiten in Europa überhaupt. Das muss ich jetzt einmal sagen, obwohl ich eine französische Familiengeschichte habe. Nutzen Sie das, und dann werden nicht nur Sie sich wohlfühlen, sondern dann wird sich auch die sogenannte Mehrheitsgesellschaft wohlfühlen. Dann wird man bald nicht mehr darüber sprechen, ob es eine Mehrheitsgesellschaft oder eine Minderheitsgesellschaft gibt.

Außerdem ist es außerordentlich wichtig, dass eine Sachdiskussion geführt wird, weil dieser ganze Kleister einmal runter muss. In meiner Partei kann ich das machen, aber das ist auch die einzige Partei, in der man nicht mit einem Parteiausschlussverfahren rechnen muss. Das ist jedenfalls mein Eindruck.

(Zuruf)

Vorsitzender Abg. **Ernst-Ewald Roth:** Herr Kellermann, ich darf Sie darauf hinweisen, dass die 11. Minute begonnen hat.

Herr **Kellermann:** Oh, aber ich habe auch so lange gewartet. Vielleicht nur noch ganz kurz.

(Heiterkeit)

Ich möchte meinen kurzen Vortrag mit Verweis auf das Papier und mit einigen Worten schließen, die Johannes Kandel in seinem Buch „Islamismus in Deutschland“ auf Seite 221 hinterlegt hat, und das zeigt eigentlich, worum es geht: „Gegen den Islamismus kann der Staat allein nicht erfolgreich kämpfen. Wir brauchen eine intelligente Mischung aus energischer Sicherheitspolitik, Integrationspolitik und einen breiten zivilgesellschaftlichen Diskurs im Sinne kritischer Streitkultur.“

Der damalige Innenminister Schäuble hat bei der Eröffnung der ersten deutschen Islamkonferenz am 27. September 2006 festgestellt: Der Islam ist Teil Deutschlands und Teil Europas. – Er lasse aber auch keinen Zweifel daran, dass der Islam dies nur sein kann, wenn die Muslime die fundamentalen Verfassungsprinzipien des säkularen demokratischen und pluralistischen Rechtsstaates anerkennen.

Die große Mehrheit der Muslime in Deutschland ist dazu bereit und wendet sich gegen den Extremismus der Islamisten. Der Kampf gegen den Islamismus kann nur mit ihnen – den Muslimen –, nicht gegen sie gewonnen werden. – Mit diesem Zitat möchte ich schließen, dem ist nichts hinzuzufügen. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vorsitzender Abg. **Ernst-Ewald Roth**: Ich danke Ihnen, Herr Kellermann, und darf darauf hinweisen, dass der nächste Beitrag sehr kurz ausfallen wird. Herr Gülegen, der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Hessen, hat sich im Laufe des Tages krankheitsbedingt entschuldigen müssen. Es war auch so kurzfristig keine Vertretung mehr möglich, sodass wir jetzt zur Türkischen Gemeinde Rhein Main kommen. Ich bitte Herrn Erhan Songün um seine Stellungnahme.

Herr **Songün**: Herr Vorsitzender, ich möchte eine Korrektur anbringen. Wir sind seit vier Jahren die Türkische Gemeinde Hessen und nicht mehr Rhein Main. Zum Zweiten möchte ich kurz erwähnen, dass wir keine religiöse Gemeinde sind, sondern eine überreligiöse Organisation.

Ich möchte davon Gebrauch machen und bitte Sie zu erlauben, dass Herr Karabörklü, den ich heute mitgebracht habe, unsere Arbeit kurz darlegt. Ich habe meine Ausführungen bereits vorgelegt, die sicherlich jedermann hat. Um die gleichen Themen nicht immer wieder anzusprechen, haben wir uns darauf geeinigt, dass er mit Ihrer Erlaubnis den Vortrag vornimmt. Herr Karabörklü soll bitte für mich sprechen.

Vorsitzender Abg. **Ernst-Ewald Roth**: Bitte schön. Sagen Sie bitte noch einmal, bevor Sie beginnen, deutlich Ihren Namen, denn das ist für das Protokoll wichtig.

Herr **Karabörklü**: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, einen schönen guten Abend. Ich rede für die Türkische Gemeinde Hessen. Wir haben uns vor vier, fünf Jahren umgenannt und heißen seitdem Türkische Gemeinde Hessen. Mein Name ist Atila Karabörklü. Ich bin der stellvertretende Landesvorsitzende der Türkischen Gemeinde.

Ich habe mir notiert, welche Themen für uns wichtig sind. Es wurde sehr viel ausgeführt. Am Vormittag war ich selbst nicht da. Ich denke, es wurde natürlich auch der Salafismus und seine Grundzüge erläutert. Der Salafismus ist aus meiner Sicht eine Spielart des Fundamentalismus. Er ist eine Erscheinungsform, die nicht nur heute vorhanden ist, sondern war historisch-traditionell in der islamischen Geschichte verankert. Je nach politischer Situation kommt diese Bewegung auch in Bewegung. Die neue Dimension ist, dass sich diese Salafistenbewegung nicht nur im islamischen Raum wiederfindet, sondern in Europa Fuß gefasst hat. Wir fragen uns, warum.

In einer modernen Gesellschaft geht man davon aus, dass bestimmte Themen ganz offen diskutiert werden, dass wir auch kritische Themen von uns aus austauschen und dass wir im Bereich Bildung, Integration und Dialoge auch bestimmtes Fehldenken beseitigen oder beantworten und einen gemeinsamen Weg gehen können, dass diese Punkte eigentlich die Normalität sind. Aber momentan sieht es so aus, dass wir in bestimmten Milieus wirklich Probleme aufweisen.

Herr Kellermann hat schon sehr wichtige Punkte angesprochen. Was ich kurz sage, ist, dass es in der modernen Gesellschaft immer Minderheiten und Mehrheiten geben wird – nicht bezogen auf Ethnien oder auf religiöse Gemeinden. Aber auf gesellschaftspolitischer Ebene wird es immer Minderheiten und Mehrheiten geben. Wir werden niemals eine ideale harmonische Gesellschaft erreichen. Wir müssen jeden Tag dafür kämpfen, dass wir eine freiheitliche demokratische Struktur in diesem Land haben und weltweit aufbauen und diese Perspektive weiterentwickeln.

Wie ist zu begründen, dass wir eine neosalafistische Bewegung insbesondere unter den Jugendlichen haben? – Wir kamen mit den unterschiedlichen Gemeinden in den Dialog. Wir sehen aus unserer Sicht wichtige Punkte, die die jungen Menschen einerseits verunsichern und für sie eine neue Identität, eine neue Art des Respekts darstellen. Diese jungen Menschen, die in dieser Szene sind, werden durch diese salafistischen Gruppen geleitet und noch mehr in die extreme Richtung gelenkt.

Abgesehen von der internationalen Ebene haben wir in Deutschland seit 50 Jahren versäumt, eine Integrationspolitik zu machen. Das ist eine grundsätzliche Sache, die zu Fehlentwicklungen geführt hat. Wir begrüßen natürlich auch, dass 2013 ein islamischer Religionsunterricht in Hessen eingeführt wurde. Wir haben das als säkulare Organisation auch mitbegleitet, weil wir das gesellschaftspolitisch sehr wichtig empfunden haben. Erst nach 50 Jahren haben wir diese Schritte machen können. Wir reden seit ca. 15 Jahren über eine Einwanderungsgesellschaft. Wir sind also ganz am Anfang der Situation.

Eigentlich müssten manche Sachen in diesem Land normal sein. Die Vielfalt müsste normal sein. Die Betrachtung der Vielfalt sollte als ein Mehrwert empfunden werden. Aber in unseren Köpfen ist eine defizitäre Ansicht. Wenn wir über Migration, über Vielfalt reden, sind diese defizitären Punkte im Vordergrund. In dieser Hinsicht kann ich Ihnen viele Beispiele geben: Sprachverbote in den Schulen, junge Menschen werden schon in den Kitas mit ihrer Identität von oben unterdrückt, was dazu führt, dass sich schon von Kindheit an eine defizitäre Haltung der Kinder entwickelt und sie im Nachhinein eine selbstverständliche gesunde Identität in diesem Sinne nicht entwickeln können.

Viele wissen auch, dass bei den Salafisten genau dieses Vakuum von Identitätssuche, der Suche nach Orientierung auch gefüllt wird. Es gibt die Erfahrung der Diskriminierung in den Schulen, an den Arbeitsplätzen Alltagsdiskriminierung, auch die Diskriminierung im Berufsleben, bei der Suche nach Ausbildungsstellen oder in Schulen – mehrheitlich in Hauptschulen, wie wir wissen. Dort ist die Situation sehr schlecht. Auch die Qualität ist sehr schlecht. Da bekommen die jungen Menschen keine Perspektive. Dann gehen sie zu diesen salafistischen Gruppen und werden anfällig für diese fundamentalen religiösen Strömungen.

Ich möchte auch hinzufügen, dass wir eine islamische Diskussion in Europa haben müssen. Wir brauchen eine – das wurde von Herrn Kellermann teilweise schon dargestellt – europäische islamische Auslegung. Wir können nicht mit dieser Art des traditionellen orthodoxen Islam hier weiterkommen, der keine Antwort auf die Moderne gibt. Es gibt keine Antworten auf die modernen Strukturen, auf den modernen Umgang in diesem Land, in dieser Zeit.

Aber das ist eine Sache der Muslime, der muslimischen Theologen. Dies wurde auch von Ömer Özsoy erwähnt, der an dem Institut islamische Theologie in Frankfurt als Professor sehr wichtige Aufgaben übernimmt. Ich denke und bin auch sehr zuversichtlich, dass

Muslime in diese Richtung gehen werden. 20 bis 30 % der Muslime sind in etablierten konservativen Verbänden organisiert. 70 % sind nicht sichtbar. Sie sind wie wir alle – essen, trinken, tanzen, sind ganz normal im Alltag. Sie sind in dem Sinne nicht auffällig und werden auch nicht als nicht „Muslime“ betrachtet, sondern als normale Mitbürger. Das heißt, wir haben ein Problem einerseits innerhalb der konservativen Verbände.

Ich wünsche mir, dass wir demnächst auch innerhalb der islamischen Gemeinden, innerhalb der islamischen Community, eine Art frei denkenden Bund freier Muslime hier etablieren können, in dem aber nicht nur 100 Personen vertreten sind, sondern der massenweise diese 70 % der Muslime in Deutschland repräsentiert. Das ist mein persönlicher Wunsch und auch unser Wunsch als Türkische Gemeinde Hessen.

Wir arbeiten natürlich mit allen Institutionen zusammen. Aber wir sind auch selbstkritisch, wenn wir bestimmte Themen ansprechen, wie wir in dieser säkularen Gesellschaftsordnung leben. Wir haben unsere Position. Unsere Rechtsordnung ist ja da. Unsere moderne Verfassung ist da. Und unser moderner Umgang miteinander ist vorhanden. Die Akzeptanz der Vielfalt ist da. Man kann nicht bestimmen, wie die Städter leben müssen. Man kann das vielleicht sagen. Aber man kann nicht im Namen einer Religion oder einer Gemeinschaft als Autoritätsorganisation oder Autoritätsperson den Menschen aufzwingen, so zu leben, wie sie leben sollen. In dieser Hinsicht führen wir auch intern eine sehr kritische Diskussion. Das wollte ich noch einmal vortragen.

Zu den Lösungsansätzen. Meine Damen und Herren, wir haben in Frankfurt als Türkische Gemeinde mit der Alevitischen Gemeinde zusammen mit DITIB als Verband ein Projekt gestartet. Das ist eine bilinguale Kita. Es gibt bis jetzt in Hessen keine deutsch-türkische Kita. In Frankfurt wird es die ab Mai geben.

Warum machen wir das? –Um erstens genau diesen Tendenzen perspektivisch auch künftig entgegenzustehen, möchten wir den Kindern die Möglichkeit geben, ihre Identität und ihre kulturellen Elemente als Wertschätzung zu präsentieren und darzustellen. Zweitens, um eine gesunde Identität zu entwickeln. Drittens, um eine Interkulturalität von Anfang an mit den Eltern, mit den Kindern auf gemeinsamem Weg zu gehen.

Das möchten wir weiterführen in einer Grundschule. Das Zusammenleben fängt dort an, wo sich die Menschen zusammenfinden. Das sind die Schulen. Das sind die Kitas, wo Kindern und Eltern gemeinsam lernen, sich begegnen. Diese Orte müssen wir lebendig und vielfältig machen, um den Rahmen dafür zu schaffen, dass sich die Kinder frei entwickeln können.

Vorsitzender Abg. **Ernst-Ewald Roth:** Das Ende kommt dann doch schneller als erwartet, jetzt in der zwölften Minute.

Herr **Karabörklü:** Gut, dann noch ganz kurz zwei Punkte. – Wir müssen die Jugendarbeit und die Elternarbeit ausbauen. Das sind sehr wichtige Punkte. Ohne Eltern erreichen wir die Kinder nicht, und ohne Kinder können wir auch die Eltern nicht gewinnen. Da müssen auch die demokratischen Migrantenselbstorganisationen unterstützt werden, wie die Türkische Gemeinde Hessen.

Wir brauchen Unterstützung. Wir brauchen in dem Sinn Regelförderung, nicht nur Projektarbeit. Projektarbeit kennen wir alle. Die dauert zwei, drei Jahre, und dann ist sie vorbei. Dann sind Sie auch sich allein gestellt. Dann muss man einen neuen Antrag stellen. In Hessen fordern wir eine Regelförderung demokratischer Migrantenselbstorganisationen, die in der Lage sind, die Eltern zu erreichen, die Demokratiebindung mit der Vielfalt zu gestalten und diese Werte in die Familie hineinzutragen, mit anderen Partnern gemeinsam. Ohne diese Regelförderung werden wir keine richtigen Erfolge aufweisen. – Vielen Dank, dass Sie zugehört haben.

(Beifall)

Vorsitzender Abg. **Ernst-Ewald Roth:** Ich danke Ihnen. Gleich zwei Reden in einer Woche in Wiesbaden, herzlichen Dank. – Der auf unserer Liste letzte Anzuhörende wäre Herr Jusuf Colak für den Landesverband der Islamischen Kulturzentren in Hessen. Ich darf Sie um Ihre Stellungnahme bitten.

Herr **Colak:** Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren! Last but not least – zu später Zeit auch von meiner Seite herzlichen Dank für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum Thema Islamismus/Salafismus. Wir als Landesverband islamischer Kulturzentren in Hessen und seine Mitglieder sind gern bereit, unseren Beitrag für das friedliche Zusammenleben und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu leisten.

Ich möchte ein paar wichtige Aspekte aus meiner Stellungnahme herausgreifen. Erlauben Sie mir, vorab ein paar Eckdaten über unseren Verband zu geben. Der Verband der islamischen Kulturzentren wurde 1973 in Köln gegründet. Er hat deutschlandweit ca. 300 Gemeinden. Ihm gehören Moschee- und Bildungsvereine an. Der Landesverband der islamischen Kulturzentren in Hessen verfügt derzeit über 21 Gemeinden. Ziel und Zweck der Verbandsarbeit ist die religiöse, soziale und kulturelle Betreuung von Muslimen in Deutschland.

Gemäß seinem Selbstverständnis verfolgen der VIKZ und seine Gemeinden folgende Grundsätze: Gegenseitige Achtung, Respekt und Toleranz gegenüber jedem Menschen. Der VIKZ und seine Gemeinden setzen sich für das Gemeinwohl ein und fördern das friedliche Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlicher religiöser und ethnischer Abstammung.

Der Leitsatz des Verbandes und seiner Gemeinden lautet gemäß der Aussage des Propheten Mohammed – alaihi saalam, Friede sei mit ihm –: „Der beste Mensch ist derjenige, der anderen Menschen nützlich ist.“

Unter den religiösen und sozialen Tätigkeitsfeldern möchte ich eines hervorheben. Der VIKZ bildet seine Theologen in Deutschland aus.

Religiös begründeter Extremismus. Extremismus, welcher Couleur auch immer, spaltet unsere Gesellschaft und bietet einen Nährboden für Vorurteile und gewalttätige Ausschreitungen. Er stellt eine große Gefahr für das friedliche Miteinander in der Gesellschaft dar. Sowohl politisch als auch religiös begründeter Extremismus führt im schlimmsten Fall dazu, dass Menschenleben gefährdet werden. Daher ist es eine der gesellschaftlichen Herausforderungen, Extremismus jeglicher Art entgegenzuwirken und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu fördern und zu stärken.

Jahrzehntelange Diskussionen über Islam und Islamismus haben leider bisher keine Differenzierungserfolge verzeichnen können. Negative Einstellungen gegenüber Muslimen und Islamfeindlichkeit sind keineswegs mehr eine Randerscheinung, sondern sind bis in die Mitte der Gesellschaft vorgedrungen. Deshalb ist es unerlässlich, dass eine fachlich fundierte und differenzierte Auseinandersetzung geführt und Aufklärungsarbeit geleistet wird, um zum einen das öffentlich negativ belastete Bild des Islam zurechtzurücken und zum Zweiten Stereotypen und Vorurteilen entgegenzuwirken, wie es auch im Antrag der Fraktion der FDP, Drucks. 19/634, richtigerweise festgestellt wird.

Die neuesten Ereignisse der Studie Religionsmonitor der Bertelsmannstiftung zeigen, dass den Muslimen trotz ihrer sehr deutlichen Verbundenheit zu Deutschland und ihrer offenen Haltung, unabhängig von der Identität ihres religiösen Glaubens, eine zunehmend ablehnende Haltung seitens der deutschen Mehrheitsbevölkerung gegenübersteht. Das ist aus dieser Studie hervorgegangen. Dies kann nur mit der Aufklärung, Begegnung, Austausch und Anerkennungskultur überwunden werden.

Zum Punkt Stärkung der Jugendarbeit und bessere Vernetzung mit den Moscheegemeinden. Gewalt entsteht nicht in einem luftleeren Raum. Wie viele Biographien insbesondere von gewaltbereiten jungen Menschen zeigen, sind die Gründe für ihre Radikalisierung vielseitig. Es gibt psychologische und soziale Gründe, die Sie bei fast allen radikalisierten Jugendlichen finden, egal, ob es sich dabei um rechten, linken oder religiösen Extremismus handelt.

Bei den meisten Biographien trifft man auf persönliche Kränkungen, Enttäuschungen, gesellschaftliche Ausgrenzung oder gescheiterte Familienstrukturen. Für muslimische Jugendliche gilt das ebenfalls. Einerseits haben viele das Gefühl, dass sie und ihr Glaube von der Mehrheitsgesellschaft abgelehnt werden, was letztlich auch durch einschlägige Studien belegt wird. Andererseits sind sie häufig mit Perspektivlosigkeit konfrontiert. Aufgrund ihres sozialen Hintergrunds stehen ihnen zu wenig Bildungschancen und Aufstiegsmöglichkeiten zur Verfügung.

Hier entsteht ein Nährboden für extremistische Rekrutierer. Wir alle müssen dagegensteuern. Grundsätzlich sind junge Muslime Suchende. Sie suchen nach einem sinnstiftenden Lebensinhalt. Sie suchen die Gemeinschaft und wollen gleichzeitig etwas besonderes sein. Auch hier sind sie anfällig für Extremisten mit einfachen heilsbringenden Botschaften. Deshalb ist eine Ursachenforschung unerlässlich, um zum einen den Nährboden für Radikalisierung zu entziehen und zum anderen die Jugendlichen dort abzuholen, wo sie stehengeblieben sind und weiterhin stehen.

Welche Jugendarbeit kann man dagegensetzen? – Erstens sollte die Bildungsarbeit für muslimische Kinder und Jugendliche grundsätzlich ausgeweitet werden. Wir haben sehr gute Erfahrungen mit unseren schulischen Förderprogrammen in Form von Angeboten der Hausaufgabenbetreuung und Förderungsunterricht an den Nachmittagen gemacht. Zweitens brauchen die Kinder und Jugendlichen sinnvolle Beschäftigung wie beispielsweise Sport und Freizeitaktivitäten. Drittens ist es wesentlich, den Jugendlichen Werte zu vermitteln. Aber es geht dabei nicht nur um die Vermittlung religiöser Werte wie Respekt, Toleranz und Gewaltfreiheit. Wichtig ist es auch, unsere gesellschaftlichen Werte wie Demokratie, Religions- und Meinungsfreiheit zu vermitteln.

Darüber hinaus brauchen Jugendliche Beratungsangebote, bei denen sie sich gut aufgehoben fühlen und Lösungen für ihre Probleme finden können. Ansonsten entsteht bei

ihnen Frustration, die sie letztlich in Radikalisierung abdriften lassen kann, wenn sie nicht anderweitig durch soziales Umfeld aufgefangen werden. Denn der überwiegende Teil der Jugendlichen radikalisiert sich fernab von Moscheen beispielsweise über das Internet oder in anderen Plattformen.

In vielen Moscheegemeinden werden diese Angebote oftmals mit bescheidenen persönlichen und finanziellen Ressourcen und mit viel ehrenamtlichem Engagement geschultert. Die Arbeit der Moscheegemeinden wird leider nicht in erwünschtem Maß gewürdigt. Unterstützung findet kaum statt. Daher ist die Stärkung und Einbindung der Moscheen in die kommunalen Jugendhilfestrukturen richtig.

Die Weitergabe der islamischen Religion an Kinder und Jugendliche gibt ihnen Halt in der Gesellschaft und schützt sie vor Radikalisierungstendenzen. Deshalb begrüßen wir auch die Einführung des Bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen in Hessen, an der auch der Landesverband der islamischen Kulturzentren in Hessen mitgewirkt hat. Sie ist sowohl ein deutliches Zeichen der Würdigung und Anerkennung der islamischen Religionsgemeinschaften als auch ein Schritt zur gleichberechtigten Teilhabe von muslimischen Jugendlichen in diesem Land. – Herzlichen Dank für Ihr Zuhören.

(Beifall)

Vorsitzender Abg. **Ernst-Ewald Roth:** Wir danken Ihnen für den Beitrag und ganz besonders dafür, dass Sie noch unter der Zeit geblieben sind. – Ich frage der Vollständigkeit halber, weil auf der Liste, die den Abgeordneten vorliegt, noch einige ohne Rückmeldung aufgeführt sind, deren Teilnahme nicht sicher war, aber wenn ich ins Plenum schaue, entdecke ich niemand, der noch gekommen wäre und ein Statement abgeben möchte: Ist das richtig? – Das ist so. Dann können wir in die Fragerunde einsteigen. Ich bitte die Kollegen Yüksel, Öztürk und Tipi. Wir fangen mit dem Kollegen Yüksel an, bitte.

Abg. **Turgut Yüksel:** Meine Frage geht an Herrn Karabörklü. Ich stimme mit Ihnen überein und finde Ihre Ausführungen auch sehr gut. Nur zu einem Punkt möchte ich eine Frage stellen. Wo, glauben Sie, fängt der europäische Islam an und wo hört er auf? Wenn wir vom europäischen Islam reden, haben wir seit Hunderten von Jahren in Bosnien, in Albanien, in Griechenland oder in Bulgarien den sogenannten europäischen Islam. Ich glaube, dass es irgendwann einmal so etwas geben wird. Dafür braucht man 100 Jahre, damit ein neuer entsteht, wie in anderen islamischen Ländern. Glauben sie, dass wir einen europäischen Islam durch die Diskussion, die wir oder die Verbände führen und auf die einige setzen, haben können oder dass es so etwas geben kann? In der Türkei gibt es mehr als 50 % der Bevölkerung, die ich als Vertreter des europäischen Islam sehen würde. Aber die Verbände und andere würden das nie akzeptieren.

Abg. **Mürvet Öztürk:** Jetzt sind leider viele Verbandsvertreter schon nicht mehr da. Deswegen müssen die beiden letzten, Herr Colak und Herr Karabörklü, ein bisschen dafür herhalten. Aber ich weiß nicht, vielleicht können Sie das mitbeantworten.

Bei den ganzen Vorträgen der Verbände und auch bei Ihnen, Herr Colak, ist mir zum Schluss die Frage gekommen: Gibt es eine Zusammenarbeit der Verbände, der Türkischen Gemeinde und der unterschiedlichen Moscheeverbände, nicht nur türkisch orientiert, sondern muslimische Moscheeverbände, die sich unabhängig von einem vom Innenministerium offiziell eingeladenen Kreis, in einem eigenen Kreis zusammensetzen und sagen: Wir möchten für uns selbst Strategien entwickeln, wie wir den jungen Menschen vor Salafismus und Dschihadismus schützen. Und zwar: Was passiert in den sozialen Netzwerken? Was passiert in den türkischen oder arabischen Medien? Welche Verschwörungstheorien werden dort verbreitet? Wie kann man diesen Verschwörungstheorien Gegenantworten liefern, also z. B. auch eine Bewertung des syrischen Krieges, Gaza, Palästina, dass man versucht, das an die Lebensrealität der Menschen hier zu knüpfen und Antworten zu liefern?

Gibt es einen internen Arbeitskreis, wo man sagt: Jetzt müssen wir uns zusammensetzen; das sind unsere jungen Leute; wir müssen uns um die kümmern, und wir müssen uns regelmäßig austauschen und haben uns einen Arbeitsplan gegeben? – Das würde mich einfach nur interessieren. Ich sage auch, warum. Ich war gestern beim Bundespräsidenten Gauck in Berlin. Dort hat man viele dieser Dinge angesprochen. Ich habe mir gedacht: Gibt es das eigentlich hier bei uns in Hessen? – Wenn Sie das beantworten können, wäre es sehr nett.

Abg. **Ismail Tipi:** Die erste Frage an Herrn Karabörklü. Sie haben schon über die Finanzierungsmöglichkeiten der salafistischen Szene etwas angesprochen. Mich würde interessieren, wie es eigentlich bei den deutschen Salafisten mit der Finanzierung aussieht. Was glauben Sie? – Man hört eigentlich nicht sehr viel. Wo werden diese ganzen 1,7 bis 2 Millionen Bücher überhaupt finanziert? Wie kann ein Ibrahim Abou-Nagie, der nach seiner Meinung keine eigenen Mittel hat, der auch – wie wir inzwischen wissen – kein Geschäftsmann ist, so etwas finanzieren, z. B. nicht nur die Bücher, sondern die gesamte Logistik, das gesamte Personal und die Bewirtung dieser Armee, die schon fast militärisch aufgebaut ist?

Mich würde interessieren, ob es Hinweise oder Möglichkeiten gibt, wie man die Finanzierungshähne, diese Geldquellen, auch sperren und stopfen kann, dass man ihm diese Lebensader wegschneidet.

Ich habe auch eine Frage an Herrn Karabörklü. Sie haben über das gesprochen, was der Kollege Yüksel auch gefragt hat. Glauben Sie, ob die Muslime in Deutschland oder in Europa auch bereit sind, einen modernen europäischen Islam überhaupt zu akzeptieren? Sie haben auch die Elternarbeit angesprochen, die eigentlich in dieser demokratischen Bekämpfung der salafistischen Gesinnung oder des Fundamentalismus sehr wichtig ist. Wie bereit sind eigentlich die Eltern aus diesen Kreisen, mitzuarbeiten? Wie groß oder wie wenig groß ist die Bereitschaft dafür?

Vorsitzender Abg. **Ernst-Ewald Roth:** Wir gehen in der Antwortrunde in der gleichen Reihenfolge vor. Herr Kellermann, Sie haben als Erster das Wort.

Herr **Kellermann:** Herr Yüksel, vielen Dank für diese Frage. Sie haben etwas angesprochen, das in den letzten fünf Jahren in Brüssel und in Straßburg nicht nur mich, sondern

auch Integrationspolitiker aus anderen Ländern umgetrieben hat: Wo sind entsprechende Ansätze? – Wir waren der Auffassung, dass sich möglicherweise auf dem Balkan etwas tun würde. Ich war letztes Jahr in Bosnien-Herzegowina. Dort kann man aber eine ganz gegenläufige Tendenz erkennen. Dort sind nämlich die Wahhabiten finanziert voll eingestiegen und bauen zurzeit eine ganze Reihe sehr großer Moscheen mit entsprechendem sozialem Hintergrund. Daher können wir von da relativ wenig erwarten.

Ganz zarte Ansätze gibt es in Belgien. Die Situation in Belgien ist aber außerordentlich zerrissen. Nach Einschätzung auch meiner ausländischen Freunde wird Belgien wahrscheinlich als erstes Land bald gewaltige Probleme innenpolitischer Natur bekommen, von deren Umfang wir noch keine Ahnung haben. Die ersten Anzeichen dafür konnten Sie im Zusammenhang mit der Verhinderung des Anschlags schon sehen.

Um Ihre Frage zu beantworten: Wir haben noch keine hinreichenden Gesichtspunkte dafür, anzunehmen, dass sich da etwas tut. Ich denke, von daher kommt auch uns eine besondere Aufgabe und Pflicht zu, auch unter dem Gesichtspunkt des Katalogs an Grundwerten, die wir aufrechterhalten wollen. Was ist eigentlich mit den vielen, zwischenzeitlich säkularisierten, ehemals aus islamischen Bereichen Gekommenen? Wir dürfen eines nicht unterschätzen – ich weiß das von einem meiner Söhne, der in bestimmten Vororten von Berlin tätig ist –: Der gruppenspezifische Effekt in Form von Druck auf die, die nicht in den Moscheegemeinden sind, ist ganz gewaltig. Das geht bis zu regelmäßigen „Hausbesuchen“ und sonstigen Formen privater Sanktionen. Das sollten wir nicht unterschätzen.

Wir sollten vor allen Dingen eines nicht unterschätzen: Wir sollten nicht unterschätzen, dass sich unter dem Mantel der Vielfalt, die wir alle gut finden – wir alle sind ja so sozialisiert, dass wir immer nur vom Besten ausgehen –, langsam, aber sicher eine immer stärker werdende Parallelgesellschaft aufbaut. Das müssen wir im Auge behalten.

Rein formal werden einige Versuche unternommen, jedenfalls nach außen hin so dargestellt – vor allen Dingen in Frankreich; ich denke dann an ganz bestimmte Prediger. Bei näherem Hinschauen lässt sich aber leicht feststellen: Das ist kein europäischer Islam, sondern eine etwas verklausulierte Form von Islamismus. Da kann man nun wirklich nicht davon sprechen, dass das sonderlich beruhigend ist.

Ich glaube aber, wenn solche Bewegungen entsprechend unterstützt werden – beispielsweise durch Jugendarbeit –, dann hat unsere Gesellschaft eine echte Chance, hier möglicherweise etwas aufzubauen, vor allen Dingen im Zusammenhang mit der universitären Ausbildung, die an inzwischen fünf verschiedenen Standorten hier in Deutschland läuft – an zweien davon in Hessen –, vorausgesetzt, die KRM-Verbände spucken uns nicht in die Suppe und lösen in dem einen oder anderen Fall die Professoren ab, weil sie ihnen etwas zu kritisch sind.

Herr **Karabörklü**: Die Entwicklung eines europäischen, eines aufgeklärten Islams ist ein Prozess. Die Grundzüge dafür sind im Islam ja vorhanden. Der Islam ist keine Religion, in der die Formen der Auslegung monodimensional schon von vornherein an bestimmten Kriterien orientiert sind. Es gab vielmehr Zeiten, in denen im Islam eine liberale Weltanschauung sehr geblüht hat, z. B. vom 8. Jahrhundert bis zum 12./13. Jahrhundert. Wir finden in dieser Zeit Philosophen und Wissenschaftler, die weltoffen und mit neuen Ideen, neuen Anschauungen in die Breite der Gesellschaft hinein gewirkt haben. Davon

hat auch Europa sehr stark profitiert. Wir erfinden also keinen „neuen“ Islam, sondern diesen Islam gibt es. Die Sache ist aber, dass man genau die Grundzüge, die derzeit von vielen ignoriert werden, wieder in den Vordergrund stellen muss, indem man das neu auslegt, eine neue Perspektive anbietet. Das ist ein Prozess; man kann das Ergebnis nie voraussagen. Turgut Yüksel, auch du kommst aus der Türkei; wir beide wissen, dass 40 bis 50 % der türkischen Gesellschaft säkular und freiheitlich denken.

Herr Kellermann hat aber auch über etwas berichtet, das sich zu vergegenwärtigen wichtig ist. Wenn das Geld aus sehr fundamentalistischen, aber reichen Ländern, z. B. aus Saudi-Arabien, kommt, dann wird natürlich die ganze Gesellschaft in diese Denkrichtung gelenkt. Das führt dazu, dass wir diese Tendenzen auch in der türkischen Community wahrnehmen und erleben. Die Politik der Saudis, diese Ideologie zu exportieren, kommt hier an. Auch das muss man berücksichtigen. Wir leben in einer globalisierten Welt. Wir können uns gegen solche Sachen nicht abschotten. Wir haben das Internet, wir haben vielfältige Quellen der Information, und wir haben soziale Netzwerke, in denen Jugendliche Kontakte aufnehmen können und bestimmte Fragen beantwortet bekommen.

Die islamischen theologischen Zentren wurden angesprochen. Beispielsweise werden an diesen Zentren in Frankfurt 400 bis 450 Theologen ausgebildet. Wenn es um die islamische Seelsorge und Ähnliches geht, dann muss man auch diese Potenziale berücksichtigen. Das ist wichtig. Wir haben hier gebildete junge Menschen, Theologen, denen man auch eine berufliche Perspektive anbieten kann. Neue Projekte und neue Ideen müssen in dieser Richtung entwickelt werden.

Es wurde gefragt, wie man gegen Salafismus und Dschihadismus vorgehen kann. Man kann dies mit gezielter und geförderter Eltern- und Jugendarbeit tun. Herr Tipi, Sie haben gefragt, ob die Eltern bereit wären, hieran mitzuarbeiten. Wir kennen natürlich die vielen verschiedenen Milieus innerhalb der Migrantengemeinschaft. Die Migranten sind keine einheitliche Gruppe; da gibt es eine große Vielfalt. Auch die Muslime bilden ja keine einheitliche Gruppe. Das ist wie bei der Mehrheitsgesellschaft: Da gibt es Vielfalt, da gibt es unterschiedliche Milieus, die unterschiedliche Lebensformen entwickelt haben. Wir wissen, dass viele Eltern bereit sind, mitzumachen. Sie alle möchten, dass es ihren Kindern gut geht. Sie möchten, dass sich ihre Kinder fortbilden und weiterentwickeln. Welcher Elternteil würde sagen, er wolle z. B. nicht, dass sein Kind Arzt wird? Das heißt, diese Motivation, dieses Potenzial ist da, und das müssen wir nutzen. Dafür brauchen die demokratischen Migrantengemeinschaften aber eine Regelförderung. Das habe ich in meinem Beitrag schon gesagt. Ohne eine Förderung kann man das nicht gewährleisten. Die Arbeit, die diese Verbände, diese Organisationen machen, wird zu 99 % ehrenamtlich geleistet. Wie sollen sie das schaffen? Das heißt, eine auf Dauer angelegte und nachhaltige Jugend- und Elternarbeit können wir nur gewährleisten, wenn wir uns wirklich überlegen: Wie können wir diese Strukturen aufbrechen, die Zielgruppen erreichen und die Eltern, die jungen Menschen und die Kinder mitnehmen? Ein wesentlicher Teil der Antwort auf diese Frage ist eine Regelförderung.

Herr **Colak**: Frau Öztürk, die Antwort auf Ihre Frage, ob es eine unabhängige Gemeinschaft von Vereinen oder Moscheegemeinden gibt, die in diesen Dingen zusammenarbeiten, lautet: Es gibt tatsächlich eine unabhängige Gemeinschaft; in Frankfurt nennt sie sich „Arbeitsgemeinschaft türkischer Moscheevereine“. In dieser Arbeitsgemeinschaft haben sich sieben Moscheevereine zusammengetan, und seit ungefähr fünf Jah-

ren diskutieren sie über innerislamische Themen, in den letzten vier Sitzungen unter anderem über Salafismus und Extremismus. Es haben auch Veranstaltungen stattgefunden, an denen unter anderem Herr Dietz vom HKM, Herr Şenel vom VPN, ein Vertreter des LKA und der Landesbeauftragte für Migration teilnahmen. Alle Moscheegemeinden und unabhängigen Institutionen werden zu diesen Sitzungen eingeladen.

Auch wir diskutieren über das aufgeworfene Thema. Wir suchen nach Möglichkeiten der Problemerkennung und nach Lösungsansätzen und bemühen uns, auch in eigenem Interesse, diese Arbeit in Projekte umzuwandeln. Diese Arbeit hat zuletzt dazu geführt, dass wir Projekte starten, gefördert vom BAMF, die Jugendarbeit in den Moscheegemeinden zu stärken. Dieses Projekt soll in den nächsten Monaten anlaufen.

Herr **Kellermann**: Die Frage nach der Finanzierung soll nicht unbeantwortet bleiben. Wer finanziert die deutschen Salafisten? Wir haben da im Wesentlichen drei Phasen der Entwicklung im deutschen Salafismus zu sehen. Die ersten beiden Phasen waren klar durchfinanziert, fast ausschließlich aus Saudi Arabien. In der dritten Phase, mit der wir es jetzt zu tun haben, versucht der „Mainstream-Salafismus“ – zu dem man z. B. auch unseren „Freund“ Vogel rechnen kann –, von der finanziellen Abhängigkeit loszukommen, indem man ein ganz raffiniertes Marketing betreibt. Die Koran-Drucke werden aber, soweit ich weiß, in Medina hergestellt und von Saudi Arabien finanziert.

Die nächste Frage war, ob und inwieweit hier eine Einziehung dieser Gelder – oder wessen auch immer – möglich ist. Als ehemaliger Staatsanwalt kann man sich darüber schon Gedanken machen. Solange aber keine strafbare Handlung begangen wird und auch keine Kausalität nachzuweisen ist, kann man natürlich überhaupt nichts einziehen. Vom Anspruch her gesehen, eigenständig zu sein, lässt die Finanzierung der Korane zwar einen gewissen Schatten auf diese Eigenständigkeit fallen, aber es ist nicht strafbar – das wurde heute schon mehrfach erörtert –, Korane zu verteilen, wie es genauso nicht strafbar ist, das Grundgesetz oder das Neue Testament zu verteilen, was ja teilweise auch getan wird.

Vorsitzender Abg. **Ernst-Ewald Roth**: Vielen Dank, Herr Kellermann.

Damit sind wir am Ende der Fragerunde angekommen – und am Ende einer langen Anhörung, die sich über zwei Tage erstreckt hat. Ich werde die Zeit bis dahin zwar nicht füllen, aber in 15 Minuten wären es 16 Stunden.

Ich darf mit an dieser Stelle sehr herzlich zuerst bei den Anzuhörenden bedanken, besonders bei denen, die von heute Morgen, von der ersten Minute an da waren und noch da sind, und tue dies bei ihnen stellvertretend für alle, die wir heute gehört haben. Ich bedanke mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hauses, die heute und am letzten Freitag ihren Dienst getan haben, stellvertretend für alle bei Frau Lindemann, die wahrscheinlich die meiste Arbeit zu tragen hatte.

(Beifall)

Ich bedanke mich bei den Fachreferentinnen und Fachreferenten der einzelnen Fraktionen und bei den Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten des Hessischen Landtags. Ganz bewusst zuletzt – weil das eine Überleitung sein soll –, bedanke ich mich bei der

Landesregierung und hier ganz besonders bei Staatsminister Beuth, der sowohl in der letzten Woche wie auch heute während der ganzen Anhörung bei uns war. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Lieber Peter Beuth, das war für uns beide eine gute Einstimmung für eine lange Sitzung, die uns am kommenden Sonntag erwartet.

In diesem Sinne darf ich die Anhörung schließen und wünsche Ihnen, dass Sie gut nach Hause kommen.

Wiesbaden, 20. April 2015

Für die Protokollierung:

Dr. Ute Lindemann

Der Vorsitzende  
des Innenausschusses:

Der Vorsitzende  
des Kulturpolitischen  
Ausschusses

Die Vorsitzende  
des Sozialpolitischen  
Ausschusses

Horst Klee

Lothar Quanz

Claudia Ravensburg